II. Geschichte der Indigenenbewegung Ecuadors

1. Allgemeines

a. Entwicklung der Indigenenbewegung in Ecuador

Die Entwicklung der Indigenenbewegung in Ecuador lässt sich in verschiedene Etappen einteilen, abhängig vom jeweils gewählten Schwerpunkt der Betrachtung. Die wichtigsten Modelle werden im Anschluss dargestellt. Das sind: das historisch-identitäre Modell der CONAIE, das darauf aufbauende zeithistorisch-analytische einiger Wissenschaftler aus dem Umfeld der CONAIE und das sozialwissenschaftlich-historische, das sich auf soziale Bewegungen bezieht.

Für die CONAIE (1989: 275) erstreckt sich die Entstehung der Indigenenbewegung über drei Etappen. Die erste Etappe beginnt mit der spanischen Invasion und geht bis zu den 1920er Jahren. Sie ist durch lokal begrenzte Aufstände und individuellen Widerstand der Indigenen gekennzeichnet; in dieser Zeit wird die Figur des ‚*indio*' als Nicht-Weißer konstruiert. Die zweite Etappe geht von Mitte der 1920er bis zur Agrarreform 1964 und findet vor allem im Hochland statt. Es werden Agrargewerkschaften gegründet und über Vermittler (die sozialistische und die kommunistische Partei, Gewerkschaften) versucht, die Rechte der Indigenen zu verteidigen. Aus dieser Etappe stammen die eher gewerkschaftlich ausgerichteten Organisationen FEI und FENOC. In der dritten Etappe seit 1964 werden die Organisationen gegründet, die später die CONAIE bilden sollen – als erste die Federación Shuar 1961. Dieses Modell unterstreicht die Kontinuität des indigenen Widerstandes seit der spanischen Eroberung und stellt gleichzeitig die CONAIE in das Zentrum der Betrachtung. Andere Organisationen werden als veraltet und von außen gesteuert beschrieben (etwa: CONAIE 1989: 276) und somit delegitimiert. Obwohl die Einseitigkeit dieses Modells offensichtlich ist, wird es auch in der Wissenschaft oft vertreten – die Zentralität der CONAIE also bestätigt.

Simbaña (2009: 154) konkretisiert diese Sichtweise mit einem neutraleren Modell. Er unterteilt die Entwicklung der Indigenenbewegung im 20. und 21. Jahrhun-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dert in drei Perioden. Die erste Periode, die Periode der Vereinigung, geht von den 1930er Jahren bis zur ersten Agrarreform 1964. Die zweite Periode, die Periode der Transition, erstreckt sich bis 1990. Die dritte Periode schließlich, der Aufbau des plurinationalen Staates, beginnt 1990 und dauert noch an. Auch wenn dieses Modell die Perspektive der CONAIE einnimmt – Simbaña hatte und hat wichtige Positionen im CONAIE-Mitglied ECUARUNARI inne – erlaubt es, die Entwicklung der Indigenenbewegung nicht als unilinear, sondern als Kampf um Deutungshoheit zu verstehen. Seine dritte Periode entspricht der Hegemonie der CONAIE und ihres Diskurses.

Das Modell von Simbaña wird erweitert durch Tibán/García (2006: 19f.), die die erste Etappe in der Periode der Transition von Simbaña sehen, also zwischen 1960 und 1990. Die Indigenenbewegung, durch Vermittler repräsentiert, ist selbst kein anerkannter politischer Akteur, sie bleibt unsichtbar. Ihre Forderungen zielen weitgehend auf Land und Erziehung und werden nur in geringem Maße umgesetzt. In einer zweite Etappe von 1990 bis 2000 wird die Indigenenbewegung in den Staat integriert und als politischer Akteur in staatliche Institutionen – der Erziehung und der Entwicklung – eingebunden. Die Forderungen konzentrieren sich auf eine politische Reform, um einen plurinationalen Staat zu schaffen. Es folgt eine dritte Etappe, die vom Scheitern der bisherigen Strategien und einer Krise der Indigenenbewegung geprägt ist.

Aus dieser Perspektive liest auch Sánchez-Parga (2010) die Entwicklung der Indigenenbewegung in Ecuador. Über die Beziehung zum Staat entwickelt sich aus einer sozialen eine politische Bewegung, die Indigenenbewegung wird immer weiter in den Staat integriert. Diese Entwicklung beginnt mit dem Kommunen-Gesetz von 1937, das über die Schaffung bestimmter sozialer Strukturen die Grundlage für die moderne Indigenenbewegung legt. Eine erste Phase erstreckt sich bis zu den Agrarreformen von 1964 und 1973. Daran anschließend spielt die Politik der Agrarentwicklung (Ende der 1970er bis Ende der 1980er) eine wichtige Rolle in der Institutionalisierung der Indigenenbewegung, die durch ihre Umwandlung in eine politische Partei 1996 beendet wird. Während die Struktur der Kommunen im Niedergang begriffen ist, eröffnen die Aktionsformen einer Partei neue Möglichkeiten (Sánchez-Parga 2010: 16ff.). Der Fokus dieses Modells auf die Integration der Indigenenbewegung in den Staat ist zu reduktionistisch, um einer breiteren Analyse hilfreich zu sein. Die strategische Kooperation gerade der CONAIE mit staatlichen Agenturen, ebenso wie die Konstitution der MUPP-NP als Mittel zum Zweck der Reform des Staates, wird durch die Idee der Transformation eines sozialen in einen politischen Akteur im Rahmen einer unilinearen Entwicklung auf ein formalistisches Verstehen von Politik reduziert.

Ein Modell, das sich oft in der europäisch orientierten Sozialwissenschaft findet, bietet Minkner-Brünjer (2009: 135). Sie sieht eine Abfolge von verschiedenen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sozialen Bewegungen mit verschiedenen Akteuren. So sind die 1960er und 1970er Jahre die Zeit der Bauernbewegung unter Führung der FENOC. Die 1970er bis Ende der 1980er Jahre sind die Zeit der Gewerkschaftsbewegung, vor allem der Einheitsgewerkschaft FUT. In den 1990ern bis Anfang der 2000er Jahre spricht Minkner-Brünjer von der Indígena-Bewegung, definiert durch die CONAIE. Deren Krise ab 2003 bedeutet ein Führungsvakuum, das bis heute andauert. Diese Perspektive ignoriert Kontinuitäten, wie etwa die Beteiligung der FENOC an der Gewerkschaftsbewegung oder die Präsenz indigener Akteure und Forderungen über den gesamte beschriebenen Zeitraum hinweg. Dazu kommt die Tatsache, dass in den 1960ern und 1970ern die Kategorien ‚Indigene' und ‚Bauern' fast deckungsgleich sind und somit die Bauernbewegung auch eine Indigenenbewegung ist – selbst wenn ethnische Aspekte in den Hintergrund treten. Auch die jeweiligen Theorien, mit denen Wissenschaft und Gesellschaft die sozialen Bewegungen interpretieren, spielen eine Rolle. Aktivitäten in den 1960ern und 1970ern wurden meist unter dem Aspekt der Klasse verstanden, spätere Aktivitäten unter dem Aspekt der Ethnie. Also werden die ethnischen Organisationen schlicht anders wahrgenommen und anders kategorisiert (Crnic 2009: 46) – ohne deswegen qualitativ anders sein zu müssen.

Die Perspektive von Minkner-Brünjer nimmt auch Sánchez-Parga (2010: 19) ein. Für ihn bildet sich die Indigenenbewegung zwischen Ende der 1970er und den 1990ern in einem Kontext, der von Globalisierung und damit zusammenhängender Ethnisierung bestimmt wird. Man kann also erst ab dem Bedeutungsgewinn der ethnischen Organisationen, die später die CONAIE bilden, von einer Indigenenbewegung im eigentlichen Sinne sprechen. Auf einer Klassenanalyse basierende Organisationen wie die FENOC werden zu Fremdkörpern in der Bewegung, womit Sánchez-Parga die Interpretation der CONAIE teilt. Die Übernahme dieser Sichtweise – die Interpretation des Entstehens der Indigenenbewegung als Folge einer durch Globalisierung und Neoliberalismus erzeugten Re-Ethnisierung – durch die zentralen Denker der Kolonialität der Macht (etwa Quijano 2006a: 31f.) ist ein besonderes Problem, das bislang nicht näher untersucht wurde.

Die anschließende Geschichte der einzelnen Organisationen der Indigenenbewegung wird es erlauben, eine allgemeine Entwicklung nachzuzeichnen, ohne dabei marginale Strömungen zu verschweigen. Hier wird die Indigenenbewegung über ihre Strukturen und formalen Organisationen gelesen. Eine Geschichte der oft als ‚spontan' beschriebenen Aufstände ohne die Aktionen selbst überdauernde Strukturen soll nicht geliefert werden. Das leisten andere, etwa CONAIE (1989). Der Bruch, den das Modell der CONAIE in den 1920er Jahren sieht, ist weniger ein Wandel der Forderungen oder des Mobilisierungspotentials, als vielmehr eine Strukturierung der Bewegung in Organisationen, in Gewerkschaften, Assoziationen und Kommunen/Zentren. Die so geschaffene Kontinuität erlaubt der Indigenenbe-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wegung die Ausbildung eines vielfältigen Forderungskatalogs bis hin zum Komplex Interkulturalität/Plurinationalität der CONAIE – übernommen, kopiert oder angegriffen durch die anderen Organisationen der Indigenenbewegung.

Zu Recht macht Marc Becker darauf aufmerksam, dass der Übergang von einer lokalen Organisierung der Indigenen mit konkreten Forderungen, die sich an den jeweiligen Großgrundbesitzer oder die Regierung vor Ort richten, hin zu einer Organisierung auf einer Makroebene der – kaum erforschte – Beginn der modernen Indigenenbewegung in Ecuador ist. Dieser Übergang in den 1920er und 1930er Jahren führte zur Entwicklung von neuen Zielen und neuen Fertigkeiten, diese Ziele zu erreichen. Zum ersten Mal verhandelten indigenen Organisationen direkt mit dem Staat (Becker 1997: 211). Drei weitere Einschnitte, die die Entwicklung der Indigenenbewegung maßgeblich beeinflusst haben, sind die Agrarreformen von 1964 und 1973, das Aufkommen explizit ethnischer Tendenzen innerhalb der Bewegung ab Mitte der 1970er (Sánchez-Parga 2007: 11f.) und die eigenständige Beteiligung an der Parteienpolitik ab Mitte der 1990er Jahre. Die Forderung nach einer Landreform hat die Indigenenbewegung seit der Gründung der ersten Gewerkschaften begleitet (Almeida/Prieto 1983: 36). Auch wenn die Reformen nicht die Änderungen brachten, die sich die Organisationen dieser Zeit erhofft hatten, verbesserten sie die Situation der Indigenen, etwa durch die Abschaffung des halbfeudalen Wirtschaftssystems der *huasipungaje* (Santillana/Herrera 2009: 331). Die *huasipungueros*, die in enger Abhängigkeit zum jeweiligen Großgrundbesitzer standen, wurden selbst zu Besitzern ihres Landes, das sie – teilweise – in überlieferte Gemeinschaftsformen überführten. Erst ab diesem Moment wird das System der Kommunen bedeutsam – es erlaubt den jetzt freien indigenen Bauern, sich in selbstbestimmten Gruppen zu reorganisieren. Sie entwickeln ein Bewusstsein der kulturellen Differenz und ihrer eigenen ethnischen Identität (Sánchez-Parga 2010a: 62f.). Das ist die Grundlage für die Ausbildung von Institutionen, die später die Organisationen der Indigenenbewegung stützen werden (Simbaña 2009: 157). Die langsame Re-Ethnisierung und das Verschwinden der *huasipungueros* bedeutet eine Krise für gewerkschaftlich ausgerichtete Organisationen wie die FEI und die FENOC, was auch zum Verlust von Einfluss für die Parteien PSE und PCE führt (Simbaña 2008a: 238). Die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisationen ab den 1970ern geht einher mit einer Stärkung eines neuen Organisationstypus: der „Volksorganisation" (Moya 1987: 389). In diese Kategorie fallen Organisationen in armen Stadtvierteln, Frauen-, Bauern- und Indigenenorganisationen, die sich in erster Linie in lokalen Kontexten engagieren – und nicht wie bis dahin häufig von nationalen Interessen der jeweiligen Muttergewerkschaften vereinnahmen lassen. Die neuen Organisationen schließen sich zu nationalen Bauernföderationen zusammen, um ihren Forderungen Nachdruck verleihen zu können. Dennoch behalten sie einen hohen Grad an Autonomie, der wenige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wäre. Der Einfluss der nationalen Organisationen ist geringer, die regionalen Organisationen widmen sich der Repräsentation der Interessen vor Ort, woraus auch neue Forderungen auf nationalem Niveau erwachsen (Almeida/Prieto 1983: 36). Barre (1983: 239f.) interpretiert diesen Prozess als Erneuerung, die ab den 1980ern einen langsamen Eintritt der Indigenenbewegung in die Politik erlaubt.

Tatsächlich ist die Rückkehr zur Demokratie 1979 der Beginn einer politischen Beteiligung der Indigenenbewegung, vor allem in Verbindung mit linken Parteien wie der PSE und der FADI, bis hin zur Wahl einzelner Indigener in die Parlamente (Ayala Mora o. J.: 6). Diese Beteiligung wird erst in den 1990ern systematisch, vorbereitet durch eine starke Präsenz als sozialer Akteur und schließlich vollendet mit der Gründung der MUPP-NP 1996 (Santillana 2006: 217). Die Nutzung von Parteienpolitik zur Erreichung der Ziele der Indigenenbewegung baut auf ein dichtes Netz an Mitgliedsorganisationen (vor allem der CONAIE) und eine allgemeine Krise sowohl der politischen Linken als auch der Parteien insgesamt. Dadurch sind zumindest die vorwiegend indigen besiedelten Gebiete eine gute Grundlage für den Erfolg einer indigenen Partei (García Serrano 2005: 9).

b. Struktur der Indigenenbewegung Ecuadors

Die Indigenenbewegung Ecuadors zeichnet sich durch eine relativ offene Struktur aus. Die „dreifache Artikulierung“ (Sánchez-Parga 2007: 14) der Indigenenbewegung mit dem Staat, anderen Organisationen und der sozialen Klasse als Bauern und Landarbeiter, sorgte dafür, dass sie sich nie in eine separatistisch-indianistische Bewegung – wie teilweise in Bolivien und Peru – verwandeln konnte, sondern immer eine soziale Bewegung – mit den entsprechenden Bündnissen – blieb[1]. Ob die Beziehung zum Staat für die Bewegung ein Hindernis war und dieser sie so als Bewegung und Partei kooptieren konnte (Sánchez-Parga 2007: 14f.) oder eher förderlich, da die Verbindungen mit dem Staat die Umsetzungen einiger Forderungen erlaubten, kann hier nicht geklärt werden. Festzuhalten bleibt aber, dass gerade auch der Staat an der Entstehung der spezifischen Strukturen der Indigenenbewegung beteiligt war.

Die Organisationen der Indigenenbewegung in Ecuador sind pyramidenförmig angeordnet (Bretón 2003: 219f.). Die untere Stufe bilden Organisationen ersten Grades (OEG) oder Basisorganisationen. Das sind Kommunen, Assoziationen oder lokale Gewerkschaften. Sie sind Teil von Föderationen oder Organisationen zweiten Grades (OZG), die die zweite Schicht der Pyramide bilden. Die OZG lehnen sich meist an die staatliche Struktur der Kantone oder Provinzen an (Maldonado

1 Es wäre zu überprüfen, ob das Argument Sánchez-Pargas in den zeitweise stark korporatistischen Systemen Perus und Boliviens halten lässt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2006: 90)[2]. Sie sind eine heterogene und stark verbreitete Organisationsebene in Ecuador. Da sie aus einer Vielzahl teils sehr unterschiedlicher OEG zusammengesetzt sind, sind ihre politische Ausrichtung und ihre kurz- und mittelfristigen Ziele sehr verschieden – auch in Funktion ihrer nationalen und internationalen Einbindung und Finanzierung. So erhalten OZG Unterstützung vom ecuadorianischen Staat, einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Institutionen wie der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Daher orientieren sie sich nicht in erster Linie an lokalen Interessen, sondern an den Forderungen ihrer OEG auf der einen, und den Zielsetzungen der nationalen und internationalen Förderer auf der anderen Seite (Martínez Valle 2006: 109f.). Die nächste Stufe der Organisationen, die Organisationen dritten Grades (ODG), sind – im Fall der CONAIE – die regionalen Plattformen ECUARUNARI, CONFENIAE und CONAICE (Maldonado 2006: 90), ansonsten direkt die nationalen Organisationen FEI, FENOCIN (Guerrero/Ospina 2003) und FEINE.

Die CONAIE ist gewissermaßen eine Organisation vierten Grades, während die anderen nationalen Organisationen ODG sind. Dieses Modell ist rein analytisch und hat für die indigenen Organisationen nur wenig Bedeutung – auch wenn sie die Bezeichnungen selbst verwenden. Die einzelnen Organisationen sind autonom und keinesfalls an Weisungen der nächsthöheren Ebene gebunden. Sie können konkrete Forderungen im lokalen Kontext aufstellen und auf die politischen Entscheidungsträger vor Ort wirken, ohne Forderungen und Aktionen mit der nationalen Organisation abzustimmen (Chiriboga 1986: 65). Zumindest die Basisorganisationen können gleichzeitig in verschiedenen OZG aktiv sein oder von einer zur nächsten wechseln (Botero 1998: 9; Guerrero/Ospina 2003) und diese – in Ausnahmefällen – von einer ODG zur nächsten. Die CONAIE und ihre Unterorganisationen sind nach Nationalitäten und nicht Organisationen strukturiert – was teilweise, aber nicht immer, identisch ist. Dazu kommt, dass es in manchen Fällen erheblich mehr organisatorische Ebenen gibt als hier vorgestellt.

Dazu zwei vergleichende Abbildungen:

2 Hier muss dem Modell von Bretón widersprochen werden, der dies erst für die nächste Stufe von Organisation vorsieht – und damit eine Stufe zu viel hat (vgl. FENOCIN 2004: 32, Santillana/Herrara 2009: 332).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

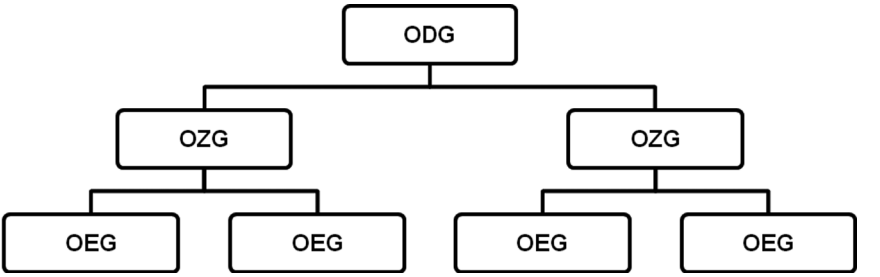

Abbildung 1: Struktur der Indigenenbewegung nach Bretón 2003: 219f., eigene Abbildung

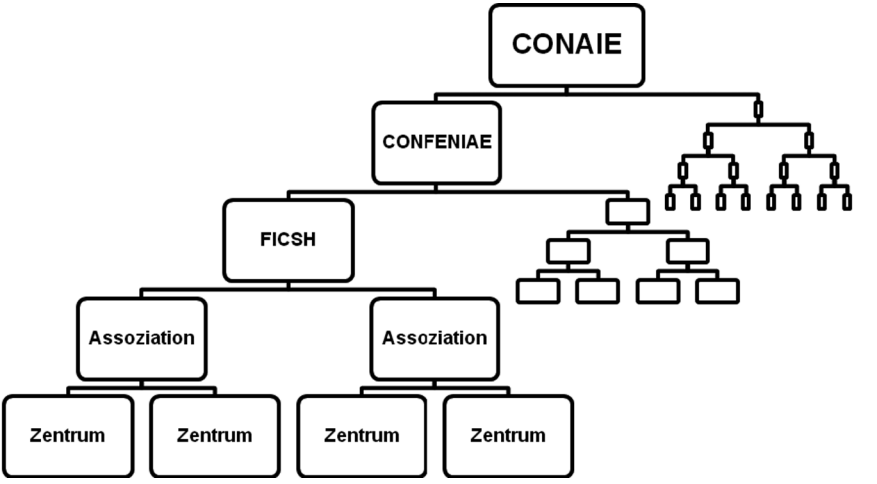

Abbildung 2: Struktur der FICSH/CONAIE, eigene Abbildung

Die meisten der Organisationen der Indigenenbewegung[3] haben als kleinste Einheit die Gemeinschaft. Es sind meist ganze indigenen Gemeinden, Dörfer, Kommunen oder Viertel, die der Organisation angehören und nicht nur bestimmte Teile von ihnen, wie etwa im Fall der Gewerkschaften. Daher gibt es auch keine formelle Mitgliedschaft für Individuen – man wird in der Organisation aktiv, weil man seine Gemeinde vertreten soll oder weil man sich persönlich mit ihren Zielen identifizieren kann. Zugleich gibt es eine hohe Fluktuation des Führungspersonals. Die meisten Posten werden nur für wenige Jahre besetzt und die Personen, die die jeweilige Funktion ausgeübt haben, ziehen sich nach ihrer Amtszeit nicht selten aus der aktiven Politik zurück. Deshalb ist eine der Funktionen der OEG und OZG die Ausbildung von Führungspersonal (León 1991: 402).

3 Die Organisationen der CONAIE und FEINE, teilweise auch der FENOCIN und FEI.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch wenn es keine neutralen Daten gibt, ist in der Forschung unumstritten, dass die CONAIE die größte Organisation der Indigenenbewegung ist (Tamayo 1996: 66f.). Eine Untersuchung des Erziehungsministeriums von 1989 hat ergeben, dass die CONAIE 61% der indigenen Gemeinschaften repräsentiert, während die zweitgrößte Organisation, die FEINE, nur 15% repräsentiert (de la Cruz 1992: 141). Aktuelleren Daten zufolge vertritt die FEINE 30% und die CONAIE 45% der organisierten Indigenen (Chisaguano 2008: 99)[4].

Über Studien des Entwicklungsprojektes der indigenen und schwarzen Völker (*Proyecto de Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Negros del Ecuador*, PRODEPINE) seit 1998 liegen genauere Daten zu den verschiedenen Organisationen ersten und zweiten Grades vor (Martínez Valle 2006: 113). Es wurden insgesamt 7.072 Basisorganisationen (OEG) mit 1.161.870 Einzelmitgliedern oder 193.645 Familien gezählt. Diese haben verschiedene Ausrichtungen, so sind 24% territoriale Organisationen im Sinne der Kommunen oder Zentren, 21% sind soziale, kulturelle oder sportliche Vereinigungen, 15% Wasserkooperativen, usw. (Ramón 2001: 49f.). Die OEG sind nur zu 35% rein indigen und entsprechen nur zu 24% den Kommunen[5] – die große Mehrheit (76%) sind andersgeartete Organisationen, die meist keine ethnische Exklusivität haben (Martínez Valle 2006: 115). Die OEG sind also weniger an traditionelle Organisationsformen wie Kommunen oder Cabildos gebunden als es oft den Anschein hat – von unten ist die Indigenenbewegung offen und pluralistisch (Martínez Valle 2006: 126). Die OEG bilden 155 OZG (ohne das Amazonasgebiet), von denen 35% rein indigen und 45,7% pluriethnisch zusammengesetzt sind (Ramón 2001: 51). Sie entsprechen also nicht dem Selbstverständnis mancher nationaler Organisationen, ausschließlich Indigene zu umfassen (Ramón 2001: 51). Die große Mehrheit der OZG (91%) konzentriert sich in den Anden und dort vor allem im zentralen Hochland, also den Provinzen Cotopaxi, Tungurahua, Chimborazo und Bolívar – die Provinzen mit dem höchsten indigenen Bevölkerungsanteil Ecuadors. In Chimborazo, Cañar, Cotopaxi, Imbabura und Tungurahua sind 71,6% aller OZG des Hochlandes angesiedelt. 38,7% der OZG sind territorial, ihre OEG umfassen das gesamte Territorium und die gesamte Bevölkerung der jeweiligen Provinz. 20,6% umfassen nur einen Teil der Bevölkerung der jeweiligen Provinz. 11,6% sind territorial zerstreut, sie umfassen die gesamte repräsentierte Gruppe, diese hat aber keinen zusammenhängenden Siedlungsraum. 4,5% der OZG bestehen

4 Die Schätzung von Leonidas Iza, der zu seiner Zeit als Präsident der CONAIE davon sprach, dass 75% der organisierten Indigenen der CONAIE angehören (Iza 2005: 113), sind nur bedingt vertrauenswürdig.

5 Nach Daten des Landwirtschaftsministeriums von 1993 waren 64,2% der Basisorganisationen in indigenen Gebieten des Hochlandes Kommunen und 16% Kooperativen (Lucero 2003: 29).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aus Individuen, die in manchen Fällen für die gesamte Gemeinschaft sprechen und 24,5% sind gemischte und überlagerte OZG, deren Basisorganisationen gleichzeitig verschiedenen OZG angehören (Ramón 2001: 51f.).

Die Problematik dieser Daten zeigen Guerrero/Ospina (2003) auf. Ein Drittel der OZG, die bei einer Erhebung 1998 registriert wurde, erklärten, keiner ODG oder nationalen Organisation anzugehören, und viele der OEG und OZG sind – insbesondere im zentralen Hochland – sowohl in CONAIE als auch in FEINE aktiv – wohingegen die Organisationen der FENOCIN eindeutig unterscheidbar sind (Ramón 2001: 64f.). Dazu kommt eine Bedeutungsverschiebung der Organisationsebenen wegen der verstärkten Förderung durch nationale und internationale Organisationen ab Mitte der 1990er Jahre – die wichtigste wohl das von 1998 bis 2003 aktive PRODEPINE selbst. Dieses förderte nur formell konstituierte OZG und hat so zu einem erheblichen Wachstum der Anzahl dieser Organisationen beigetragen (Martínez Valle 2006: 114ff.). Um bei der Mittelvergabe erfolgreich sein zu können, mussten sich die OZG auf Entwicklungsprojekte etwa der Produktion und Kommerzialisierung bestimmter Waren konzentrieren. Es entstand eine Vielzahl von untereinander konkurrierenden OZG, die sich spezialisierten, um in bestimmte, von außen vorgegebene, Projektbeschreibungen zu passen. Diese neue funktional bestimmte Ausrichtung der OZG führte zu einem politischen Bedeutungsverlust: Projektmanager ersetzten die früheren ethnopolitischen Führer, die Kritik an den Verhältnissen wurde ersetzt durch ein Fachwissen um die Beantragung von Fördergeldern (Bretón 2008: 127f.). Die ODG übernahmen die politische Vermittlerrolle, die die OZG dadurch nicht mehr im selben Maße wahrnehmen konnten (Iturralde 1997: 96) – daher nahm ihre Bedeutung auch in den staatlichen Organen, wie denen der interkulturellen Erziehung oder der Agrarentwicklung, zu (Guerrero/Ospina 2003).

Die PRODEPINE hat ab 1998 eine Reihe von Studien zu den sozialen Bewegungen und vor allem zu den OZG in Ecuador erstellt (Martínez Valle 2006: 113). Diese und andere Daten zeigen, dass sich seit dem Bestehen der PRODEPINE die Anzahl formeller Organisationen auf dem Niveau der OZG erheblich gesteigert hat – eine Folge des erhöhten Angebotes an Projekten und der Bevorzugung dieser Organisationsform durch die PRODEPINE (Martínez Valle 2006: 114). So stieg die Anzahl der OZG von 141 (1998) auf 164 (2002) – die Anzahl der OZG, die tatsächlich an Projekten beteiligt war, reduzierte sich jedoch. 2003 waren nur 107 OZG an Projekten beteiligt, das sind 24% weniger als 1998 und 34,8% weniger als 2002. Das Gebiet mit der meisten Förderung durch die PRODEPINE reduzierte sich auf die zentrale Andenregion (mit 52,3% der geförderten OZG), vor allem die Provinz Chimborazo (30% der geförderten OZG) und ihren Kanton Colta (mit 38% der OZG in Chimborazo) (Martínez Valle 2006: 116). Diese Art der Förderung veränderte die Struktur der OZG im Andenhochland. Die beiden Erhebungen von 1998

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und 2002 zeigen, dass 36,5% der OZG weniger als zehn Basisorganisationen (OEG) hatten, 37% in den letzten 5 Jahren, also seit 1997, gegründet worden waren und 60,6% von ihnen multiethnisch strukturiert waren. Von einer organisatorischen Kohärenz mit festen Strukturen und klar definierter Identität kann also keine Rede sein und die Vermutung, dass die Projekte der PRODEPINE ad hoc-Organisationen schufen und andere wiederbelebte (Martínez Valle 2006: 118) scheint wahrscheinlich.

Ein weiteres grundlegendes Problem ist die Auflösung der traditionellen Siedlungsstrukturen. Seit den Landreformen 1964 und 1973, spätestens aber im Zuge der wirtschaftlichen Umgestaltung Ecuadors in den 1980er und 1990er Jahren, mit neuen großflächigen Anpflanzungen und Erdölförderungen, sind die Migrationsbewegungen vom Land in die Stadt stärker geworden. Die Kommunen, die Grundlage der Indigenenbewegung, verlieren ihre Einwohner, die anderswo Arbeit suchen (Korovkin 2008: 7).

c. Ideologien der Indigenenbewegung

Die Entwicklung der Ideologien der Indigenenbewegung ist vor allem vom Gegensatz von Klassenanalyse und ethnischen Aspekten geprägt. Während die ersten Organisationen eher klassistisch orientiert waren – auch wegen ihrer kommunistischen bzw. sozialistischen Prägung – haben seit den 1970er Jahren die ethnisch orientierten Organisationen stark an Bedeutung gewonnen. Eine klassenbasierte Wahrnehmung der Indigenen als Bauern hat einer ethnischen Wahrnehmung Platz gemacht (Marmon/Kramer 2006: 2). Zu der Analyse einer Ausbeutung der Indigenen als Teil des Proletariats kommt gegen Ende der 1970er ein Selbstverständnis als unterdrückte Nationalität, das die Indigenen dazu bringt, den Aufbau des Staates selbst in Frage zu stellen (Moya 1987: 389). Das bedeutet – wie im Kapitel über die CONAIE näher erläutert wird – nicht, dass Klassenaspekte keine Rolle mehr spielen, sondern vielmehr, dass beide Ansätze unter wechselnden Hegemonien vereinigt werden. Der reine Gegensatz von eher ethnisch orientierten Organisationen des Amazonasgebietes gegen eher klassistisch orientierten Organisationen im Andenhochland (Gnerre/Bottasso 1985: 20) spielt nur im Fall der CONAIE eine Rolle – da die anderen Organisationen keine nennenswerte Präsenz im Amazonasgebiet haben[6] oder, wie die FEINE, andere ideologische Hintergründe. Die Frage, ob dieser Wandel durch eine Veränderung des Bewusstseins der Indigenen stattfindet – von innen also – oder – von außen – durch Konstitution bestimmter Organisationen, ist nach wie vor offen.

6 Der Fall der FENOC, der für einige Jahre Organisationen des Amazonasgebietes angehörten, wird im entsprechenden Kapitel näher untersucht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Für den Anthropologen Sánchez-Parga steht am Anfang dieses Wandels in den 1970ern und 1980ern das Bewusstwerden der Indigenen, die ihre Besonderheit erkennen und erst dann eine „Ethnie für sich" (Sánchez-Parga 1988: 108; Sánchez-Parga 2010: 85) bilden. Erst diese Selbsterkenntnis erlaubt die Integration von Klassenaspekten und ethnischer Identität, was schließlich die Grundlage für die Forderungen nach Plurinationalität und Interkulturalität werden sollte (Sánchez-Parga 2010a: 87). Die von ihm als „nationalistische Kämpfe" (Sánchez-Parga 2010a: 87f.) bezeichneten Tendenzen erlauben – in Verbindung mit dem Klassenkampf – den Kampf für eine kulturelle und soziale Integration des Landes. Dadurch gehen die ethnisch orientierten Organisationen weiter als die klassistischen, da sie nicht nur für Gleichheit kämpfen, sondern – auch das wird später näher beleuchtet – für Einheit in der Vielfalt.

Korovkin erweitert die Idee Sánchez-Pargas. Sie versteht die Verschiebung hin zu einer ethnisch-identitären Sicht der Gesellschaft als Ergebnis der Institutionalisierung der Indigenenbewegung. Indigene Intellektuelle, die von den Strukturen der klassistischen Organisationen – etwa ihren Ausbildungszentren – profitierten, begannen, die klassische linke Sicht wegen ihrer Blindheit für kulturelle Aspekte der sozialen Ungleichheit zu kritisieren. Diese neue Schicht Indigener aus relativ wohlhabenden Familien mit hoher Bildung setzte dem ein ethnisches Verständnis der erlebten Ungleichheit entgegen. Diese neue Sichtweise entsprach der der indigenen Landbevölkerung, die die Machtverhältnisse etwa in den *haciendas* nicht nur als soziale, sondern vor allem als ethnische Beherrschung begriff. So begann für die klassischen linken Organisationen eine Krise, von der die neuen ethnischen Organisationen profitierten (Korovkin 2008: 2f.).

Bretón analysiert denselben Bruch unter organisatorischen Vorzeichen. Die klassistisch orientierten Organisationen – FEI und FENOC – verlieren Repräsentativität zugunsten neuer, eher ethnisch orientierter Organisationen wie ECUARUNARI, deren Diskurs beide Tendenzen mehr integriert als das vorher der Fall war (Bretón 2003: 228). Ob die Indigenen von einem Klassenbewusstsein zu einem ethnischen Bewusstsein gekommen sind – und wie – wird offengelassen. Stattdessen werden die Organisationen selbst, ihre Forderungen und ihre spezifischen Diskurse näher beleuchtet. Diesem Ansatz wird hier der Vorzug gegeben, auch weil empirische Studien zum Bewusstsein der Indigenen kaum verfügbar sind.

Der Konflikt zwischen einer auf Klasse und einer auf Ethnie basierten Ideologie in der Indigenenbewegung war in den 1970ern akut. Mit der weiteren Entwicklung von ECUARUNARI und spätestens der Gründung der CONAIE wurden beide Ansätze unter dem Schlagwort der „doppelten Dimension" (Ibarra 1996: 297f.) in einer gemeinsamen Organisation vereinigt, was vor allem zu einem Bedeutungsverlust der radikal ethnizistischen Strömungen führte. Nachdem die klassistischen Organisationen mit einigem Erfolg für soziale und rechtliche Gleichheit gekämpft

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

haben, treten die ethnisch orientierten Organisationen für die Differenz und ihre Anerkennung als Nationalitäten ein (León Trujillo 2010: 14). Die kulturellen Forderungen – etwa die nach zweisprachiger Erziehung – stellten die staatliche Autorität nicht in Frage, erlaubten aber den Organisationen zum einen, einen politischen Raum für identitäre und kulturelle Diskurse zu öffnen, und zum anderen, ihre Strukturen auszubauen (Selverston 1994: 131). Die Neu-Konstitution indigener Identität führte schließlich zu politischen Konzepten und einer organisatorischen Stärke, die für die anderen Akteure unerwartet waren (Selverston 1994: 133) und durchaus Alternativen zum bestehenden Staat darstellen konnten.

Innerhalb der ethnischen Strömungen der Indigenenbewegung unterscheidet Büschges zwischen den Optionen der Integration – vor allem in den gemischt besiedelten Gebieten des Hochlandes – und der politischen Autonomie in eher isolierten Gebieten des Amazonasgebietes (Büschges 2009: 48f.). Die integrativen Gruppen versuchen, sich Räume in den bestehenden politischen Strukturen zu eröffnen, auch in Kooperation mit der mestizischen Bevölkerung – Beispiele wären die Politik des früheren Bürgermeisters von Cotacachi, Auki Tituaña, oder die Gründung der MUPP-NP. Die autonomistischen Gruppen wollen die den jeweiligen Nationalitäten oder Völkern eigene Strukturen (wieder-)aufbauen, ohne sich völlig dem Staat unterzuordnen. So wollen sie etwa eine eigenständige Rechtsprechung, der sich alle im jeweiligen Gebiet lebenden Personen unterwerfen müssen, während die integrativen Gruppen des Hochlandes eine Verbindung von Mehrheitsdemokratie mit „einer formellen Anerkennung eines gewissen Maßes an Autonomie und/oder speziellen Rechten für Minderheitsgruppen“ (Barrera 2002: 101) anstreben.

d. Weitere Organisationen

Es gibt einige Organisationen im Umfeld der Indigenenbewegung, die sich deutlich von der Geschichte und Entwicklung der bisher vorgestellten Organisationen unterscheiden. Auch wenn häufig Kooperationen und gemeinsame Aktionen stattfinden, nehmen diese Organisationen nicht am Diskurs der Indigenenbewegung teil und sind als reine Gewerkschaften bzw. Interessenvertretungen ohne expliziten ethnischen Anspruch zu verstehen.[7]

Die Nationale Föderation der freien agroindustriellen Arbeiter, Bauern und Indigenen Ecuadors (*Federación Nacional de Trabajadores Agroindustriales, Campesinos e Indígenas Libres del Ecuador*, FENACLE) wurde 1969 als Filiale der Ecuadorianischen Konföderation der freien gewerkschaftlichen Organisationen (*Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres*, CEOSL) ge-

7 Daher gibt es kaum Forschung zu diesen Organisationen. Alle Informationen, die nicht anders gekennzeichnet sind, stammen von den jeweiligen Internetseiten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gründet. Die CEOSL wurde 1962 als Alternative zur kommunistischen CTE gegründet und war in den ersten Jahren ihrer Existenz betont unpolitisch und auf Verständigung aus. Diese Gründung war auch das Ergebnis einer gezielten Förderung durch die USA seit den 1950ern (León/Ycaza 1989: 187f.). Sie wurde von 135 Arbeiter-, Handwerker- und sonstigen, auch kulturellen, Organisationen gegründet und durch ihre große Mitgliedszahl und starke Präsenz vor allem in der Industrie rasch zu einer der wichtigsten Gewerkschaften des Landes (León/Ycaza 1989: 188). Die CEOSL kämpfte als erste Gewerkschaft in Ecuador für Tarifverträge und sah Streik nur als letztes Mittel an (León/Ycaza 1989: 189). Die Strömung der freien Gewerkschaften wurde auf dem VI Kongress 1975 der Organisation verdrängt, 1984 setzten sich sozialistische Tendenzen durch (León/Ycaza 1989: 192f.). Auf ihrem 16. Kongress 2010 hat sich die CEOSL umstrukturiert und ist in der Gewerkschaftliche Konföderation der Arbeiterinnen und Arbeiter Ecuadors (*Confederación Sindical de Trabajadoras y Trabajadores del Ecuador*, CSE) aufgegangen.

Die FENACLE ist Mitglied in der Lateinamerikanischen Koordination der Gewerkschaften der Bananenarbeiter (*Coordinadora Latinoamericana de Sindicatos Bananeros*, COLSIBA), der Lateinamerikanischen Koordination der Landorganisationen (*Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo*, CLOC) und der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Catering-, Tabak- und anverwandter Arbeitnehmerverbände (IUL). Sie hat ca. 150.000 Mitglieder in 18 Provinz-Föderationen. Auch wenn der regionale Schwerpunkt der FENACLE im Küstengebiet ist, sind einige Indigenenorganisationen auf lokaler und kantonaler Ebene Mitglied (Ayala Mora o.J.: 5f.). Sie unterstützt sowohl die CONAIE und MUPP-NP, als auch Alianza PAÍS und Rafael Correa (Negreiros 2009: 137).

Die 1990 gegründete (Albó 2009: 229) Nationale Einheitskonföderation der Mitglieder der Bauernsozialversicherung-Nationaler Bauernrat (*Confederación Única Nacional de Afiliados al Seguro Social Campesino-Consejo Nacional Campesino*, CONFEUNASSC-CNC) hat eine Million Mitglieder in 2.300 ländlichen Gemeinden. Sie hat vor allem bei nicht-indigenen Landarbeitern Rückhalt (Albó 2009: 229). Seit ihrer Gründung stand sie der CONAIE nahe, die sie bei vielen Aktionen unterstützte und mit der sie 1996 die Partei MUPP-NP gründete. Die änderte sich mit der Annäherung der CONFEUNASSC-CNC an die Regierung Correa 2006, die bis heute besteht (Wolff 2010: 22). Die CONFEUNASSC-CNC ist ebenfalls Mitglied der CLOC.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. FEDERACIÓN ECUATORIANA DE INDIOS (FEI)

a. Vorgeschichte

Eine Revolution junger Offiziere im Juli 1925 führt zu einer progressiveren Gesetzgebung, die die politische Organisation der Linken fördert (FENOC o.J.: 10) und die Gründung von Parteien und Gewerkschaften erleichtert. Daher beginnt die Geschichte der modernen Indigenenbewegung in Ecuador mit einer zunehmenden Politisierung auch durch die Gründung der Sozialistischen Partei 1926 und deren Umstrukturierung in die Kommunistischen Partei 1931 (Yumbay 2008: 234). 1926 finden in Cayambe, einem Kanton der Provinz Pichincha mit indigener Bevölkerungsmehrheit, politische Aktionen der indigenen Landarbeiter statt. Die staatlichen *haciendas* Guachalá und Bonifaz werden von Indigenen besetzt, die ihr Land zurückgewinnen wollen. Die Aktionen scheiterten am entschiedenen Durchgreifen der Großgrundbesitzer und der Armee (Agualsaca o.J.: 1). Aus diesen Aktionen entsteht noch 1926 mit Unterstützung urbaner Linker (Becker/Tutillo 2009: 97) die erste indigene Gewerkschaft (Albornoz 1976: 150), die Gewerkschaft der Landarbeiter von Juan Montalvo (*Sindicato de Trabajadores Campesinos de Juan Montalvo*) (Becker 1997: 169f.). Ihr Ziel war die Verteidigung des Landes der Bauern, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitbegrenzungen. Außerdem bekämpfte sie die semifeudalen Vorrechte der Landbesitzer und der Kirche – etwa das Recht auf unbezahlte Arbeit der Indigenen – und schlechte Behandlungen durch die *hacendados*. Der erste Generalsekretär dieser Organisation war Jesús Gualavisí, der dieses Amt bis zu seinem Tod 1962 ausübte und an der Gründung anderer Gewerkschaften in der Region beteiligt war (Becker 1997: 169f.; Becker/Tutillo 2009: 96f.). Diese erste Gewerkschaft wurde einige Monate vor dem Entstehen der Sozialistischen Partei im Mai 1926 gegründet, entstammt also nicht den Organisationsversuchen der linken urbanen Parteien, sondern entstand zeitgleich mit ihnen als Reaktion auf ähnliche Bedingungen (Becker 1997: 171; Becker/Tutillo 2009: 97).

1927 werden in Cayambe weitere – damals noch klandestine (Becker/Tutillo 2009: 99) – Gewerkschaften gegründet: die Gewerkschaft ‚El Inca' in Pesillo, ‚Pan y Tierra' in La Chimba, ‚Tierra Libre' in Moyurco (GTZ 2004a: 3)[8]. Bei diesen Gründungen spielten die Mitbegründer der Sozialistischen Partei, Jesús Gualavisí (Becker 2006: 134f.; Becker 2009: 1056) und Dolores Cacuango (Rodríguez 2008: 79), eine entscheidende Rolle.

8 Nach Marc Becker wurden El Inca und Tierra Libre vor dem Streik von Dezember 1930 und Januar 1931 gegründet und Pan y Tierra danach. Becker stellt klar: „Jenseits der Namen und ungefähren Gründungsdaten ist nur wenig über diese frühen Organisationen bekannt." (Becker 1997: 173f.)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Seit ihrer Gründung hatten die Kommunistischen und Sozialistischen Parteien in Lateinamerika versucht, die Kämpfe der Indigenen und Bauern in ihre Politik zu integrieren, ohne jedoch eine kohärente Linie entwickeln zu können. Als die Kommunistische Internationale (Komintern) ab Mitte der 1920er Jahre in Lateinamerika aktiv wurde, war sie bereits vom Stalinismus und seiner Bestrebungen geprägt, mittels einer Revolution in Etappen den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Auf ihrem sechsten Kongress 1928 „entdeckte" (Becker 2002: 194) sie Lateinamerika. Dort wurde die gestiegene Bedeutung der kommunistischen Parteien in Lateinamerika hervorgehoben und über die Frage diskutiert, ob man die Region als ‚semikolonial' oder als ‚abhängig' zu verstehen hatte. Der Vorsitzende der PCE, Ricardo Paredes verteidigte die zweite Position, um die politische Unabhängigkeit von der wirtschaftlichen Integration in den Imperialismus abgrenzen zu können (Becker 2002: 194). Mit Rückgriff auf die kommunistischen Klassiker, allen voran Lenin, forderte die Komintern „die Selbstbestimmungsrechte der nationalen Minderheiten, einschließlich das Recht, sich von unterdrückerischen staatlichen Strukturen zu trennen" (Becker 2002: 191f.). So wurde – analog zur Forderung von Schwarzenrepubliken in Südafrika und den USA – der Vorschlag erarbeitet, eine indigene Republik der Quechua und Aymara in den Anden aufzubauen (Becker 2002: 195). Die Hinwendung der Komintern zu Lateinamerika bedeutete auch eine engere Kontrolle der Kommunistischen Parteien dort, wodurch eine „flexible Anpassung der politischen Strategien an die nationalen Wirklichkeiten" (Becker 2002: 194f.) durch die lateinamerikanischen Kommunisten schwieriger wurde.

Nach der Rückkehr der lateinamerikanischen Delegierten vom sechsten Kongress der Komintern wurden zwei regionale Kongresse organisiert, auf denen die Beschlüsse der Komintern umgesetzt und die Arbeit der nationalen Kommunistischen Parteien koordiniert werden sollten. Im Mai 1929 fand in Montevideo der Gründungskongress der Lateinamerikanischen Gewerkschaftskonföderation statt, die schon seit Ende 1927 geplant worden war und auf dem Komintern-Kongress viel Unterstützung erfahren hatte. Insbesondere wurde eine Integration der Bauern und Landarbeiter in die Gewerkschaften gefordert (Becker 2002: 198). Die Erste Lateinamerikanische Kommunistische Konferenz in Buenos Aires im Juni 1929 diente der Ausarbeitung eines konkreten, auf die lateinamerikanischen Besonderheiten abgestimmten, Programms. 38 Delegierte aus 15 Ländern arbeiteten an diesem Programm, dessen Grundzüge im August 1929 in der Zeitung der lateinamerikanischen Sektion der Komintern, *La Correspondencia Sudamericana*, veröffentlicht wurden (Becker 2002: 198). Auf dem Kongress entwickelte der peruanische Kommunist José Carlos Mariátegui die These, dass die Indigenen in erster Linie eine Klasse bilden (Becker 2002: 192) – ohne sich jedoch völlig von den indigenistischen Bestrebungen der Komintern zu distanzieren. Als Landproletariat waren die Indigenen auf Zugang zu Ackerland angewiesen, der ihre Position im Klassen-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kampf verbessern sollte. Ihre ethnische Verfassung als Nationalität im Sinne der Komintern sollte die Indigenen zu einer Unabhängigkeitsbewegung führen, die in Allianz mit den mestizischen Arbeitern – die ja aus ethnischem Blickpunkt Gegner waren – eine kommunistische Revolution herbeiführen konnte (Becker 2002: 197). Dadurch wurden vorherige, an den USA und Südafrika entwickelte Strategien, „unabhängige Eingeborenenrepubliken" (Becker 2002: 191f.) zu gründen, weitgehend verworfen. In den Beschlüssen der Konferenz von 1929 wurde „der Kampf der Indios für den Anspruch ihrer unterdrückten Nationalität" (Correspondencia Sudamericana, August 1929 in: Grupo Internacionalista 2003) verankert – allerdings nur als These zur Diskussion, die auf einem zweiten Kongress konkretisiert werden sollte (Becker 2002: 212). Zu diesem zweiten Kongress kam es jedoch nie (Becker 2002: 198), eine lateinamerikanische Interpretation des Kommunismus konnte sich nicht durchsetzen. In den folgenden Jahren näherten sich die Kommunistischen Parteien der Linie der Komintern an. Mit Hilfe der Bauern und Landarbeiter sollte eine demokratisch-bürgerliche Revolution gegen die feudalen und semifeudalen Verhältnisse durchgeführt werden, die erst die Grundlage für eine kommunistische Revolution schaffen sollte. Ab Mitte der 1930er Jahre wurde in dieser Linie eine Agrarreform ohne politische Revolution eines der wichtigsten Ziele der PCE (Grupo Internacionalista 2003).

Ab Mai 1930 begann die Sozialistische Partei, sich mit den Indigenen in Pesillo zu treffen und sie bei der Organisation und Formulierung ihrer Forderungen zu unterstützen (Becker/Tutillo 2009: 99), wodurch sich die Landarbeiter der Region ihr annäherten (Becker 1997: 174f.). Sie gründete im August 1930 die Arbeiter- und Bauernhilfe (*Socorro Obrero y Campesino*), die die jungen Gewerkschaften juristisch und logistisch unterstützen sollte. Die ersten Aktionen der Arbeiter- und Bauernhilfe war die Befreiung von gefangengenommenen Gewerkschaftsmitgliedern und Mitgliedern der Kommunistischen Jugend (*Juventud Comunista*), der Nachwuchsorganisation der PSE (Becker 2008b: 32f.)[9], in Pesillo, die den Organisationen vor Ort beistehen wollten. Der sozialistische Senator Luis Maldonado machte im Nationalkongress auf die Lage der Arbeiter in Cayambe aufmerksam; die PSE sammelte Geld für die gefangengenommenen Arbeiter (Becker 1997: 176; Becker/Tutillo 2009: 100).

Die verstärkte Kooperation zwischen urbanen und ländlichen Aktivisten führte zu einer ideologischen Weiterentwicklung beider Seiten. So berichtet Nela Martínez, dass in den 1920ern und 1930ern die Zeitschrift *Amauta*, die vom peruanischen Kommunisten José Carlos Mariátegui herausgegeben wurde, von den linken Aktivisten rezipiert wurde (Becker/Tutillo 2009: 114). Die urbanen Aktivisten berieten

9 Nach Gründung der Partido Comunista del Ecuador (PCE) wurde sie ihre Jugendorganisation.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und unterstützten die Indigenen, diese waren aber die treibende Kraft hinter den Forderungen, die sie weitgehend eigenständig aufstellten, und den Aktionen, die sie durchführten. Obwohl die Indigenen ihren Kampf auch als ethnisch verstanden, wandten sie sich nicht generell gegen alle Weißen, sondern verbündeten sich im Rahmen eines Kampfes für soziale Gerechtigkeit mit den urbanen Marxisten (Becker/Tutillo 2009: 128). Diese gesteigerte Mobilisierung verstärkte den Bruch innerhalb der PSE, der zu ihrer Umbenennung in PCE und der Neugründung einer nicht-kommunistischen PSE führen sollte. Die von der Komintern übernommene Bezeichnung der Indigenen als Nationalitäten wurde so als kommunistische Ideologie wahrgenommen (Becker 2008b: 37f.). Also gab es schon in den 1930ern Versuche, über sowjetische Begriffe Klassenaspekte mit ethnischen Aspekten zu vereinen (Becker 2008b: 45).

1930 und 1931 findet in Pesillo unter der Führung von Cacuango (Becker 2009: 1056) der erste größere Streik der indigenen Organisationen statt, der drei Monate dauern sollte (Yépez 2010). Es wurden Lohnerhöhungen, eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, die Rückgabe konfiszierten Landes an die Arbeiter, die Entlohnung der Arbeit der Frauen und ein Ende der unbezahlten Arbeiten für den *hacendado* und der Erhebung des Zehnten durch die Kirche gefordert. Unter den Forderungen gab es allerdings keine, die sich um ethnische oder gesamtstaatliche Inhalte, wie ein Ende der Diskriminierung, oder um eine Agrarreform drehte (Becker/Tutillo 2009: 102f.). Diese letzte Forderung kam erst später unter dem Einfluss der PCE auf (Becker/Tutillo 2009: 103). Im Anschluss an diesen – erfolglosen – Streik konnte erreicht werden, dass die Regierung Zahlungen für die im Zuge der Aktionen zerstörten Häuser und ausgefallenen Löhne anordnete – eine Anordnung allerdings, die genauso wenig umgesetzt wurde wie die anderen Forderungen der Indigenen, darunter Verbesserung ihrer rechtlichen Situation und eine Erhöhung der Löhne (Albornoz 1983: 44; Agualsaca o.J.: 1).

Im Februar 1931, unmittelbar nach dem Streik, sollte der erste nationale Kongress der Bauernorganisationen (*Primer Congreso de Organizaciones Campesinas*) mit 2.000 erwarteten Teilnehmer in Juan Montalvo, Cayambe, stattfinden (CONAIE 1989: 30f.). Er war schon vor dem Streik geplant und unter anderem in der Zeitung der PSE angekündigt worden (Becker/Tutillo 2009: 104), gewann durch ihn aber eine größere Bedeutung. Der Kongress wurde von den Gewerkschaften in Cayambe und sechs Kommunen in Otavalo organisiert (Becker 1997: 188). Es sollte dort die Ausweitung des indigenen Kampfes auf ganz Ecuador vorbereitet werden (Albornoz 1976: 150). Er wurde jedoch von der Regierung Isidro Ayora durch Polizei und Militär verhindert (Albornoz 1983: 43f.; Rodríguez 2008: 80) – die Regierung befürchtete Unruhen, obwohl Politiker der Region berichtet hatten, dass die Lage ruhig war und es keine direkte Gefahr gab (Becker 1997: 190). Im März 1931 kamen die Streikenden und die Teilnehmer des gescheiterten Kongres-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ses aus Cayambe zu Fuß in Quito an, um ihre Forderungen direkt der Regierung zu präsentieren. Dabei erhielten sie logistische Unterstützung durch urbane Intellektuelle um die Kommunistin Nela Martínez, die später die zweisprachige indigene Zeitung *Ñucanchic Allpa* herausgeben (Becker/Tutillo 2009: 123) und die indigenen Organisationen mit einer Medienkampagne unterstützen sollten (Yépez 2010). Martínez war seit 1934 Mitglied der PCE und arbeitete mit Indigenen- und Frauenorganisationen zusammen (Becker/Tutillo 2009: 144).

1934 schließlich fand die erste Konferenz der *Cabecillas Indígenas* in der *Casa del Obrero* in Quito statt, die die Grundlage für eine nationale Indigenenorganisation werden sollte (Albornoz 1976: 151; Botero 1998: 8). Die *Casa del Obrero* war ein Freiraum für linke Politik im Zentrum von Quito, an der *Plaza del Teatro*, die schon zuvor von den Indigenen genutzt worden war, wenn sie ihre Forderungen in Quito vortrugen (Becker/Tutillo 2009: 114). Auf dieser Konferenz wurde der Generalrat der *Cabecillas Indios* (*Consejo General de Cabecillas Indios*) gegründet, der als nationale Organisation die indigenen Interessen verteidigen sollte. Er wurde nie offiziell anerkannt (Becker 1997: 240f.). Jesús Gualavisí wurde zum ersten Generalsekretär dieser Organisation gewählt (Becker 2006: 134f.) und versuchte, die vorhandenen indigenen Organisationen in die neue nationale Organisation zu integrieren – ohne größeren Erfolg. Der Generalrat der *Cabecillas Indios* unterstützte lokale Initiativen und versuchte – allerdings meist ohne Erfolg –, eine Reihe von Streiks zu organisieren (Becker 1997: 208; Becker/Tutillo 2009: 133f.). Dies war der Beginn eines Organisationsprozesses, der 10 Jahre später zur Gründung der FEI führen sollte.

Die erste Ausgabe von *Ñucanchic Allpa,* ‚Nuestra Tierra' erschien direkt im Anschluss und auf Beschluss der Konferenz von 1934 (Becker 2006: 134). Diese Zeitung, deren Titel auf deutsch ‚Unser Land' bedeutet, erschien unregelmäßig zwischen den 1930er und den 1960er Jahren (Albó 2009: 205f.). *Ñucanchic Allpa* sollte die Aktivitäten der indigenen Organisationen koordinieren und den Kampf gegen die semifeudalen Herrschaftsformen auf dem Land unterstützen (Agualsaca o.J.: 3). Sie war auf spanisch verfasst, enthielt aber meist wenigstens einen Artikel auf Kichwa. Die Ausgaben der 1930er Jahre trugen den Untertitel ‚*Órgano de los sindicatos, comunidades e indios, en general*' (Organ der Gewerkschaften, Gemeinschaften und Indios, allgemein), mit der Gründung der Federación Ecuatoriana de Indios (FEI) 1944 wurde sie zu deren offiziellem Organ (Albornoz 1983: 63; Becker 2006: 133). *Ñucanchic Allpa* war ein Instrument der Indigenenbewegung und richtete sich vor allem an Indigene – baute aber von Beginn an auf die Mitarbeit der urbanen Linken. So war das mestizische PCE-Mitglied Nela Martínez in den 1930ern ihre Direktorin (Becker 2006: 135). *Ñucanchic Allpa* verteidigte von einer klassenanalytischen Perspektive aus die Rechte der Indigenen, kritisierte den paternalistischen Indigenismus des Staates und der Mehrheitsgesellschaft und forderte

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einen Ausbau des Bildungssystems für Indigene. So wandte sich ein Leitartikel von Mai 1940 gegen die Idee der Indigenen als ‚unterlegene Rasse' und sah die ecuadorianische Gesellschaft als in Proletarier und Kapitalisten gespalten, wobei die Proletarier Indigene, Schwarze und arme Mestizen umfassten. Im Anschluss wurde eine Liste mit 19 Forderungen präsentiert, die eine Abschaffung des *huasipungo*-Systems auf den damaligen *haciendas*, eine Landreform und die Einhaltung des Arbeitsrechts enthielten. Dazu kam die Forderung nach einer speziellen Bank für indigene Bauern, um so ein angemessenes Angebot an günstigen Krediten zu schaffen – eine Forderung, die die Indigenenbewegung lange begleiten sollte: Vergleichbares forderte die CONAIE auch 1990 (Becker 1997: 208-211).

Das Kommunengesetz (*Ley de Comunas*) von 1937 war ein Versuch des Staates, über eine Umstrukturierung der indigenen Gemeinschaften die staatliche Kontrolle über sie aufrechtzuerhalten und die Indigenen auf neue Weise in den Staat zu integrieren (CONAIE 1989: 31). Eine Kommune ist eine indigene Gemeinschaft außerhalb der *haciendas* mit mindestens 50 Mitgliedern. Sie ist eine rechtliche Person und gibt ihren Mitgliedern eine gewisse wirtschaftliche und politische Freiheit, in Form einer eigenen Regierung (*cabildo*) und gemeinschaftlichem Landbesitz. Die Kommunen sind über die Institution der *parroquias* in den Staat integriert (Lucero 2003: 29; Van Cott 2005: 103). Da der Landbesitz ein notwendiges Kriterium ist, um eine Kommune bilden zu können, die meisten Indigenen jedoch kein Land hatten, wurde das Kommunengesetz von vielen Indigenenorganisationen als unzureichend kritisiert (Conterón/de Viteri 1984: 20). Das Konstrukt der Kommune ist eine Mischung aus Strukturen der Inka, traditionellen andinen Formen der sozialen Organisation und Strukturen, die die spanischen Eroberer eingeführt hatten. Es war nur als eine Art Übergangslösung geplant. So wurde bereits in der ersten Fassung des Kommunengesetzes festgeschrieben, dass der Staat alles notwendige unternehmen solle, um die Kommunen in Produktionskooperativen umzuwandeln und damit die Modernisierung und Besserstellung der Mitglieder zu befördern (Lucero 2003: 29-31). Dennoch konnten in ihr die traditionellen indigenen Formen der Regierung und Verwaltung fortgeführt und erneuert werden (Becker 1997: 229) – jedoch in einem modernen Gewandt, das den indigenen Traditionen teilweise stark widersprach (Becker 1997: 231). Bis zur Agrarreform 1964 verbreiteten sich die Kommunen nur langsam, erst das Ende der *huasipungaje* durch diese Reform führte zu einem Anstieg der Anzahl der Kommunen, die von früheren *huasipungueros* gebildet wurden (Becker 1997: 230). Das Kommunengesetz sollte die Organisation der Indigenen auf überlokaler Ebene unterbinden oder anders kanalisieren, um so den entstehenden Gewerkschaften die Grundlage zu nehmen und die Kontrolle des Staates über die Indigenen zu erhalten (Botero 2000: 44). Der Aufbau neuer und paralleler Strukturen sollte den Einfluss radikalerer Organisationen reduzieren. Das Kommunengesetz war ein Versuch, die landwirtschaftlichen Strukturen in Ecuador

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zu modernisieren und die Entwicklung der Indigenen zu fördern. Das Gesetz war von paternalistischer Natur und sollte die ländlichen indigenen Gemeinschaften schützen und leiten, der Staat behielt dabei die Autorität über die organisatorischen Strukturen, die er verändern konnte, wenn nötig (Becker 1997: 231).

Ein weiteres wichtiges Gesetz, das Arbeitsgesetzbuch (*Código del Trabajo*), wurde am 5. August 1938 erlassen. Es war der erste Versuch, die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu regeln. So wurde ein Mindestlohn und der 8-Stunden-Arbeitstag festgelegt und das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren und zu streiken, formalisiert (Becker 1997: 233). Durch diese Grundlage des gemeinsamen Kampfes näherten sich die ländlichen und die urbanen Organisationen weiter an und bereiteten über ihre verstärkten Kooperationen den Boden für die Gründung nationaler Organisationen (Becker/Tutillo 2009: 135).

Schon vor der Gründung der FEI begannen die Indigenen mit dem Aufbau eines Systems zweisprachiger Schulen für Indigene (Becker 2006: 141) – ein Thema, das die gesamte Indigenenbewegung prägen sollte. Auch die Auseinandersetzung mit dem Indigenismus, vor allem dem Ecuadorianischen Indigenistischen Institut (*Instituto Indigenista Ecuatoriano,* IIE) spielte in den frühen 1940ern eine Rolle (Becker 2006: 141). Der Indigenismus wurde als paternalistisches Projekt der mestizischen Mittelschicht abgelehnt, das die Indigenen langfristig in eine einheitliche Nationalkultur integrieren sollte. 1940 fand auf Betreiben des mexikanischen Präsidenten Lázaro Cárdenas in Pátzcuaro, Michoacán, der erste Interamerikanische Indigenistische Kongress (*I Congreso Indigenista Interamericano*) statt, der die Grundlinien dieses Indigenismus vorgeben sollte. Eine Assimilation der Indigenen in die mestizische Mehrheitsgesellschaft wurde in Teilen auch von der PCE unterstützt (Grupo Internacionalista 2003) – eine Quelle für Konflikte zwischen der PCE und der Indigenenbewegung.

Die Revolution vom 28. Mai 1944, die die Regierung von Carlos Alberto Arroyo del Río stürzte, führte zu einer Öffnung der Zivilgesellschaft (Albornoz 1976: 151). Vom 4. bis zum 9. Juli 1944 fand unter Teilnahme von 1.036 Teilnehmern der Gründungskongress der Konföderation der Arbeiter Ecuadors (*Confederación de Trabajadores del Ecuador*, CTE) statt (CTE o.J.: 4f.). Pedro Saad, Mitbegründer der kommunistischen Partei, wurde zu ihrem Generalsekretär gewählt (Yépez 2010). Auf diesem Kongress kündigte die CTE an, Landarbeitergewerkschaften und Bauernorganisationen, sowie indigene Kommunen in sich integrieren zu wollen und zu diesem Zweck eine Nationale Bauern- und Indioföderation (*Federación Nacional Campesina e India*) innerhalb der CTE gründen zu wollen (Becker 1997: 240f.) – die einige Monate später als Ecuadorianische Indioföderation (*Federación Ecuatoriana de Indios*, FEI) gegründet wurde (Tamayo 1996: 89).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

b. Gründung

Vom 6. bis zum 8. August 1944 fand der erste Ecuadorianische Indigenen-Kongress (*Primer Congreso Ecuatoriano de Indígenas*) in der *Casa del Obrero* in Quito statt. Die Delegierten kamen vor allem aus den Provinzen des nördlichen und zentralen Andenhochlandes, Imbabura, Pichincha, Cotopaxi und Chimborazo, wobei der Kanton Cayambe (Pichincha) von besonderer Bedeutung war. So entstammten fast alle wichtigen Figuren des Kongresses diesem Kanton (Becker 1997: 242). Kommunisten und Linke aus Quito unterstützten den Kongress und die daran teilnehmenden Organisationen und halfen mit ihren spezifischen Erfahrungen (Becker 1997: 242). Nela Martínez etwa nahm an der Gründung der FEI teil und war persönliche Sekretärin von Dolores Cacuango, die sie auf den zweiten Kongress der Arbeiterkonföderation Lateinamerikas (*Confederación de Trabajadores de América Latina*, CTAL) in Cali, Kolumbien 1944 begleitete (Becker/Tutillo 2009: 144). Der Kongress war offen konzipiert, Presse und sonstige Interessierte wurden über Anzeigen in Tageszeitungen ebenso eingeladen wie eine Reihe von Ministern und Parlamentariern (Becker/Tutillo 2009: 142). Auf diesem Kongress wurde die Ecuadorianische Indioföderation (*Federación Ecuatoriana de Indios,* FEI) als ländliche Filiale der kommunistischen, der PCE nahestehenden, Gewerkschaft CTE gegründet (Büschges 2009: 54). Während die CTE national agierte, war die FEI auf die Andenregion beschränkt, was vor allem an ihrer Orientierung auf *huasipungueros* und Landarbeiter auf den *haciendas* lag (CONAIE 1989: 31f.; Guamán 2003: 82). In ihr schlossen sich die seit den 1920ern aktiven, von PSE und PCE geförderten Landarbeitergewerkschaften zusammen, wobei sie sich explizit auch anderen indigenen Organisationen öffnete (Albornoz 1983: 63). Die CTE, Mitglied im kommunistischen Weltgewerkschaftsbund[10] (Lechón 1976: 86), kämpfte für

> „die Verbesserung der sozialen Sicherheit, der Arbeitsbedingungen, aber genauso Demokratisierung, Antiimperialismus und die Überwindung ‚prä-kapitalistischer' Ausbeutungsverhältnisse auf den Haciendas durch eine Agrarreform" (Kaltmeier 2009: 344; siehe auch: CTE o.J.: 5f.).

Dieser letzte Punkt war die Hauptforderung der FEI, in Verbindung mit anderen Forderungen bezüglich des Arbeitsrechts und der Lebensbedingungen auf den – oft staatlichen – *haciendas* (Becker 2007: 138f.). Dazu kam in den Statuten, die auf dem Gründungskongress beschlossen wurden, die „wirtschaftliche Emanzipation der ecuadorianischen Indios" (Albornoz 1983: 63). Auch enthielten die Statuten Elemente einer pan-indigenen Ideologie, die Organisation verpflichtete sich zur

10 Und nicht im Weltverband der Arbeitnehmer, wie León (1994: 55) behauptet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kooperation mit den anderen indigenen Organisationen des Landes und des Kontinents (Becker/Tutillo 2009: 140). Die FEI hatte ihre Schwerpunkte im Norden und Zentrum der Andenregion, in Cayambe, Cotopaxi und Chimborazo (Kaltmeier 2009: 344). Sie war die erste Organisation, die sich explizit als indigen verstand und verwendete die Bezeichnung *indio* im Sinne des Mottos „mit dem Wort *indio* wurden wir erobert und mit dem Wort *indio* werden wir uns befreien" (Yumbay 2008: 234)[11]. Das Weiterbestehen der kolonialen Strukturen sollte nicht durch das neutralere ‚*indígena*' überdeckt werden, sondern durch die Umdeutung des Begriffs ‚*indio*' gegen den Kolonialisierer gewendet werden (Barre 1983: 19; Quijano 2006a: 33). Dadurch, dass sich die FEI nicht allein als Bauern- oder Landarbeiterorganisation bezeichnete, distanzierte sie sich sowohl vom liberalen Diskurs der Integration in die Gesellschaft, als auch vom marxistischen Verständnis der Indigenen als Landproletariat. So bereitete sie das Entstehen eines ethnischen Bewusstseins der Indigenen in Ecuador vor (Becker/Tutillo 2009: 138).

Am 29. Januar 1945 wurde die FEI staatlich anerkannt (FEI o.J.), das Sozialministerium akzeptierte die Statuten der FEI mit zwei Änderungen. Kommunen konnten nicht, wie ursprünglich geplant, Mitglied der FEI werden, wodurch die Basis der neuen Organisation erheblich beschränkt wurde. Diese Maßnahme der Regierung, die Ausbreitung der FEI zu behindern, war erfolgreich, konnte sie sich doch nie in den Regionen durchsetzen, in denen die Kommunen als Organisationsform vorherrschten. Die zweite Änderung betraf die Forderung der FEI, den Vertreter der Indigenen Rasse im Nationalkongress selbst zu bestimmen. Das Ministerium erlaubte der FEI, diesen Vertreter zu nominieren, aber nicht, seine Funktion völlig zu kontrollieren (Becker 1997: 252; Becker/Tutillo 2009: 140f.). Die erste Generalsekretärin der FEI wurde das indigene PCE-Mitglied Dolores Cacuango (Albornoz 1983: 63; Tamayo 1996: 89), ihr erster Präsident der indigene PCE-Mitbegründer Jesús Gualavisí (Becker 1997: 247). Somit entstammten die wichtigsten Funktionäre der neuen Organisation dem Kanton Cayambe, die dort die zentralen Einrichtungen des Exekutivkomitees der FEI aufbauten – obwohl die Statuten der FEI vorsahen, dass sie in Quito sein müssen (Becker/Tutillo 2009: 137). Die FEI wurde in der Verfassungsgebenden Versammlung 1944/1945 vom Gründer der PCE, Ricardo Paredes, als *Funktioneller Repräsentant für die indigene Rasse* vertreten (Becker 2006: 143; Becker/Tutillo 2009: 141). Die dort ausgearbeitete Verfassung, die nur im Jahr 1945 in Kraft war, sah einen Abgeordneten der indigenen Organisationen im Parlament vor, der auch an den Aktivitäten dieser Organisationen beteiligt sein musste – also nicht wie zuvor ein Außenstehender. Diese Funktion wurde schon in

11 Das Motto ist mit einigen Veränderungen seit den 1970ern wieder zu finden, etwa 1980 auf dem ersten Kongress der Indio-Bewegungen Südamerikas (*I Congreso de Movimientos Indios de Sudamérica*) in Ollantaytambo, Peru (AAVV 1985: 163).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Verfassung von 1946 gestrichen (Becker/Tutillo 2009: 141). Paredes vertrat die FEI auch später auf internationalem Niveau, etwa bei den jeweiligen Gewerkschaftsbünden[12] (Becker/Tutillo 2009: 142).

FEI und PCE teilten sich in den 1940ern und 1950ern einen großen Teil ihres Führungsapparates und ihrer Funktionäre (Santana 1983: 159). Diese strukturellen Verbindungen haben zu einer heftigen Diskussion in der Forschung darüber geführt, ob die FEI eine reine Massenorganisation der PCE war – also von außen bestimmt war, ethnische Probleme nicht anerkannte und die Indigenen nur als Bauern oder Landproletariat wahrnahm. Diese Position ist die ältere, auch von der CONAIE (1989: 276) selbst vertretene. Die Blindheit den ethnischen Bestandteilen der Lage der Indigenen gegenüber verhinderte in diesem Sinne eine weiteres Wachstum der Organisation unter der indigenen Bevölkerung. Auch wenn einige Indigene in Führungspositionen der FEI aufsteigen konnte, war die Organisation selbst immer unter Kontrolle externer Akteure, vor allem der PCE und der CTE (CONAIE 1989: 31f.; GTZ 2004a: 3). Die FEI war, wie auch die CTE, eine Massenorganisation der PCE (Santana 1983: 159) ohne wirkliche Eigenständigkeit. Ihre Aktionsformen und Forderungen wurden von der PCE geprägt (Rodríguez 2008: 130). Sie beachtete in ihrem Programm nicht Probleme wie ethnische Diskriminierung, kulturelle Gewalt oder Erziehungsfragen (Yumbay 2008: 234); die sozialistischen Gruppen versuchten, die politische Mobilisierung zu „de-ethnisieren" (Büschges 2009: 45) und betrachteten die Indigenen als Teil der Bauernschaft (Rodríguez 2008: 131). Die indigenen Führer, die den Klassenkampf mit der Verteidigung indigener Rechte verbinden wollten (Büschges 2009: 45), waren stets in der Minderheit und konnten die rein marxistische Sichtweise der PCE nicht in Frage stellen. Die fehlende Teilhabe Indigener an den Führungspositionen der PCE und der FEI führte, zusammen mit einer fehlenden Integration ethnischer und kultureller Forderungen (Santana 1983: 162), zu einer quasi-patriarchalischen Situation, in der das mestizische Führungspersonal für die Indigenen sprach, ohne dass diese wirklich an den Entscheidungen beteiligt gewesen wären (García Serrano 2005: 1f.).

Die Kritik an dieser Sichtweise ist relativ neu und mit der Person des Historikers Marc Becker verbunden. Für Becker basiert das Verständnis der FEI als eine von urbanen Mestizen gesteuerte, quasi-indigenistische Organisation auf der fehlenden Kenntnis der Geschichte der indigenen Organisationen in Ecuador (Becker 2008b: 2). Es stimmt nicht, dass erst in den 1970ern oder 1980ern eine neue Generation indigener Intellektueller die Führung der Indigenenbewegung übernommen hat. Stattdessen liegt dem eine lange Entwicklung der Bewegung zugrunde, in der

12 Die Teilnahme von Paredes am Zentralrat der amerikanischen gewerkschaftlichen Konföderation (*Consejo Central de la Confederación Sindicalista Americana*) in Bukarest in den 1950ern (Becker/Tutillo 2009: 142) ist nicht gesichert.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die FEI eine wichtige Rolle spielt (Becker 2007: 136). Nach Becker wurde die FEI nicht von der PCE gesteuert, vielmehr teilten sich beide Organisationen – und die CTE – Strukturen und Personal. Die PCE war nicht ausschließlich urban, sondern hatte schon früh einige indigene Mitglieder in wichtigen Positionen (Becker 2007: 139) – wie Dolores Cacuango und Jesús Gualavisí. Durch den starken Einfluss der PCE auf die Gewerkschaften der 1920er und 1930er Jahre, die in der FEI aufgehen sollten, kamen die meisten Führer der FEI aus den Reihen der PCE. „[D]ie Kommunistische Partei bildete nicht die Indigenenbewegung, sondern beide wurden im selben Kampf geboren." (Becker 2007: 139). Sowohl Indigene als auch nicht-Indigene waren an der Bildung der FEI beteiligt, wobei sie sich – trotz vielfältiger Konflikte – ergänzen konnten. So verankerten die indigenen Führer die Organisation in den Gemeinschaften vor Ort (Botero 1998: 8), während die urbanen Kommunisten Fachwissen über politische Prozesse und rechtliche Möglichkeiten beitrugen (Becker 2007: 140). Die FEI kämpfte nicht nur für eine Landreform, sondern auch für die Rechte der Indigenen und gegen ihre Diskriminierung (Minkner-Brünjer 2009: 138; FEI o.J.a). Es ist nicht nachweisbar, dass die Kommunisten ethnische Forderungen explizit abgelehnt hätten, wie es in Peru der Fall war (Becker 2008b: 45). Vielmehr enthielt schon das Gründungsprogramm der FEI ethnische (die Kultur der Indigenen bewahren und verbessern) neben ökonomischen (wirtschaftliche Emanzipation der Indigenen) Aspekten, was im Sinne eines Klassenkampfes mit ethnischer Zielrichtung zu verstehen ist (Becker 2007: 141). Die starke Präsenz ethnischer Forderungen widerspricht der Wahrnehmung einer Entwicklung von klassistischen Organisationen vor den 1960ern hin zu ethnischen in den 1970ern und schließlich zu den ethnischen Nationalitäten der 1980er und 1990er.

„Ideologien von Klasse, Ethnizität und Nationalität waren in verschiedenen Formen und Ebenen bei der Gründung der FEI präsent, mit Aktivisten, die verschiedenen Aspekten den Vorzug gaben, um die aktuellen Notwendigkeiten und Forderungen zu treffen." (Becker 2007: 141)

Diese verschiedenen Aspekte waren auch in CTE und PCE präsent. Der sowjetische Anthropologe Yuri Zubritski beschreibt die Bedeutung der nationalen Eigenheiten der indigenen Völker für die PCE und ihre Forderungen nach einem Ende der Diskriminierung, nach Unterricht in der Muttersprache, Förderung der indigenen Kultur und politischer Autonomie für die Indigenen (Zubritski 1979: 151f.).

c. Entwicklung

Die FEI war immer mit dem Kampf der *huasipungueros* und Landarbeiter für Arbeitsrechte und eine Landreform verbunden. Diese sah sie als die Grundlage für die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Entstehung eines Landproletariats (Korovkin 1999: 10). Schon im Gründungsmanifest forderte sie die Übergabe des Landes an die, die es bearbeiten, seine Parzellierung, die Regulierung der Arbeitszeiten und der Löhne, das Verbot der *huasipungaje*, den Aufbau von Gesundheits-, Erziehungs- und Wohnungsinfrastruktur, die Technisierung der Landwirtschaft, die Verteidigung der indigenen Sprachen und Kulturen und die Teilnahme der Indigenen am politischen Leben des Landes (Rodríguez 2008: 82). Dazu kam ein spezifisches Recht auf Wasser (GTZ 2004a: 3). Die FEI kämpfte gegen das System der *haciendas* (Rodríguez 2008: 82) und die damit verbundenen Landenteignungen der indigenen Gemeinden und verteidigte die einzelnen Gewerkschaften der *huasipungueros* und Landarbeiter (Tamayo 1996: 64).

Die Basis der FEI waren *huasipungueros* und Landarbeiter auf den *haciendas*, dennoch wäre es falsch, sie als reine Landarbeitergewerkschaft zu verstehen. Der Aufbau von – zuerst klandestinen (Martínez Novo 2009: 3f.) – zweisprachigen Schulen auf dem Land, verbunden mit der Person Tránsito Amaguañas und Dolores Cacuangos (Becker 1997: 205f.; Lucas 2000: 10), war seit ihrer Gründung ein wichtiges Anliegen der FEI. Das Zentrum dieses parallelen Bildungssystems, dessen Ursprünge älter sind als die FEI, war Cayambe (Becker 1997: 293). Dort, in der Umgebung von Pesillo, entstand im Oktober 1945 unter der Führung von Dolores Cacuango die erste von später drei indigenen Schulen in der Region (Montaluisa 2003: 86). Diese Bemühungen wurden von einigen urbanen Gruppen aus dem Umfeld der PCE, wie der Ecuadorianischen Frauenallianz (*Alianza Femenina Ecuatoriana*, AFE) aus Quito, unterstützt (Becker 1997: 296; Becker/Tutillo 2009: 164). Die Grundidee war, das indigene Lehrer die Kinder in ihrer Muttersprache, also Kichwa, unterrichten sollten (Becker 1997: 296). Zu den ersten Lehrern gehörten viele indigene Aktivisten aus der FEI selbst, wie etwa Dolores Cacuango, Alberto Tarabata, José Amaguaña, Neptalí Ulcuango und Luis Catucuamba (Lazos/Lenz 2004: 6). Das Ziel des Aufbaus eines Erziehungssystems war eine Stärkung der Indigenen sowohl in ihrer ethnischen als auch in ihrer Klassenlage. Über Bildung und Alphabetisierung sollten Benachteiligungen abgebaut und ein ethnisches und Klassenbewusstsein aufgebaut werden (Moya 1987: 391f.). Gut ausgebildete Arbeiter, die in der Lage waren, Papiere und Abrechnungen ihrer Arbeitgeber zu überprüfen würden Betrug und Missbrauch durch die Großgrundbesitzer schwieriger machen (Becker 1997: 296). Dieser erste Versuch einer selbstverwalteten Erziehung wirkt bis heute nach und hat sich zu einer der wichtigsten Forderungen und Projekte der Indigenenbewegung entwickelt. *Ñucanchic Allpa* berichtet, dass dieses Projekt nach einiger Zeit vom Staat und der Journalistengewerkschaft *Unión Nacional de Periodistas* begrüßt wurde. In einem Artikel wurde die Ausweitung auf alle staatlichen *haciendas* gefordert und eine genuin indigene Ausbildung gegen Einflussnahme des Staates – in Bezug auf die Unterrichtssprache und -inhalte – verteidigt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Becker 2006: 148). 1963 begann die Regierung, die indigenen Schulen zu regulieren und sie in die Institutionen des Bildungsministeriums zu integrieren (Lazos/Lenz 2004: 6).

Die Statuten der FEI sahen einen jährlichen Kongress vor, was sich wegen fehlender Ressourcen nicht durchhalten ließ. Der zweite Kongress der FEI orientierte sich noch an diesem Vorhaben und fand im Februar 1946 in Quito statt. Dolores Cacuango wurde die Nachfolgerin von Gualavisí als Präsidentin der Organisation. Auf dem Kongress wurde über die Aktivitäten der Organisation, Gesetze, die die Indigenen betrafen, wie das Kommunengesetz und das Arbeitsgesetz, und den Bericht des funktionellen Abgeordneten der Indigenen in der Nationalversammlung diskutiert. Es wurden die Durchführung von Weiterbildungskursen für die Mitglieder der FEI und weitere Aktionen beschlossen (Becker/Tutillo 2009: 148).

1949 findet der erste gemeinsame Streik von FEI und CTE statt, auf dem eine Agrarreform und eine Abschaffung des Großgrundbesitzes gefordert wird. Ein Gesetz, das die Indigenen zu unbezahlter Arbeit beim Bau von Straßen in den *haciendas* zwang, wird danach abgeschafft (Agualsaca o.J.: 3).

Die aktivste Zeit der FEI waren die 1950er und 1960er Jahre, in denen bereits die Krise der Organisation begann. Sie war fast ausschließlich in der Andenregion tätig, während die Föderation der Landarbeiter des Küstengebietes (*Federación de Trabajadores Agrícolas del Litoral,* FTAL) – eine weitere Organisation der CTE, 1954 gegründet – in der anderen großen Region Ecuadors Bedeutung hatte (Albornoz 1983: 70; CONAIE 1989: 32). Die FTAL wurde von Aktivisten der FEI wie Dolores Cacuango und Tránsito Amaguaña unterstützt, konnte aber wegen mangelnder Ressourcen keinen großen Einfluss erlangen (Becker/Tutillo 2009: 155). Dennoch spielte sie ab 1967 eine Rolle im Kampf für die Umsetzung der Agrarreform und ermöglichte so den Aufbau einer sozialen Bewegung auf dem Land (Guerrero 2010: 4).

Die FEI blieb weitgehend auf Cayambe beschränkt, den Einfluss, den sie in anderen Teilen Pichinchas und Chimborazos gewinnen konnte, verlor sie nach der ersten Agrarreform an FENOC und ECUARUNARI. Andere Provinzen wie Imbabura konnten – trotz einer vergleichbaren soziokulturellen Struktur wie Cayambe – nie von der FEI erschlossen werden. Dies lag zum einen an der je nach Provinz unterschiedlichen Verbreitung der *huasipungaje*, zum anderen am Weiterbestehen einer starken ethnischen Identität um Otavalo. Das ethnische Selbstverständnis stand der Organisation in klassistischen Gewerkschaften also entgegen (Korovkin 1999: 10).

Die Beschränkung der FEI auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in einer bestimmten Gegend erlaubte es ihr nicht, die Mehrheit der Indigenen zu organisieren. Dennoch hat sie eine gewisse Bedeutung entfalten können, wie ihr VI. Kongress 1952 mit über 400 Teilnehmern aus 6 Provinzen des Andenraumes beweist (Albor-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

noz 1976: 151). Ende 1961 organisiert die FEI einen Marsch von 12.000 (Guerrero 1983: 110) *huasipungueros* nach Quito, um für eine Agrarreform und eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu protestieren (Becker 1997: 298). Direkt im Anschluss an diesen Marsch fand der dritte Kongress der FEI statt, auf dem Miguel Lechón, ein Indigener aus Cayambe und Mitglied der PCE, zu ihrem Präsident gewählt wurde. Am Kongress nahmen auch der Präsident der CTE und der ecuadorianische Präsident, Carlos Julio Arosemena Monroy, teil (Becker 1997: 258f.). Arosemena, der nur einen Monat zuvor die Präsidentschaft von Velasco Ibarra übernommen hatte, führte mit einigen seiner Minister den Marsch in Quito an und versprach den Demonstranten eine Agrarreform und die Abschaffung der *huasipungaje* (Becker/Tutillo 2009: 205f.). Das Ziel des Kongresses war es, Leitlinien für eine Agrarreform zu formulieren, was durch eine Reihe von Märschen unterstützt wurde (Becker/Tutillo 2009: 203). Die Konflikte zwischen Ende der 1950er und Anfang der 1960er zeigten die programmatischen Beschränkungen der FEI. Kommunale Landkonflikte passten nicht in die Konzeption der FEI und konnten nicht angemessen aufgenommen werden (Botero 1998: 8). Der problematische Umgang mit einem Aufstand von 2.000 Indigenen in einer *hacienda* in Colta/Chimborazo 1961 (Yépez 2010) ist ein Beispiel dafür. Auch die Protestformen waren zu dieser Zeit eher konservativ, etwa gab es kaum Besetzungen umstrittenen Landes, wie es in anderen Ländern der Region üblich war (Albó 2009: 206). Diese fehlerhafte Strategie im Hinblick auf gewerkschaftliches Handeln sollte später zum Scheitern der FEI beitragen (Moreno/Figueroa 1992: 33f.).

Zu dieser Zeit beginnt die Krise der FEI (Albornoz 1983: 63). Bereits 1960 beschwerte sich der Generalsekretär der PCE, Pedro Saad, dass die FEI keine funktionierende Organisation mehr sei (Santana 1983: 159; Santana 1992: 86f.) und man sie umbilden und mit der FTAL vereinigen solle (Becker 2006: 149). Die neue Organisation sollte den Namen Nationale Bauern- und Indioföderation (*Federación Nacional de Campesinos e Indios*) tragen. Im Oktober 1960 organisierte die CTE als Muttergewerkschaft von FEI und FTAL die Erste Nationale Bauernkonferenz (*Primera Conferencia Nacional Campesina*) in Quito, an der 350 Abgeordnete von 130 Organisationen, in denen insgesamt 200.000 Bauern des Küsten- und Andengebietes vereinigt waren, teilnahmen. Es sollte die Gründung der neuen Organisation vorbereitet werden, wofür sich Anfang 1961 sowohl FEI als auch FTAL in eigenen Kongressen aussprechen sollten. Im Anschluss hätte der Gründungskongress der neuen Organisation stattgefunden. Dazu kam es jedoch nicht. Statt sich an die *montubios* des Küstengebietes anzunähern, begannen die Indigenen, ein stärkeres Bewusstsein ihrer ethnischen Eigenständigkeit zu entwickeln. Das bestimmte den Verlauf der indigenen Kämpfe in den 1960er Jahren, die sich zunehmend vom nationalen Gewerkschaftskampf weg und zu lokalen, ethnischen Kämpfen hin entwickelten (Becker/Tutillo 2009: 156f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsächlich bedeutete erst die Agrarreform von 1964, die das System der *huasipungaje* beendete, für die FEI den Verlust eines Großteils ihrer bisherigen Interessengruppen. Sie hatte seit ihrem Bestehen für die Landreform gekämpft und war an der Reform selbst beteiligt (Guamán 2006: 37), konnte jedoch ihre Forderungen kaum durchsetzen, so dass die Reform für die Indigenen ein Scheitern war, die Krise der FEI verschärfte und den Aufstieg anderer Organisationen begünstigte (Simbaña 2008a: 238). Es fand eine Verschiebung von klassenorientierten Organisationen zu ethnischen Organisationen statt, was sich in der Gründung wichtiger Organisationen ab Anfang der 1970er Jahre ausdrückte, die sich meist mehr an ethnischer Identität als an der Klassenlage ihrer Mitglieder orientierten – etwas, das sich auch in einer neuen Generation von Führern ausdrückte. Dennoch bauten die neuen Organisationen auf die Strukturen und Forderungen, die seit den 1920ern entstanden waren, auf – brachen also nicht vollständig mit ihren Vorläufern (Becker 1997: 310). Da der Kampf um Land ab 1964 über das Agrarreformgesetz und das Institut der Agrarreform IERAC lief, verlor die FEI ihren Handlungsspielraum und damit ihre Einflussmöglichkeiten (CONAIE 1989: 33). Mit der Abschaffung der *huasipungaje* wurde eine ihrer zentralen Forderungen erfüllt – und ihr Mobilisierungspotential entsprechend reduziert (Becker/Tutillo 2009: 225). Die FEI konzentrierte sich nun vor allem auf eine Analyse und Kritik des Gesetzes.

Schon seit den 1930ern war die Agrarreform ein permanentes Projekt des ecuadorianischen Staates. 1936 wurde das Brachland- und Kolonisierungsgesetz (*Ley de tierras baldías y colonización*) erlassen, um die Ungleichheit im Landbesitz über die Verteilung unproduktiven Landes zu lösen, ohne dadurch die bestehende *hacienda*-Struktur in Frage zu stellen. Dieses Gesetz hatte nur geringe Folgen und konnte die Erwartungen nicht erfüllen. 1954 führte der ecuadorianische Staat einen Agrarzensus durch, der die Ungleichheit im Besitz und Zugang zu Land deutlich machte und den Staat unter Zugzwang stellte. 1957 schuf das Landwirtschaftsministerium das Nationale Kolonisierungsinstitut (*Instituto Nacional de Colonización*), das vor allem das unproduktive Land in den östlichen Anden verteilte. Zur gleichen Zeit begannen einige der *hacendados*, wohl wissend, dass eine Agrarreform kurz bevor stand, einen Teil ihrer Ländereien an die auf ihnen lebenden Indigenen zu verteilen (Becker/Tutillo 2009: 210f.). Mit der kubanischen Revolution von 1959 und der daran anschließenden Agrarreform und Welle von Verstaatlichungen wurde der Druck auf die lateinamerikanischen Staaten weiter erhöht. Das von John F. Kennedy angestoßene Programm Allianz für den Fortschritt wurde 1961 auf einem Treffen der Organisation amerikanischer Staaten in Punta del Este, Uruguay, vorgestellt. Weitere Revolutionen in der Region sollten über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte verhindert werden. Dazu gehörten Agrarreformen, ein Mittel, das zwischen 1960 und 1964 von elf Ländern der Region angewendet wurde (Becker/Tutillo 2009: 212).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Agrarreform sollte einer Neuordnung der landwirtschaftlichen Produktion und einer Integration der Bauern in die Wirtschaft dienen. Am 11. Juli 1964 erließ die regierende Militärjunta das Agrarreform- und Kolonisierungsgesetz (*Ley de Reforma Agraria y Colonización*), das das Ecuadorianische Institut für Agrarreform und Kolonisierung (*Instituto Ecuatoriano de Reforma Agraria y Colonización*, IERAC) schuf. Mit diesem Schritt wollte die Regierung die prekäre Situation auf dem Land durch den Aufbau einer Schicht von Besitzern mittelgroßer Ländereien als Puffer zwischen den Großgrundbesitzern und Kleinbauern entschärfen. Dazu wurde den bisherigen *huasipungueros* Land gegeben, dass in der Praxis allerdings meist nur das Land war, das sie ohnehin bewirtschafteten. So wurden die Interessen der Großgrundbesitzer bedient und nur die Zahl der Kleinbauern erhöht und damit die Migration in die Städte verschärft. Diese „agrotechnische kapitalistische Reform" (CONAIE 1994: 31) war auf die Interessen der Investoren und nicht auf die der Indigenen und Bauern ausgerichtet. Die zweite Phase der Agrarreform, mit einem neuen Agrarreformgesetz, wurde ebenfalls von einer Militärjunta gesteuert. Über eine weitere Verteilung des Landes nach neuen Richtlinien sollte der Einfluss des Staates auf die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden. Dazu wurden vor allem die als unproduktiv betrachteten Teile der *haciendas* an Kleinbauern, indigene Gemeinden und neue Siedler verteilt. Die von den *haciendas* gebundenen Arbeitskräfte sollten so dezentraler verteilt werden (Botero 2000: 42).

Nach dem Ende der Militärdiktatur, die von 1963 bis 1966 herrschte, bemühten sich die indigenen Aktivisten um eine Reorganisation der FEI. So wurde im Oktober 1966 der vierte Kongress der FEI in Quito mit 350 Abgeordneten durchgeführt. Wie schon seit der Gründung der FEI spielten die Abgeordneten aus Cayambe eine besondere Rolle. Von ihnen ging der Impuls aus, für eine Agrarreform zu kämpfen, die auf die Bedürfnisse der Landbevölkerung ausgerichtet ist (Becker/Tutillo 2009: 226). Miguel Lechón wurde als Präsident der Organisation bestätigt (Becker/Tutillo 2009: 225). Ein wichtiger Bestandteil des Versuchs des Neuaufbaus der FEI war die Wiederbelebung von *Ñucanchic Allpa* ab April 1968 (Becker/Tutillo 2009: 227). Diese beschäftigte sich in ihren letzten Ausgaben vor allem mit der Durchführung der Agrarreform und der Kritik daran (Becker 2006: 149).

Die Landreform, ihr Scheitern und der Kampf für eine weitere Reform bestimmten die Politik der FEI bis 1973, dem Jahr, in dem – auch wegen den Forderungen von FEI und FENOC – die zweite Landreform stattfand (Guamán 2003: 31). Der Kampf für eine „demokratische Agrarreform" (Lechón 1976: 91f.) unter Beteiligung der Landarbeiter war mit dieser Reform gescheitert und die FEI verlor einen Großteil ihres Mobilisierungspotentials (Santana 1992: 86, Rodríguez 2008: 94). Seit der zweiten Agrarreform akzentuierte sich in der FEI das Verständnis der Indigenen als „Nation mit ihrer eigenen Sprache, Kultur, Gebräuchen, Traditionen, Territorium, Wirtschaft usw." (Lechón 1976: 85f.), die von fremden Kulturen im

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rahmen von Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Daher verstand sie sich als nationale Befreiungsbewegung einer diskriminierten und ausgebeuteten nationalen Minderheit, die zusammen mit der internationalen Arbeiterbewegung und den sozialistischen Staaten für eine bessere Menschheit kämpft (Lechón 1976: 87f.). Sie verlor an Einfluss bei den Landarbeitern und Indigenen und stürzte in eine Krise, verbunden mit einem Verlust ihrer Stellung innerhalb der PCE (Rodríguez 2008: 87). Die FEI konnte durch ihre Orientierung auf ländliche Entwicklung (Botero 1998: 8) nur unter den wenigen Begünstigten der Agrarreform einige Mitglieder halten und verlor ansonsten fast jede Repräsentativität zugunsten erst der FENOC und später ECUARUNARI (Santana 1983: 159; Kaltmeier 2009: 344). Ein Ergebnis dieser Orientierung ist die Übertragung von *haciendas* auf Kooperativen, die der FEI angehören. Das ist der Fall in La Chimba, Pesillo, Mollurco, Pisambillo, Chaupimuyuco, Santo Domingo (Escobar 1983: 48).

Die Aktionen der Muttergewerkschaft CTE treten in den Vordergrund. Ab Oktober 1969 bemüht sie sich um die Gründung einer einheitlichen Gewerkschaftsfront der größten Gewerkschaften woraus die Ecuadorianische Arbeiterkraft (*Fuerza Laboral Ecuatoriana*, FLE) entsteht, die im Juni 1971 zum Kern der Einheitsfront der Arbeiter (*Frente Unitario de los Trabajadores*, FUT) wird (CTE o.J.: 7). Diese umfasste ab 1973 die drei größten Gewerkschaften, neben der CTE selbst, die CEDOC und die CEOSL (Paz y Miño 2009: 34). Die FUT bestimmte die Arbeitskämpfe zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre (Becker 2009a: 1058). Insbesondere zu Beginn der 1980er organisierte die FUT eine Reihe nationaler Streiks, um für wirtschaftliche und soziale Rechte und die nationale Eigenständigkeit zu kämpfen. Der Regierungsantritt von Febres Cordero 1984 bedeutete wegen seines harten Durchgreifens einen erheblichen Bedeutungsverlust aller Gewerkschaften (Paz y Miño 2009: 37).

Die Strategie der FEI, sowohl für die Rechte der Indigenen als auch für deren Politisierung und Mobilisierung zu kämpfen, war zumindest in dem Sinne erfolgreich, dass sie über ihre Bildungsarbeit und Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins den Boden für andere Organisationen auf lokaler Ebene geebnet haben (Albornoz 1976: 151; Botero 1998: 8f.) – eine Leistung, die auch ECUARUNARI und CONAIE anerkennen (ECUARUNARI/CONAIE 1989: 40). Im Kampf für eine Agrarreform spielte die FEI eine wichtige Rolle, auch wenn ihre Bemühungen letztendlich gescheitert sind (CONAIE 1989: 276). Dennoch konnten andere Organisationen an die Arbeit der FEI anknüpfen.

Zu Beginn der 1980er Jahre konnte die FEI kaum Unterstützung außerhalb der CTE und der PCE mobilisieren (Santana 1983: 158). Seit dieser Zeit war die FEI nur noch zu Aktionen in Kooperation mit anderen Organisationen fähig, was zu einem Strategiewechsel und einer Modernisierung in der FEI führte (Agualsaca o.J.:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3; Becker/Tutillo 2009: 228). Ihre Rolle als Vermittler zwischen dem Ecuadorianischen Institut für Agrarreform (IERAC) und den Gemeinden verhalf ihr zu einer gewissen Stabilisierung – etwa 1980-1981 in den Gemeinden um die Kanäle Guanguilquí und Porotog. Sie konnte das allerdings nicht ausbauen, auch wegen ihrem radikalen und konflikthaften Politikstil, der oft zu direkten Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinden führte. Diese von manchen Gemeinden als nicht zielführend empfundene Stil (Perreault/Bebbington/Carroll 1998: 8) begünstigte andere indigene Organisationen, die eher auf Verhandlung setzten.

Die FEI nahm an den indigenen Erhebungen 1990, 1992 und 1994 teil und anschließend zusammen mit FENOCIN, CONAIE und FENACLE an der Gründung der Nationalen Agrar-Koordination (*Coordinadora Nacional Agraria*, CAN). Die CAN sollte den Widerstand gegen das Landentwicklungsgesetz der Regierung Durán Ballén organisieren, das eine Integration des gemeinschaftlichen Besitzes der indigenen Gemeinschaften in den Markt zum Ziel hatte (Agualsaca o.J.: 3; Yépez 2010).

Anschließend hat die FEI fast jede Aktivität eingestellt. Dennoch besteht sie noch und verfügt weiterhin über einige Strukturen in wenigen Provinzen (Botero 1998: 9). Programmatisch ist der Einfluss der CONAIE kaum zu übersehen. So gehört zu den Zielen der Organisation die Orientierung der Indigenenbewegung hin auf eine Suche nach sozialer Gleichheit bei Respekt der kulturellen Unterschiede. Identitären Forderungen wird große Bedeutung zugemessen (FEI o.J.). Im Jahr 2002 hat die FEI die Bezeichnung *indios* in ihrem Namen durch *indígenas* ersetzt (Sánchez-Parga 2009: 97). Sie arbeitet für eine „breite Klasseneinheit aus interkultureller Perspektive“ (Agualsaca o.J.: 5), wobei der „revolutionäre Klassenkampf“ (Agualsaca o.J.: 3) in einer Kooperation zwischen Bauern und Arbeitern gestärkt werden soll. Die Selbstbeschreibung auf den Internetseiten der CTE ist wahrscheinlich übertrieben: „Im Jahr 2006 ist die FEI eine Organisation mit organischer Präsenz in allen Provinzen Ecuadors; sie bietet politische Ideen, die das nationale Tagesgeschäft beeinflussen.“ (FEI o.J.) Nach einer Schätzung des CODENPE von 2007 verfügt die FEI über zwei OZG in den Provinzen Chimborazo und Esmeraldas und insgesamt 5.655 Mitglieder (IEE o.J.)[13].

Die FEI ist Mitglied in der CLOC, der lateinamerikanischen Filiale der Vía Campesina. Ende 2010 tauchte eine neue Webseite der FEI auf (http://www.confederacionfei.com/), die nur ein Jahr lang online war. Auf dieser Seite bezeichnet sich die FEI als Konföderation der indigenen bäuerlichen Völker und Organisationen Ecuadors (*Confederación de Pueblos y Organizaciones Indígenas Campesinas del*

13 Nach einer persönlichen Kommunikation von Pablo Ospina. Die Schätzungen beziehen sich auf die OZG.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ecuador)[14] und bekundet ihre Unterstützung der Regierung Correas. Sie steht weiterhin der PCE nahe und hat ihren Hauptsitz im Gebäude des Landwirtschaftsministeriums – was Zweifel an ihrer Eigenständigkeit erlaubt.

Jahr	Nummer des Kongresses	Teilnehmer	Ort	Gewählter Präsident
1944	Primer Congreso Ecuatoriano de Indígenas		Quito	Jesús Gualavisí
1946	Segundo Congreso de Indios Ecuatorianos		Quito	Dolores Cacuango
1950	Außerordentlicher Kongress			
1952	VI. Kongress	400		
1961	3. Kongress		Quito	Miguel Lechón
1966	4. Kongress	350	Quito	Wiederwahl
1971	5. Kongress		Quito	Manuel Escobar
1989	VII. Congreso FEI		Quito	
1995	VIII. Congreso Ordinario		Riobamba	
2010	XI. Congreso nacional ordinario ‚Tránsito Amaguaña'		Quito	José Agualsaca

Tabelle 1: Kongresse der FEI, eigene Abbildung

3. FENOCIN

a. Gründung

Im September 1938 wurde auf Betreiben der katholischen Kirche und der konservativen Partei der erste katholische Arbeiterkongress durchgeführt (Becker 1997: 224f.), um den Einfluss der linken Parteien auf die Arbeiter zu begrenzen (CONAIE 1989: 32). Dort wurde die Ecuadorianische Konföderation Katholischer Arbeiter

14 Der Präsident der FEI, Agualsaca (o.J.: 1), nennt die FEI in einem Text aus den frühen 2000er Jahren Konföderation der bäuerlichen indigenen Völker Ecuadors (*Confederación de Pueblos Indígenas Campesinos del Ecuador*).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(*Confederación Ecuatoriana de Obreros Católicos*, CEDOC)[15] gegründet, die erste gesamtecuadorianische Gewerkschaft. Ihre Basis waren – fast ausschließlich – Handwerker und städtische Arbeiter (Albó 2009: 207f.), ihre Politik mehr auf individuelle Moral als auf die Analyse struktureller Faktoren gerichtet – es ging um gegenseitige Hilfe und individuelle Organisation statt um den Klassenkampf (Becker 2009a: 1057). Obwohl die CEDOC als konservative, pro-katholische und antisozialistische Organisation konzipiert worden war[16], waren in ihrem Denken auch progressive Elemente zu finden. Sie forderte etwa einen 8-Stunden-Arbeitstag, eineinhalb arbeitsfreie Tage pro Woche, einen Mindestlohn und eine Unfallversicherung – Forderungen, die auch die kommunistischen und sozialistischen Gruppen aufstellten. Daher konnte sie schnell an Bedeutung gewinnen und zur Entwicklung von nichtstaatlichen Organisationen in Ecuador beitragen (Becker 1997: 224f.).

Auf ihrem fünften Kongress 1955 beschließt die CEDOC, sich mehr auf Industrie- und Landarbeiter zu konzentrieren (Becker 1997: 224f.). Im Anschluss beginnt eine stärker werdende christdemokratische Strömung die klerikal-konservative Strömung, die die CEDOC zu Beginn prägte, zu verdrängen. Die CEDOC öffnete sich den Ideen eines christlichen Gewerkschaftswesen, die sich auf die päpstlichen Enzykliken stützten (FENOCIN 1999: 23). Diese Modernisierung ist verbunden mit dem steigenden Einfluss der Katholischen Jugend und einer bedeutenden Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (León/Ycaza 1989: 190) vor allem zwischen 1965 und 1975 (CEDOC 1976: 19). Die CEDOC näherte sich im Land den christdemokratischen Parteien und auf kontinentaler Ebene der CLAT an (CEDOC 1976: 25). Auch durch diesen programmatischen Wandel konnte die CEDOC in den 1960ern ihre Aktivitäten auf dem Land verstärken und dort einen großen Mitgliederzuwachs verzeichnen (León/Ycaza 1989: 191). Die Organisation verstand sich zu dieser Zeit weniger als soziale Bewegung denn als großer Dienstleister und wollte die Landarbeiter durch das Bereitstellen von Rechtsberatung, Erziehung, technischer Unterstützung und Krediten in die Volkswirtschaft integrieren, um so die Entwicklung des Landes zu beschleunigen (CEDOC 1976: 17f.). In dieser Zeit

15 Die CEDOC änderte mehrfach ihren Namen. So hieß sie ab 1957 Ecuadorianische Konföderation der katholischen Arbeiter, Angestellten und Handwerker (*Confederación Ecuatoriana de Obreros, Empleados y Artesanos Católicos*), ab 1965 Ecuadorianische Konföderation christlicher Gewerkschafts-organisationen (*Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Cristianas*) und ab 1972 Ecuadorianische Zentrale klassistischer Organisationen (*Central Ecuatoriana de Organizaciones Clasistas*) (León/Ycaza 1989: 186).

16 Für einige Zeit war die CEDOC unter der Kontrolle der offen faschistischen Nationalrevolutionären Ecuadorianischen Aktion (*Acción Revolucionaria Nacional Ecuatoriana*, ARNE) (León/Ycaza 1989: 186).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gründete die CEDOC das Ecuadorianische Institut für die soziale Entwicklung (*Instituto Ecuatoriano para el Desarrollo Social*, INEDES), das seinerseits 1968 die Ecuadorianische Zentrale für Landdienstleistungen (*Central Ecuatoriana de Servicios Agrícolas*, CESA) gründen sollte (CEDOC 1976: 19f.), die in der Entwicklung der indigenen Organisationen eine wichtige Rolle spielen wird.

1965 wurde die Föderation der Landwirtschaftlichen Arbeiter (*Federación de Trabajadores Agropecuarios*, FETAP) gegründet (Santana 1983: 159) – auch, um den Einfluss der kommunistisch dominierten Organisationen auf dem Land einzudämmen (Becker 1997: 224f.). Dies war ebenso eine Reaktion auf das erste Agrarreformgesetz von 1964 und geschah aus dem Kampf gegen die huasipungaje und das System der haciendas heraus. Auf dem Gründungskongress der FETAP im März 1965 waren Vertreter von 26 Basisorganisationen anwesend (FENOCIN 2004: 7). Die FETAP war als eine Alternative zur kommunistischen FEI gedacht und sollte der Vermittlung der Forderungen der Landbevölkerung an die Regierung dienen. Sie forderte eine Revision des Agrarreformgesetzes, eine Verteilung des Landes der haciendas, und eine Regulierung des Landverleihs für den Reisanbau (Rodríguez 2008: 87f.)[17]. Dabei vertrat sie eine konservative Politik und hielt sich streng an die Regeln des Landreforminstituts IERAC (FENOC o.J.: 19). Eine Reihe von OEG, die zuvor der FEI angehörten, traten der FETAP und später der FENOC bei, von der sie – stärker als von der FEI – Unterstützung bei den Verhandlungen mit den Großgrundbesitzern bekamen, bis hin zu anwaltlicher Betreuung. So konnten sie über das Landgesetz (*Ley de Tierras*) ungenutztes Land zu verbilligten Preisen erwerben (Perreault/Bebbington/Carroll 1998: 8). Daher erlebte die FETAP ein rasches Wachstum. Bereits Ende 1965 waren in ihr 10 Landgewerkschaften und 73 Assoziationen, die noch nicht rechtlich anerkannt waren, organisiert (FENOC o.J.: 17).

Auf ihrem zweiten Kongress im April und Mai 1966 waren bereits Delegierte von 38 Basisorganisationen anwesend. Zu Beginn dieses Kongresses, am 29.4.1966, wurde die FETAP rechtlich anerkannt (FENOC o.J.: 17). Im selben Jahr gründeten CEDOC, CTE und einige kleinere Gewerkschaften die Front der klassistischen Einheit (*Frente de Unidad Clasista*, FUC) als gemeinschaftliche Plattform (FENOCIN 2004: 13), die eine wichtige Rolle beim Kampf gegen die damals herrschende Militärregierung und dem anschließenden Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung spielte (León/Ycaza 1989: 191; Ycaza 1991). Sie war auch für den Gründungsprozess der FETAP bedeutend.

17 Die Behauptung von Rodríguez, die FETAP sei schon von Beginn an an die PSE gebunden gewesen, ist nicht haltbar. Diese Verbindung entsteht erst in den 1970ern, wie später erläutert wird.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1967 konnte sich die FETAP auf das Küstengebiet ausweiten, vor allem auf die Provinzen Los Ríos mit 44 Organisationen und Guayas mit 7 Organisationen (FENOC o.J.: 18).

Auf dem dritten Kongress der FETAP in Quito im November 1968, an dem 200 Vertreter der Basisorganisationen aus 8 Provinzen (Rodríguez 2008: 87f.; FENOC o.J.: 18) teilnahmen, wurde – neben inhaltlichen Punkten – die Umbenennung in Nationale Föderation der Bauernorganisationen (*Federación Nacional de Organizaciones Campesinas*, FENOC) beschlossen (FENOCIN 2004: 8; FENOCIN o.J.: 2).

b. Entwicklung

Die FENOC wurde zur Repräsentantin der Landbevölkerung im Kampf für die Agrarreform (Minkner-Brünjer 2009: 138). Dadurch erlebte sie ein schnelles Wachstum und eine Erweiterung ihrer Strukturen und Mitgliedsorganisationen im ganzen Land (Tamayo 1996: 89f.). Gerade im Küstengebiet konnte sie Mitglieder gewinnen (Santana 1992: 86) – etwas, das der FEI nie gelungen war. Sie unterschied sich von der FEI auch durch ihre Konzentration auf Landarbeiter und Bauern, ohne dabei ethnische Zugehörigkeit zu einem Kriterium zu machen – wodurch sie schon zu ihren katholisch-konservativen Zeiten eine klassistische Organisation war (Albó 2009: 208).

Die FENOC kämpfte gegen Velasco Ibarra, der sich im Juni 1970 zum Diktator erklärt und 1972 vom Militär gestürzt wird. In diesem Kontext findet der zweite Kongress der FENOC in Riobamba im Oktober 1971 statt (FENOCIN 2004: 9). Auch die Gewerkschaftsbewegung konsolidierte sich. Um die Arbeitskämpfe zu koordinieren, gründeten CTE, CEDOC und einige kleinere Gewerkschaften 1971 die Einheitsfront der Arbeiter (*Frente Unitario de Trabajadores*, FUT), der später auch die CEOSL beitrat (León/Ycaza 1989: 191, Ycaza 1991). Ein Jahr darauf, im Juni 1972, fand in Quito die Erste Lateinamerikanische Bauernkonferenz über die Agrarreform (*Primera Conferencia Latinoamericana Campesina sobre la Reforma Agraria*) statt (FENOCIN 2004: 9), die den Beginn der Suche der FENOC nach internationalen Bündnissen markierte. Sie wurde von der Lateinamerikanischen Bauernföderation (*Federación Campesina Latinoamericana*, FCL) und ihrer Oberorganisation Lateinamerikanische Arbeiterzentrale (*Central Latinoamericana de Trabajadores*, CLAT) durchgeführt, Organisationen, denen FENOC und CEDOC angehörten (FENOC o.J.: 21). Das starke Wachstum der FENOC führte zu einem Konflikt zwischen einer konservativen und einer christdemokratischen Gruppe in den Jahren 1972 und 1973, bei dem sich die christdemokratische Tendenz durchsetzen konnte. Als direkte Folge verließen einige Organisationen die FENOC zugunsten

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten der neu entstandenen ECUARUNARI (FENOCIN 2004: 10), die zu diesem Zeitpunkt kirchlich geprägt war (ECUARUNARI o. J.: 2).

Der dritte Kongress der FENOC im Juni 1973[18] – die FENOC war bereits unter Kontrolle der Christdemokraten (FENOCIN 1999: 27) – bringt programmatische Neuerungen. Aus einem Studium der ländlichen Probleme wird die Unterstützung der kleinen Grundbesitzer, der *minifundistas*, der Landarbeiter und der Bauern in ihrem Kampf für bessere Löhne und leichteren Zugang zu Land, Wasser und günstigen Krediten abgeleitet. Außerdem wurde eine direkte Teilhabe der Bauernorganisationen an einer neuen Agrarreform gefordert (FENOCIN 2004: 10). Die kämpferischen Gruppen, vor allem aus dem Küstengebiet, konsolidieren ihre Position und beginnen, Druck auf die CEDOC auszuüben (CEDOC 1976: 24). Die FENOC verstärkte ihre Aktionen – etwa Landbesetzungen (Guamán 2003: 31) – gegen Großgrundbesitzer und forderte mit Protesten eine neue Agrarreform. Am 27. Juni 1973 finden Demonstrationen von 15.000 Bauern in Cañar, 50.000 in Guayaquil und 5.000 in Quito statt (FENOC o.J.: 23). In diesem Zusammenhang wurde, zusammen mit anderen Bauern- und Indigenenorganisationen wie der FEI und ECUARUNARI, die Einheitsfront der Agrarreform (*Frente Unido de Reforma Agraria*, FURA) gegründet (Chiriboga 1986: 86) und das erste Nationale Bauerntreffen für die Agrarreform (*Encuentro Nacional Campesino por la Reforma Agraria*) in Quito im August 1973 organisiert (FENOC o.J.: 23; FENOCIN 2004: 10f.; Albó 2009: 209). Die dort aufgestellten Forderungen wurden auf dem zweiten Nationalen Bauerntreffen in Balzar, Guayas, im Oktober 1973 weiter konkretisiert (FENOCIN 2004: 11). Vor allem FENOC und ECUARUNARI organisierten große Demonstrationen und übten Druck auf den Staat aus (Chiriboga 1986: 68). Gefordert wurde eine weitreichende Agrarreform unter Mitwirkung der verschiedenen Organisationen. Die beiden FENOC-Mitgliedsorganisationen aus dem Amazonasgebiet, FOIN und Federación Shuar, kritisieren die Siedlungspolitik in ihren Regionen (FENOCIN 1999: 32). Wenige Tage später, noch im Oktober 1973 wurde ein neues Agrarreformgesetz verabschiedet, dass die Interessen der Großgrundbesitzer bewahrt. Als Reaktion darauf wurde auf dem dritten Nationalen Bauerntreffen in Sucúa, Morona Santiago, im November 1973 eine neue Siedlungspolitik auf dem Land vorgeschlagen (FENOCIN 2004: 11).

Der Kampf für eine Agrarreform unter Mitwirkung der Bauernorganisationen führt zu einem politischen Wandel in der FENOC. Sie versteht sich jetzt als revolutionäre Führerin der Bauernbewegung und konkretisiert ihre Klassenanalyse weiter (FENOCIN 2004: 11). Ihre Aktionen erlauben der FENOC, ihre Struktur auf fast

18 Auf diesem Kongress wird zum ersten Mal ein Vertreter der Föderation Indigener Organisationen Napos (*Federación de Organizaciones Indígenas del Napo*, FOIN) in die Nationaldirektion der FENOC gewählt (FENOCIN 1999: 29).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das ganze Land auszuweiten. Es werden neue lokale und regionale Organisationen gegründet, die innerhalb der FENOC an Bedeutung gewinnen (FENOCIN 2004: 12). Vor allem Kommunen und Kooperativen werden wichtiger als die klassischen Gewerkschaften (Simbaña I-2)[19]. Sie wurde zur Vermittlerin zwischen Bauernbewegung und Staat (Büschges 2009: 54). Diese organisatorische und politische Entwicklung führte zu weiteren Auseinandersetzungen um die Richtung der Organisation.

Ein Treffen des Nationalrates der FENOC in Quito im Oktober 1974 wurde im Nachhinein zum IV. Kongress der Organisation erklärt (FENOC o.J.: 24f.). Dieser Kongress führt zu einer Spaltung der FENOC und etwas später zum Aufbau einer christdemokratisch geprägten FENOC-CLAT (FENOCIN 1999: 34), die nur wenig Einfluss erlangen konnte und nicht lange bestand.

Zwischen 1974 und 1975 wurden in der CEDOC (León 1994: 72f.) die christdemokratischen Gruppen von sozialistischen Gruppen verdrängt, die der PSE nahestanden (Ospina 2008: 71; Barrera o.J.: 151). Das führte zur Spaltung der CEDOC[20] auf ihrem XI. Kongress in Portoviejo 1975 in eine sozialistische und eine christdemokratische Gruppe, die später den Namen CEDOC-CLAT annahm (CEDOC 1976: 25; León/Ycaza 1989: 189). Die Präsidentschaft von Jorge Cuisana[21] in der CEDOC von April 1975 bis Mai 1976 war von den internen Konflikten der Organisation und einem letzten Umsturzversuch durch die christdemokratischen Gruppen geprägt, dessen Scheitern zum Aufbau der CEDOC-CLAT beitrug (CEDOC 1976: 27). Die rebellierenden Gruppen wurden aus der CEDOC ausgeschlossen und die sozialistische Führung konnte sich konsolidieren. Das führte auch zu einer Stärkung dieser Tendenzen innerhalb der FENOC (FENOCIN 1999: 38). Die ausgeschlossenen Gruppen erhielten weiterhin Unterstützung von der CLAT und der Konrad-Adenauer-Stiftung (CEDOC 1976: 33). Dieser Prozess war 1977 beendet (de la Torre 2005: 33). Der Kampf für eine Verteilung des Landes verstärkte sich (Botero 1998: 8), die Agrarreform blieb aber ab 1975 stecken (Minkner-Brünjer 2009: 139) – was zu einer Schwächung der FURA führte (Chiriboga 1986: 86).

Seit 1974 war es vermehrt zu Kooperationen zwischen den großen Gewerkschaftsverbänden gekommen, die sich zunehmend politisch annäherten und begannen, gemeinsam Streiks durchzuführen. Die bislang größte gemeinsame Aktion fand am 1. Mai 1975 statt und führte wenige Monate später zum Aufbau einer ge-

19 Die mit Simbaña I-1 und Simbaña I-2 bezeichneten Quellen sind zwei längere Interviews. Die genaueren Daten sind unter „Sonstige Quellen“ verzeichnet.

20 Die CEDOC heißt nach einer Abspaltung und Wiedervereinigung jetzt CEDOCUT. Die FENOCIN gehört ihr weiterhin an (Tamayo 1996: 89f.).

21 Der auf dem Kongress 1975 gewählten Exekutivkommission der CEDOC gehörte mit Ernesto Tseremp ein Vertreter der Federación Shuar an (CEDOC 1976: 26).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

meinsamen Plattform. Am 20. August 1975 (Dávila 1995: 60f.) gründeten CTE, CEDOC und CEOSL die Klassistische Einheitsfront (*Frente de Unidad Clasista*, FUC) (FENOC o.J.: 27), ein Ausdruck der politischen Verschiebung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Von diesem Moment an, nahm die Gewerkschaftsbewegung eine Avantgardeposition unter den sozialen Bewegungen Ecuadors ein, die sie bis Mitte der 1980er Jahre behalten sollte (Dávila 1995: 56).

Im Mai 1977 wurde der FENOC wegen ihrer Opposition gegen die Militärdiktatur ihr rechtlicher Status aberkannt. Dennoch fand im Oktober desselben Jahres in Quito der fünfte Kongress der FENOC statt, an dem mehr als 400 Vertreter der Basisorganisationen teilnahmen (FENOCIN 2004: 14). Auf diesem Kongress setzt sich die sozialistische Strömung innerhalb der FENOC endgültig durch (FENOCIN 1999: 39). Das bedeutete nicht eine Annäherung an die PSE, sondern bezieht sich vielmehr auf die Selbstbeschreibung einiger Führungspersonen der FENOC. Tatsächlich stand die Organisation der heute verschwundenen Revolutionären Bewegung der Arbeiter (*Movimiento Revolucionario de los Trabajadores*, MRT) nahe, die keine klare politische Linie definieren konnte (FENOCIN 1999: 37). Die neue Führung widmete sich vor allem der Konsolidierung der verschiedenen regionalen Mitgliedsorganisationen, wodurch die FENOC schließlich 21 OZG mit 1.000 OEG umfasste. Gleichzeitig konzentrierte sie sich weitgehend auf die Landfrage und vernachlässigte andere Forderungen (FENOCIN 1999: 40). Die FENOC umfasste zu dieser Zeit Organisationen von kleinen Grundbesitzern und Landarbeitern des Küstengebietes und der Andenregion (FENOCIN 2004: 15). Allerdings führte die politische Verschiebung zum Verlust einiger Mitgliedsorganisationen, darunter die Föderation indigener Organisationen Napos (*Federación de Organizaciones Indígenas del Napo*, FOIN), die 1980 die FENOC verließ (Tamayo 1996: 64; CONAIE 1989: 50) und die Interprovinzielle Föderation der Shuar- und Achuar-Zentren (*Federación Interprovincial de Centros Shuar y Achuar*, FICSHA) (CEDOC 1976: 26). Beide Organisationen nahmen 1980 an der Gründung der politisch anders ausgerichteten Konföderation der indigenen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana*, CONFENIAE) teil (CONAIE 1989: 50).

Ab 1978 bemühte sich die FENOC um Bündnisse im Kampf für eine Umsetzung der Agrarreform. Sie gründete zusammen mit der FEI und ECUARUNARI die Einheitsfront des Bauernkampfes (*Frente Único de Lucha Campesina*, FULC) (FENOCIN 2004: 15; Albó 2009: 209), die später einige Organisationen des Amazonasgebietes einschloss und sich Einheitsfront des Bauern- und Indigenenkampfes (*Frente Único de Lucha Campesina e Indígena*, FULCI) nannte (FENOCIN 2004: 17). Diese Organisation sollte nicht lange bestehen und konnte kaum Aktivitäten entfalten (Chiriboga 1986: 86). Dennoch waren die späten 1970er Jahre von gemeinsamen Aktionen der FENOC mit der ECUARUNARI geprägt, die auch zu

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem gemeinsamen Programm jenseits des Kampfes für eine Agrarreform führte. So verständigten sich die beiden Organisationen auf Forderungen nach kollektiven Rechten, Bildung und Demokratie. Die FENOC nahm zu Beginn auch an den Koordinationsbemühungen der Indigenenorganisationen teil, die schließlich in der Gründung der CONAIE münden sollte (Ayala Mora 2011: 8).

1978 begann die FENOC, regelmäßig das Mitteilungsblatt ‚Die FENOC informiert' (‚*La FENOC informa*') zu publizieren, aus der später die Zeitung ‚Bauernkampf' (‚*Lucha Campesina*') werden sollte (FENOC o.J.: 30). Seit November 2011 heißt diese Zeitung ‚Vom Land' (‚*Del Campo*').

Im März 1979 erließ die Militärregierung auf Druck der Großgrundbesitzer das Gesetz der landwirtschaftlichen Förderung und Entwicklung (*Ley de Fomento y Desarrollo Agropecuario*), das die wirtschaftliche Unterstützung auf die bereits bestehenden Betriebe konzentrierte und die Bauernbewegung mit Strafandrohungen zu befrieden suchte (FENOC o.J.: 8). Das Scheitern der Agrarreform führte die FENOC in eine Krise (Santana 1992: 86), auf die sie mit einer verstärkten Suche nach Bündnissen reagierte. Trotz einer Unterstützung durch verschiedene Organisationen, wie etwa die Ecuadorianische Zentrale der Land-Dienstleistungen (*Central Ecuatoriana de Servicios Agrícolas,* CESA) oder die katholische Kirche, konnte sie sich nur mit Mühe behaupten und kaum neue Ideen entwickeln (Santana 1983: 159). Die FENOC verlor im Hochland an Einfluss, was auf das mangelnde Mobilisierungspotential der sozialistischen Führung der Organisation in den indigenen Gemeinden und eine allgemeinen Krise der politischen Linken durch den Druck der Militärregierung in den 1970ern zurückgeführt werden kann (Black 1999: 27). Auch die kritische Teilnahme an der Alphabetisierungskampagne der Regierung Roldós (1979-1981), wo sie zusammen mit ECUARUNARI didaktisches Material entwickelte (Moya 1987: 400), bedeutete mehr eine Bindung des engagierten Personals als eine Öffnung für andere Inhalte. In diesem Kontext tritt die FENOC 1978 der Sammlungsbewegung Breite Linksfront (*Frente Amplio de Izquierda*, FADI) bei, einem Wahlbündnis, das bis 1986 besteht, als die FENOC ein Bündnis mit der PSE eingeht (Van Cott 2005: 104f.). In diesem Zusammenhang stellte sie in verschiedenen Provinzen eigene Kandidaten auf (FENOCIN 2004: 15). Die FADI war eine Plattform von verschiedenen linken Parteien, die größten unter ihnen die prosowjetische Kommunistische Partei (PCE) und die pro-kubanische Revolutionäre Sozialistische Partei (PSRE), die sich 1962 von der PSE abgespaltet hatte (Hanratty 1989; Maugé 2008: 117; Huarcaya 2011: 255). Ihre Strategie war die Einbindung aller zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, also auch der Gewerkschaften der Einheitsfront der Arbeiter (*Frente Unido de los Trabajadores,* FUT) (Maugé 2008: 118) und linker christlicher Gruppen (Huarcaya 2011: 255). Auch wenn einige der OZG der FENOC eigene Kandidaten auf den Listen der FADI aufstellte, traten sie nicht zwangsläufig der Partei bei, um so lokal Einfluss gewinnen zu können, poli-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tisch aber weiterhin unabhängig zu sein. Der Fall der UNORCAC, die mehrere Kandidaten in Cotacachi auf der Liste der FADI aufstellte und in einigen Fällen auch Erfolg hatte, ist ein Beispiel für diese Strategie (Chiriboga 1987: 108).

Das mangelnde Entgegenkommen der Regierung Roldós/Hurtado (1979-1983) brachte die FENOC in offene Opposition. So wurde im Oktober 1980 der Nationale Bauern- und Indigenenmarsch (*Marcha Nacional Campesina e Indígena*) organisiert, um von der Regierung die Einlösung der gegebenen Versprechen zu fordern (FENOCIN 2004: 15). Auch die Teilnahme an den 5 nationalen Streiks von Mai 1981 bis März 1983 ist so zu verstehen. Im April 1982 findet das erste Bauern- und Indigenentreffen (*Encuentro Campesino e Indígena*) statt, auf dem alle Bauern- und Indigenenorganisationen eine Agrarreform unter Kontrolle der Bauern fordern und eine Nationalen Bauern- und Indigenenkoordination (*Coordinadora Nacional Campesina e Indígena*) gründen, um gemeinsame Aktionen durchzuführen (FENOCIN 2004: 17). Die Aktionen in Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung wurden in den indigenen Gemeinden nicht gut aufgenommen und führten zu einer weiteren Schwächung der FENOC (Rodríguez 2008: 94). Die FENOC versteht sich zu dieser Zeit als eine klassistische Organisation, was sie von den anderen Indigenenorganisationen wie ECUARUNARI oder CONFENIAE unterscheidet (Andrango 1983: 50). Dennoch sieht sie die Bedeutung des Landes für die Bewahrung der Identität der Indigenen (Andrango 1983: 50).

Der Wandel von einer Bauernbewegung der 1960er und 1970er zu ethnischen Bewegungen ab den 1980er Jahren geht einher mit einer Krise der gewerkschaftlichen Organisationen in den 1980ern. So sind die Landarbeiterorganisationen bis zu diesem Zeitpunkt nicht nur Gewerkschaften, sondern auch Genossenschaften. Es besteht ein „Modell der Bauernorganisation, das dadurch charakterisiert ist, dass es seine eigenen Unternehmen entwickelt" (Guerrero 2010: 5f.). Diese sind Produktionskooperativen, Kreditinstitutionen und Vermarktungs- und Handelsassoziationen für landwirtschaftliche Produkte. Sie sind als private Firmen in der Hand der Organisationen der Landarbeiterbewegung verfasst und bilden einen Schnittpunkt zwischen den Landarbeitern und der landwirtschaftlich orientierten Mittelschicht, etwa Ingenieure oder Anwälte. Dafür erhalten sie Förderung staatlicher und internationaler Organisationen (Guerrero 2010: 18). Dieses genossenschaftliche Modell – verbreitet vor allem in den Organisationen der CEDOC und FENOC – sollte die Nachfrage der Bauern befriedigen und zum Aufbau einer Schicht kleiner landwirtschaftlicher Produzenten beitragen – während die Organisationen der CTE, etwa FEI oder FTAL, dieselben Maßnahmen vom Staat forderten, sich also nicht in gleichem Maße genossenschaftlich engagierten (Guerrero 2010: 6). Ab Ende der 1970er Jahre befand sich das Modell von lokalen Genossenschaften neben dem eigentlichen Markt in der Krise, sie wurden zunehmend durch lokale Händler und Geldverleiher ersetzt (Guerrero 2010: 15). Daher verschwanden die meisten dieser Organi-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sationen ab 1985 oder konzentrierten sich auf nicht-genossenschaftliche Politik (Guerrero 2010: 17).

Die Regierung von Febres Cordero (1984-1988) ist von einer repressiven Politik und einer Verfolgung der Gewerkschaften geprägt. Im Oktober 1986 findet in Picalquí, Pedro Moncayo der sechste Kongress der FENOC statt, an dem 3000 Bauern und Landarbeiter teilnehmen. Es wird eine neue Untersuchung der Situation auf dem Land unternommen und ein Programm entwickelt, das bis in die Jahre nach 2000 Bestand hat (FENOCIN 2004: 18). Dennoch markierte dieser Kongress den Beginn einer langen Krise der FENOC. Zwischen 1986 und 1995 ist sie nicht zu größeren Aktionen oder programmatischen Neuerungen fähig und verliert an Einfluss in ihren lokalen Organisationen (FENOCIN 2004: 18f.). Sie kann nur unter den Gewinnern der Agrarreform Mitglieder halten, was sie zu lokal spezifischen Forderungen und Programmen führt – etwa für genossenschaftliche Dienstleitungen (Zamosc 1994: 48) –, die eine einheitliche Politik nicht erlauben (Verdesoto 1986: 42f.). Während die nationale Führung der FENOC weiterhin die Agrarreform als ihr Ziel angibt, unternimmt sie keine größeren Anstrengungen, um sie auch zu erreichen. Gleichzeitig ist sie nicht in der Lage, die Organisation an die sich verändernden Bedingungen anzupassen und die Bedürfnisse ihrer Mitgliedsorganisationen in einem nationalen Projekt zu vereinen. Mitglieder und Beobachter geben für diese Schwäche zwei Gründe an: die Verfestigung und Inflexibilität der Führungsbürokratie in der FENOC und die anhaltende Schwäche der ecuadorianischen Linken (Zamosc 1994: 48). Eine Reihe der Mitgliedsorganisationen trat aus der FENOC aus, andere lösten sich auf. Die FENOC, die 1986 noch 22 Mitgliedsorganisationen (OZG) hatte, bestand 1995 nur noch aus 10 mäßig funktionierenden Unionen und stand kurz vor ihrem Ende (FENOCIN 1999: 13, 83). Das nun offensichtliche Scheitern des Kampfes um eine Agrarreform (Ospina 2008: 71) und die mit der Präsidentschaft Febres Corderos beginnende Schwäche der Gewerkschaften führt dazu, dass die FENOC ihre Position korrigiert. 1988 wird der Name der Organisation in Nationale Föderation der Bauern- und Indigenenorganisationen (*Federación Nacional de Organizaciones Campesinas-Indígenas,* FENOC-I) geändert und so der Präsenz der Indigenen in der Organisation (FENOCIN 2004: 19) und der stärker werdenden ethnischen Organisationen in der Bauern- und Indigenenbewegung allgemein (Wolff 2008: 116) Rechnung getragen. Zu diesem Zeitpunkt stellten die Indigenen 40% der Mitgliedschaft der FENOC-I (Tamayo 1996: 89f.). Dieser Wandel brachte auch gewisse programmatische Neuerungen mit sich, so nahm die FENOC-I am Aufstand 1994 und an der Gründung der Nationalen Agrar-Koordination (*Coordinadora Agraria Nacional,* CAN) zusammen mit FEI, CONAIE und FENACLE teil, um gegen das Landentwicklungsgesetz (*Ley de Desarrollo Agrario*) der Regierung Durán Ballén (1992-1996) zu protestieren, das die Agrarreform formell beenden sollte (FENOCIN 2004: 19).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ende Februar 1994 fand in Lima ein Kongress von Indigenen- und Bauernorganisationen Lateinamerikas statt, an dem 238 Delegierte von 84 Organisationen aus 18 Ländern Lateinamerikas und 3 Ländern Europas teilnahmen. Aus Ecuador nahmen FENOC-I, CEDOCUT und FENACLE teil (FENOCIN 1999: 168). Auf dem Kongress wurde die Lateinamerikanischen Koordination der Landorganisationen (*Coordinadora Latinoaméricana de Organizaciones del Campo,* CLOC) gegründet, eine Plattform von Organisationen von Landarbeitern und Bauern, die 1996 der weltweiten Organisation Vía Campesina auf ihrem zweiten Kongress in Tlaxcala, Mexiko, beitreten sollte (FENOCIN 2004: 25). Diese wurde 1993 auf einer internationalen Konferenz von Bauernorganisationen in Belgien gegründet und lehnte sich in ihrer Struktur der sich bereits im Entstehen befindenden CLOC an. Bereits der Name der Vía Campesina verrät den starken Einfluss lateinamerikanischer Organisationen und wurde auch nach einer stärkeren Beteiligung asiatischer und afrikanischer Organisationen beibehalten (Martínez-Torres/Rosset 2010: 157). Seit ihrer zweiten Konferenz hat Vía Campesina den Begriff der Ernährungssouveränität entwickelt, mit dem sie und ihre Mitglieder für eine stärkere Unterstützung von Kleinbauern kämpft und eine Umstrukturierung der Wirtschaft fordert. Die Nahrungsmittel sollen nicht als reine (Export-)Waren gesehen werden, sondern als Mittel, Hunger und Armut vor Ort zu bekämpfen und die Umwelt zu schützen (Martínez-Torres/Rosset 2010: 159f.). Vía Campesina hatte 2010 148 Mitgliedsorganisationen aus 69 Ländern, die insgesamt bis zu 500 Millionen Familien weltweit repräsentieren (Martínez-Torres/Rosset 2010: 164f.).

Im November 1997 fand der zweite Kongress der CLOC in Brasilia statt, an dem 338 Delegierte von 49 Organisationen aus 23 Ländern und acht Organisationen aus Asien, Europa und Nordamerika teilnahmen. Ecuador wurde von der FENOC-I und der CUT[22] vertreten (FENOCIN 1999: 171).

Der siebten Kongress der FENOC-I im Oktober 1995 in Ibarra bedeutete eine grundlegenden Wandel der Organisation von einer „strikt bäuerlichen und klassistischen Organisation zu einer Organisation, die sich als pluriethnisch […] definiert […] und eine nachhaltige Entwicklung mit Identität sucht" (FENOCIN 1999: 103). Gestützt auf eine Selbstanalyse mithilfe der OEG wurden Entwicklung, Interkulturalität und interne Demokratie zu zentralen Prinzipien der FENOC-I erklärt und die Führung im Sinne einer Repräsentation der Regionen, Ethnien, Geschlechter und Generationen gewählt (FENOCIN 1999: 13). Die FENOC-I beginnt einen Wandel hin zu einer pluriethnischen, interkulturellen, demokratischen Föderation, die für eine nachhaltige und gleichberechtigte Entwicklung kämpft (FENOCIN 1999: 53). Sie öffnet sich verstärkt ethnischen Aspekten (Tamayo 1996: 66f.; Ayala Mora o.J.: 5f.) und beschreibt sich selbst als „pluriethnisch, interkulturell" (FENOCIN 2004:

22 Es ist keine Organisation diesen Namens nachweisbar.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

20), um Anschluss an die von der CONAIE geführten Indigenenbewegung zu halten. So nimmt sie auch an der Gründung des *Comité del Decenio* teil, einer Plattform der Indigenen-, Schwarzen- und Bauernorganisationen, die ein gemeinsames, interkulturelles Programm erarbeitet (FENOCIN 2004: 20). In diesem Kontext unterstützte sie auch den Aufbau der MUPP-NP und den Kampf für die Schaffung von Institutionen wie CONPLADEIN und PRODEPINE (FENOCIN 1999: 152).

Die neu gewählte Führung um Pedro de la Cruz bemühte sich um eine Wiederbelebung der FENOC-I. Zu den 10 damals aktiven OZG stießen 8 weitere, die weitgehend inaktiv waren. 15 dieser insgesamt 18 OZG nahmen 1996 und 1997 an dem Prozess der Selbstanalyse und Bestandsaufnahme teil, in dessen Rahmen 521 Personen in verschiedenen Arbeitskreisen die Situation der FENOC-I untersuchten (FENOCIN 1999: 94). Dieses weitgehende Programm interner Demokratisierung und partizipativer Planung stützte sich auf Selbstanalysen aller Mitgliedsorganisationen und den Aufbau von Frauen-, Jugend- und Schwarzenorganisationen innerhalb der FENOC-I (FENOCIN 1999: 57). Die Entwicklung partizipativer Methoden orientierte sich an den Ideen der Befreiungstheologie und des *action research*, wie ihn einige Nichtregierungsorganisationen in den Organisationen betrieben (FENOCIN 1999: 90). Institutionell wurde die FENOC-I von der Stiftung Paulo Freire (*Fundación Paulo Freire)*, heute AGRITERRA, unterstützt (FENOCIN 1999: 94). Der Prozess verfolgte vier Ziele: die Teilnahme der Basis an der Demokratisierung der FENOC-I, Erneuerung der Gesellschaftsanalyse der FENOC-I unter Einbeziehung der Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen, der Aufbau eines neuen Arbeitsprogramms der FENOC-I und die Institutionalisierung partizipativer Methoden in der Organisation (FENOCIN 1999: 94).

Die Ergebnisse dieses Prozesses werden auf dem außerordentlichen Kongress in Guayaquil im Januar 1997 vorgestellt (FENOCIN 1999: 96). Der Name der FENOC-I wird auf Nationale Föderation der Bauern-, Indigenen- und Schwarzenorganisationen (*Federación Nacional de Organizaciones Campesinas, Indígenas y Negras,* FENOCIN) erweitert und die Teilhabe von Indigenen, Schwarzen und Bauern in der Führung der Organisation institutionalisiert (FENOCIN 1999: 102). Sie versteht sich als „die einzige nationale Organisation die zur gleichen Zeit den Unterschied der Identitäten und die Interkulturalität anerkennt“ (FENOCIN 2004: 20).

Die Schaffung des Entwicklungsrates der Völker und Nationalitäten Ecuadors (*Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador,* CODENPE) unter Kontrolle der CONAIE, die schon die Vorgängerorganisation Nationaler Planungs- und Entwicklungsrat der indigenen und schwarzen Völker (*Consejo Nacional de Planificación y Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Negros,* CONPLADEIN) und das Entwicklungsprojekt der indigenen und schwarzen Völker (*Proyecto de Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Negros del Ecuador,* PRODE-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PINE) zumindest teilweise kontrollierte, führte zu Aktionen wie der Besetzung der Büros der CODENPE, um die Position der FENOCIN zu erhalten (FENOCIN 2004: 21).

1999 ändert die FENOCIN auf ihrem achten Kongress in Quito ein letztes Mal ihren Namen in Nationale Konföderation der Bauern-, Indigenen- und Schwarzenorganisationen (*Confederación Nacional de Organizaciones Campesinas, Indígenas y Negras,* FENOCIN) (FENOCIN 2004: 33). Zu diesem Zeitpunkt umfasst sie 27 OZG und ungefähr 1000 Basisorganisationen (FENOCIN 1999: 13).

Jahr	Nummer des Kongresses	Teilnehmer	Ort	Besondere Neuerungen	Gewählter Präsident/ Generalsekretär
1965	Gründungskongress FETAP	26 OEG	Quito		
1966	2. Kongress FETAP	38 OEG			
1968	3. Kongress FETAP/ Gründungskongress FENOC	200 aus 8 Provinzen	Quito		Francisco Checa
1971	2. Kongress		Riobamba		Wiederwahl
1973	3. Kongress			Christdemokraten setzen sich durch	Adolfo Tutivén
1974	4. Kongress		Quito	Treffen des Consejo Nacional, erst später zum Kongress erklärt	Emilio Velasco
1977	5. Kongress	400	Quito	Sozialisten setzen sich durch	Mesías Tatamuez
1986	6. Kongress	3000	Picalquí, Pedro Moncayo		Wiederwahl
1988	Außerordentlicher Kongress			Namensänderung in FENOC-I	-
1995	7. Kongress		Ibarra	Aufnahme der Interkulturalität in Programm	Pedro de la Cruz

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1997	Außerordentlicher Kongress		Guayaquil	Namensänderung in FENOCIN	-
1999	8. Kongress		Quito	Namensänderung in „Konföderation"	
2004	9. Kongress	953	Ambato		
2008	X. Nationaler Kongress	1200	Portoviejo		Luis Andrango
2013	XI. Nationaler Kongress		Santa Lucia, Guayas		Santos Villamar

Tabelle 2: Kongresse der FENOCIN, eigene Abbildung

Die FENOCIN ist in 18 Provinzen Ecuadors aktiv, in denen sie 2004 61 regionale und provinziale Organisationen (OZG) und 1.200 Basisorganisationen (FENOCIN 2004: 26/32) hatte. Diese sind, im Gegensatz zur rein gewerkschaftlichen FEI, thematisch organisiert, etwa in Händlerassoziationen (Simbaña I-2). Neueren Zahlen zufolge, wie sie auch auf den Internetseiten der FENOCIN zu finden sind, besteht die FENOCIN aus 52 regionalen und provinzialen Organisationen, in denen etwa 1.300 Basisorganisationen und etwa 200.000 Familien zusammengeschlossen sind (Minkner-Brünjer 2009: 135)[23]. Diese Zahlen werden auch von den ersten Ergebnissen einer von der FENOCIN 2011 selbst durchgeführte Studie gedeckt, die von 52 OZG in 16 Provinzen spricht (FENOCIN 2011: 7). Einer – wohl älteren – Selbstdarstellung nach hat die FENOCIN 2011 über 60 OZG und 1.200 OEG in 20 Provinzen (Ayala Mora 2011: 2). Nach einer Schätzung des CODENPE von 2007 hat die FENOCIN nur 17 OZG in 7 Provinzen (Cañar, Carchi, Esmeraldas, Imbabura Loja, Pichincha und Azuay) und 109.278 Mitglieder (IEE o.J.). Das größte Gewicht hat die FENOCIN im Küstengebiet und dem Andenhochland, während sie im Amazonasgebiet kaum präsent ist (Barrera o.J.: 151; Guerrero/Ospina 2003). Die wichtigste und aktivste OZG der FENOCIN ist die 1977 gegründete Union der indigenen Bauernorganisationen von Cotacachi (*Unión de Organizaciones Campesinas Indígenas de Cotacachi,* UNORCAC) (León 1991: 406f.), die 41 Gemeinschaften und einige andere Basisorganisationen in diesem Kanton der Provinz Imbabura repräsentiert. Auch wenn sie im Umfeld des politischen Kampfes der FENOC entstanden ist, finanziert sie sich jetzt über kleine Entwicklungsprojekte (Martínez Valle 2006: 111).

23 Die Behauptung von Minkner-Brünjer (2009: 135), die FENOCIN sei eine Mitgliedsorganisation der CONAIE, ist falsch.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Obwohl die FENOCIN ihre Basis ausbauen konnte und an vielen Aktionen der CONAIE und der Gewerkschaften teilnimmt (FENOCIN 2004: 22), konnte sie im letzten Jahrzehnt keine Aktionen auf nationaler Ebene selbstständig durchführen (Barrera o.J.: 151; Minkner-Brünjer 2009: 145f.). Die Krise der CONAIE nach ihrer Regierungsbeteiligung 2003 strahlte auch auf die FENOCIN aus, die nur einige kleine Aktionen gegen den von der Regierung Gutiérrez geplanten Freihandelsvertrag realisieren konnte (Simbaña 2007: 23). Diese Situation hat sich erst mit der Verbindung der FENOCIN mit der Regierung Correa verändert. Über ihre Beteiligung an der PS-FA war die FENOCIN von 2007 bis 2010 in der Regierung und der Regierungspartei Alianza PAÍS repräsentiert, deren politisches Projekt sie unterstützt (FENOCIN 2008). Anders gesagt: „die völlige Anpassung der FENOCIN an die Regierung Correa hat ihr im Moment größeren Handlungsspielraum und Anerkennung verschafft" (León Trujillo 2010: 16). Der ehemalige Präsident der FENOCIN, Pedro de la Cruz, übernimmt auch weiterhin Funktionen in Partei und Regierung (Wolff 2010: 22). Er war bereits Ersatzabgeordneter[24] für die PS-FA von 1998 bis 2003 und ist seit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Abgeordneter für Alianza PAÍS (Becker 2011: 50). Auch der Bruch der PS-FA mit Alianza PAÍS 2010 hat daran nichts geändert.

c. Programm

Die FENOCIN versteht sich als unabhängige Repräsentantin der Einheit von Bauern, Indigenen und Schwarzen in Ecuador (FENOCIN 2004: 32f.). Dieses Verständnis beginnt mit dem siebten Kongress von 1995 und dem außerordentlichen Kongress 1997, auf dem sie ihr Programm ändert hin zu einem „Aufbau der Autonomie und Plurikulturalität der indigenen, schwarzen und mestizischen Gesellschaften Ecuadors, die verschiedenen Identitäten und interkulturellen Räume stärkend" (FENOCIN 2004: 54). Der achte Kongress 1999 bestätigte diesen Beschluss als drittes in einer Strategie mit vier einzelnen Programmen: „1. Programm der organisatorischen Stärkung, 2. Programm der nachhaltigen und gerechten Entwicklung mit Identität, 3. […], 4. Programm der Teilnahme an der Globalisierung mit Identität und in Opposition zum Neoliberalismus." (FENOCIN 2004: 25) Mit diesen Programmen wollte sich die FENOCIN als interkulturelle Organisation festigen und ein interkulturelles Denken entwickeln, das die gesamte Mitgliedschaft durchdringt (FENOCIN 1999: 127). Für besonders wichtig wird dabei der Einfluss auf die Öffentlichkeit erachtet. Auf dem Kongress 1999 wird kritisiert, dass sich die FENO-

24 In Ecuador wird gleichzeitig mit dem jeweiligen Abgeordneten ein Ersatzabgeordneter gewählt, der ihn im Fall von Krankheit oder Tod vertritt, ansonsten aber als sein Assistent fungiert.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

CIN mit ihrem Vorschlag der Interkulturalität bislang nicht als von den anderen Indigenen-, Schwarzen- und Bauernorganisationen verschieden präsentieren konnte (FENOCIN 1999: 108). Weiterhin soll die finanzielle Abhängigkeit der FENOCIN von externen Akteuren durch einen allgemeinen Mitgliedsbetrag, den Aufbau eigener Unternehmen, den Export von fair gehandelten Produkten durch strategische Allianzen mit den entsprechenden Agenturen und den Aufbau von Vermarktungsnetzwerken mit anderen lateinamerikanischen Organisationen reduziert werden (FENOCIN 1999: 126).

Zur Landentwicklung wird der Aufbau selbstverwalteter Territorien der Indigenen, Schwarzen und Bauern verlangt, die vom Staat geschützt und ausreichend finanziert werden sollen (FENOCIN 1999: 143-146). Zudem soll ein nationales Programm der technischen Unterstützung durch die nationalen Bauernorganisationen und mit Finanzierung des Staates aufgebaut werden, das einer Methode „von Bauer zu Bauer“ (FENOCIN 1999: 145) folgt. Die bereits bestehenden Kreditprogramme wie PRODEPINE und CODENPE sollen gestärkt und in einem ländlichen Finanzsystem integriert werden, das parallel zum nationalen Finanzsystem bestehen soll, seine Ressourcen aber völlig auf die kleine und mittlere Agrarwirtschaft ausrichtet (FENOCIN 1999: 146).

In diesem Zusammenhang interpretiert die FENOCIN die politische Lage in Ecuador als ein Kampf zwischen zwei Projekten. „Das eine ist das der Macht, der Exklusion, des Erstarrens und der Unterwerfung unter die internationalen Gläubiger, das das soziale Kapital, die ethischen Werte, die Identität und das Vertrauen zwischen den Ecuadorianer zerstört.“ (FENOCIN 2004: 27). Es reduziert die indigenen und schwarzen Bauern auf „ethnische Minderheiten“ (FENOCIN 2004: 29). Dem steht ein anderes Projekt gegenüber, „das der Ecuadorianer des Volkes, der Bewegung, der Teilhabe, der Inklusion und der Hoffnung“ (FENOCIN 2004: 29). Es will „in unserem Land einen interkulturellen, flexiblen und demokratischen sozialen Zusammenhang schmieden, der die Identitäten und die Rechte aller Bürger besser unterstützt“ (FENOCIN 2004: 29).

Auf dem 10. Kongress der FENOCIN 2008 wurden die strategischen Leitpunkte organisatorische Stärkung, Interkulturalität, Agrarrevolution, Ernährungssouveränität und Aufbau des Sozialismus beschlossen. Die FENOCIN will nicht staatliche Macht erlangen, um ihre Ziele zu erreichen, sondern am Staat teilhaben, um die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen zu unterstützen (FENOCIN 2008). Sie versteht sich als eine interkulturelle Organisation, die die besonderen Identitäten ihrer Mitglieder respektiert (FENOCIN 2004: 24). Sie hat einen „offenen, pluralen, einbeziehenden, einheitlichen Charakter, ohne einseitigen Ethnizismus und [ist] nicht divisionistisch“ (FENOCIN 2004: 32). Die Interkulturalität soll die Teilhabe der Bürger, das Zusammenleben und die Entwicklung der Fähigkeiten jedes Einzelnen erlauben, um die nationalen Probleme zu lösen (FENOCIN 2004: 39). Die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

FENOCIN versteht Interkulturalität als Kampf gegen „internen und externen Kolonialismus […] [und] alle Formen des Rassismus und Paternalismus“ (FENOCIN o.J.: 11). Interkulturalität ist ein Prozess, der die Forderungen aller Bürger aufgreift. „Dies bedeutet persönliche Veränderungen und Veränderungen des Verhaltens, sowie strukturelle Veränderungen der gesamten Gesellschaft.“ (FENOCIN o.J.: 11) Dem stellt die FENOCIN den Begriff der Plurinationalität gegenüber, der als eine – bereits jetzt bestehende – Zersplitterung des Landes in ethnische Gruppen verstanden wird. Diese Situation soll durch die Interkulturalität überwunden werden (Simbaña I-2)[25].

Das Ziel der FENOCIN ist die Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder und der Aufbau einer gerechten Gesellschaft. Dieses andere Modell des Landes soll über die Entwicklung der Interkulturalität möglich gemacht werden und sich durch die Verteidigung der Rechte der Pachamama, die Ernährungssouveränität und das Gute Leben auszeichnen (Ayala Mora 2011: 12). Die FENOCIN

„bemüht sich, ein plurikulturelles Land aufzubauen, in dem die Unterschiede respektiert werden, aber zur gleichen Zeit plurikulturelle Organismen und ein interkulturelles Denken geschaffen werden, die das ermöglichen sollen“ (FENOCIN 1999: 103).

4. FEINE

Schon in den 1950ern begann – zusammen mit einer allgemeinen Verstärkung der christlichen Missionsbemühungen – der Prozess der Organisation der evangelischen Indigenen, die sich von sozialistisch und/oder katholisch geprägten Organisationen wie FEI, FENOC und ECUARUNARI nicht repräsentiert fühlten (FEINE o.J.; Becker 2009: 1056). Es bildeten sich – mit Unterstützung und weitgehend unter Kontrolle US-amerikanischer Kirchen (Tamayo 1996: 67; Guamán 2006: 91; Korovkin 2008: 6) – einige Basisorganisationen, die sich 1980 zu einer nationalen Organisation, der Ecuadorianischen Föderation der Evangelischen Indigenen (*Federación Ecuatoriana de Indígenas Evangélicos*, FEINE), zusammenschlossen. Diese wiederum brauchte bis Ende der 1980er Jahre, um ihre Strukturen zu festigen. Diese beiden ersten Etappen ihrer Entwicklung sind von einer nach innen gewandten und betont unpolitischen Ausrichtung der Organisation geprägt, während sie in den 1990ern verstärkt soziale Themen aufgreift (Guamán 2006: 91). 1989 bis 1994 traten die evangelischen Indigenen in die Öffentlichkeit – schon Mitte der 1990er hatte die FEINE 14 Provinz-Organisationen (Tamayo 1996: 67) – und er-

25 Im Teil III.4 wird der Begriff der Interkulturalität und die Diskussion zwischen FENOCIN und CONAIE näher beleuchtet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weiterten ihre Beziehungen zu anderen Organisationen von 1995 bis 1998 (Guamán 2003: 81). Erst in dieser Etappe entwickelt die FEINE Charakteristiken einer sozialen Bewegung, wie eigenständige Strukturen und definierte soziale und kulturelle Forderungen (Guamán 2006: 91). 1998 gründete die FEINE eine politische Partei in Konkurrenz zur Partei der CONAIE, MUPP-NP, Amauta Jatari, jetzt Amauta Yuyay (Andrade 2005: 53f.), die ab 2000 auf lokalem und provinzialem Niveau des Andengebietes einige Wahlerfolge hatte (Freston 2004: 144). Das war das Ergebnis einer Diskussion, die schon 1996 begonnen hatte. 1997 wurde innerhalb der FEINE eine politische Kommission gebildet, die Partei wurde aber erst zu den Wahlen im Mai 2000 offiziell beim Provinz-Wahltribunal (*Tribunal Electoral Provincial*) in Chimborazo angemeldet (Guamán 2006: 86). Amauta Yuyay ist eine rein indigene Partei, deren Stärken in den ländlichen Gebieten des zentralen Andenhochlandes liegen, vor allem im Kanton Colta der Provinz Chimborazo. Ab 2002 tritt sie – damals noch unter dem Namen Unabhängige Bewegung Amauta Jatari (*Movimiento Independiente Amauta Jatari*)– auch zu nationalen Wahlen an und konnte so an Bedeutung gewinnen (Guerrero/Ospina 2003; Guamán 2006: 48/86).

Die FEINE und ihre Mitgliedsorganisationen entstammen den Missionsbemühungen verschiedener fundamentalistischer evangelischer Organisationen, die sich besonders um die Missionierung der Indigenen bemühen (Rohr 2006: 11f.). Die wichtigste unter diesen Organisationen ist die Evangelische Missions-Union (*Unión Misionera Evangélica*, UME) (Guamán 2006: 32). Dazu kommen die Christliche und Missionarische Allianz (*Alianza Cristiana y Misionera*, ACM) – heute unter dem Namen *The Alliance* bekannt –, das seit den 1980er Jahren aus Ecuador vertriebene Linguistische Sommer-Institut (*Instituto Lingüístico de Verano*, ILV) und eine Reihe kleinerer Organisationen (Guamán 2006: 32). Die Missionstätigkeit wurde in den 1970ern schrittweise von Indigenen übernommen, die auch die Gründung evangelischer Organisationen vorantrieben. So entstanden eine Reihe von OZG, die später die FEINE gründen sollten. Auffallend ist der hohe Anteil evangelikaler, vor allem pfingstkirchlicher Gruppen, die rund 80% der protestantischen Religionsgemeinschaften in Lateinamerika ausmachen. In Ecuador sind 70% der Anhänger der Pfingstkirchen Indigene (Rohr 2006: 2f.), insgesamt sind zwischen 1,5 und 2 Millionen Ecuadorianer, also ca. 12% der Bevölkerung Mitglied einer protestantisch-fundamentalistischen Kirche (Rohr 2006: 11f.).

Eine der wichtigsten OZG ist die Konföderation der indigenen evangelischen Völker, Organisationen, Gemeinschaften und Kirchen Chimborazos (*Confederación de Pueblos, Organizaciones, Comunidades e Iglesias Indígenas Evangélicas de Chimborazo*, CONPOCIECH); sie war die erste OZG evangelischer Indigener und bestimmte die Entwicklung anderer evangelischer OZG und der FEINE selbst entscheidend mit (Guamán 2006: 52f.). Sie wurde 1967 als Assoziation evangelischer Indigener der Provinz Chimborazo (*Asociación de Indígenas Evangélicos de la*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Provincia de Chimborazo) gegründet, 1983 in Indigene Evangelische Assoziation Chimborazos (*Asociación Indígena Evangélica de Chimborazo*, AIECH) umbenannt, 1994 in Assoziation indigener evangelischer Kirchen Chimborazos (*Asociación de Iglesias Indígenas Evangélicas de Chimborazo*, AIIECH) und bekam 2001 schließlich ihre aktuelle Bezeichnung (Guamán 2006: 52).

1972 wurde die Assoziation Evangelischer Indigener Bolívars (*Asociación de Indígenas Evangélicos de Bolívar*, AIEB), 1974 die Assoziation Evangelischer Indigener Cotopaxis (*Asociación de Indígenas Evangélicos de Cotopaxi*, AIEC) und 1976 die Assoziation Evangelischer Indigener Napos (*Asociación de Indígenas Evangélicos de Napo*, AIEN) gegründet (Guamán 2006: 65). Diese vier OZG begannen ab 1975, eine nationale Organisation aufzubauen. 1977 fand in Quito ein Kongress der bereits staatlich anerkannten OZG statt, an dem auch noch in der Gründung befindliche Organisationen aus Imbabura, Pichincha, Tungurahua und Cañar teilnahmen (Guamán 2006: 65). Auf dem Kongress wurde die Nationale Föderation evangelischer Assoziationen (*Federación Nacional de Asociaciones Evangélicas*, FENAE) gegründet, die sich auf ihrer Generalversammlung 1979 in Ecuadorianische Föderation evangelischer Indigener (*Federación Ecuatoriana de Indígenas Evangélicos*, FEINE) umbenannte und als solche im November 1980 staatlich anerkannt wurde (Guamán 2006: 65). Dies beförderte das Wachstum evangelischer Indigenenorganisationen. So wurde 1981 die Assoziation Evangelischer Indigener Shuar Ecuadors (*Asociación de Indígenas Evangélicos Shuar del Ecuador*, AIESE), 1984 die Assoziation Evangelischer Indigener Sucumbíos (*Asociación de Indígenas Evangélicos de Sucumbíos*, AIES) und die Assoziation Christlicher Evangelischer Indigener Azuays (*Asociación de Indígenas Evangélicos Cristianos del Azuay*, AINECA) und 1985 die Assoziation Evangelischer Kirchen ‚Chimborazo' der Provinz Napo (*Asociación de Iglesias Evangélicas ‚Chimborazo' de la provincia de Napo*) und die Assoziation Evangelischer Indigener Pastazas, Amazonas (*Asociación de Indígenas Evangélicos de Pastaza Región Amazónica*, AIEPRA) gegründet (Guamán 2006: 66).

Die FEINE hat 17 Provinz-Organisationen, denen ca. 600 evangelische Kirchengemeinden und 17% der indigenen Bevölkerung angehören (Wolff 2008: 116)[26]. Andere Angaben (Chisaguano 2008: 99) sprechen von 30% Repräsentativität unter den Indigenen. Dazu kommen über 300 evangelische Pfarrer (Andrade 2005: 54). Nach Angaben der FEINE zu ihrem 30-jährigen Jubiläum 2010 hat sie 18 OZG in 21 Provinzen, die 2.800 Gemeinden und Kirchen[27] und 1.200 Pastoren

26 Die Zahlen von Lucero (2006: 40), der von über 5.000 Kirchengemeinden und ca. 2,5 Millionen Mitgliedern spricht, sind -vorsichtig gesagt- unwahrscheinlich.

27 Andere Angaben aus demselben Jahr sprechen von 2.323 Kirchengemeinden (FEINE 2010: 15).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

umfassen (FEINE o.J.; FEINE 2010: 5)[28]. Die Basisorganisationen sind in der Regel Kirchengemeinden der ländlichen Gemeinschaften oder städtischen Viertel, die sich auf zweiter Ebene – in Chimborazo – in Unionen auf Kantonalniveau und auf dritter in Provinz-Assoziationen zusammenschließen. Die OEG widmen sich in erster Linie kirchlichen (oder „sozio-kirchlichen" (Guamán 2006: 90f.)), die Organisationen der höheren Ebenen politischen Aufgaben (Guamán 2006: 90f.; FEINE 2010: 2). Schwerpunkt der FEINE ist die zentrale Andenregion (Lucero 2006: 40). Die wichtigsten Mitgliedsorganisationen sind die OZG in Imbabura mit 8 und die OZG in Chimborazo mit 6 Gemeinschaften (GTZ 2004a: 35f.). Nach einer Schätzung des CODENPE von 2007 hat die FEINE 5 OZG in 4 Provinzen (Chimborazo, Imbabura, Pastaza und Cañar) und 26.384 Mitglieder (IEE o.J.). Trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke und weitverzweigten Strukturen hat sie nicht die organisatorische Bindung und ideologische Stärke der CONAIE (Lucero 2006: 39f.). Dennoch konnte sie in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen (Barrera o.J.: 151). Nach eigenen Angaben hat die FEINE in den letzten 10 Jahren ein jährliches Wachstum von 65% erlebt (FEINE 2010: 15). Die FEINE hat – im Gegensatz zu CONAIE und FENOCIN – eine starke Repräsentativität unter den Indigenen in den Städten (Rohr 2006: 11f.).

Die FEINE identifiziert sich klar mit ihrem evangelisch-religiösen Ursprung, aus dem sie eine Kritik der Verhältnisse ableitet. So will sie die Bibel „holistisch" (Freston 2004: 143) verstehen und – im Gegensatz zu den US-amerikanischen Missionaren, die viele der evangelischen Kirchen der Region aufgebaut haben – die politische Dimension des Evangeliums stärken (Freston 2004: 143). Das Programm der FEINE ist mehr als der „Indianized Protestant Evangelicalism" (Lucero 2006: 33f.), den Lucero diagnostiziert. Die Verteidigung der indigenen Kulturen – etwa über Gesundheits- und Erziehungsprojekte (Tamayo 1996: 67) – und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Indigenen über eine Reform der öffentlichen Verwaltung und Schaffung wirtschaftlicher Instrumente (Rodríguez 2008: 97), sind schon lange Forderungen der FEINE, die in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen haben (Ayala Mora o.J.: 5f.).

Die FEINE engagiert sich vor allem in ihren Gemeinden selbst, wobei Bildungsprogramme und Projekte der Gemeindeentwicklung eine besondere Rolle spielen (FEINE o.J.). Dazu kommen spezifisch kulturelle oder ethnische Aspekte, die durch die CONAIE an Bedeutung innerhalb der Indigenenbewegung gewonnen haben (Lucero 2006: 41). So hat die FEINE im Zuge eines Politikwechsels ab 1998 Teile der Sprache und Politik der CONAIE übernommen (Lucero 2006: 52). Sie will nun von der evangelischen indigenen Identität aus für Menschenrechte, Ge-

28 Dem entsprechen die Zahlen von Rohr (2006: 11f.), die von 2.500 Kirchengemeinden in 18 Mitgliedsorganisationen spricht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rechtigkeit und Interkulturalität kämpfen, wobei sie sich dem Kampf für kollektive Rechte der Indigenen verbunden fühlt, aber nicht dem Projekt der Plurinationalität (Guamán 2006: 80f.). Bestandteil dieser Erneuerung war die Reform der Statuten im Jahr 2000, durch die sich die FEINE – unter Beibehaltung ihres Akronyms – von Ecuadorianische Föderation der Evangelischen Indigenen (*Federación Ecuatoriana de Indígenas Evangélicos*) in Rat der indigenen evangelischen Völker und Organisationen Ecuadors (*Consejo de Pueblos y Organizaciones Indígenas Evangélicas del Ecuador*) umbenannte (FEINE o.J.; Guamán 2006: 81; Lucero 2006: 41). Ebenso wurden die Strukturen der Organisation verändert, so dass sie jetzt einen Nationalkongress hat, in dem alle vier Jahre Vertreter der OEG und OZG zusammentreffen, eine Nationalversammlung, in der sich die Vertreter der OZG sammeln und einen Regierungsrat, der auf dem Nationalkongress für jeweils vier Jahre gewählt wird und die laufenden Geschäfte der Organisation in verschiedenen Bereichen kontrolliert (Guamán 2006: 81).

Auch die Hegemonie der CONAIE innerhalb der Indigenenbewegung hat der FEINE neue Räume eröffnet, die sie für ein weiteres Wachstum nutzen konnte (Lucero 2006: 43). Dennoch ist die FEINE wegen ihrer „politische[n] Enthaltsamkeit“ (Rohr 2006: 11f.) und teilweiser Zusammenarbeit mit der Regierung innerhalb der Indigenenbewegung eher isoliert (Barrera o.J.: 151). In den ersten Jahren der 1990er versuchten die Führer der FEINE, sich von den anderen Organisationen der Indigenenbewegung, vor allem der als rebellisch verstandenen CONAIE, zu unterscheiden, indem sie sich als rechtschaffen und staatstreu präsentierten (Lucero 2006: 36). Weder die nationale Führung der FEINE noch ihre OZG waren in der Lage, angemessen auf die nach 1990 stärker in der Öffentlichkeit präsenten Forderungen der Indigenenbewegung zu reagieren. Vor allem nationale Projekte wie die Plurinationalität, die Forderung nach einer neuen Verfassung und nach kollektiven Rechten für die indigenen Völker wurden von der FEINE kaum aufgegriffen – was ihre Distanz von der Indigenenbewegung vergrößerte (Guamán 2006: 75). Große Unterschiede in der politischen Ausrichtung der Führung der FEINE erschwerten eine klare Positionierung innerhalb der Indigenenbewegung Ecuadors. Ein offener und auf Koalitionen und die Bekämpfung sozialer Probleme ausgerichteter Stil (1989-1990) und ein geschlossener und nur an religiösen Themen interessierter Stil (1991-1994) wechselten sich ab, ihre jeweiligen Projekte – im ersten Fall Erziehungs- und Sozialprojekte auf Gemeindeniveau und im zweiten Fall die Konstitution der FEINE als völlig andere im Hinblick auf die Indigenenbewegung und so die Stärkung ihrer ethnoreligiösen Identität – führten zu einer unklaren Entwicklung mit vielen Brüchen (Guamán 2006: 73). Dennoch beteiligte sich die FEINE an der Erhebung des Inti Raymi 1990 (FEINE o.J.) und den Aktionen der Jahre 1992 und 1994, wobei die Forderungen der anderen Organisationen für die FEINE von wenig Interesse waren – sie sah sich ihrem Begriff von Interkulturalität verbunden und

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht den Forderungen nach Plurinationalität, Verteidigung der indigenen Völker oder Landverteilung (Guamán 2006: 70f.). Auch wenn er keine weitere Definition erfährt, verwendet die FEINE den Begriff der indigenen Nationalitäten (etwa FEINE 2010: 1). Nach dem Interkulturalitätsbegriff der FEINE

„treten die indigenen Völker, ausgehend von freier Entscheidung, Stärkung der Identität und Anerkennung der Diversität, in Verbindung, Dialog und Interaktion mit den anderen Völker, um eine solidarische, gerechte und demokratische Gesellschaft und Staat aufzubauen" (Guamán 2006: 71).

Dazu sollen Mechanismen der Teilhabe der evangelischen indigenen Völker und Nationalitäten an den staatlichen Entscheidungen geschaffen werden und eine interkulturelle Gesellschaft aufgebaut werden, die sich „auf die Gleichberechtigung, den Respekt vor den Unterschieden, die Gerechtigkeit, die Toleranz und die Harmonie mit der Natur stützt" (FEINE 2010: 1). Die Interkulturalität wird so – ähnlich dem Diskurs der FENOCIN – als Alternative zum bestehenden System der sozialen, politischen und kulturellen Trennung und Diskriminierung gesehen, die neue Identitäten schafft. Als Prozess des Dialogs und des harmonischen Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Völkern erlaubt sie eine Transformation der Strukturen des Staates und die Suche nach einer neuen Art der Organisation der Gesellschaft. Dazu müssen allerdings Ethnozentrismus und Diskriminierung beendet werden (FEINE 2010: 19). In den letzten Jahren wurde auch der Begriff des Guten Lebens von der FEINE übernommen, die jetzt „die organisatorische kirchliche Identität durch den Aufbau einer indigenen Theologie stärken will, um zum Guten Leben beizutragen" (FEINE 2010: 7). Die FEINE versteht sich als kirchliche Leitung der Entwicklung der evangelischen indigenen Völker Ecuadors, wobei sie diese repräsentiert und eine ganzheitliche Entwicklung mit Identität und auf Basis der christlichen Werte anstrebt (FEINE 2010: 3).

Der Politikwechsel 1998 mit der Wahl von Marco Murillo zum Präsidenten der FEINE markierte eine endgültige Wendung hin zur Politisierung der Organisation. Die im Vergleich zu den anderen Indigenenorganisationen autoritäre Ausrichtung und große Treue zur jeweiligen Führung der Organisation (Rohr 2006: 11f.) erlaubt ein relativ geschlossenes Auftreten. So beteiligte sie sich entscheidend an den Aktionen der Indigenenbewegung in den Jahren 2000 und 2001. 2000 organisierte sie Märsche in Riobamba und Quito und besetzte das Büro der CODENPE. Die Erhebung von Januar und Februar 2001 fand unter anderem auf ihre Initiative hin statt (Guamán 2006: 76) – die FEINE konstituierte sich unter einer neuen Führung und unter dem Druck ihrer Basisorganisationen als Teil der sozialen Bewegungen und der Indigenenbewegung (Guamán 2006: 76f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In den frühen 2000ern zogen FEINE und Amauta Yuyay Aufmerksamkeit und Feindseligkeiten der anderen indigenen Organisationen auf sich, als sie den ehemaligen Präsidenten der CONAIE, Antonio Vargas, als Präsidentschaftskandidat 2002 unterstützten (Freston 2004: 144) – während CONAIE und MUPP-NP Lucío Gutiérrez unterstützten. Spätestens ab diesem Zeitpunkt arbeitete die FEINE mit den Regierungen – vor allem der von Gutiérrez nach seinem Bruch mit der CONAIE – zusammen, wodurch sie wirtschaftliche Förderung (Kaltmeier 2009: 355)[29] und politische Posten bekam (Andrade 2005: 60). Die FEINE kritisiert die Regierung Correa, bleibt aber der offenen Opposition der CONAIE fern (Wolff 2010: 22).

Auf internationalen Niveau hat die FEINE Beziehungen zu kirchlichen und religiösen Verbunden aufgebaut. Die wichtigsten sind der Weltkirchenrat oder Ökumenische Rat der Kirchen und seine Regionalorganisation, der Lateinamerikanische Kirchenrat (*Consejo Latinoamericano de Iglesias*, CLAI), der Lateinamerikanische Rat indigener evangelischer Völker (*Consejo Latinoamericano de Pueblos Indígenas Evangélicos*) und der US-amerikanische Church World Service (Guamán 2006: 84; FEINE 2010: 13). Diese Institutionen verstehen sich nicht als Teil sozialer Bewegungen, sondern als Kooperationsinstanzen vor allem protestantischer Kirchen. Daher sind sie zwar auf Sozialarbeit und Entwicklungsprojekte ausgerichtet, aber nicht auf Interessenvertretung jenseits des rein Religiösen.

5. CONAIE

a. Federación Shuar und CONFENIAE

Seit den 1950er Jahren nahmen die Missionsversuche der katholischen Kirche im Amazonasgebiet zu. Vor allem der religiöse Orden der Salesianer, der unter Luis Bolla und Juan Shutka ab 1952 in der Region aktiv wurde (Diario Hoy 2000; Bottasso 2003: 24), spielte eine wichtige Rolle bei der Missionierung der Shuar, der größten indigenen Gruppe der Region. Ihre Strategie bestand in einer Reorganisation der Shuar in Zentren, einem Äquivalent zu den Kommunen des Andenhochlandes, die mehrere Familien, die an einem Ort leben, zusammenfassen (CONAIE 1989: 91). Zu einem Zentrum gehören über eine formale Mitgliedschaft in der Regel 25 bis 30 Familien, die meist miteinander verwandt sind. Es muss als solches durch das Arbeits- und Sozialministerium anerkannt werden, wodurch es Recht auf

29 Bis hierher sollte klar geworden sein, dass keinesfalls von einer „Einheitsorganisation" (Kaltmeier 2009: 355) der Indigenen gesprochen werden kann. Außerdem muss darauf hingewiesen werden, dass die Gründung von Amauta Jatari einige Jahre vor der Regierung Gutiérrez (2002-2005) stattfand, also kein gezielter Spaltungsversuch sein kann.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ein eigenes Territorium erwirbt, dessen Größe von der Größe der Mitgliedsfamilien abhängt. Ein Shuar-Zentrum ist kein Dorf, da seine Bevölkerung nicht direkt benachbart sein muss. Dennoch verfügt es über einige zentrale Strukturen, wie einen Platz, der von wichtigen Verwaltungsgebäuden umgeben ist (Salazar 1981: 65). Damit ist ein Shuar-Zentrum:

„Eine politische und verwaltungstechnische Einheit mit umgrenztem Territorium, zusammengesetzt aus einer Bevölkerung, deren Besonderheit formal definiert ist, und errichtet unter der Autorität eines Rates, der gewählt wurde, um für die sozioökonomische Entwicklung seiner Mitglieder zu sorgen." (Salazar 1981: 65)

Eine gewisse Anzahl von Shuar-Zentren – Salazar (1981: 66) spricht von 2 bis 15, mit einem Durchschnitt von 8 – bilden eine Assoziation, alle Shuar-Assoziationen bilden zusammen die Föderation der Shuar-Zentren (*Federación de Centros Shuar*). 1961 organisierten die Salesianer den ersten Kurs für Shuar-Dirigenten, auf dem die Gründung der ersten Assoziation vorbereitet wurde (Zallez/Gortaire 1978: 59). Diese wurde 1961 von 263 Shuar-Zentren (Porras 2005: 98) als „Lokale Assoziation der Jíbaro-Zentren"[30] (*Asociación Local de Centros Jíbaros*) gegründet und 1962 als „Shuar-Assoziation Sucuas" (*Asociación de Centros Shuar de Sucúa*) rechtlich anerkannt. Daraufhin wurden in den Gegenden Sevilla, Méndez und Limón Kongresse und Treffen veranstaltet, um in der ganzen Provinz Morona Santiago ähnliche Assoziationen zu schaffen (Federación de Centros Shuar 1976: 115). Diese führten im Januar 1964 die Erste Provinzielle Tagung der Shuar-Führer (*Primera Convención Provincial de Dirigentes Shuar*) mit 52 Delegierten durch, auf der die Gründung einer selbstbestimmten und selbstverwalteten Föderation beschlossen wurde (Zallez/Gortaire 1978: 60). Noch im selben Jahr wurde die Interprovinzielle Föderation der Shuar- und Achuar-Zentren (*Federación Interprovincial de Centros Shuar y Achuar*, FICSHA)[31] gebildet (León 1991: 389). Ihre Statuten wurden im Oktober 1964 vom zuständigen Ministerium angenommen (Zallez/Gortaire 1978: 60). Die Föderation soll die Arbeit aller Assoziationen koordinieren und wird von einer Generalversammlung (*Asamblea General*) gelenkt, in der drei Delegierte für jede Assoziation und ein Delegierter jedes Zentrums sitzt. Sie tritt einmal im Jahr in Sucúa zusammen, wo sich ihr Hauptgebäude befindet, das mit einer Radiostation, einer kleinen Bibliothek und Versammlungsräumen ausgestattet ist (Salazar 1981: 66). Dort arbeiten eine Reihe von Personen hauptberuflich für die Föderation, Ende der 1970er waren das 52 Personen (Zallez/Gortaire 1978: 49). Ihr Organisationsziel ist die soziale, wirtschaftliche und moralische Verbesse-

30 Jíbaro ist die damals übliche Fremdbezeichnung für die Shuar.

31 Seit dem Aufbau einer eigenen Achuar-Organisation FICSH.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung ihrer Mitglieder und die Koordinierung von Entwicklungs- und Kolonisierungsprojekten (Salazar 1981: 65).

In den ersten Jahren war der Einfluss der Geistlichen in der Organisation erheblich. Ihre Unterstützung der neuen Organisationen ergab sich auch aus ihrem Versuch, den Einfluss von sozialistischen und kommunistischen Gruppen unter den Indigenen – wie etwa der FEI – zu begrenzen (Becker 2009: 1056). Jede Assoziation hatte einen religiösen Berater, der regelmäßig die verschiedenen Zentren besuchte und bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Statuten der Organisation mitarbeitete (Federación de Centros Shuar 1976: 115). Die Geistlichen trugen auch zur zunehmenden Strukturierung und Organisation der Shuar-Zentren bei, ohne dabei ausschließlich die Mission im Auge zu haben (Barre 1983: 179). Der erste geistliche Berater und Mitbegründer der FICSHA war der Salesianer Juan Shutka, der auch bei der Assoziation in Sucúa diesen Posten innehatte (Zallez/Gortaire 1978: 60). Ihm wurde ein Büro im Zentralgebäude der FICSHA in Sucúa zur Verfügung gestellt, wo er sich ganztägig dieser Aufgabe widmete (Salazar 1981: 67).

Auch bei der Erforschung der Sprache der Shuar spielten die Salesianer – neben protestantischen Missionaren – eine wichtige Rolle. Diese Arbeit, die in den 1950er und 1960ern unter Siro Pellizzaro und P.A. Germani als Unterstützung der Mission begann, führte zur Ausarbeitung eines vereinheitlichten Alphabets, dass 1970 von den Salesianern, der FICSHA und dem Linguistischen Sommerinstitut akzeptiert wurde (Bottasso 2003: 23).

Nach einigen Jahren ging der Einfluss der Missionare und religiösen Berater zurück und die Shuar-Zentren konnte ihre Autonomie ausbauen (Albó 2009: 209). Diese politische Eigenständigkeit sollte die Grundlage für das Verständnis als soziale Bewegung der Indigenen sein (García Serrano 2005: 2). Die Anwesenheit von meist europäischen Freiwilligen des Friedenscorps ab 1964 und vor allem ihre Arbeit mit der FICSHA selbst ab 1968 trug zur Säkularisierung der Organisation und der Öffnung ihrer ideologischen Position bei (Gnerre/Bottasso 1985: 19). So wurden die Shuar-Zentren der Ausgangspunkt für eine regionale ethnische Bewegung (Ruiz 1991: 472). Die anfängliche Zielsetzung, die Shuar vor dem Einfluss mestizischer Siedler zu schützen, das Territorium der Shuar zu verteidigen (CONAIE 1989: 91; Kaltmeier 2009: 353) und den Einfluss der katholischen Kirche und des salesianischen Ordens zu erhalten, verschob sich hin zu einer Verteidigung der kulturellen Identität (Chiriboga 1986: 83). Diese Veränderungen führten in den 1970ern zu einer Annäherung der Organisation an andere soziale Bewegungen im Land, darunter CEDOC und FENOC, denen sie von spätestens 1973 (CEDOC 1976: 26; FENOCIN 1999: 32) bis Ende der 1970er angehörte (Gnerre/Bottasso

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1985: 19)[32]. Diese Annäherung drückte sich im dritten Nationalen Bauerntreffen (*Encuentro Nacional Campesino*) in Sucúa im November 1973 aus, an dem Vertreter der meisten Bauernorganisationen Ecuadors teilnahmen und über die Situation der Landarbeiter und die Agrargesetzgebung diskutierten (Zallez/Gortaire 1978: 79; FENOCIN 2004: 11). Die FICSHA war schon früh erfolgreich in der Suche nach Unterstützung bei staatlichen und internationalen Organisationen. So konnte sie einige Entwicklungs- und Bildungsprojekte aufbauen und das Führungspersonal technisch fortbilden, das später diese Projekte kontrollieren sollte (Porras 2005: 99).

Man kann durchaus von einer „Ethnisierung des Politischen" (Büschges 2009: 45f.) sprechen. Diese frühe Entwicklung hat auch mit der geographischen Lage der Shuar zu tun:

„Obwohl der Kampf der Shuar zunächst ökonomischen und sozialen Überlegungen folgte (Erhaltung des Landes ihrer Vorfahren, Zugang zu produktiven Ressourcen), kann er keinesfalls als reiner ‚Klassenkampf' bezeichnet werden, sondern er unterscheidet sich von Landverteilungskämpfen, die gleichzeitig zwischen Bauern und Großgrundbesitzern in den Andenhochländern stattfanden. Indem die Shuar und andere indigene Tieflandvölker nicht eindeutig in eine agrarische Klassenstruktur eingebunden waren, trug ihre Organisation eher kommunale und ethnische Züge als die eher klassenorientierten Bewegungen indigener Bauern in anderen Teilen Lateinamerikas." (Stavenhagen 1997: 18)

Eine der wichtigsten Errungenschaften der Shuar-Zentren ist der Aufbau von Radiostationen und -programmen. Dazu gehört eine Station, die seit 1966 in Riobamba als Teil der Radiophonen Volksschulen (*Escuelas Radiofónicas Populares*) und seit 1968 als Radio Föderation (*Radio Federación*) mit einem eigenen kleinen Sender (Zallez/Gortaire 1978: 65) ein simultan zweisprachiges Programm sendet, seit 1970 nur noch auf Shuar. Die Generalversammlung der FICSHA wollte so Sprache und Kultur der Shuar vor allem unter der jungen Generation verbreiten (Rodríguez 1982: 200f.). Ab 1971 wird ein Sender des Radio Föderation im Hauptgebäude der FICSHA in Betrieb genommen, der schon in den 1980er 16 Stunden täglich auf mehreren Kanälen sendet und vollständig von Shuar-Personal betrieben wird. Aus diesen Radiostationen entstehen schließlich die zweisprachigen Radio-Schulen, die seit 1972/73 in Betrieb sind (Federación de Centros Shuar 1976: 127). Dieses SERBISH (Shuar-System der bikulturellen radiophonen Erziehung/*Sistema de Educación Radiofónica Bicultural Shuar*) genannte System begann als zweisprachige Alphabetisierungskampagne und wurde schrittweise ausgebaut (Lazos/Lenz

32 Nach Angaben von Zallez/Gortaire gehörte die FICSHA weder FENOC oder CEDOC noch sonstigen politischen Organisationen an, unterhielt mit der CEDOC jedoch eine „brüderliche Beziehung" (Zallez/Gortaire 1978: 79).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2004: 7f.). Mit Unterstützung der katholischen Kirche wurde ein komplettes Erziehungssystem – mit dem Fokus auf Bildung auf Grundschulniveau – über Radio aufgebaut (Moya 1987: 394). Diese Infrastruktur erlaubt nicht nur eine grundlegende Schulbildung für die oft isoliert lebenden Shuar, sondern trägt auch zur Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und politischen Führer der Assoziationen bei. Es soll eine Bildung ermöglicht werden, die ein Bewusstsein der spezifischen Probleme der Shuar erlaubt und eine Wertschätzung der eigenen Kultur und eine Teilhabe an der Gesellschaft als Träger dieser Kultur fördert (CONAIE 1989: 92). Dabei wird das Kursprogramm von den mit mindestens Abitur qualifizierten Fachkräften im Sender zusammengestellt und aufgezeichnet und vor Ort in den Zentren von einer Hilfskraft der Schulklasse präsentiert (Salazar 1981: 69). 1972 erreichte das Programm 31 Shuar-Zentren und hatte 4 Lehrer und 40 Hilfskräfte, die Unterrichtsmaterial für zwei Kurse zusammenstellten und die Unterstützung des Bildungsministeriums gewinnen konnten. 1975 umfasste das SERBISH 13 Radio-Schulen mit 10 Lehrer, 230 Hilfskräften und 3.109 Schülern – das sind zwei Drittel der Shuar im Grundschulalter – die bis zum vierten Schuljahr unterrichtet werden konnten[33]. 1976 wurden 180 Schulräume verwendet, die in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium gebaut worden waren, 140 Mittelschüler und 15 Universitätsstudenten erhielten Stipendien. 1978 wurde eine Radio-Sekundarschule eingerichtet (Rodríguez 1982: 200f.). Ende der 1970er Jahre wurden 138 Radioschulen mit etwa 3.500 Schülern betrieben (Salazar 1981: 69). Die Radioschulen der FICSHA wurden 1979 vom Staat anerkannt und 1988 in die DINEIB integriert, ohne dadurch ihre Autonomie zu verlieren (Lazos/Lenz 2004: 7f.). Kurz vor der Integration umfasste das Schulsystem der FICSHA 163 Schulen mit 3.876 Schülern und ungefähr 100 Lehrer und Hilfskräfte (Chiriboga 1987: 97).

Eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der Identität der Shuar spielte die Politik der FICSHA, eigene Verlage zu gründen. Seit 1972 wird ihre zweisprachige Verbandszeitung CHICHAM (deutsch: Nachricht) veröffentlicht, die über die Aktivitäten der Shuar-Organisationen und weitere Themen in Bereich indigene Völker und indigene Bewegungen in Ecuador und Südamerika berichtet, sowie eine Textreihe in Shuar über verschiedene Themen (Salazar 1981: 70; Rodríguez 1982: 200f.). 1975 wurde von der Föderation und den Salesianern unter Juan Bottasso (Bottasso 2003: 25; Abya-Yala o.J.) der Verlag *Mundo Shuar* gegründet, der eine Reihe von Büchern über die Shuar und andere Völker des Amazonasgebietes veröffentlichte. Dadurch sollte das kulturelle Erbe der Shuar bewahrt und bekanntgemacht werden (Becker 1997: 330) – die Verlage spielten aber auch eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen über die indigenen Organisa-

33 Nach anderen Daten 99 Schulen mit 133 Hilfskräften und 2023 Schülern, die 47% der schulpflichtigen Shuar entsprechen (Zallez/Gortaire 1978: 71).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tionen und deren Forderungen. Bis 1983 veröffentlicht *Mundo Shuar* 140 Bücher in 6 Serien, darunter anthropologische Studien, Übersetzungen und eine kleine Enzyklopädie über die Shuar. 1980 wird, begünstigt vom Wachstum der Indigenenorganisationen des Hochlandes, der Verlag *Mundo Andino* gegründet, der sich den anderen indigenen Völkern des Landes widmete. Bis 1983 hatte der neue Verlag bereits 60 Bücher herausgegeben (Abya-Yala o.J.). Im gleichen Jahr (Dietz 1996: 1; Diario Hoy 2000; Bottasso 2003: 25) werden die beiden Verlage unter dem Namen Abya-Yala[34] zusammengeschlossen. Der neue Verlag entwickelte sich schnell. 1995 veröffentlichte er unter dem Geschäftsleiter José Juncosa mit mehr als 100 Titeln schon 20% aller in Ecuador veröffentlichten Publikationen (Dietz 1996: 1f.). Abya-Yala ist heute einer der größten sozialwissenschaftlichen Verlage Lateinamerikas und verantwortlich für 70% der Publikationen Ecuadors. Juan Bottasso ist weiterhin sein Präsident (Abya-Yala o.J.) und Abya-Yala gehört weiterhin den Salesianern (Dietz 1996: 1).

Ein wichtiges Projekt der 1970er und 1980er Jahre war die Korrektur der Eintragungen der Shuar im Standesamt (*Registro Civil*) und der ausgegebenen Personalausweise, die sehr viele Fehler enthielten. Der FICSHA wurde ein eigenes Büro zur Ausstellung von Ausweisen gewährt, das innerhalb weniger Jahre die meisten Fehler des Standesamtes korrigieren konnte (Zallez/Gortaire 1978: 69; Salazar 1981: 75).

Die FICSHA erlebte ein schnelles Wachstum. Mitte der 1970er waren 154 Zentren in 13 regionalen Assoziationen und damit 20.040 Einzelpersonen (Zallez/Gortaire 1978: 48-50, 61) in ihr Mitglied, Ende der 1970er 138 Zentren in 14 Assoziationen und 26.800 Einzelpersonen (Salazar 1981: 66). Anfang der 1980er umfasste sie 240 Zentren mit insgesamt 30.000 Personen (Conterón/de Viteri 1984: 31). Mitte der 1980er Jahre organisierte sie schon 35.000 der insgesamt 40.000 Shuar (Chiriboga 1986: 84) und Anfang der 1990er waren 263 Zentren in ihr organisiert (León 1991: 389). Den Daten der Organisation selbst zufolge[35] umfasst sie heute 500 Zentren in 50 Assoziationen und insgesamt 120.000 Mitglieder.

Die FICSHA kann als Ausgangspunkt für die Entwicklung der modernen Indigenenbewegung in Ecuador gesehen werden. Sie war die erste Organisation, die offen eine wirtschaftliche und politische Autonomie forderte und die Aufwertung der kulturellen Identität der in ihr vereinigten Indigenen betrieb (Zallez/Gortaire 1978: 3; Salazar 1981: 76). Die jungen Shuar, die in diesem Umfeld aufwuchsen, verbreiteten ihre politischen Ideen auch im Andenhochland, in dem einige von ihnen über staatliche Stipendien studierten. Das wiederum hatte starken Einfluss auf die bereits bestehenden, meist sozialistisch orientierten Organisationen dort (Sel-

34 Zur Genealogie des Begriffes Abya Yala siehe Kapitel III.6.

35 Nach ihrer Webseite.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verston 1992: 13). Selverston stellt diesen „amazonischen Faktor“ (Selverston 1992: 13) dem „Otavalo-Faktor“ (ebd.) gegenüber, der über wirtschaftliche Erfolg – und nicht konkrete Bedrängung etwa durch erdölfördernde Firmen – zu Ideen kultureller Unabhängigkeit führt.

In den 1960er und 1970er Jahren wurden im Amazonasgebiet weitere Organisationen mit ähnlicher Stoßrichtung (Ramón 1992: 84) gegründet. Im Gegensatz zum Andengebiet war hier die ethnische Identität der Faktor, der eine Mobilisierung jenseits lokaler Strukturen erlaubte (Stavenhagen 1997: 18). Während dort die ungleiche Verteilung des Landes der wichtigste Konflikt war, wurde das Amazonasgebiet durch Besiedlung, Erdölförderung und industrielle Plantagen bedroht; der Kampf der Organisationen dort war also nicht für eine Agrarreform, sondern für eine Verteidigung des – ethnisch definierten – Territoriums (Viteri 1983: 44; Ruiz 1991: 472; Rodríguez 2008: 95). Dazu gehörte auch die Abwehr der Missionierungsversuche religiöser Sekten, vor allem des Linguistischen Sommerinstituts (Chiriboga 1986: 84).

Als Reaktion der Gründung der FICSHA durch die Salesianer wurde 1963 von der Evangelistischen Missionsunion (*Unión Misionera Evangelista*) die Entwicklungsassoziation Jíbaros des Ostens (*Asociación de Desarrollo Jíbaros del Oriente*, ADJOE) gegründet, die den katholischen Einfluss auf die Shuar begrenzen sollte. 1976 löste sich die ADJOE von ihren Gründern und veränderte ihren Namen in Unabhängige Assoziation des Ecuadorianischen Shuar-Volkes (*Asociación Independiente del Pueblo Shuar Ecuatoriano*, AIPSE). Von diesem Zeitpunkt an fand eine Annäherung der beiden Shuar-Organisationen statt, die 1986 in einem Abkommen mündete (Fontaine 2007: 232).

In den 1960ern gründeten die Kichwa der Provinz Napo eine Organisation, die seit 1973 Föderation der indigenen Organisationen Napos (*Federación de Organizaciones Indígenas del Napo*, FOIN) heißt. Diese war bis 1980 ein aktives Mitglied der FENOC (CONAIE 1989: 50; Tamayo 1996: 64). Im Laufe der 1970er Jahre erweiterte sich ihr Programm von einer reinen Verteidigung des Landes der Indigenen hin zu einer Verteidigung ihrer Kultur und somit einem Widerstand gegen das Eindringen der Nationalkultur und ihrer Ideologie der Entwicklung und *mestizaje* in Napo (Black 1999: 22). 1978 wurden von weiteren Kichwa des Amazonasgebietes die Föderation der Kommunen Union der Eingeborenen des Ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana*, FCUNAE)[36] und die Föderation der indigenen Organisationen Su-

36 Nach den Angaben auf der Internetseite der FCUNAE wurde sie 1975 gegründet und 1978 staatlich anerkannt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cumbíos (*Federación de Organizaciones Indígenas de Sucumbíos*, FOISE)[37] gegründet, 1979 die Organisation indigener Völker Pastazas (*Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza*, OPIP) (Ruiz 1991: 473; Albó 2009: 210). Die OPIP widmet sich der Verteidigung der Landrechte der Indigenen und fordert einen verbesserten Schutz der Umwelt und der Naturschätze der Provinz. Darüber hinaus kämpft sie für eine gerechte Gesellschaft ohne Rassismus, an der die Indigenen als Gleiche mit eigenen Rechten teilhaben können (Viteri 1983: 45/47). Sie war seit ihrer Gründung sehr aktiv mit Forderungen nach einer Autonomie der Territorien der Indigenen, so forderte sie im August 1990 von der ecuadorianischen Regierung die Übergabe von 90% des Landes im Osten Pastazas an die Indigenen. Das hätte nicht nur eine innere politische Autonomie bedeutet, sondern auch eine Ende der Erdölförderung in der Region (Becker 1997: 331).

Auf den Ersten Kongress der indigenen Nationalitäten des Amazonasgebietes in Puyo/Pastaza im August 1980 (Black 1999: 23) gründeten diese die Konföderation der indigenen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana*, CONFENIAE)[38], die noch im selben Jahr zusammen mit ECUARUNARI den Koordinationsrat der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Consejo de Coordinación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONACNIE) aufbaute (CONAIE 1989: 50). Die CONFENIAE sollte neben den konkreten Forderungen ihrer Mitgliedsorganisationen abstraktere „politische Aspekte kanalisieren" (Viteri 1983: 44). Auf ihrem zweiten Kongress 1982 begann die CONFENIAE, ein Programm zu entwickeln, dass über den Verweis auf die Selbstbestimmung über Kultur und Ressourcen eine Verbindung von lokalen materiellen Forderungen und Kämpfen um Bedeutung und Identität vorbereitete. So forderte die CONFENIAE die rechtliche Anerkennung der indigenen Territorien durch die Regierung, einen Ausbau der zweisprachigen Erziehung als Mittel zum Schutz der indigenen Sprachen und Kulturen, einen Schutz der indigenen Medizin und eine Stärkung und Einigung der autonomen indigenen Organisationen (Black 1999: 24). Auf beiden Kongressen wurde Alfredo Viteri zum Präsidenten der CONFENIAE gewählt (Viteri 1983: 44). Die CONFENIAE gründete 1984 die regionale Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (*Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica,* COICA) mit (GTZ 2004: 33), die Organisationen aus Peru, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela und den Guayanas umfasst. Die COICA beschäftigt

37 Nicht etwa Föderation der indigenen Nationalitäten Sucumbios (*Federación de Nacionalidades Indígenas de Sucumbíos*), wie Albó (2009: 210) meint.

38 Seit dem 14. Kongress der amazonischen Nationalitäten im September 2013 heißt diese Organisation Regierung der Ureinwohnernationen des ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Gobierno de las Naciones Originarias de la Amazonía Ecuatoriana*, GONOAE).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich unter zwischen den Organisationen wechselnder Führung mit den gemeinsamen Problemen (Albó 2009: 323) und war eine der Plattformen für das Wiederaufkommen von Forderungen nach territorialer Autonomie im Sinne der indigenen Gemeinschaften in Südamerika (Quijano 2006a: 33).

Die FICSH und die anderen Organisationen des Amazonasgebietes kämpfen vor allem für ihre Selbstbestimmung und Autonomie, Forderungen, die sie in einer „neuen Konzeption eines pluralistischen ecuadorianischen Staates" (Federación de Centros Shuar 1976: 129) verwirklichen wollen. Der Staat soll die indigenen Völker und ihre – ethnisch begründeten – spezifischen Interessen anerkennen und sich dem Kulturell-Ethnischen im Sinne eines „pluriethnischen und multinationalen Staates" (Chiriboga 1986: 85) öffnen. Diese Stärkung der Ethnizität und der wirtschaftlichen Eigenständigkeit soll keinesfalls ausschließlich über eine Modernisierung erfolgen, wie Verdesoto (1986: 42) behauptet, sondern ist – in einem ersten Schritt – eine Kritik der staatlich gesteuerten, kapitalistisch geprägten Modernisierung. Die ideologische Entwicklung der amazonischen Organisationen sollte der Indigenenbewegung auf nationalem Niveau zugutekommen. Die Begriffe des Territoriums und der Nationalität in ihren aktuellen Ausprägungen wurden in den 1970er Jahren auch von den Organisationen, die später die CONFENIAE bilden sollten, begründet (Ruiz 1991: 476). Schon die – im Vergleich zur ECUARUNARI – enorme ethnische Vielfalt der CONFENIAE machte eine Begrifflichkeit der Differenz, als Grundlage etwa der Interkulturalität und der Plurinationalität, nötig (Rodríguez 2008: 95; Santillana/Herrera 2009: 332).

b. ECUARUNARI

Der Aufbau von ECUARUNARI beginnt bereits in den 1960er Jahren. Sie speist sich aus drei verschiedenen Quellen: Organisationen der linken Parteien, Organisationen der progressiven katholischen Kirche und aus autonomen Prozessen der indigenen Gemeinschaften (Simbaña 2009: 159). Schon zu Beginn der 1960er Jahre – noch vor der ersten Agrarreform von 1964 – verändert sich die Politik der katholischen Kirche hin zu einem sozialen Ansatz, was sich durch eine „private" (ECUARUNARI o. J.: 1) Agrarreform in den Ländereien der Kirche unter Mitwirkung der Ecuadorianischen Zentrale der landwirtschaftlichen Dienstleistungen (*Central Ecuatoriana de Servicios Agrícolas*, CESA) ausdrückte. Dieser Wandel steht im Zusammenhang mit der kubanischen Revolution und der wahrgenommenen Stärke der linken Parteien ebenso wie mit der Befreiungstheologie und den Ansätzen des zweiten vatikanischen Konzils (1962-1965) und der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats von Medellín (1968), die mit der ersten und zweiten Konvention der Presbyterianer (*Convención de Presbíteros*) 1970 und 1971 von den progressiven Kräften der katholischen Kirche in Ecuador übernommen werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Bischöfe beschließen, die Forderungen der Indigenen und Bauern zu unterstützen. Sie fördern Alphabetisierungskampagnen, Gesundheitsprogramme, lokale Entwicklung und politische Bildung (Rodríguez 2008: 88). Die Internationale Bewegung der katholischen Landjugend (*Movimiento Internacional de Juventudes Agrarias Católicas*, MIJARC), eine Organisation der *Option für die Armen* (Botero 1998: 10), arbeitet seit Mitte der 1960er Jahre mit indigenen Gemeinschaften unter anderem in Riobamba, Cañar, Tungurahua (León 1994: 72f.), ursprünglich, um eine eher ethnisch ausgerichtete Parallelorganisation zur FEI und zur sich nach links bewegenden FENOC aufzubauen und so deren Einfluss zu beschränken (Minkner-Brünjer 2009: 139f.; Becker 2009: 1056). Die MIJARC organisierte zusammen mit der Organisation Kirche und Gesellschaft in Lateinamerika (*Iglesia y Sociedad en América Latina*, ISAL) und der Unterstützung der Kirche von Chimborazo unter Bischof Leónidas Proaño[39] (Albó 2009: 208) die erste nationale Konferenz der Indigenen und Bauern in Quito (ECUARUNARI o. J.: 1).

Die Politik der Militärregierung, die Indigenen in die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, führte zu einer Stärkung der regionalen und lokalen Indigenenorganisationen, die – im Gegensatz zu den nationalen Organisationen der Zeit, FEI und FENOC – ethnische Forderungen entwickelten (Minkner-Brünjer 2009: 139f.). Eine Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen, die sich von den nationalen Gewerkschaftsverbänden nicht vertreten fühlten, näherten sich diesem Prozess an (Simbaña I-2). Dazu kommt die Unzufriedenheit mit der Agrarreform von 1964 und die Forderung nach einer weiteren, wirklichen Agrarreform (Simbaña 2009: 158). Der gestiegene staatliche Einfluss durch die Agrarreform förderte die Prozesse der Selbstorganisation der Indigenen. Diese griffen die diskursiven und organisatorischen Anreize der kommunistischen und klerikalen Mobilisierungsversuche auf, um so ihre eigenen Strukturen zu stärken (Ramírez Gallegos 2009: 68). ECUARUNARI baut mehr als die anderen Organisationen der Indigenenbewegung auf das System der Kommunen, das in den 1930er Jahren eingerichtet wurde und den indigenen Gemeinden eine gewisse Autonomie erlaubt (Simbaña I-2).

39 Leonidas Proaño war von 1954 bis 1985 Bischof von Riobamba und von 1985 bis zu seinem Tod 1988 Präsident der Abteilung für Indigene der Ecuadorianischen Bischofskonferenz. Von Beginn an arbeitete er mit den Indigenen und organisierte die Übergabe des kirchlichen Landbesitzes in Riobamba an die indigenen Gemeinden bis 1960 und den Aufbau der Volks-Radioschulen *(Escuelas Radiofónicas Populares*, ERPE) ab 1964, die der Alphabetisierung der Indigenen in deren Muttersprachen dienten (Krainer 1996: 43). 1988 gründete er die Stiftung Indio-Volk (*Fundación Pueblo Indio*), die neben der Weiterbildung von indigenen Geistlichen und Laien auch Forschung zu den indigenen Völkern betreibt (Espinosa 1992: 185f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Gründungskongress von ECUARUNARI (*Ecuador Runacunapac Riccharimui*, Das Erwachen der ecuadorianischen Indigenen) fand im Juni 1972 in der Kommune Tepeyac der Provinz Chimborazo unter Teilnahme von mehr als 200 Repräsentanten verschiedener indigener Organisationen (León 1991: 392; León 1994: 72f.) aus Imbabura, Pichincha, Cotopaxi, Bolívar, Chimborazo und Cañar statt (CONAIE 1989: 215; ECUARUNARI o. J.: 1). Es gab dort Auseinandersetzungen zwischen einer Position, die eine integrative Bewegung von Indigenen und Nicht-Indigenen befürwortete, und einer anderen, von den Geistlichen gestützten, Position, dass ECUARUNARI eine rein indigene Organisation sein sollte. Die zweite Strömung konnte sich durchsetzen (Moreno/Figueroa 1992: 46f.), ECUARUNARI definierte sich „als eine INDIGENE Bewegung, deren Hauptziel es sein wird, in der indigenen Bevölkerung eine Bewusstwerdung zu ermöglichen, um eine soziale, wirtschaftliche und politische Erholung zu erreichen" (ECUARUNARI o. J.: 1)[40]. Die Organisation sollte ein eigenständiger Ausdruck der Indigenen sein, mit Führern aus den indigenen Gemeinden. „Ihr Hauptziel war es, die indigene Kultur aufzuwerten, sie zu verteidigen und von dort den Kampf für Land zu beginnen." (Chancoso 1983: 41) ECUARUNARI gewinnt ein ethnisches Profil (Rodríguez 2008: 89)[41], das von den klassischen Gewerkschaftlern und linken Parteien heftig kritisiert wurde (Santana 1983: 166). So bekam der Kampf für eine Agrarreform für ECUARUNARI eine kulturelle Bedeutung. Die Forderung nach Land war nicht mehr nur eine wirtschaftliche, das Land war jetzt zentral für die Reproduktion der indigenen Gemeinschaften (Chancoso 1983: 41). Auch der Kampf für die Anerkennung der indigenen Sprachen in den jeweiligen Verbreitungsgebieten war von Beginn an eine wichtige Forderung (Chancoso 1983: 42). Die ethnischen Inhalte, die die Kirche förderte, standen im Gegensatz zu einem Klassenbewusstsein als Bauern und Landarbeiter (León 1991: 392), wodurch sich die Indigenenbewegung weiter von den linken Parteien entfernte. Die Provinzen, die die Klassenanalyse unterstützen, zeichnen sich meist durch eine kleinere indigene Bevölkerung aus, die relativ stark in die mestizische Gesellschaft integriert ist, während die in Kommunensystem strukturierten Bevölkerungen eher eine ethnische Politik befürworten. Dieser Konflikt, und der Versuch, beide Positionen zu integrieren, prägt ECUARUNARI bis heute und führt immer wieder zu Auseinandersetzungen (León 1991: 393). Auch um die Frage der Beziehungen der Organisation zur Kirche gab es Konflikte, in denen die Strömung, die sich „völlig mit der Kirche identifiziert" (ECUARUNARI o. J.: 1) durchsetzen konnte. Es wurde beschlossen, dass ECUARUNARI

40 Dennoch waren von Beginn an auch nicht-indigene Bauern Mitglied in ECUARUNARI (Chancoso 1983: 41; Conterón/de Viteri 1984: 16).

41 Damit ist Ospina (2008: 71) widerlegt, der schreibt, dass die ursprüngliche Zielrichtung umstritten ist und ECUARUNARI sich erst zu einer ethnischen Organisation entwickelt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine klerikale Organisation mit geistlichen Beratern in jeder OZG sein sollte (ECUARUNARI o. J.: 2), ähnlich der FICSHA (Rodríguez 2008: 89). Seit ihrer Gründung bildete ECUARUNARI in allen Provinzen des Andenhochlandes Filialen, die *huahua riccharimui* (Das Erwachen der Kinder) genannt wurden (León 1991: 406f.; Albó 2009: 208). Die erste Generalsekretärin war Blanca Chancoso (Albó 2009: 208).

Schon früh versuchte ECUARUNARI, ihre ethnische Sichtweise mit den Ansätzen der anderen Organisationen der Bauern und Landarbeiter zu verbinden (Tamayo 1996: 65). So forderte sie die Verteidigung von und den Respekt für Identität, Sprachen und Traditionen der indigenen Völker und zugleich eine neue Agrarreform (Tamayo 1996: 91). Dabei betrachtete die ECUARUNARI ihre Konkurrenzorganisationen als „von ‚fremden Ideologien' manipuliert oder den ‚Bürokratien' der Gewerkschaftszentralen untergeordnet" (Moreno/Figueroa 1992: 46f.). Sie war die erste Organisation, die eine wirkliche Kombination von ethnischen und klassistischen Aspekten in ihrem Programm anstrebte (Botero 2000: 68) – und brachte damit die klassischen Organisationen in Schwierigkeiten (Botero 1998: 10). ECUARUNARI verstand sich als eine Organisation der Kichwa, die mit einem bestimmten Territorium verbunden sind, kombinierte also einen klassistischen Diskurs mit ethnischen Begriffen (Pacari 2007: 21). Später bewegte sich ECUARUNARI weiter in Richtung ethnischer Forderungen und brach – teilweise – mit ihrem klassistischen Diskurs, um so besser auf die Lage der Indigenen eingehen zu können (León 1991: 401). Gerade die Öffnung hin zu ethnischen und identitären Inhalten erweiterte auch das Spektrum der klassischen Linken. Die Begriffe der kulturellen Differenz und der ethnischen Diversität – im später entwickelten Konzept der Plurinationalität artikuliert– und ihre Verbindung zu Forderungen nach Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit brachte die Indigenenbewegung in eine Avantgarde-Position im Vergleich mit den anderen sozialen Bewegungen (Ramírez Gallegos 2009: 65). Über ihr Verständnis der Beziehung zwischen Indigenen und Mutter Erde kam ECUARUNARI zur Forderung, eine Territorialität für die indigenen Nationalitäten zu erobern, um so das Weiterbestehen der Indigenen zu garantieren (Santana 1992: 194).

Auf ihrem ersten Kongress beschloss ECUARUNARI, dass die Aufgabe der Organisation die Schaffung eines Bewusstseins der ecuadorianischen Indigenen sei, damit sie sich „als eine einzige Masse erheben" (ECUARUNARI o. J.: 2). Die Organisation bekennt sich zu friedlichen Aktionen, nicht ohne sich die Möglichkeit einer Revision dieses Punktes in besonderen Situationen offen zu halten. Sie versteht sich von Beginn an als eine basisdemokratische Organisation: „Es soll die Basis sein, die die Bewegung trägt." (ECUARUNARI o. J.: 2) ECUARUNARI versteht sich als Repräsentation der Indigenen, womit sie die Vertretung der Indigenen durch Nicht-Indigene – etwa in der CTE oder PCE – kritisierte (Guamán 2003:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

83). Sie kämpft für Land, gegen Diskriminierung, für Selbstrespekt, für die offizielle Anerkennung der Kichwa als Volk und ihr Recht, eigene Autoritäten zu ernennen. Sie versucht weiterhin, die indigene Identität zu definieren und die Geschichte und Kultur ihres Volkes wiederzuentdecken (León 1994: 72f.). Somit war ECUARUNARI die erste Organisation, die nicht nur dafür kämpft, dass Indigene ‚volle' Staatsbürger sein können – also für Gleichheit –, sondern auch dafür, dass ihre Unterschiede anerkannt werden – also für Differenz (ECUARUNARI/CONAIE 1989: 40).

Trotz dieser eigenständigen Politik sucht ECUARUNARI nach Allianzen innerhalb der Indigenen- und Landarbeiterbewegung. Sie versteht ihren Kampf als einen für die Unterdrückten, der nur mit vereinten Kräften zu gewinnen ist (ECUARUNARI/CONAIE 1989: 41). Daher kooperierte sie bei allgemeinen sozialen Forderungen – vor allem bei Aktionen für eine neue Landreform (ECUARUNARI o. J.: 2) – mit der FENOC (Barre 1983: 150). Beide Organisationen führten große Demonstrationen auf nationalem Niveau durch und forderten vom Staat eine Umverteilung des Reichtums (Chiriboga 1986: 68). Als 1973 das neue Agrarreformgesetz verkündet wurde, widmete sich ECUARUNARI dem Studium der neuen rechtlichen Lage, um so die Landforderungen ihrer Gemeinden vor Gericht und über Petitionen durchsetzen zu können. Zur gleichen Zeit hält sie den Druck auf den Staat mit Landbesetzungen aufrecht. Dieses Engagement in sozialen Fragen bedeutete aber keinesfalls eine Abschwächung der ethnischen Ausrichtung der Organisation, die von 1972 bis 1975 nicht nur den Kampf für eine effektive Landverteilung verschärfte, sondern auch großangelegte Aktionen für politische Rechte und eine größere Teilhabe der Indigenen an Entscheidungsprozessen durchführte. Bei diesen Mobilisierungen stützte sich die ECUARUNARI auf die traditionellen indigenen Strukturen – vor allem die Kommunen –, die ihre Basis ausmachen, und schloss sie in ihren Forderungskatalog ein – etwas, das die Gewerkschaften vernachlässigt hatten (Botero 2000: 61f.). Auch wegen dieser Linie traten einige Basisorganisationen der in einer Krise befindlichen FENOC zur ECUARUNARI über (Ibarra Illanez 1987: 95).

Zwischen dem ersten und dem zweiten Kongress 1975 verschärften sich die Spannungen, die schon bei der Gründung der ECUARUNARI bestanden und führten zu einer tiefen Krise. Der zweite Kongress der ECUARUNARI findet im Juli 1975 in Ambato unter Teilnahme von ungefähr 120 Abgeordneten aus den acht Provinzen Cañar, Loja, Chimborazo, Tungurahua, Pichincha, Imbabura, Azuay und Bolívar statt (ECUARUNARI o. J.: 2-3). Es wurde die institutionelle Trennung von der katholischen Kirche beschlossen (Ibarra Illanez 1987: 95). Um die Krise zu beheben wurden, statt einer nationalen Führung, drei Führer für die drei geographischen Zonen Nord, Mitte, Süd, mit jeweils unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Nord: Bildung, Mitte: Finanzen, Süd: Organisation) bestimmt (ECUARUNARI o.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

J.: 3). Diese Strategie war allerdings nicht hilfreich, denn bereits ein Jahr darauf, im Februar 1976, rief ein Teil von ECUARUNARI zu einem dritten nationalen Treffen auf, das in Pichincha stattfand[42]. Da einige Provinzorganisationen, wie die aus Tungurahua und Loja, und die Mehrheit der Mitglieder der ECUARUNARI den Kongress nicht anerkannten, wurde auch das neu gewählte nationale Direktorium nicht akzeptiert. Um diese Probleme zu überwinden, fand kurz darauf ein nationales Treffen des Führungspersonals in der Provinz Bolívar statt, auf dem die Durchführung eines vierten Kongresses beschlossen wurde. Dieser fand im Juli 1977 in Chibuleo, Tungurahua statt. Es nahmen ungefähr 180 Bauern teil, von denen 100 offizielle Delegierte der Provinzen Carchi, Imbabura, Pichincha, Tungurahua, Chimborazo, Cañar, Azuay und Bolívar waren (ECUARUNARI o. J.: 3). Auf diesem Kongress bewegte sich ECUARUNARI zu einer eher klassistischen Politik, wodurch sie sich weiter der Gewerkschaftsbewegung annäherte (ECUARUNARI o. J.: 4; Becker 1997: 336). Eine „marxisierende [sic] christliche Linke“ (Santana 1983: 166) mit Basis in Pichincha und Azuay setzte sich gegen die ethnisch orientierten Gruppen durch (Santana 1983: 166).

Die neue, klassistisch orientierte Linie führte zu verstärkten Kooperationen mit anderen, nicht-ethnisch ausgerichteten Organisationen. Dazu gehörte eine Annäherung an die Gewerkschaften der FUT, der ECUARUNARI beitreten wollte, um so größere Unterstützung für ihre Forderungen zu gewinnen. Die Gewerkschaften, allen voran die CTE, lehnten einen Beitritt ECUARUNARIs allerdings mit der Begründung ab, es gäbe mit ihrer Landarbeitergewerkschaft FEI bereits eine vergleichbare Organisation, die über ihre Mitgliedschaft in der CTE Mitglied der FUT ist. In diesem Sinne wurde der ECUARUNARI geraten, sich einer der Gewerkschaften der FUT anzuschließen. Später, als die Stärke der Indigenenbewegung offensichtlich wurde, kam es zu Kooperationen zwischen diesen Organisationen, die dazu führten, dass die FUT auch ethnische Forderungen der Indigenenbewegung übernahm (Dávila 1995: 168f.).

Im April 1978 gab es in Columbe, Chimborazo, ein Treffen des Führungspersonals von ECUARUNARI, FENOC und FEI, um die Einheitsfront des Bauernkampfes (*Frente Único de Lucha Campesina*, FULC) zu gründen, die später Einheitsfront des Bauern- und Indigenenkampfes (*Frente Único de Lucha Campesina e Indígena*, FULCI) heißen sollte. Diese Plattform forderte die Umsetzung des Agrarreformgesetzes von 1973 und die Abschaffung von einigen Gesetzen, wie dem Landwirtschaftsförderungsgesetz und dem nationalen Sicherheitsgesetz (ECUA-

42 Es ist unklar, ob das der Kongress ist, auf dem, laut Van Cott (2005: 105), nicht-Indigene ausgestoßen wurden. Van Cott spricht von einem Kongress in Riobamba 1976 – einen solchen gab es nicht. Auch ist die Teilnahme von nicht-Indigenen in ECUARUNARI sowohl vor als auch nach diesem Jahr nachweisbar.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

RUNARI o. J.: 4; CONAIE 1989: 220). In diesem Zusammenhang fand im September 1979 der fünfte Kongress von ECUARUNARI in Cuatro de Octubre, Pintag, Pichincha, mit 350 Delegierten aus 10 Provinzen und Vertretern von FEI, FENOC und CTE statt (ECUARUNARI o. J.: 5). Die Organisation wurde durch die Wahl eines nationalen Direktoriums, in dem alle Provinzorganisationen repräsentiert waren, gestärkt (ECUARUNARI o. J.: 6). Dem kam der zuvor erfolgte Aufbau von besseren Kommunikationsstrukturen innerhalb der Organisation zugute – eine Entwicklung, die das weitere Wachstum der ECUARUNARI begünstigte (Rodríguez 2008: 91). Auf diesem Kongress wurde die Stärkung der FULC und weitere Zusammenarbeit mit FENOC und FEI beschlossen, ebenso wie eine Kooperation mit den Organisationen, die Monate später die CONFENIAE bilden sollten und mit Indigenen- und Bauernorganisationen der Region, wie dem Regionalen Indigenen Rat des Cauca (*Consejo Regional Indígena del Cauca*, CRIC), der Assoziation der ländlichen Nutzer (*Asociación de Usuarios Campesinos*, ANUC), der Bauernkonföderation Perus (*Confederación Campesina del Perú*, CCP), und der Konföderation Tupac Katari aus Bolivien (*Confederación Túpac Katari*) (ECUARUNARI o. J.: 5f.; CONAIE 1989: 222). Die linke, klassistisch geprägte Strömung setzte sich endgültig gegen die ethnisch geprägte Strömung durch, was zu einer kurzzeitigen Schwächung der Organisation führte. ECUARUNARI identifiziert sich mit dem „Klassenkampf […] zwischen AUSGEBEUTETEN und AUSBEUTERN" (ECUARUNARI 1989: 88), jenseits von ethnischer Zugehörigkeit. Die ethnischen Organisationen distanzieren sich und 1980 gehen kurzzeitig alle Provinzen – mit Ausnahme Pichinchas – verloren. Dadurch verschwand die ethnische Strömung nicht, sie blieb in den lokalen und überlokalen Organisationen des Andenhochlandes bestehen, ohne aber nationale Bedeutung erlangen zu können (Santana 1983: 166). Dennoch zeichnet sich der fünfte Kongress dadurch aus, dass sowohl indigene, als auch klassistische Forderungen in das Programm aufgenommen wurden, um die „doppelte Dimension des indigenen Problems" (ECUARUNARI o. J.: 6; CONAIE 1989: 223) erfassen zu können. Themen wie die zweisprachige Erziehung und die Verteidigung der indigenen Kulturen wurden in das Programm der ECUARUNARI integriert (Black 1999: 27). Die organisatorische Krise der ECUARUNARI – zusammen mit dem Aufbau einer nationalen Indigenenorganisation ab 1980 – führte zu einer erneuten Integration der ethnischen Tendenzen (Santana 1992: 98f.), wodurch das Motto der doppelten Dimension mit Leben gefüllt wurde. Die FULCI, als erste gemeinschaftliche Plattform aller Organisationen der Indigenenbewegung (Rodríguez 2008: 91) und der CTE, diente bei der Rückkehr zur Demokratie und in der Phase der Transition von 1978 bis 1984 dazu, die Forderungen der Arbeiter, Bauern und Indigenen sichtbar zu machen (Rodríguez 2008: 91). In diesem Zusammenhang hat ECUARUNARI – zusammen mit der FENOC, der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PCE und anderen – bis 1984 an der Sammlungsbewegung Breite Linksfront (*Frente Amplio de Izquierda*, FADI) teilgenommen (Van Cott 2005: 104f.).

Im Rahmen der Alphabetisierungskampagne der Regierung Roldós (1979-1981) verstärkte ECUARUNARI – teilweise in Kooperation mit der FENOC (Moya 1987: 400) – ihre Bemühungen, eine zweisprachige Erziehung für die Indigenen aufzubauen. Im Dezember 1979 fand in Colta, Chimborazo, ein Treffen der Indigenenorganisationen zu diesem Thema statt, auf dem gefordert wurde, dass die Alphabetisierung von den Organisationen selbst durchgeführt werden sollte. Diese sollten Vergangenheit und aktuelle Situation der jeweiligen Völker in die Bildung integrieren. Auch wurde die Betonung der weiteren Forderungen der Indigenenbewegung, wie nach Land und nach Maßnahmen gegen Diskriminierung und Armut, angeregt (ECUARUNARI 1984: 47).

In den 1980er Jahren beginnt ein Prozess der Distanzierung von der Arbeiterbewegung, die bis Ende des Jahrzehnts einen klaren Protagonismus innerhalb der ecuadorianischen Zivilgesellschaft hatte. Daher nimmt ECUARUNARI an den meisten Aktionen der FUT nicht teil, sondern unterstützt sie nur in Kommuniqués (Rodríguez 2008: 94). Eine Ausnahme war der Nationale Indigenen- und Bauernmarsch (*Marcha Nacional Indígena y Campesina*) ‚Mártires de Aztra'[43] am 16. Oktober 1980, den ECUARUNARI zusammen mit der FENOC gegen das nationale Sicherheitsgesetz und das Landwirtschaftsförderungsgesetz und für eine demokratische Agrarreform unter Kontrolle der Bauern und die Verstaatlichung der Ölreserven durchführte. An dieser Demonstration nahmen über 10.000 Bauern und Indigene teil (ECUARUNARI o. J.: 7; ECUARUNARI 1984: 47f.). Eine der dort aufgestellten Forderungen bezog sich auf die Territorien und Kultur der indigenen Nationalitäten (ECUARUNARI 1998: 99). Im Anschluss wurde der Nationale Koordinierungsrat der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Consejo Nacional de Coordinación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONACNIE) gegründet, um zwischen alle indigenen Organisationen des Landes zu vermitteln. 1981 übernahm ECUARUNARI leitende Funktionen in dieser Instanz (ECUARUNARI o. J.: 6; CONAIE 1989: 223). Auch durch die Präsenz von ECUARUNARI und anderen, teilweise ethnisch orientierten Organisationen, beginnt eine „Ethnisierung des Politischen" (Büschges 2009: 45f.), den offiziellen Diskurs des Staates zu beeinflussen – eine Entwicklung, die vor allem in der Politik des Präsidenten Jaime Roldós (1979-1981) ihren Ausdruck findet.

Durch diese Entwicklungen erweiterte sich das politische Spektrum der ECUARUNARI. Sie übernahm den Begriff der indigenen Nationalitäten (Chancoso

43 Der Name nimmt Bezug auf einen Streik der Zuckerarbeiter auf der staatlichen *hacienda* Aztra in der Provinz Cañar am 18.10.1977, der von der Armee blutig niedergeschlagen wurde. Es gab ca. 100 Todesopfer (Huarcaya 2011: 261).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1983: 41), für deren Befreiung in „einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Diskriminierung“ (Conterón/de Viteri 1984: 21) sie nun kämpfte. In diesem Sinne forderte sie die Verteidigung der Naturschätze und die Verstaatlichung der gesamten Erdölförderung. Die Gewinne aus den natürlichen Ressourcen sollten an die Indigenen- und Bauernorganisationen gehen. Diese sollten auch an den politischen Entscheidungen auf dem Land teilhaben können, ohne dadurch ihre Autonomie und Unabhängigkeit zu verlieren (Conterón/de Viteri 1984: 24). Auch wenn ECUARUNARI sich weiterhin als „antiimperialistische Organisation, die für die endgültige Befreiung unseres Vaterlandes, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung kämpft“ (ECUARUNARI 1984: 45) versteht und ihren Gegner im „Imperialistischen Bürgerlichen Staat“ (ECUARUNARI 1984: 46) sieht, der die Indigenen und Bauern in das kapitalistische System integrieren und ausbeuten will (ECUARUNARI 1984: 48), so betont sie nun die Kondition der Indigenen als Nationalität und Klasse und verstärkt ihren Kampf gegen Diskriminierung und für die Verteidigung der indigenen Nationalitäten (ECUARUNARI 1984: 46f.). Sie versteht das Land als „Grundlage für die Entwicklung unserer Nationalität, unserer Kultur, unserer Sprache“ (ECUARUNARI 1984: 44f.). Daraus leitet ECUARUNARI Forderungen nach einer Anerkennung der Territorien der indigenen Nationalitäten in den Küstenregionen und im Amazonasgebiet ab (ECUARUNARI 1984: 48).

Im November 1985 findet in Quito der achte nationale Kongress der ECUARUNARI statt, an dem 510 Delegierte aus 8 Provinzen teilnehmen (ECUARUNARI o. J.: 10) – der letzte Kongress über den detaillierte Informationen vorliegen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die ECUARUNARI nicht vollständig im Andenraum durchsetzen können[44]. Einige Organisationen zogen eine radikalere ethnische Linie vor, die ECUARUNARI zu dieser Zeit nicht bieten konnte. Daher behielten Organisationen der Provinzen Chimborazo, Cotopaxi und Tungurahua ihre Unabhängigkeit, eine Situation, die sich erst mit der Gründung der CONAIE 1986 und einer stärkeren ethnischen Ausrichtung der ECUARUNARI änderte (León 1991: 394). 1988 beantragt ECUARUNARI die Eintragung in das Vereinsregister und damit die Anerkennung als juristische Person, die 1989 gewährt wird (ECUARUNARI 1998: 191).

1996 gründet ECUARUNARI die *Escuela Nacional de Formación de Mujeres Líderes ‚Dolores Cacuango‘*, die die indigenen Frauen in Führungspositionen der Organisationen von ECUARUNARI weiterbildet. Ab 1998 wird diese Initiative von der norwegischen Entwicklungshilfeorganisation Norsk Folkehjelp unterstützt

44 Anfang der 1980er Jahre hatte ECUARUNARI auch einige Basisorganisationen im Küstengebiet (Conterón/de Viteri 1984: 16), die mittlerweile anderen Organisationen angehören.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Palacios/Chuma 2001; Flores 2005: 104), seit 1999 auch von der dänischen Entwicklungshilfeorganisation IBIS (Palacios/Chuma 2001).

Von besonderer Bedeutung sollte der erste Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors von 2003 sein, auf dem die in den 1990ern dominierende ethnische Strömung mit der Wahl Humberto Cholangos zum Präsidenten ECUARUNARIs abgelöst wurde. Der zweite Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors von 2006, der die Teilnahme an den Protesten gegen das Freihandelsabkommen das Lucio Gutiérrez (2003-2005) beschloss, markierte das Ende der Krise, die der Beteiligung an der Regierung Gutiérrez 2003 folgte. Ab diesem Zeitpunkt öffnete sich ECUARUNARI der Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen, etwa der Schwulen- und der Rocker-Bewegung (Simbaña I-1). Im Juli 2006 wurde von ECUARUNARI, der peruanischen CONACAMI und der bolivianischen CONAMAQ in Cusco die Andine Koordination der indigenen Organisationen (*Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas*, CAOI) gegründet, der später Organisationen aus Kolumbien, Chile und Argentinien beitraten (Simbaña 2007: 23). Ihr Präsident ist der Repräsentant der CONACAMI, Miguel Palacín. Die CAOI ist im Beratenden Rat der Indigenen Völker der Andinen Gemeinschaft CAN vertreten (Albó 2009: 324).

ECUARUNARI unterstützte – mehr als die anderen CONAIE-Filialen – in den ersten Jahren die Correa-Regierung kritisch. Im Juli 2008 entschied sie, die neue Verfassung im Referendum über ihre Annahme zu unterstützen, wozu sie mit anderen Organisationen die Front für das Ja und den Wandel (*Frente por el Sí y el Cambio*) bildete. Die Unterstützung der neuen Verfassung bedeutete aber, nach den Aussagen ECUARUNARIs, keinesfalls die kritiklose Unterstützung Correas oder seiner Partei Alianza PAÍS. Die Verfassung wurde als das Ergebnis des langen Kampfes der verschiedenen sozialen Bewegungen verstanden und als solche unterstützt (Becker 2011: 59).

Jahr	Nummer des Kongresses	Teilnehmer	Ort	Gewählter Präsident/ Generalsekretär	Besondere Neuerungen
1972	Gründungskongress	200 aus 6 Provinzen	Tepeyac, Chimborazo	Blanca Chancoso	
1975	2. Kongress	120 aus 8 Provinzen	Ambato		Trennung von der katholischen Kirche; schwere Krise
1976	3. Kongress		Pichincha		Nicht anerkannt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1977	4. Kongress	180, davon 100 Delegierte aus 8 Provinzen	Chibuleo, Tungurahua	José Lligalo	
1979	5. Kongress	350 aus 10 Provinzen	Pintag, Pichincha	Blanca Chancoso	
1981	6. Kongress		Chimborazo	Wiederwahl	
1983	7. Kongress		Pijal, Imbabura	Wiederwahl	
1985	8. Kongress	510 aus 8 Provinzen	Quito		
1992	11. Kongress	1300 aus 10 Provinzen	Quito		Teilnahme an den nationalen Wahlen mit ungültigen Stimmen
1996	13. Kongress		Guamote	Ricardo Ulcuango	
1998	14. Kongress				
2000	15. Kongress	372 aus 13 Provinzen	Guanujo	Salvador Quishpe	
2003	16. Kongress/ 1. Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors	600	Cacha, Chimborazo	Humberto Cholango	Kampf gegen die Regierung Gutiérrez
2006	2. Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors	1460	Cañar	Wiederwahl	Kampf gegen den TLC und OXY

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2009	3. Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors		Cochapamba, Cangahua, Pichincha	Delfín Tenesaca	Opposition zu Correa wird beschlossen
2013	4. Kongress der Kichwa-Völker Ecuadors		Saquisilí, Cotopaxi	Carlos Pérez Guartambel	

Tabelle 3: Kongresse ECUARUNARI, eigene Abbildung

Neben den klassischen politischen Strategien wie Streiks oder Besetzungen, spielt die Bildungspolitik der ECUARUNARI eine wichtige Rolle. Die „Interkulturelle Zweisprachige Erziehung“ (ECUARUNARI 1989: 89) dient nicht nur der Ausbildung und Alphabetisierung der indigenen Bevölkerung, sondern auch – ähnlich wie die vergleichbaren Projekte im Amazonasgebiet – der Ausbildung eines Bewusstseins, um so die Bevölkerung mobilisieren zu können (ECUARUNARI 1989: 87). Das Radiobildungssystem im andinen Raum war auf Alphabetisierung und Weiterbildung ausgerichtet und fand, trotz seiner Orientierung auf Indigene, weitgehend in Spanisch und nur in wenigen Fällen in Kichwa statt (Moya 1987: 394). Auch führten die Projekte der interkulturellen zweisprachigen Erziehung zu neuen Kontakten, etwa zu einem Abkommen zwischen der CONAIE, Ecuador und Deutschland, insbesondere der GTZ, wodurch nicht nur neue Ressourcen, sondern auch neue Erfahrungen gewonnen werden konnten (ECUARUNARI 1989: 89; Yumbay 2008: 245).

c. CONAIE

Der CONACNIE und die Gründung der CONAIE

Seit Ende der 1970er Jahre gab es Pläne, eine nationale Indigenenorganisation zu gründen. 1978 fand in Sucúa das Erste Indigenen-Treffen Ecuadors (*Primer Encuentro de Indígenas del Ecuador*) statt, auf dem die Konföderation der indigenen Völker Ecuadors (*Confederación de Pueblos Indígenas del Ecuador*), eine Vorläuferorganisation von CONACNIE und CONAIE, gegründet wurde (CONAIE 1989: 50).

Am 16. Oktober 1980 fand auf Betreiben der CONFENIAE und der ECUARUNARI (Fontaine 2001: 58f.) der Nationale Bauern- und Indigenenmarsch (*Marcha Nacional Campesina Indígena*) statt (Ibarra Illanez 1987: 141), an den sich das erste Treffen der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Primer Encuentro de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*) in Sucúa anschloss, auf dem der Koordinationsrat

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Consejo de Coordinación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONACNIE) gegründet wurde (CONAIE 1989: 261). Auf beiden Veranstaltungen wurde die Rücknahme der Gesetze der Nationalen Sicherheit und der Agrarentwicklung, die Bestrafung der Schuldigen am Massaker von Aztra 1977 und die Ausweisung des Linguistischen Sommerinstituts gefordert und der Nationale Alphabetisierungsplan kritisiert (Ibarra Illanez 1987: 141). Auf dem Treffen von Sucúa wurde zudem von der Regierung die Respektierung der indigenen Nationalitäten und ihrer Territorien, die Anerkennung der indigenen Sprachen als Amtssprachen und die Einführung einer zweisprachigen und bikulturellen Erziehung gefordert (Ibarra Illanez 1987: 142).

Der CONACNIE sollte als Plattform zur Stärkung der Indigenenbewegung und für eine größere Koordination zwischen den regionalen Organisationen dienen (León 1994: 72f.; Rodríguez 2008: 96), um so – langfristig – eine nationale Organisation aufzubauen (CONAIE 1989: 261). Weiterhin sollte sie die politische Linie und die Forderungen der verschiedenen Indigenenorganisationen vereinheitlichen (Chancoso 1983: 43) und die Ausbildung von Führungskadern unterstützen (Conterón/de Viteri 1984: 47). Die nationale Koordination sollte eine einheitliche Kommunikation der Indigenen mit dem Staat ermöglichen und dafür die Ressourcen der einzelnen Organisationen integrieren (Rodríguez 2008: 95). Zu Beginn nahm auch die FENOC an diesen Bemühungen teil – nicht hingegen die FEI und die gerade gegründete FEINE (Almeida/Prieto 1983: 39). Die erste Exekutivkoordinatorin des CONACNIE war Blanca Chancoso, zur selben Zeit Generalsekretärin der ECUARUNARI (Chancoso 1983: 40).

Von Beginn an hatte der CONACNIE den Plan, eine Organisation der Indigenen des Küstengebietes aufzubauen (CONAIE 1989: 261), wo die anderen Indigenenorganisationen kaum Repräsentativität hatten (León 1991: 406f.)[45]. 1978 identifizierten sich weniger als 5000 Personen im Küstenraum als Indigene und erst 1980 wurde eine Föderation des Volkes der Awa gegründet. Erst 1986 – kurz vor der Gründung der CONAIE – konnte der CONACNIE eine Konföderation der Indigenen der ecuadorianischen Küste (*Confederación de Indígenas de la Costa Ecuatoriana*, COICE) aufbauen46 (Rodríguez 2008: 95).

Die Gründung des CONACNIE war auch eine Reaktion auf den Druck von außen, den die indigenen Völker zu dieser Zeit erlebten. Die – vom Staat geförderte –

45 Also irrt Tamayo (1996: 65), der von einem Zusammenfließen von Organisationen aller drei Gebiete im CONACNIE spricht.

46 Aus der 1999 die Konföderation der indigenen Nationalitäten der ecuadorianischen Küste (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Costa Ecuatoriana*, CONAICE) hervorging (CONAIE o.J.: 6). Diese ist nach wie vor die schwächste Filiale der CONAIE – was Mitgliederzahlen und organisatorische Strukturen angeht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kolonisierung des Amazonasgebietes und die Ausbeutung der Rohstoffe dort nahm bedrohliche Züge an. Eine nationalistische Politik des Staates, der über Alphabetisierungskampagnen und den Aufbau eines Instituts der eingeborenen Kulturen und gemeinschaftlicher Aktion (*Instituto de Culturas Aborígenes y Acción Comunitaria*) die Indigenen in die Mehrheitsbevölkerung assimilieren wollte, setzte die lokalen Organisationen unter Druck. Dazu kamen die Aktivitäten des Linguistischen Sommer-Instituts (*Instituto Lingüístico del Verano*, ILV), einer evangelikalen Gruppe, die die Missionierung der Indigenen betrieb und so ihre Kultur bedrohte (Moreno/Figueroa 1992: 35f.). Das ILV wurde 1934 in den USA mit dem Ziel gegründet, die Bibel in alle Sprachen der Welt zu übersetzen, wofür es mit vielen Regierungen von Ländern der dritten Welt Abkommen schloss, die ihm Forschungs- und Bildungsprojekte in den jeweiligen Gebieten erlaubten (Krainer 1996: 41). Seit den 1950er Jahren arbeitete es mit der ecuadorianischen Regierung zusammen, die ihm ab 1952 erlaubte, im Amazonasgebiet tätig zu werden. So begann das ILV, die indigenen Sprachen – vor allem Kichwa – zu studieren und in ihnen Missionierung zu betreiben (Krainer 1996: 41f.) und Programme der zweisprachigen Bildung durchzuführen (Moya 1987: 390). Es gründete eine eigene indigene Organisation, den Rat der indigenen Völker (*Consejo de Pueblos Indígenas*), um seinen Einfluss auszuweiten. Sowohl das ILV als auch seine indigene Organisation wurden von den anderen indigenen Organisationen bekämpft (FENOCIN 2004: 17). Obwohl das ILV formal schon 1981 auf Druck der sozialen Bewegungen von der Regierung Roldós des Landes verwiesen wurde (Moya 1987: 396f.; Krainer 1996: 41f.), hatte es sich unter anderen Namen reorganisiert und konnte so seine Arbeit weiterführen. Dazu waren ihm auch seine internationalen Verbindungen und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Möglichkeiten von Nutzen. Das Linguistische Sommer-Institut wurde von den indigenen Organisationen beschuldigt, die Indigenen passiv machen und von einer Organisation abhalten zu wollen, um sie so besser missionieren zu können (ECUARUNARI/FENOC 1989: 27). Diese Konflikte führten zu einer Phase der Schwäche des CONACNIE, die erst 1986 überwunden werden konnte (Fontaine 2001: 58f.).

Der CONACNIE vereinte die aus unterschiedlichen Traditionen stammenden Organisationen des Andenhochlandes und des Amazonasgebietes unter einer Perspektive, die die „doppelte Dimension unseres Kampfes, die der Klasse und die ethnische“ (CONAIE 1989: 261) verbinden sollte. Für den CONACNIE hatten die verschiedenen indigenen Völker und Nationalitäten dieselben Probleme, vor allem Land, Gesundheitsversorgung, Erziehung und soziale Gleichheit. Nur die nationale Zusammenarbeit aller Indigenenorganisationen erlaubt es, diese Probleme im Rahmen einer neuen, anderen Gesellschaft lösen zu können (Conterón/de Viteri 1984: 2). Die Auseinandersetzung der ethnischen und klassistischen Tendenzen, mit ihren Schwerpunkten auf einer autonomistischen Politik oder der Bildung einer Allianz

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit anderen sozialen Bewegungen, beförderte die Entwicklung des CONACNIE und der CONAIE – und gefährdete sie zugleich (Barrera o.J.: 153). Tendenzen, die aus dem Kampf gegen *latifundistas* und für Arbeiterrechte hervorgegangen waren, standen Tendenzen gegenüber, die die indigenen Kultur wiedergewinnen und verteidigen wollten (Petras/Veltmeyer 2005: 119). Aus den Forderungen nach ethnischer Autonomie und nach einer Landverteilung wurde so die Forderung nach einem Neuaufbau des Staates im Rahmen des Begriffs der Plurinationalität (Rodríguez 2008: 96). Diese Orientierung war allerdings bedeutender für die Koalition der indigenen Organisationen der beiden Regionen als für eine Ausweitung der Beziehungen zu anderen indigenen Organisationen oder sozialen Bewegungen (Becker 2008: 168), die sich nicht für ethnische Aspekte interessierten oder – wie FENOC und FEI – eine Hegemonie ihrer eigenen Organisation in der Indigenenbewegung anstrebten. So liefen die Bemühungen des CONACNIE, enge Beziehungen mit anderen Organisationen, wie der FENOC und der FUT aufzubauen (CONAIE 1989: 263), oft ins Leere. Die Gefahr, dadurch an Einfluss zu verlieren oder in verschiedene Fraktionen aufgespalten zu werden, war der Organisation durchaus bewusst (ECUARUNARI/CONAIE 1989: 42), weshalb die Diskussion um eine weitere Öffnung hin zu anderen sozialen Bewegungen die gesamte Entwicklung des CONACNIE und der CONAIE markieren sollte.

Die unterschiedlichen Interessen von CONACNIE und Gewerkschaftsbewegung wurden im landesweiten Streik von Oktober 1982 offensichtlich, in dem die FUT – als Alliierter der Indigenenbewegung – die Forderungen der Indigenen nicht zu ihren Hauptforderungen machte. Statt auf die indigenen Forderungen nach Land, Wasser und günstigen Krediten einzugehen, fokussierte sich die FUT auf den Kampf um Lohnerhöhungen und bessere Dienstleistungen für die Arbeiter – etwas, das den Indigenen, die meist keine Arbeiter waren, nicht nützte. Als der Präsident Osvaldo Hurtado einige der Forderungen der FUT erfüllte, stiegen mit den Löhnen der Arbeiter auch die Preise, ohne dass die Indigenen ein höheres Einkommen hätten. Erst im Rahmen des Inti Raymi 1990 strebte die FUT nach ihrer schweren Krise ab Mitte der 1980er erneut nach einer Allianz mit der Indigenenbewegung, wobei sie darauf aufmerksam machte, dass der neue Staat, den die CONAIE wollte, keine soziale Gruppe, also auch nicht die Arbeiter, außen vor lassen durfte (Botero 2000: 67).

Das Nationale Alphabetisierungsprogramm der Regierung Roldós/Hurtado (1979-1983) nahm in sein Exekutiv-Kommitée und ins Nationalen Alphabetisierungsbüro Vertreter der Indigenen- und Bauernbewegung auf. Das Unterprogramm der Alphabetisierung in Kichwa wurde so teilweise von den Organisationen des CONACNIE kontrolliert, die sich auch maßgeblich in den Projekten engagierten (Moya 1987: 395). Es unterstand dem Forschungszentrum für die indigene Erziehung (*Centro de Investigaciones para la Educación Indígena*, CIEI) der Päpstlichen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Katholischen Universität Ecuadors (*Pontificia Universidad Católica del Ecuador*, PUCE), das schon 1978 erste Pilotstudien erstellt hatte (Moya 1987: 396), in den Jahren 1980 bis 1984 im ganzen Land aktiv werden sollte (Krainer 1996: 45) und 1986 aufgelöst wurde (Flores 2005: 30). Das CIEI war ein Ergebnis der Bemühungen von indigenen Akademikern, darunter Luis Macas, Luis Montaluisa, Cristóbal Quishpe und Rosa Bacasela, die ab Mitte der 1970er in der PUCE den Aufbau von Kichwa-Sprachkursen betrieben (Lazo/Lenz 2004: 10), die 1977 zu einem licenciatura-Studium in Kichwa am Sprachwissenschaftlichen Institut derselben Universität wurden (Sánchez-Parga 1988: 125) und sich an Modellstudien des CIEI zu zweisprachiger Bildung in Cotopaxi beteiligten (Lazo/Lenz 2004: 10). Das CIEI hatte mit 724 Erwachsenenschulen und 300 Schulen für Kinder die größte Abdeckung aller Bildungsprojekte für Indigene zu dieser Zeit (Montaluisa 2003: 88). Es baute auf die Erfahrungen und teilweise auch auf die Strukturen indigener und kirchlicher Erziehungsprojekte, allen voran die in den 1960ern auf Betreiben vom Bischof von Riobamba, Leonidas Proaño, aufgebauten Radio-Volksschulen Ecuadors (*Escuelas Radiofónicas Populares del Ecuador*, ERPE) in Cayambe und anderen Provinzen des Hochlandes und der anderen Regionen Ecuadors (Black 1999: 35; Lazos/Lenz 2004: 7), das Shuar-System der bikulturellen radiophonen Erziehung (*Sistema de Educación Radiofónica Bicultural Shuar*, SERBISH) im Amazonasgebiet und das System indigener Schulen Cotopaxis (*Sistema de Escuelas Indígenas de Cotopaxi*, SEIC), die schon lange eine wichtige Rolle nicht nur in der allgemeinen Ausbildung der Indigenen, sondern auch in der Weiterbildung des Führungspersonals der indigenen Organisationen gespielt hatten (Lazos/Lenz 2004: 6). In einem Nationalen Seminar indigener Delegierter Ecuadors (*Seminario Nacional de Delegados Indígenas del Ecuador*) im April 1980 in Quito wurde in Zusammenarbeit des CIEI und der indigenen Organisationen ein einheitliches Alphabet für Kichwa entwickelt, das eine wichtige Rolle für die Identität der Indigenen im Rahmen ihres Selbstverständnisses als Nationalitäten spielt (Moya 1987: 398). In diesem Rahmen wurde auch die kulturalistische Herangehensweise des CIEI kritisiert. In den Materialien, die es ausgearbeitet hatte, wurden soziale Unterschiede ignoriert, kulturelle hingegen überbetont. So wurde auf den Unterschied zwischen Indigenen und Mestizen hingewiesen, keinesfalls aber auf die Klassenstruktur der ecuadorianischen Gesellschaft. Diese Kritiken spielten eine wichtige Rolle für die Entwicklung des Diskurses der doppelten Diskriminierung der Indigenen als Indigene und als Landarbeiter (Moya 1987: 399). Trotz dieser Kritiken beteiligten sich die indigenen und gewerkschaftlichen Organisationen federführend an der Alphabetisierungskampagne (Lazo/Lenz 2004: 10). Im Januar 1982 wurde die zweisprachige Erziehung in indigenen Gemeinschaften von Präsident Hurtado offiziell anerkannt und im Mai desselben Jahres im Amt für ländliche Erziehung (Departamento de Educación Rural, DER) koordiniert, das später in der DINEIB aufgehen sollte (Black 1999: 35).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die indigenen Organisationen forderten eine ausschließliche Kontrolle über die Erziehungsprogramme, die nicht nur der Alphabetisierung, sondern auch der politischen Bildung dienen sollten. Dadurch wurde die Orientierung auf die Bereiche Kultur und Bildung innerhalb der Indigenenbewegung verstärkt und ein Ausbau der Kompetenzen in diesem Bereich ermöglicht – eine Grundlage für die spätere Ausrichtung der CONAIE (Moya 1987: 396f.). Auch lernten die Organisationen, ihre kulturellen Forderungen, in ihrem Zentrum die zweisprachige Erziehung, gegen den Staat durchzusetzen (Moya 1987: 394). Die Teilnahme der Indigenenorganisationen an den Projekten der Alphabetisierungskampagne hatten den Effekt, dass die Identität der Indigenen und die Repräsentativität ihrer Organisationen gestärkt wurden, da sie ihre eigenen Antworten entwickeln und beständig um die Kontrolle der staatlichen Programme kämpfen mussten (Chiriboga 1983: 124). Im Rahmen der durchgeführten Projekte konnte die Indigenenbewegung und vor allem der CONACNIE und seine Filialen Erziehungs- und Weiterbildungsprogramme aufbauen, die auch auf ihr eigenes Personal ausgerichtet waren, etwa technologische oder administrative Fortbildungen und die Ausbildung von Lehrern und Forschern (Moya 1987: 390f.). So bildete sich im Umfeld der Alphabetisierungskampagne und der daraus entstehenden Institutionen und Programme eine Gruppe indigener Intellektueller, die sich in der Führungsebene der Indigenenorganisationen etablieren konnten (Sánchez-Parga 1988: 126).

Die Regierung Roldós-Hurtado versuchte, die Beziehung zwischen Staat und Indigenen neu zu fassen. Dazu wurde seit 1980 an einem Gesetz über Garantien an die Ureinwohner-Gruppen gearbeitet, das die Indigenen als Teil des kulturellen Erbes Ecuadors definierte und ihnen die Grundlagen für die Entwicklung ihrer Identität, Sprache und Traditionen, sowie die Möglichkeit, sich in die nationale Gemeinschaft zu integrieren, versicherte. Zudem wurden die Richtlinien für die Gründung ethnischer Organisationen (mindestens 20 Mitglieder einer Ethnie) und eine Rücksichtnahme der Entwicklungs- und Siedlungsprogramme für die Indigenen festgelegt. Auf dieser Grundlage wurde 1981 die Beratende Kommission für Ureinwohner-Angelegenheiten (*Comisión consultiva de Asuntos Aborigenes*) als Abteilung des Sozialministeriums gegründet (Sánchez-Parga 1988: 89). Aus dieser Kommission wurde 1983 das Büro für Indigene Angelegenheiten (*Oficina de Asuntos Indígenas*), ebenfalls im Sozialministerium, das die Leitlinien des staatlichen Indigenismus aufgriff. Das Büro für Indigene Angelegenheiten sollte die indigenen Kulturen beschützen und entwickeln, ihre Autonomie respektieren und die Indigenen- und Bauernorganisationen fördern. Weiterhin sollte es die Politik des Staates hinsichtlich der Indigenen definieren und Mechanismen der Partizipation für die Indigenen schaffen (Sánchez-Parga 1988: 88f.). Somit sind auch die Verwendung des Kichwa in der Eröffnungsrede von Roldós vor dem Kongress und die Beschriftung der Präsidentschaftsbinde von Hurtado auf Shuar mehr als nur populistische

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesten. Sie sind Teil der symbolischen Umdeutung der Indigenen (Sánchez-Parga 1988: 106), die auch dem gestiegenen Einfluss der Indigenenorganisationen geschuldet sind.

Im April 1984 fand der zweite Kongress des CONACNIE in Quito statt, an dem Vertreter von neun Nationalitäten teilnahmen. Es wurde die Unabhängigkeit von allen politischen Parteien erklärt (Rodríguez 2008: 96; Albó 2009: 210), eine Position, die die CONAIE beibehalten wird (CONAIE o.J.: 4f.).

1986 gründete der CONACNIE 1986 das Wissenschaftliche Institut der Indigenen Kulturen (*Instituto Científico de Culturas Indígenas*, ICCI), um die praktische Arbeit von CONACNIE und später CONAIE theoretisch zu begleiten und zwischen Indigenenbewegung und Wissenschaft zu vermitteln (ICCI o.J.). Das im September 1986 staatlich anerkannte Institut sollte einen Raum für die Reflexion über die Begriffe der Indigenenbewegung und ihre politischen Projekte bieten (ICCI o.J.). Von Beginn an gab es eine hohe personelle Kontinuität zwischen ICCI und CONAIE, was sich auch in der wichtigen Rolle des ehemaligen Präsidenten der CONAIE, Luis Macas, im ICCI widerspiegelt.

Im November 1986 findet in Quito der dritte Kongress des CONACNIE statt, gleichzeitig der erste Kongress der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Primer Congreso de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*), auf dem die Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONAIE) gegründet wird (CONAIE 1989: 50; CONAIE o.J.: 4f.). Ihr erster Präsident ist der Gründer der FICSHA, Miguel Tankamash (Pajuelo 2004: 60). Damit kommt der Prozess der Gründung einer dezentralen Vielfalt lokaler indigener Organisationen, der in den 1960ern begonnen hat, zu einem vorläufigen Höhepunkt, der Sammlung in einer nationalen Organisation (CONAIE 1989: 277; Santillana/Herrara 2009: 332). Die Perspektiven der Organisationen des zentralen Andenraums, beeinflusst von der katholischen Kirche und linken Parteien, des Amazonasgebietes, die um den Aufbau eines plurinationalen Staates und die Verteidigung des Territoriums kreisen, und des nördlichen Andenraums um Cayambe und Otavalo, in denen, auch wegen ihrer Sozialstruktur, ein ethnischer Ansatz vorherrscht, wurden in einer nationalen Organisation vereinigt (Cholango in Tamayo 2007: 7; Santillana/Herrara 2009: 332)[47]. Zu diesem ideologischen Kompromiss gehört auch, dass der Begriff der Nationalitäten, wie die Namen CONACNIE und CONAIE verdeutlichen, Wiedereinzug in die Diskurse der Organisationen des Andenhochlandes halten. Der Begriff wurde – in seiner neuen, nicht-kommunistischen Bedeutung – zuerst im Amazonasgebiet verwendet und wanderte seit Gründung der CONFENIAE auch in andere Regionen (Ospina 2008: 71). Die CONAIE

47 Also täuscht sich Le Quang (und andere), der davon spricht, dass die CONAIE „typisch indigene Forderungen“ (Le Quang 2010: 112) anderen Perspektiven vorzieht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war so eine der ersten Organisationen in Lateinamerika, die ein dezidiert ethnisches Programm entwickelten und auch Forderungen nach Autonomie und kollektiven Rechten aufstellten (Ojeda Segovia 2004: 54).

Die Gründung der CONAIE fand zu einem Zeitpunkt relativer Schwäche der politischen Linken – auch wegen der Regierung Febres Cordero (1984-1988) – statt, wodurch die Übernahme explizit ethnischer Forderungen, die nicht in ein klassistisches Programm integriert wurden, als Infragestellung der sozialistischen Perspektive verstanden wurde (Simbaña 2009: 163). Die CONAIE sollte dennoch gerade für eine allgemeine Belebung der sozialen Bewegungen und über ihre Kooperation auch der geschwächten Arbeiterbewegung sorgen, woraus einige Jahre später der breite Widerstand gegen den Neoliberalismus erst möglich wurde (Ayala Mora o.J.: 5f.).

Die CONAIE hatte von Beginn an den Anspruch, alle indigenen Organisationen in sich zu vereinigen und sich als allumfassende indigene Repräsentation zu konstituieren, die die Indigenen in allen erdenklichen Bereichen vertritt (Moreno/Figueroa 1992: 43). Die Forderungen, die sie auf ihrem Gründungskongress ausarbeitete, umfassten die Rückgabe der indigenen Länder in gemeinschaftlichen Besitz, die Verteidigung der indigenen Kulturen über Programme der zweisprachigen Erziehung unter der Kontrolle der indigenen Gemeinden (Montaluisa 2003: 88) und das Bewusstmachen über den Wert der traditionellen Medizin. Sie beschloss, Weiterbildungskurse für die Indigenen zu organisieren und für die Projekte der indigenen Nationalitäten Finanzierungsquellen zu erschließen, etwa über den Aufbau einer indigenen Bank (Moreno/Figueroa 1992: 43f.). Es wurde die Forderung nach einem autonomen und staatlich geförderten System der zweisprachigen interkulturellen Erziehung erhoben und der Aufbau einer Universität der indigenen Nationalitäten angekündigt (Montaluisa 2008: 102).

Erst im August 1989 wurde die CONAIE – unter ihrem damaligen Präsidenten Cristóbal Tapuy – vom ecuadorianischen Staat anerkannt (CONAIE 2005).

Entwicklung der CONAIE

Die Gründung der CONAIE bedeutete vorerst einen Kompromiss zwischen den ethnischen und klassistischen Tendenzen der Mitgliedsorganisationen, wofür das Ende des klaren Klassismus der ECUARUNARI 1982 steht (Santana 1992: 98f.). Die Stärkung des Begriffes der Territorialität seit dem Kongress von 1984 erlaubte es, die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Landverteilung mit ethnischen Forderungen zu kombinieren und machte so CONACNIE/CONAIE zu einer politischen Option für alle Indigenen in Ecuador (Santana 1992: 194). In der Indigenen Koordination des Amazonasgebietes (*Coordinadora Indígena de la Cuenca Amazónica*, COICA), die 1984 von der CONFENIAE mitgegründet wurde (Albó 2009:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

323), wurde zur gleichen Zeit über territoriale Autonomie innerhalb eines Konzeptes der indigenen Gemeinschaften debattiert (Quijano 2006a: 33).

Die CONAIE blieb dem Engagement des CONACNIE für den Aufbau eines Bildungssystems für die Indigenen treu, was durch Abkommen mit der deutschen GTZ und der ecuadorianischen Regierung 1985 und 1986 gestärkt wurde (ECUARUNARI 1989: 89; Krainer 1996: 46; Yumbay 2008: 245). Das daraus hervorgegangene Projekt der interkulturellen zweisprachigen Erziehung (*Proyecto de Educación Bilingüe Intercultural*) kooperierte mit der CONAIE, um in 74 Grundschulen in 8 Provinzen des Hochlandes diese Art der Erziehung zu erproben und anschließend auf das ganze Land auszuweiten. Im November 1988 gründete das Erziehungsministerium auf Druck der Indigenenbewegung hin (CONAIE 1994: 44; Montaluisa 2003: 88) die Nationale Direktion der interkulturellen zweisprachigen Erziehung (*Dirección Nacional de Educación Intercultural Bilingüe*, DINEIB) als unabhängige Abteilung innerhalb des Ministeriums (Lazo/Lenz 2004: 11), um die verschiedenen regionalen Projekte zu vereinheitlichen (Martínez Novo 2009a: 179). Sie wurde zusammen vom Erziehungsministerium und der CONAIE als Vertreterin der Indigenenbewegung verwaltet (Moreno/Figueroa 1992: 44; Krainer 2010: 39), ohne dass der Staat den Indigenen völlige Autonomie gewährt hätte (CONAIE 1994: 44). Die Kontrolle, die die CONAIE über die DINEIB ausübte, wurde von den anderen indigenen Organisationen kritisiert – bis auch sie eingebunden wurden (Martínez Novo 2009a: 179f.). 1992 wurde an der Staatlichen Universität von Bolívar in Guaranda, unter der Leitung der CONAIE die Schule für andine Erziehung und Kultur (*Escuela de Educación y Cultura Andina*) eingerichtet. An dieser Institution wurden nicht nur Lehrer für das interkulturelle, zweisprachige Schulsystem ausgebildet, sondern ausdrücklich auch Führungskader der Indigenenbewegung (Botero 2000: 65). Auch wenn der Staat das Budget der DINEIB kontrollierte, verfügten die indigenen Organisationen über Entscheidungsgewalt über den Lehrplan, die Lehrmaterialien und das Personal des Systems der interkulturellen zweisprachigen Erziehung. Diese Autonomie wurde am 20. Februar 2009 beendet, der Staat übernahm die alleinige Kontrolle über die DINEIB (Martínez Novo 2009a: 174). Die DINEIB hat immer unter einer starken Unterfinanzierung gelitten (CONAIE 1994: 44), so dass Investitionen in die Infrastruktur fast unmöglich und die Lehrkräfte unterbezahlt waren (Martínez Novo 2009a: 180f.). Etwa die Hälfte der Lehrkräfte spricht – obwohl das eine formale Voraussetzung für diese Arbeit ist – keine indigene Sprache (Montaluisa 2003: 90). So wurde eine geringe und weiter sinkende Akzeptanz der interkulturellen zweisprachigen Erziehung festgestellt – selbst bei den Führern der indigenen Organisationen (Martínez Novo 2009a: 181f.). Tatsächlich ist der Unterricht gerade in Englisch und Informatik sehr schlecht, die Schülerzahlen haben sich etwa in Imbabura von 11.500 1989 auf 10.795 2006 reduziert (Martínez Novo 2009a: 183).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Konzentration der CONAIE auf Fragen der Erziehung war auch mit einer darüber hinausgehenden Mobilisierung verbunden. So fand am 12. Oktober 1989 ein nationaler Marsch der an der interkulturellen Erziehung Beteiligten nach Quito statt, auf dem zum ersten Mal die *Wiphala* als Banner der Indigenen und der CONAIE gezeigt wurde. Neben einer Verbesserung der zweisprachigen interkulturellen Erziehung forderten die Indigenen Respekt vor ihren Territorien. Dies war eine der ersten Demonstrationen mit genuin indigenen Themen, ohne gewerkschaftliche oder parteipolitische Einbindung, über die die nationale Presse berichtete (Montaluisa 2008: 102f.).

Von November 1987 bis August 1988 erarbeitete eine Sonderkommission für indigene Angelegenheiten einen Entwurf für ein Gesetz der indigenen Nationalitäten, der anschließend dem ecuadorianischen Parlament unterbreitet wurde (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 4). Die Kommission unter Führung der Sozialistischen Partei arbeitete mit CONAIE, ECUARUNARI, FENOC, CONFENIAE, der Shuar-Föderation und anderen Indigenenorganisationen des Landes zusammen (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 2). In diesem Text wurde Ecuador zum plurinationalen Staat erklärt und gefordert, dass die Regierung die indigenen Nationalitäten, Territorien, Organisationsformen, Kulturen, Medizin und rechtlichen Systeme anerkennt und garantiert (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 17; Becker 2008: 172). Kichwa sollte neben Spanisch zur Amtssprache und die anderen indigenen Sprachen zu Amtssprachen in den Gebieten ihrer Verbreitung gemacht werden (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 19; Bernal 2000: 42f.). Die zweisprachige interkulturelle Erziehung wird von den Indigenen mitbestimmt und in den indigenen Gebieten verpflichtend (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 15). Bei der Ausarbeitung des Gesetzesvorschlags spielten der ‚Bischof der Indios' Leonidas Proaño und Enrique Ayala Mora, damals Abgeordneter der PSE, eine besondere Rolle (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 2). Auch wenn alle indigenen Organisationen beteiligt waren, wird im Vorschlag selbst der CONAIE eine besondere Stellung eingeräumt und ihre Beteiligung an verschiedenen Institutionen bestimmt (Guerrero/Ospina 2003). Die CONAIE wird als Repräsentativorgan der indigenen Völker definiert, das dafür als eigener Posten im Staatshaushalt geführt wird und so seine Aktivitäten finanzieren kann (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 28). Für alle Verträge, die die Indigenen betreffen ist die Zustimmung der jeweiligen Indigenenorganisationen notwendig (Comisión Especial de Asuntos Indígenas 1988: 20). Der Gesetzesvorschlag wurde vertagt und nie im Parlament diskutiert. Dennoch ist dieser Text von großer Bedeutung, da in ihm zum ersten Mal die Ideen des plurinationalen Staates der Öffentlichkeit präsentiert wird (CONAIE 1999: 51). Die CONAIE sollte sich später immer wieder auf diesen Gesetzesvorschlag beziehen (Bernal 2000: 42f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Amtsantritt des Sozialdemokraten Rodrigo Borja 1988 war ein Hoffnungsschimmer für die CONAIE, da er schon in seiner Antrittsrede Ecuador als ein plurinationales und multikulturelles Land bezeichnete und die indigenen Nationalitäten als solche anerkannte (Black 1999: 31). Er baute das Anfang der 1980er geschaffene Büro der indigenen Angelegenheiten (*Oficina de Asuntos Indígenas*) aus, das für die Beziehungen zwischen Regierung und Indigenen zuständig war (Rodríguez/Martínez 2000: 73). Ebenso organisierte er wöchentliche Treffen von drei Repräsentanten seiner Regierung mit den Repräsentanten der Indigenenorganisationen – die allerdings nur spärlich besucht wurden. Acht Monate später wurden Mitglieder des IERAC in Sarayacu für mehrere Tage festgehalten und so die Unterzeichnung der Sarayacu-Verträge erzwungen, die weitgehende Konzessionen in territorialer Autonomie, Kontrolle über die Ressourcen, zweisprachige Erziehung und Entwicklungsprogramme enthielt – die Themen über die bei den wöchentlichen Treffen gesprochen werden sollte (Macdonald 1998: 89). Darauf hin veränderte sich Diskurs der Regierung und Borja verzichtete auf weitere Referenzen auf den plurinationalen Charakter Ecuadors.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung war die CONAIE relativ schwach und konnte nur einen geringen Teil der indigenen Bevölkerung mobilisieren (Santana 1992: 216) – eine Schwäche, die erst 1990 überwunden wurde (Guerrero/Ospina 2003). Diese langsame Stärkung wurde begleitet von einer Reihe gemeinsamer Aktionen der CONAIE mit der schwächer werdenden Gewerkschaftsbewegung. Im April 1987 organisierten die Einheitsgewerkschaft FUT, die den maoistischen Parteien PCMLE (*Partido Comunista Marxista Leninista del Ecuador*, Kommunistische Marxistische Leninistische Partei Ecuadors) und MPD (*Movimiento Popular Democrático*, Demokratische Volksbewegung) nahestehende *Frente Popular* (Volksfront) aus der Lehrergewerkschaft UNE (*Unión Nacional de Educadores*, Nationaler Erzieherverband) und den Schüler- und Studentenorganisationen FESE (*Federación de Estudiantes Secundarios del Ecuador*, Föderation der Sekundärschüler Ecuadors) und FEUE (*Federación de Estudiantes Universitarios del Ecuador*, Föderation der Universitätsstudenten Ecuadors), die der christdemokratischen Partei nahestehende CNT, die auch öffentliche Angestellte vertritt, und die CONAIE die erste *Convención Unitaria* (Einheitskonvent), die am 1. Mai 1987 den ersten gemeinsamen Marsch aller vier Organisationen organisierte (Dávila 1995: 169). Die zweite *Convención Unitaria* fand am 12.11.1988 statt, und führte einen Streik gegen die Regierung Borja am 24.11. durch (Dávila 1995: 120). Die dritte *Convención Unitaria* fand am 20.5.1989 (Dávila 1995: 121), die vierte, an der die CONAIE nicht teilnahm, am 1.7.1989 (Dávila 1995: 128) und die fünfte und letzte am 16.2.1991 (Dávila 1995: 135) statt. Auf diesem letzten Einheitskonvent wurde der Generalstreik beschlossen (Dávila 1995: 135). Die FUT begann in dieser Zeit,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

öffentlich die Forderungen der CONAIE zu unterstützen, etwa zu Aktionen am 20.9.1988 (Dávila 1995: 243) und am 26.1.1991 (Dávila 1995: 245).

Zum traditionellen indigenen Sonnenwendfest Inti Raymi im Juni 1990 fand die erste Erhebung der Indigenen in Ecuador statt. Eine Gruppe indigener Bauern hielt ab dem 28. Mai die Kirche Santo Domingo in Quito besetzt, daraufhin beschlossen andere Organisationen der Indigenenbewegung, sie zu unterstützen. Weitere Gruppen blockierten ab dem 4. Juni die wichtigsten Zufahrtsstraßen zur Hauptstadt, besetzten öffentliche Gebäude und führten andere Aktionen durch (Lucas 2000: 10; de la Torre 2005: 40). Die CONAIE als wichtigster Akteur hatte bereits im April 1990 eine noch nicht näher definierte Erhebung beschlossen, um die Regierung unter Druck zu setzen und breitere Bündnisse unter den sozialen Bewegungen zu erzwingen (Barrera 2001: 116). Sie kooperierte mit anderen Organisationen wie der FENOC-I, der FEI (León 1994: 72f.) und der Koordination der Landkonflikte (*Coordinadora de Conflictos Agrarios*) (Guerrero/Ospina 2003). Letztere wurde 1988 und 1989 als Organisation innerhalb der CONAIE (Maldonado 2006: 93) gegründet, um die Landkonflikte in Chimborazo, Imbabura, Tungurahua und Cotopaxi zu lösen. 1989 hatte sie bereits das Gebäude des IERAC besetzt, wodurch sie auf die Lösung von 75 Landkonflikten drängen wollte (Barrera 2001: 115f.). Die Koordination der Landkonflikte war die treibende Kraft hinter der Besetzung der Kirche Santo Domingo und Vorreiterin der Erhebung (Maldonado 2006: 93).

Die Beteiligten veröffentlichten am 6. Juni 1990 (de la Torre 2005: 41) ihre Forderungen in einem Mandat für die Verteidigung des Lebens und der Rechte der indigenen Nationalitäten (*Mandato por la defensa de la vida y los derechos de las nacionalidades indígenas*), das 16 Punkte enthielt. Diese lassen sich in drei Bereiche einteilen: Forderungen nach ethnischer Anerkennung, nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe und nach finanzieller Unterstützung wegen der benachteiligten Position der Indigenen, also in die Bereiche Ethnie, Staatsbürgerschaft und Klasse. Dieses Manifest spiegelt die Politik der CONAIE wider: die Verbindung von Forderungen nach Gleichheit, im Sinne gleicher Rechte, und nach Differenz, im Sinne der Anerkennung der ethnischen Identität (León 1994: 61). Die erste der 16 Forderungen war die Reform des ersten Artikels der ecuadorianischen Verfassung, wodurch das Land zu einem plurinationalen Staat erklärt werden sollte (León 1994: 19). Das wurde durch Forderungen nach territorialer Autonomie untermauert, wodurch der Bruch zu den traditionellen Forderungen nach Land deutlich wird (Rodríguez 2008: 100). Ein anderes Dokument dieser Erhebung ist der Brief vom 28. Mai 1990, den die Besetzer der Kirche Santo Domingo an den Präsidenten sandten. Die Absender nennen sich Volkskoordination (*Coordinadora Popular*), definieren sich als Erben des Widerstands des Volkes gegen Kolonialismus und Neokolonialismus und unterstützen die Forderung nach einer Anerkennung Ecuadors als plurinationales Land – und kritisieren zugleich die Weigerung der Regie-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung, auf diese Forderung einzugehen (Coordinadora Popular, in: León 1994: 90). Die Volkskoordination setzte sich zu einem großen Teil aus Mitgliedern der Koordination der Landkonflikte zusammen, die – ohne Abstimmung mit der CONAIE – diese durch ihre Besetzung zu Handlungen zwang (Guerrero/Ospina 2003).

Die Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft auf die Forderungen der Indigenen sind vielsagend. Insbesondere die Forderung nach Plurinationalität wurde als Versuch der Spaltung des Landes abgelehnt (Pajuelo 2004: 47). Jorge León (1994) hat Artikel des *El Comercio*, einer der meistverkauften Zeitungen Ecuadors, zusammengestellt. Fabián Corral beschreibt dort am 11. Juni 1990 die Forderung nach Plurinationalität als zentraler Punkt der 16 Forderungen. Diese bedeuten einen „neue[n] Partikularismus" (Corral, in: León 1994: 34), der die Integrität des Staates, und seine Basis, die Ideologie der *mestizaje*, in Frage stellt. In einem späteren Text vom 3. September 1990 wirft er den Indigenen vor, in der Provinz Pastaza einen autonomen indigenen Staat, der nur lose mit Ecuador verbunden ist, bilden zu wollen (Corral, in: León 1994: 35). Ein Artikel von Diego Romero vom 24. Juni 1990 beschreibt, wie die Indigenen wahrgenommen werden: „zur Mehrheit ist [die indigene Bevölkerung] analphabetisch, unproduktiv und eine Last für die ecuadorianische Gesellschaft" (Romero, in: León 1994: 37). So können sie ohne Schwierigkeiten von irrationalen Organisationen mobilisiert werden, um an internationale Gelder zu kommen.

Ein Ergebnis der Inti Raymi 1990 war die der Vorlage des „Vertrags über das territoriale Recht der Kichwa, Shiwar und Achuar-Völker der Provinz Pastaza zur Unterschrift mit dem ecuadorianischen Staat" (*Acuerdo sobre el derecho territorial de los pueblos Quichua, Shiwiar y Achuar de la provincia de Pastaza a suscribirse con el Estado ecuatoriano*), kurz „Vertrag von Sarayacu" (*Acuerdo de Sarayaku*), zur Unterzeichnung im August desselben Jahres. In diesem Vertrag wird definiert, was die Indigenen unter Territorium verstehen, welches die Territorien der drei genannten Völker sind und wie sie über Gesetze und Normen geschützt werden sollen. Darin ist eine weitgehende Autonomie und Kontrolle der Indigenen über ihre Territorien und den dort befindlichen Rohstoffen im Sinne des traditionellen indigenen Rechts vorgesehen (Ojeda Segovia 2004: 33f.; Ortiz 2010: 476f.).

Auch wenn die Erhebung des Inti Raymi ihre Forderungen nicht durchsetzen konnte – die Verhandlungen mit der Regierung zogen sich hin und wurden schließlich ergebnislos abgebrochen – etablierte sich die Indigenenbewegung, und in ihrem Zentrum die CONAIE, als politischer Akteur der ecuadorianischen Gesellschaft (Guamán 2003: 102). Sie war nun die wichtigste soziale Bewegung des Landes mit dem größten Mobilisierungspotential (Lucas 2000: 11). Eine Reihe kleinerer, unabhängiger Organisationen banden sich stärker an die CONAIE oder traten ihr bei und verliehen ihr so eine weitergehende Repräsentativität. Guerrero und Ospina gehen – vorsichtig – soweit, die CONAIE mehr als Produkt, denn als Produzentin des Auf-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stands von 1990 zu bezeichnen (Guerrero/Ospina 2003). Allerdings sollte die Präsenz gerade der CONAIE im öffentlichen Raum und den Medien nicht darüber hinweg täuschen, dass ihre tatsächliche Verankerung in der indigenen Bevölkerung schwer abzuschätzen war und ist (Santana 1992: 217). Ein weiterer Effekt der Erhebung von 1990 ist die Öffnung der Streitkräfte, etwa über Projekte der Sozialarbeit, hin zur indigenen Bevölkerung (Lucas 2000: 10) – eine Entwicklung, die ein Jahrzehnt später zu einer offenen Kooperation führen sollte.

Leon Zamosc (1994: 37) sieht in der Namensgebung der Aktion als *levantamiento*, also Aufstand oder Erhebung, einen Versuch, an die indigenen Aufstände des 16. bis 19. Jahrhunderts anzuknüpfen. Auch weil die konkreten Aktionsformen nur wenig mit einem Aufstand gemein haben (Zamosc 1994: 37), gibt es Gründe, ihm zuzustimmen. Tatsächlich nahm die CONAIE (1989) schon in den Jahren vor 1990 auf die Aufstände zur Zeit der Kolonie Bezug. Dazu gehört auch die ständige Erwähnung und Abbildung der Führer dieser Aufstände, wie etwa Rumiñahui.

Auf dem III. Nationalen Kongress der CONAIE, der im selben Jahr stattfand, wurde Luis Macas, ein Vertreter der ‚harten', konfliktiven Linie in der CONAIE (Barrera 2001: 119), zum Präsidenten der Organisation gewählt. Macas stand – und steht bis heute – für eine Verbindung ethnischer bzw. kultureller und sozialer bzw. wirtschaftlicher Inhalte in einem einheitlichen Programm (Guerrero/Ospina 2003), wodurch sich die CONAIE Koalitionen mit anderen Organisationen und Bewegungen weiter öffnen konnte. Es wurde beschlossen, 1992 eine weitere nationale Erhebung durchzuführen, wenn bis dahin nicht die 16 Forderungen des Inti Raymi erfüllt worden waren. Außerdem wurde beschlossen, nicht an den Wahlen 1992 teilzunehmen und keine Partei zu unterstützen (Barrera 2001: 119).

Die Kampagne der CONAIE, bis 1992 alle *haciendas* abzuschaffen, fügte sich in ihre Forderungen nach einer rechtlichen Anerkennung der indigenen Territorien und nach einer neuen Landreform ein (Moreno/Figueroa 1992: 44). Da die Regierung weder auf diese Forderungen noch die des Inti Raymi einging, kam es im April 1992 (Martínez Novo 2009a: 176) zu einem Protestmarsch der Indigenen, dem ‚Marsch für das Leben' (*Marcha por la Vida*) (Pacari 2007: 36), der von der OPIP unter ihrem Präsidenten Antonio Vargas und der CONFENIAE ausging. Von ihrem Regionalsitz marschierten die Indigenen über das Zentrum und den Norden des Landes nach Quito, um so die rechtliche Anerkennung ihrer Territorien als ersten Schritt des Aufbaus der indigenen Nationalitäten (García Serrano 2001: 71) und eines plurinationalen Staates zu fordern (Barrera 2001: 124). Dazu wurde die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung gefordert (Viteri 1997: 54). Die Regierung Rodrigo Borja (1988-1992) erkannte daraufhin die Rechte der Indigenen über mehr als eine Million Hektar Land an (Pajuelo 2004: 47; Guatemal 2006: 9), die Hälfte der geforderten Fläche (Ojeda Segovia 2004: 35) – lehnte aber die Begriffe Territorialität und Plurinationalität als Gefährdung der nationalen Ein-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

heit ab (Barrera 2001: 124; Maldonado 2006: 93). 1992 war auch das Jahr der amerikaweiten Kampagne für die 500 Jahre indigenen Widerstands seit der Eroberung Amerikas. Die vielfältigen Aktionen, die im Rahmen dieser Kampagne stattfanden, erlaubten den indigenen Organisationen, ihre internationalen Kontakte zu intensivieren (Pajuelo 2004: 47).

Zu Beginn der 1990er wurde die Nationale Agrar-Koordination (*Coordinadora Agraria Nacional*) als Plattform der CONAIE, der FENOCIN, der CONFEUNASCC, der FEI und der FEINE gegründet, um gegen die Pläne zu kämpfen, die Agrarreform formell zu beenden (Buendía 2000: 60; Agualsaca o.J.: 3). 1993 trat der Koordination auch die FENACLE bei, die sich ab diesem Zeitpunkt der Politik der CONAIE annäherte (Negreiros 2009: 136).

Der konservative Präsident Sixto Durán–Ballén schuf noch 1992 das Sekretariat der indigenen Angelegenheiten und ethnischen Minderheiten (*Secretaria de Asuntos Indígenas y Minorías Étnicas*, SENAIN), das sein geringes Budget für kleinere Infrastrukturmaßnahmen in den dieser Institution politisch und geographisch nahestehenden indigenen Gemeinden verwendete (Rodríguez/Martínez 2000: 73).

Der IV. Nationale Kongress der CONAIE im Dezember 1993 war vom Eindruck der Erfolge der letzten Jahre geprägt. Die offensichtliche Stärke der CONAIE und der Indigenenbewegung führte zu Überlegungen, wie sich diese Stärke in die staatlichen Institutionen übertragen lässt, wie man also die Entscheidungen des Staates im Sinne der Indigenenbewegung beeinflussen kann. Der Schritt zu einer Überlegung, wie direkte politische Teilhabe möglich ist, war also nicht groß (Pacari 2007: 36). Auch wegen der schlechten Erfahrungen, die die Indigenenbewegung mit den politischen Parteien hatte, wurde eine direkte Unterstützung der CONAIE für Parteien und indigenen Kandidaten in Parteien ausgeschlossen (CONAIE 1994: 26)48. Es hatte bei den Wahlen 1988 eine teilweise Unterstützung Borjas und der Izquierda Democrática (ID) gegeben – die die Erwartungen der Indigenen enttäuschten. Die Teilnahme an Wahlen „unter besonderen politischen Umständen" (CONAIE 1994: 26) und unter direktem Bezug auf das auf demselben Kongress ausgearbeitete Politische Projekt wurde von der Entscheidung eines Kongresses der CONAIE abhängig gemacht. Dazu wurde eine Verfassungsreform angestrebt, um die Kandidatur außerhalb der großen Parteien zu erlauben – ein Vorschlag, der 1994 dem Nationalkongress präsentiert wurde (Pacari 2007: 41). Gleichzeitig wurde eine Taktik des Aufbaus indigener und Volksparlamente eingeschlagen, die als Alternative zum staatlichen Parlament gedacht waren (Guerrero/Ospina 2003). Der bis dahin betriebene Aufbau einer eigenen Institutionalität der Indigenenbewegung – unter Führung der CONAIE – wurde zugunsten der Forderungen nach einer

48 Der entsprechende Absatz wurde in der zweiten (CONAIE 1997: 25f.) und dritten (CONAIE 2001: 17) Version des Politischen Projektes entfernt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grundlegenden Reform des Staates im Sinne der Plurinationalität zurückgestellt (García Serrano 2005: 4).

1993 erstellte eine Arbeitsgruppe der CONAIE ein ‚Politisches Projekt' (*Proyecto Político*) als Manifest der Forderungen und Pläne der Organisation, das 1994 veröffentlicht (Barrera 2001: 189) und 1997 und 2001 verändert wurde und bis heute die Grundlage des Handelns der CONAIE ist. Die Festlegung politischer Forderungen und Prinzipien in einem abgeschlossenen Text ist auch eine Konsequenz der Reaktionen, die die Forderungen des Inti Raymi 1990 provoziert hatten (Pajuelo 2004: 47). Im Zentrum der ersten Ausarbeitung steht der Aufbau eines plurinationalen Staates über eine Reform und Ausweitung der Demokratie (Van Cott 2005: 110; Tibán/García 2006: 4; Larrea 2008: 36). Die Thesen des Politischen Projektes der CONAIE sind das Ergebnis von Diskussionen, die schon seit der Gründung des CONACNIE stattfanden. Der plurinationale Staat ist die Grundlage für den Kampf für eine Anerkennung der verschiedenen indigenen Völker und Nationalitäten und ihrer Autonomie gegenüber dem Staat. Er ist dem uninationalen, exkludierenden Staat entgegengesetzt, als den die CONAIE den derzeitigen ecuadorianischen Staat beschreibt. Es soll eine gemischte Wirtschaftsordnung aufgebaut werden, die einen gleichen und gerechten Zugang zu den Ressourcen in Harmonie mit der Natur ermöglicht. Diese Verbindung ethnischer und klassistischer Forderungen erlaubte der CONAIE, sich dezidiert an Aktionen gegen wirtschaftsliberale Reformen zu beteiligen (Santillana/Herrera 2009: 334f.)49.

Zwischen dem 15. und 26. Juni 1994 fand unter dem Namen Mobilisierung für das Leben und das Agrargesetz (*Movilización por la Vida y la Ley Agraria*) die zweite nationale Erhebung der Indigenen statt, die sich gegen das Gesetz der Agrarentwicklung (*Ley de Desarrollo Agropecuario*) richtete (Pajuelo 2004: 48). Dieses Gesetz der Regierung Sixto Durán (1992-1996) bedeutete das Ende der Agrarreform. Es sollte das als unproduktiv betrachtete Gemeindeland der indigenen Gemeinschaften in den Markt integrieren und marktwirtschaftliche Mechanismen auf dem Land fördern (Maldonado 2006: 93f.). Nach langen Verhandlungen, die für die Indigenen von Nina Pacari geführt wurden, wurden die entsprechenden Abschnitte im Gesetz verändert (García Serrano 2001: 71) – ohne das Gesetz allerdings völlig zu entkräften (Ospina 2006: 104; Martínez Valle 2006: 108). Die traditionellen indigenen Territorien wurden als Besitz der jeweiligen Völker anerkannt und mit Eigentumstiteln garantiert (Pajuelo 2004: 48). Das IERAC wurde durch das Nationale Institut für Landentwicklung (*Instituto Nacional de Desarrollo Agrario*, INDA) ersetzt, das wirtschaftsnähere Aufgaben wahrnehmen sollte (Becker 1997: 325; Becker/Tutillo 2009: 219). Das Ende der Agrarreform bedeutete für die Indi-

49 Im zweiten Teil dieser Arbeit wird näher auf die Inhalte des Politischen Projektes eingegangen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genenbewegung und besonders für die CONAIE eine Verschiebung ihres Programms weg von den klassischen Forderungen nach Umverteilung hin zu einer Behauptung und Verteidigung der Ethnizität. Während sich die Indigenenbewegung ideologisch weiterbewegt hat, hat sich die Situation auf dem Land kaum verändert. Seit 1974, kurz nach der zweiten Agrarreform, hat sich die Landverteilung nicht verändert und ist nach wie vor mit einem Gini-Index von 0,80 sehr hoch konzentriert. Die Indigenen sind in einer Position von Klein- und Kleinstbesitzern stecken geblieben, ohne die Chance zu haben, ihre Situation gemäß den Regeln des Marktes zu verbessern (Martínez Valle 2006: 108).

Die Regierung Durán Ballén organisierte im August 1994 eine Volksbefragung über eine Reform der Verfassung und die Möglichkeit, ohne Bindung zu den registrierten Parteien zu Wahlen anzutreten (Ibarra 2010: 39f.). Diese Vorschläge wurden mehrheitlich unterstützt und daraufhin das Wahlrecht reformiert (Guerrero/Ospina 2003). Im Oktober 1994 präsentierte die CONAIE ihr Projekt für eine Verfassungsreform. Der Staat sollte seine Vielfältigkeit anerkennen und sich zum plurinationalen Staat erklären (Barrera 2001: 172). Die indigenen Sprachen sollten als Amtssprachen anerkannt werden und die lokalen Regierungen in indigen besiedelten Gebieten größere Autonomie erhalten. Weiterhin sollten von 30% der Sitze des nationalen und der regionalen Parlamente der indigenen Repräsentation vorbehalten sein (Ibarra 2010: 41)50. Diese sollten gemäß den internen Wahlformen der jeweiligen Völker bestimmt werden (Barrera 2001: 173; Pacari 2007: 41). Der Staat sollte die Plurinationalität und die interkulturelle, zweisprachige Erziehung fördern (Rodríguez 2008: 105). Auch sollte eine Novelle zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung durch die Zivilgesellschaft (Bernal 2000: 44) in die Verfassung integriert werden – eine Strategie, um über eine neue Verfassung die Plurinationalität formal verankern zu können. Der Kongress verweigerte wieder eine Diskussion über die Vorschläge (Pajuelo 2004: 47). Durch die Verfassungsreform wurde Ecuador in der im Januar 1996 verabschiedeten Verfassung zum „plurikulturellen und multiethnischen Einheitsstaat“ (Art. 1) erklärt (Bernal 2000: 44; Pajuelo 2004: 49) und die indigenen Sprachen in ihren jeweiligen Verbreitungsgebieten und die zweisprachige Erziehung anerkannt – wodurch die Forderungen der indigenen Organisationen teilweise übernommen wurden. Diese Reform ist durchaus als Erfolg der Indigenenbewegung und vor allem der CONAIE zu werten – auch wenn noch, wie auch in der Verfassung 1998, die Begriffe der CONAIE vermieden wurden (Maldonado 2006: 139).

Bis Mitte der 1990er konzentrierte sich die CONAIE darauf, die Landkonflikte, die oft schon seit den 1960ern bestanden, über verschiedene Wege – politisch,

50 Ein ähnlicher Vorschlag für die Verfassungsgebende Versammlung 1997/1998 wurde ebenfalls abgelehnt (Guerrero/Ospina 2003).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sozial und rechtlich – zu lösen, womit sie bei den meisten dieser Konflikte Erfolg hatte (Simbaña 2007: 21).

Im November 1995 versuchte Präsident Sixto Durán über ein Referendum mit elf Fragen, eine Reihe von Gesetzen wirtschaftsliberalen Inhalts durchzusetzen. Die Reformvorschläge erstreckten sich von einer Reform der Sozialversicherung über eine Deregulierung der Arbeit im öffentlichen Dienst und einer Dezentralisierung des Staates hin zu neuen Möglichkeiten, das Parlament aufzulösen und einer neuen politischen Instanz, den Distrikt-Abgeordneten im Parlament (Ibarra 2010: 42). Die CONAIE beteiligte sich aktiv am Kampf für das „Nein" in dieser Abstimmung (Santillana/Herrera 2009: 335) und konnte sich über ihre Kooperation mit nicht-indigenen Organisationen als wichtigster sozialer und politischer Akteur des Landes behaupten (Rodríguez 2008: 181f.). 58% der abgegebenen Stimmen waren gegen die Vorschläge (Ibarra 2010: 42). Diese Erfahrung führte zur Entscheidung, eine Partei der sozialen Bewegungen zu gründen. Die Plurinationale Bewegung Pachakutik-Neues Land (*Movimiento Plurinacional Pachakutik-Nuevo País,* MUPP-NP) nahm an den nationalen und regionalen Wahlen 1996 teil und konnte 53 Indigene in Wahlämter bringen (García Serrano 2001: 71).

Der bei den Wahlen 1996 gewählte Präsident Abdalá Bucaram (1996-97) setzte sein schon 1988 aufgestelltes (Frank/Patiño/Rodriguez 1992: 42) Versprechen um, ein Ministerium für indigene Angelegenheiten zu schaffen. Dieses Ministerium ersetzte das unter Sixto Durán geschaffene Sekretariat der indigenen Angelegenheiten und ethnischen Minderheiten (Barrera 2001: 221). Das und andere Versuche, Teile der Indigenenbewegung – vor allem im Amazonasgebiet – für seine Regierung zu gewinnen, interpretierte die CONAIE als Versuch, sie zu spalten. Die Unterstützung, die Bucaram von einigen Organisationen des Amazonasgebietes bekam, beantwortete er mit der Unterstützung von Antonio Vargas, dem Kandidat dieser Organisationen, innerhalb der CONAIE – wohl auch um die eher klassenkämpferisch eingestellte Führungsriege um Luis Macas zu schwächen (Barrera o.J.: 154). Insbesondere konnte Bucaram die Unterstützung vom Shuar und CONFENIAE-Mitglied Rafael Pandam, dem Vizepräsidenten der CONAIE, gewinnen, den er zum Minister für indigene Angelegenheiten ernannte (Pacari 2007: 64) – woraufhin Pandam seine Posten in der CONAIE verlor und aus ihr ausgeschlossen wurde.

Tatsächlich verschärften sich interne Konflikte auf dem V. Kongress 1996/97 soweit, dass die Organisation kurz vor dem Zerbrechen stand. Nachdem die Abstimmungen auf dem Kongress im Dezember 1996 unter Abwesenheit der ECUARUNARI stattfanden, musste der Kongress im Januar 1997 weitergeführt werden (Pacari 2007: 65f.). Der Präsident der OPIP, Antonio Vargas, setzte sich in den Wahlen zum Präsidenten der CONAIE gegen den amtierenden Luis Macas durch (Guerrero/Ospina 2003). Bis 2001 war mit ihm ein Vertreter der ethnischen Tendenzen der Indigenenbewegung Präsident der CONAIE. Dadurch identifizierte sich

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die CONAIE mit ethnologisch inspirierten Konzepten wie Ethnie – im Gegensatz zu politischeren Begriffen wie Nationalität oder Volk (Simbaña I-1). Während die CONAIE durch Vargas als radikal ethnozentrische Organisation wahrgenommen wurde, wurden die spezifischen Forderungen der Indigenen zugunsten nationalen Projekten zurückgestellt. Statt für indigene Territorien oder den Erhalt der Biodiversität zu kämpfen, konzentrierte sich Vargas auf „Themen von nationaler Transzendenz" (Pacari 2007: 73f.) – und schwächte so die Position der indigenen Organisationen. Die CONAIE reagierte auf diese Krise mit dem Aufbau der Patriotischen Front (*Frente Patriótico*), die neben der CONAIE die Volksfront (*Frente Popular*), die Koordination der sozialen Bewegungen (*Coordinadora de Movimientos Sociales*, CMS) und die FUT umfasste (Pajuelo 2004: 50). Die CMS war im Juni 1995 als Koordinationsinstanz derjenigen Organisationen gebildet, die der CONAIE nahestanden. In ihr waren die CONFEUNASSC, die Gewerkschaften der Öl- und Energiearbeiter und einige kleinere Organisationen vertreten (Barrera 2001: 177). CONAIE und MUPP-NP waren Teil der Opposition gegen Präsident Bucaram und konnte ihn – über gemeinsame Aktionen aller sozialen Bewegungen und parlamentarische Mittel – im Februar 1997 absetzen (García Serrano 2001: 71).

Zu den Kompromissen, die die Indigenenbewegung dem Nachfolger Bucarams, Fabián Alarcón, noch im März 1997 abringen konnte, gehörte die Ersetzung des ethnischen Ministeriums Bucarams durch einen Rat für Entwicklungsplanung der Indigenen und Schwarzen Völker Ecuadors (*Consejo de Planificación del Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Negros*, CONPLADEIN). Der CONPLADEIN war dem Präsidenten direkt zugeordnet, sein Oberster Rat setzte sich aus Vertretern aller sieben nationalen Indigenen- und Bauernorganisationen zusammen. Die erste Exekutivsekretärin war Nina Pacari (Barrera 2001: 235). Auch wenn der CONPLADEIN einen hohen Grad an Autonomie hatte, war seine tatsächliche Effektivität wegen permanenter Unterfinanzierung gering. So wurde vom ersten Budgetentwurf nur 1,7% vom Staat bewilligt (Rodríguez/Martínez 2000: 73; Pajuelo 2004: 50f.). Ein Ergebnis der ersten Monate der CONPLADEIN war der Aufbau des von der Weltbank geförderten Entwicklungsprojektes der Indigenen und Schwarzen Völker Ecuadors (*Proyecto de Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Negros del Ecuador*, PRODEPINE) (Barrera 2001: 236) in Kooperation mit der CONAIE 1998. Auch wenn das PRODEPINE beachtliche finanzielle Mittel für die indigenen Organisationen bereitstellte, nahm nach einiger Zeit die Kritik der indigenen Organisationen zu. PRODEPINE

„erlaubte den Eintritt für NRO und versuchte, die politische und ideologische Position der Indigenenbewegung zu verzerren, indem es sie in eine Entwicklungsbewegung auf Projektbasis verwandeln wollte, so dass man von der Regierung aus versuchte, die Struktur der Organisation zu zerstören" (Cholango in Tamayo 2007: 8f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Unter der Regierung Mahuad (1998-2000) wurde 1999 (Büschges 2009: 45f.) der CONPLADEIN durch den Entwicklungsrat der Nationalitäten und Völker Ecuadors (*Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos*, CODENPE) ersetzt, dessen Kontrollgremien nicht mehr von den Organisationen, sondern nach Zugehörigkeit zu den Nationalitäten und Völkern bestimmt werden (Rodríguez/Martínez 2000: 74). So sollte die staatliche Verpflichtung, die Indigenen in Planung und Entscheidungsfindung einzubinden, umgesetzt werden (Maldonado 2006: 133). Diese Institution soll Entwicklungsprojekte für Indigene auf dem Land koordinieren (FEI o.J.a), Forschungsprojekte anstoßen und indigene Repräsentanten in die staatlichen Institutionen entsenden (Maldonado 2006: 133).

Die durch die Absetzung Bucarams hervorgerufene Krise des Staates sollte durch eine neue Verfassung behoben werden. 1997 fanden Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt, die die konservativen Parteien mit 37 von 70 Sitzen gewannen (Ibarra 2010: 42f.). Die parallel zum Kongress tätige Verfassungsgebende Versammlung trat im Dezember 1997 zusammen. Als Reaktion auf die eher geringe Repräsentation der sozialen Bewegungen beriefen CONAIE und CMS am 12. Oktober 1997 eine Verfassungsgebende Versammlung des Volkes (*Asamblea Constituyente del Pueblo*) ein, die weitgehend von den Organisationen des Andenhochlandes dominiert wurde. Gefordert wurde neben der Plurinationalität die Verteidigung der bäuerlichen Sozialversicherung und der staatlichen Unternehmen, so wie das Nichtbezahlen der Auslandsschulden. Diese Versammlung unterstützte das Verfassungsprojekt der CONAIE (Ibarra 2010: 42f.), das als ‚Verfassung des Volkes' (*Constitución del Pueblo*) am 19. Dezember 1997 verabschiedet wurde. Die offizielle Verfassungsgebende Versammlung weigerte sich, die vorgeschlagenen Begriffe ‚Nationalitäten' und ‚Plurinationalität' zu verwenden und sprach stattdessen von ‚Völkern' und ‚Ethnien' (Pajuelo 2004: 51). Im Juni 1998 trat die neue Verfassung in Kraft, die die kollektiven Rechte der indigenen Völker anerkannte, das Abkommen 169 der OIT ratifizierte und Ecuador zu einem pluriethnischen und multikulturellen Staat erklärte (Lucas 2000: 13; Pajuelo 2004: 51). Die CONAIE konnte sich mit ihrer Forderung nach Plurinationalität, die über die vier Achsen Autonomie, Territorium, Identität und Entwicklung (Noboa 2005: 102) verankert werden sollte, nicht durchsetzen (CONAIE 2007a: 3).

Schon 1999 kämpfte die CONAIE gegen den nächsten Präsidenten, Mahuad, mit der Indigenen Erhebung für das Leben und gegen den Hunger (*Levantamiento Indígena por la Vida y Contra el Hambre*). Diese hatte zwei Teile, eine Erhebung im März 1999, eine weitere im Juli 1999 – beide waren Reaktionen auf bestimmte Beschlüsse der Regierung. Im März protestierten die Indigenen gegen die Sperrung der privaten Konten im Rahmen des *feriado bancario*, wobei über eine Million Indigener in zehn Provinzen des Hochlandes und sechs des Amazonasgebietes vier Tage lang die wichtigsten Straßen sperrten. Auch andere soziale Bewegungen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schlossen sich dem Protest an. Im Juli beschloss die Regierung eine Steigerung des Benzinpreises, wodurch ähnliche Aktionen provoziert wurden (Pajuelo 2004: 52). Diesmal fand auch ein Marsch der indigenen Organisationen der Provinzen Cotopaxi, Tungurahua, Pichincha und Imbabura nach Quito statt, über den 12.000 Indigene direkte Verhandlungen mit dem Präsidenten erzwingen wollten. Nach zwei Tagen Protest in Quito unterzeichnete die Regierung eine Vereinbarung mit den Organisationen, die sie allerdings nicht einhielt. Daher beschloss die CONAIE auf ihrem Kongress im November 1999, die Verhandlungen abzubrechen und mit weiteren Aktionen zu beginnen. Der VI. Nationale Kongress der CONAIE wurde mit der Unterstützung der Armee, die Antonio Vargas erbeten hatte, durchgeführt. Auf ihm konnte sich der Präsident der ECUARUNARI, Ricardo Ulcuango, nicht gegen Vargas durchsetzen, der als Präsident der CONAIE bestätigt wurde (Pacari 2007: 73).

Zu den Zugeständnissen, zu denen die CONAIE den Staat bringen konnte, gehörte die Schaffung der Nationalen Gesundheitsdirektion der indigenen Völker (*Dirección Nacional de Salud de los Pueblos Indígenas*, DNSPI) als Bestandteil des Gesundheitsministeriums. Über eine solche Institution, die die traditionelle Medizin der Indigenen erforschen und in die öffentliche Gesundheitsversorgung integrieren sollte, war bereits seit 1993 verhandelt worden (Maldonado 2006: 133).

Nachdem die Regierung den Umstieg auf den US-Dollar als Leitwährung ab Januar 2000 beschlossen hatte und sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterte, marschierten die Indigenen erneut nach Quito und setzten zusammen mit anderen sozialen Bewegungen und Teilen der Armee die Regierung ab, um am 21. Januar 2000 eine neue, demokratische Staatsform zu etablieren (García Serrano 2001: 72). Damit hatte die Armee die Rolle des Vermittlers zwischen sozialen Bewegungen und dem Rest des Landes und der Regierung übernommen, was sich auch in der Absetzung Mahuads und der Einsetzung seines Vizepräsidenten Noboas durch die Armee ausdrückte – ein offensichtlicher Verstoß gegen die Verfassung (García Serrano 2001: 73).

Die weiteren Aktionen der CONAIE im Jahr 2000 zeigten ihre Abhängigkeit von ihren nicht-indigenen Verbündeten. Im August versuchte sie, eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung durchzusetzen, im September, eine weitere nationale Erhebung zu organisieren. Beide Aktionen scheiterten (García Serrano 2001: 79), im Fall der Volksabstimmung, die weitgehend von Vargas selbst ausging, an gefälschten Unterschriften (Pacari 2007: 73f.). Diese Niederlagen bedeuteten vor allem für Antonio Vargas, den Präsidenten der CONAIE, einen Vertrauensverlust, da er sich vehement für diese Aktionen ausgesprochen hatte, aber nicht genug Unterstützung mobilisieren konnte (Pajuelo 2004: 53; Mayer 2008: 45). Als Reaktion wurde die *Mesa Agraria* als Plattform der Organisationen, die Landarbeiter vertreten, ins Leben gerufen. Sie umfasste neben der CONAIE die CON-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

FEUNASSC-CNC und die FENOCIN und organisierte gemeinsame Aktionen für die Verteidigung der Landbevölkerung (Negreiros 2009: 137).

Im Juni 2000 wurde der Entwicklungsfond der indigenen Völker (*Fondo de Desarrollo de los Pueblos Indígenas*, FODEPI) als autonome, staatliche Institution gegründet, die von Vertretern der indigenen Völker verwaltet wird. Daher forderten die indigenen Organisationen von Beginn an einen größeren Einfluss und die Möglichkeit, direkt an Planung und Durchführung der Entwicklungsprojekte beteiligt zu sein (Maldonado 2006: 134).

Im Februar 2001 rief die CONAIE erneut zu einer nationalen Erhebung, diesmal mit deutlich mehr Erfolg (Guerrero/Ospina 2003). Es wurde gegen eine Preiserhöhung für Gas und Benzin und für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs protestiert. Ab März 2001 kam es so zu neuen Verhandlungen zwischen der Regierung und der CONAIE, die zu teilweisen Zugeständnissen führten (García Serrano 2001: 73). In einem neuen Projekt für ein Nationalitätengesetz im selben Jahr präsentierte die CONAIE erneut ihre politischen Forderungen, wieder ohne Erfolg (CONAIE 2007a: 3). Im Oktober 2001 fand ein – vorgezogener – Kongress der CONAIE statt, in dem sie sich, entsprechend den Beschlüssen auf dem Kongress von 1999 (Guerrero/Ospina 2003; Pacari 2007: 74), nach Nationalitäten und Völkern – anstatt nach Organisationen – neu organisierte. So lässt sich auch der neue Name erklären: ‚Erster Kongress der Völker und Nationalitäten Ecuadors' (Albó 2009: 231). Auf diesem Kongress konnten die im selben Jahr offensichtlich gewordenen Konflikte innerhalb der CONAIE über den Austausch des Führungspersonals gelöst werden (Pajuelo 2004: 55). Der amtierende Präsident Antonio Vargas konnte mit Hilfe seiner Unterstützer aus dem Amazonasgebiet Leonidas Iza, einen anderen Vertreter der ethnischen-indigenistischen Gruppe (Mayer 2008: 74), bei den Wahlen zum Präsidenten der CONAIE durchsetzen (Mayer 2008: 45).

Vargas selbst verstand das als eine Unterstützung seiner geplanten Präsidentschaftskandidatur bei den nationalen Wahlen 2002, die er im Dezember 2001 verkündete (Mayer 2008: 45). MUPP-NP und CONAIE entschlossen sich allerdings, Auki Tituaña statt Vargas aufzustellen, woraufhin dieser sich der FEINE anschloss und über ihre Partei Amauta Jatari kandidierte. Vargas wurde daraufhin aus der CONAIE ausgeschlossen, genoss aber weiterhin die Unterstützung bestimmter Gruppen, gerade in der CONFENIAE (Guerrero/Ospina 2003; Mayer 2008: 45). Um die direkte Konkurrenz zweier indigener Kandidaten zu verhindern, entschlossen sich MUPP-NP und CONAIE dazu, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern die Kandidatur eines der Protagonisten des 21. Januar 2000, Lucio Gutiérrez, zu unterstützen. Die Kandidatur von Vargas scheiterte mit nur 0,8% der Stimmen, woraufhin die CONFENIAE wieder die MUPP-NP und Gutiérrez unterstützte (Mayer 2008: 46f.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Koalition der MUPP-NP mit Gutiérrez 2003 (Crnic 2009: 46) hielt nur wenige Monate bis die Indigenen in Opposition zur liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung gingen. Das Jahr 2004 war geprägt vom Widerstand der CONAIE gegen die Regierung – bei gleichzeitiger struktureller Schwäche und weitgehender Unfähigkeit, ihre Mitglieder zu mobilisieren (Martínez Novo 2009a: 177). Ein Aufruf zur nationalen Erhebung im Juni 2004 wurde von den Basisorganisationen nicht befolgt (Guatemal 2006: 11). Die meist genannten Gründe dieser Schwäche sind der Legitimitätsverlust durch die Regierungsteilnahme, die Schwäche und fehlende Klarheit des Führungspersonals und als ethnozentrisch wahrgenommene Bestandteile der Forderung nach Plurinationalität (Simbaña 2007: 21). Dazu kam die staatliche Förderung der kleineren indigenen Organisationen vor allem seit der Regierung Gutiérrez, mit dem Ziel, die Indigenenbewegung zu spalten und so zu schwächen (Martínez Novo 2009a: 176). Im März 2004 etwa ernannte Gutiérrez Antonio Vargas zum Sozialminister (Mayer 2008: 68), um so dessen Unterstützer in der CONFENIAE wieder für sich gewinnen zu können. Erst auf ihrem Kongress 2004 konnte die CONAIE mit der Wahl Luis Macas zu ihrem Präsidenten eine Phase der Erneuerung einleiten, die im Januar 2005 zu ihren ersten Protesten seit 2001 führte, als 2.000 Personen gegen das geplante Freihandelsabkommen demonstrierten (Albó 2009). Die Teilnahme an den Aktionen gegen das Freihandelsabkommen erlaubten der CONAIE, sich innerhalb der sozialen Bewegungen als politischer Akteur neu zu positionieren (Simbaña 2007: 23). Das Freihandelsabkommen scheiterte schließlich 2006 wegen der Aufhebung der Verträge mit dem US-amerikanischen Erdölunternehmen OXY durch den ecuadorianischen Staat – ein Vorgang, den die USA als Enteignung interpretierten (Ibarra 2010: 48). Die Pläne der Regierung Gutiérrez, den Sitz der CONAIE in Quito zu besetzen und eine neue, ‚offizielle' CONAIE um Antonio Vargas, Nelson Chimbo, José Quenama und andere aufzubauen, wurden nur von seinem Sturz im März 2005 vereitelt (Guatemal 2006: 11). Auch die wichtige Rolle, die die CONAIE und ihre Filialen in verschiedenen transnationalen Indigenenorganisationen spielten (etwa die COICA und CAOI) (Becker 2008a: 167), halfen ihr, die Krise zu überwinden und in verschiedenen Kontexten wieder aktiv zu werden.

Die beiden Abgeordneten des Nationalkongresses, Luis Macas und Leonidas Iza, bildeten im Jahr 1996 eine Arbeitsgruppe, die einen Vorschlag für den Aufbau einer indigenen Universität ausarbeiten sollte (Sarango 2009: 196). Nach neun Jahren der Vorbereitung wurde die von der CONAIE und dem ICCI gegründete Interkulturelle Universität der indigenen Nationalitäten und Völker ‚Amawtay Wasi' (Haus der Weisheit) (*Universidad Intercultural de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas ‚Amawtay Wasi'*, UINPI) 2004 per Gesetz geschaffen und 2005 vom Nationalen Rat der höheren Erziehung (CONESUP) anerkannt (Sarango 2009: 199; Mato 2010: 112). Sie ist eine private und gemeinschaftliche (*universidad*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

comunitaria) Universität im Sinne der ecuadorianischen Verfassung von 2008 mit Autonomie in Lehre, Forschung und Verwaltung (Sarango 2009: 193f.). Die UINPI finanziert sich zu einem Großteil durch Spenden von internationalen und nationalen Organisationen, darunter der schweizer Entwicklungshilfeagentur Swissaid, CARE International und der CODENPE (Sarango 2009: 194). Sie hat zusammen mit der Autonomen Indigenen Interkulturellen Universität (*Universidad Autónoma Indígena Intercultural*, UAIIN) Kolumbiens und der Universität der Autonomen Regionen der Nicaraguanischen Karibikküste (*Universidad de las Regiones Autónomas de la Costa Caribe Nicaragüense*, URACCAN) das Netzwerk der Indigenen Universitäten Abya Yalas (*Red de Universidades Indígenas de Abya Yala*, RUIA) gegründet, das die Qualitätsstandards seiner Mitgliedsuniversitäten festlegen und überprüfen soll (Sarango 2009: 195). Der RUIA sind mittlerweile weitere Universitäten aus Mexiko und Bolivien beigetreten. Die UINPI ist auf Studiengänge in Menschenrechte und indigenen Völker, Agrarökologie, Erziehungswissenschaften und Architektur spezialisiert (Mato 2010: 112) und untersteht der CONESUP, dem ICCI und der CONAIE (Sarango 2009: 191; Mato 2010: 113). Sie bietet sowohl formelle Studiengänge an, bis hin zum Grad des Masters, als auch informelle Bildung in Lerngemeinschaften, die sich vor allem an indigene Gemeinden richten (Sarango 2009: 192). Dennoch ist die UINPI eine sehr kleine Universität. 2009 waren 156 Studenten und 35 Lehrkräfte an den grundständigen Studiengängen beteiligt und weitere 32 Studenten und 24 Lehrkräfte an den Masterprogrammen, die in Kooperation mit der Zentraluniversität Ecuadors (*Universidad Central del Ecuador*) durchgeführt werden. Auch an den Lerngemeinschaften der informellen Bildung haben 2009 nur 70 Studenten und 8 Lehrkräfte teilgenommen. Seit der Gründung der UINPI 2004 bis zum Jahr 2009 hatten sich nur insgesamt 90 Studenten in den Lerngemeinschaften immatrikuliert. Insgesamt sind 70% der Studenten und 60% der Lehrkräfte Indigene (Sarango 2009: 193-195).

2006 erarbeitete die CONAIE ihren Entwurf für ein Gesetz der indigenen Institutionen (CONAIE 2007a: 3), der eine größere Autonomie der indigenen Gemeinschaften vorsah. Im selben Jahr lehnten die CONAIE und die MUPP-NP eine Wahlallianz mit Rafael Correa und seiner Alianza PAÍS ab (Minkner-Brünjer 2009: 141), da dieser nicht als Vizepräsidentschaftskandidat neben Luis Macas antreten wollte. Die Wahlergebnisse 2006 und 2007 bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung waren für die MUPP-NP enttäuschend (Martínez Novo 2009a: 177). Dennoch nahm die CONAIE und ihre Filialen großen Einfluss auf die Verfassungsgebende Versammlung, es gab Verfassungsentwürfe bzw. -vorschläge der ECUARUNARI, der Shuar-Organisationen, der CONAIE selbst und der MUPP-NP (CONAIE 2007a: 3), die zumindest in den Diskussionen eine wichtige Rolle spielten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der Verfassungsgebenden Versammlung 2007 und 2008 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Forderungen der Plurinationalität, die MUPP-NP und CONAIE erhoben und denen nach Interkulturalität, die PS-FA, FENOCIN und FEINE erhoben (Walsh 2009b: 235). Wieder wurde der Plurinationalität vorgeworfen, die indigenen Völker von der Gesellschaft isolieren zu wollen, während die Interkulturalität als Möglichkeit der Verständigung der verschiedenen Völker präsentiert wurde (Larrea 2008: 36). Die Plurinationalität und die dazugehörigen Begriffe der Territorialität, der politischen Autonomie und der Kontrolle über die natürlichen Ressourcen wurden als separatistisches Projekt begriffen (Ibarra 2010: 56). Auch wenn die Erklärung Ecuadors zu einem plurinationalen und interkulturellen Staat im ersten Artikel der neuen Verfassung für die CONAIE ein wichtiger Fortschritt ist, wurden in diesen Auseinandersetzungen beide Vorschläge erheblich abgeschwächt und auf bloße Erklärungen reduziert oder „gezähmt" (Simbaña 2008a: 240). Der Umbau des Staates und seiner Strukturen, den sich die CONAIE von der Plurinationalität erhoffte, fand nicht statt, neue Mechanismen der Beteiligung wurden nur unzureichend aufgebaut (Resina de la Fuente 2011: 109f.). So blieben staatliche Eingriffsrechte in die territoriale Autonomie der Indigenen bestehen, die Ressourcen in den Territorien gehören dem ecuadorianischen Staat. Die Indigenen werden weiterhin nur über die traditionellen demokratischen Mechanismen vertreten (Martínez Novo 2010: 12). Die Forderung der Indigenenbewegung nach einer Formalisierung der bindenden vorherigen Befragung der betroffenen Gemeinden über den Abbau von Rohstoffen dort verdeutlicht die Unterschiede zwischen Indigenenbewegung und Regierung. Für die CONAIE ist diese bindende Befragung ein Teil der Autonomierechte der Nationalitäten und somit die Grundlage für die Plurinationalität, die Regierung folgt aber einer auf Entwicklung ausgerichteten Wirtschaftspolitik, die auf die Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen angewiesen ist (Resina de la Fuente 2011: 109f.). Schließlich setzte sich die Regierung durch und die vorherige Befragung wurde als nicht bindend in die Verfassung integriert. Dieser Konflikt spiegelt sich auch in der Stärkung des Nationalen Planungs- und Entwicklungssekretariats (*Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo*, SENPLADES) ab 2007 wider. Dieses verfügt nur über beschränkte Partizipationsmöglichkeiten und integriert die indigenen Organisationen nur punktuell, was sich in seinem Nationalem Plan für das Gute Leben (*Plan Nacional para el Buen Vivir*) 2009-2013 ausdrückt, der weitgehend einer klassischen staatlichen Planung entspricht (Resina de la Fuente 2011: 111). Im Gegensatz zur tiefgreifenden Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft, wie die CONAIE sie anstrebt, steht das SENPLADES für einen schrittweisen Umbau, in dem nicht die Indigenen und ihre Organisationen die Initiative haben, sondern der Staat selbst, der die indigenen Zielsetzungen nurmehr integriert (Resina de la Fuente 2011: 113).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dennoch zeigt die Integration der Plurinationalität in die Verfassung auch den Einfluss der den Indigenen gegenüber freundlich gesonnenen sozialen Bewegungen innerhalb der Regierungspartei, die sich auch gegen die ablehnende Haltung des Präsidenten durchsetzen konnten (Ramírez 2010: 96). Die Präsenz der Begriffe der Indigenenbewegung in der Verfassung gibt dieser Bewegung eine bessere Position, da sie jetzt die Prinzipien des Staates selbst einfordern kann – und nicht mehr potenziell separatistische Ideen einer ethnischen Minderheit.

„Auch wenn es nur Schmuck ist, aber in der Verfassung ist die Pachamama, auch wenn nur als Fassade, die Plurinationalität ist drin. Aber diese Fassade, dieser Titel, dieser Schmuck sind da, uns bringt das sehr viel, denn wir werden die Plurinationalität einfordern und die Ausübung der Plurinationalität." (Tenesaca 2010: 108f.)

Die Beziehung der CONAIE zur Regierung Correa entwickelte sich von einer kritischen Unterstützung 2006 bis 2008 zur offenen Opposition ab 2009. Noch 2007 bezeichnet der damalige Präsident der ECUARUNARI, Humberto Cholango, die Regierung Correa als progressiv und sagt, dass sich dadurch die Indigenenbewegung reorganisieren und von innen heraus stärken könnte (Cholango in Tamayo 2007: 15). Tatsächlich verkörpert Correa den Wunsch der sozialen Bewegungen nach einem Wandel, wobei er einige der direkten Forderungen übernimmt, ihren radikalen Kern aber verwirft. Dadurch erhält er den Gedanken des Wandels, macht ihn aber kontrollier- und realpolitisch verwendbar (Saltos/Vázquez 2007: 354f.). Kurz nach der Annahme der neuen Verfassung kippt die Stimmung im Konflikt über ein Bergbaugesetz.

„Eine Klage der CONAIE auf Verfassungswidrigkeit eines im Jahr 2009 verabschiedeten, umstrittenen Minengesetzes – u.a. wegen Verletzung des Buen Vivir – wurde allerdings abgelehnt. Auch der Versuch, ein neues Wassergesetz zu verabschieden, wurde von der Regierung erst nach monatelangen Protesten durch indigene Organisationen fallen gelassen." (Schilling-Vacaflor 2010: 4)

Die Erteilung neuer Konzessionen für die Erdölförderung im Amazonasgebiet, der systematische Ausschluss indigener Expertise aus den Bereichen Wassermanagement und zweisprachige Erziehung und das geringe Interesse des Präsidenten, einen partizipativen Politikstil zu entwickeln, trugen zu einer weiteren Distanzierung der Indigenenbewegung von der Regierung bei (CONAIE 2011: 25).

Die CONAIE versteht sich als Regierung der Indigenen und wird als solche von der ecuadorianischen Regierung nicht akzeptiert. Die Autonomie der bestehenden staatlichen Institutionen unter Kontrolle der CONAIE und der anderen indigenen Organisationen, vor allem CODENPE und DINEIB (CONAIE 2011: 17), wurde

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unter Correa erheblich eingeschränkt und diese – teilweise – von einem Sekretariat der Völker, Bewegungen und Teilhabe der Bürger (*Secretaría de Pueblos*, *Movimientos y Participación Ciudadana*) ersetzt, das mit den lokalen anstatt der nationalen Organisationen kooperiert (Wolff 2010: 21). Die Regierung Correa betrachtet diese Institutionen als eine unzureichende Antwort auf die indigenen Forderungen aus der Zeit neoliberaler Politik, zudem hätten sich DINEIB und CODENPE in klientelistische und korrupte Räume verwandelt (Resina de la Fuente 2011: 111). Vor allem die DINEIB, die im Februar 2009 per Dekret dem Bildungsministerium untergeordnet wurde, ist von hoher symbolischer und praktischer Bedeutung für die CONAIE, da viele ihrer Führungspersönlichkeiten in ihr aktiv sind (Martínez Novo 2010: 15f.). Obwohl die CONAIE diese beiden Institutionen stets als unzureichend und fehlerhaft betrachtet hat, waren es autonome Behörden unter der Kontrolle der Indigenen. Ihre Schwächung bedeutet für die indigenen Organisationen einen direkten Angriff auf sie selbst und eine erneute Zentralisierung der indigenen Angelegenheiten in staatlichen Institutionen, ohne angemessene Partizipation der Indigenen (Resina de la Fuente 2011: 111). Der geringe Widerstand gegen diese Maßnahmen wird oft als Indiz für die Krise der CONAIE gewertet (Martínez Novo 2009: 2f.; Martínez Novo 2009a: 177). Der Aufbau einer Reihe von Sozial- und Entwicklungsprogrammen für Basisorganisationen, wie *socio páramo* und *socio bosque*, die Umweltschutzmaßnahmen auf lokalem Niveau unterstützen, wird von der CONAIE als Vereinnahmung ihrer Mitgliedsorganisationen gesehen (Martínez Novo 2010: 7). Im Februar 2010 beendete die CONAIE ihre Verhandlungen mit der Regierung, die sie als Verteidiger „der Interessen des transnationalen Kapitals und der Gruppen der wirtschaftlichen Macht“ (CONAIE 2010: 1) betrachtet. Rafael Correa wird als Verräter bezeichnet, der den „Kolonialismus des 21. Jahrhunderts“ (CONAIE 2010: 2) vertritt. Gleichzeitig wird die Suche nach Allianzen im Kampf gegen die Politik der Regierung beschlossen und dass Regierungsvertreter nur noch mit Erlaubnis der jeweiligen Indigenenorganisationen indigene Territorien betreten dürfen (Martínez Novo 2010: 1).

Die Konflikte mit der Regierung Correa haben zu einer Stärkung der CONAIE geführt, die gemeinsam mit anderen, von der Regierung vernachlässigten Gruppen, wie den Umweltschützern, die Durchsetzung der Verfassung und ihrer rechtlichen Neuerungen verlangt (Martínez Novo 2010: 7/22).

Jahr	Nummer des Kongresses	Teilnehmer	Ort	Besondere Neuerungen	Gewählter Präsident
1980	Erstes Treffen der indigenen Nationalitäten Ecuadors		Sucúa	Gründung des CONACNIE	Blanca Chancoso

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1984	II. Kongress des CONACNIE		Quito	Unabhängigkeit von allen Parteien wird erklärt	
1986	III. Kongress des CONACNIE, I. Nationaler Kongress der CONAIE		Quito	Gründung der CONAIE	Miguel Tan-kamash
1988	II. Nationaler Kongress der CONAIE		Cañar	Abkommen über Interkulturelle Zweisprachige Erziehung (DINEIB)	Cristóbal Tapuy
1990	III. Nationaler Kongress der CONAIE		Pujilí, Cotopaxi	Beschluss der Erhebung im Juni 1990	Luis Macas
1993	IV. Nationaler Kongress der CONAIE			Beschluss der Teilnahme an den nächsten Wahlen	Wieder-wahl
1996 /7	V. Nationaler Kongress der CONAIE		Shindar, Saraguro, Loja	Starker Druck der Regierung, Kongress muss wiederholt werden	Antonio Vargas
1999	VI. Nationaler Kongress der CONAIE		Santo Domingo de los Colorados	Unter Anwesenheit und Hilfe des Militärs	Wieder-wahl
2001	I. Kongress der indigenen Völker und Nationalitäten Ecuadors	1100, da-von 745 Vertreter der 35 Na-tionalitäten und Völker	Quito	Vorgezogener Kongress	Leonidas Iza

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2004	II. Kongress der indigenen Völker und Nationalitäten Ecuadors	1070	Otavalo		Luis Macas
2008	III. Kongress der indigenen Völker und Nationalitäten Ecuadors	1300 aus 24 Provinzen	Santo Domingo de los Colorados		Marlón Santi
2011	IV. Kongress der indigenen Völker und Nationalitäten Ecuadors	3500	Puyo, Pastaza		Humberto Cholango

Tabelle 4: Kongresse von CONACNIE und CONAIE, eigene Abbildung

Die CONAIE ist die größte und einflussreichste Organisation der Indigenenbewegung, dennoch ist sie nicht umfassend im Land vertreten. Die OZGs der CONAIE sind in 60% der Kantone und 40% der *parroquias* Ecuadors vertreten (Rodríguez 2008: 159). Insbesondere FEINE und FENOCIN (Petras/Veltmeyer 2005: 153) sind eine direkte Konkurrenz für sie.

Die CONAIE setzt sich aus den drei regionalen Filialen ECUARUNARI, CONFENIAE und CONAICE zusammen, die Föderationen der Provinzen, Kantone und Parroquias bzw. Assoziationen, Zentren, Gemeinschaften usw. in den jeweiligen Regionen umfassen (CONAIE o.J.: 6). Von besonderer Bedeutung sind die OEG, im Andenhochland vor allem die Kommunen, im Amazonasgebiet vor allem die Zentren. Sie spielen eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess und bei den konkreten Aktionen der CONAIE und liefern eine „eigene zivilisatorische Vision" (Saltos 2000: 7f.). Durch die zentrale Stellung der Basis in der Gesamtorganisation verfügen die CONAIE und ihre Filialen über einen hohen Organisationsgrad. Die jeweiligen Mitgliedsorganisationen sind autonom und verhalten sich weitgehend eigenständig zu Problemen in ihrer jeweiligen Region (Minkner-Brünjer 2009: 149). Das ist die Grundlage für den Aufbau der CONAIE von unten nach oben sowohl in der Organisationsstruktur als auch bei der Mobilisierung (Minkner-Brünjer 2009: 158). Eine ständige Präsenz der Führungsebene der CONAIE in den lokalen Organisationen und Regierungen ermöglicht erst die Bildung von Allianzen und eine Mobilisierung der Basis (Resina de la Fuente 2011: 112). Tatsächlich werden alle größeren Aktionen der CONAIE mit den verschiedenen Mitgliedsorganisationen abgesprochen – genauso wie das Führungspersonal nur durch die Zu-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stimmung der Basisorganisationen legitimiert ist. Diese erwarten, dass die gewählte Person nach Ende ihres Mandats in die jeweilige Ortschaft zurückkehrt und sich erneut in der OEG engagiert (Collins 2006: 226-228). Viele Forscher betonen diesen konsensuellen Aspekt in der internen Entscheidungsfindung der CONAIE, der zu einer hohen Interaktion zwischen den verschiedenen Mitgliedsorganisationen der CONAIE führt und Konflikte reduziert. Dennoch wird der Konsens mit den Mechanismen repräsentativer Demokratie, insbesondere bei der Wahl von Repräsentanten, kombiniert, so dass auch schnelle Entscheidungen möglich sind. Manchmal wird diese Erweiterung auch als eine Ersetzung des gemeinschaftlichen Konsenses gesehen (Viteri 1997: 55f.). Zwar wird bei den Wahlen darauf geachtet, dass es allgemeine Übereinstimmung über die jeweilige Entscheidung gibt (Porras 2005: 97), oft reduziert sich dieses Verständnis von Konsens jedoch auf eine Parität zwischen den größten Organisationen und Nationalitäten. Das hat zu einer „Hegemonie der ‚großen' Nationalitäten in der Führung der regionalen Organisationen" (Viteri 1997: 56) geführt. Die schiere Größe der Nationalitäten der Kichwa und Shuar macht somit eine Beachtung der internen Diversität schwierig.

Die CONAIE selbst hat drei exekutive Instanzen: der alle drei Jahre stattfindende Kongress ist die höchste Instanz, auf der alle weiteren gewählt werden. Die zweithöchste Instanz ist die Versammlung, die dritthöchste der Regierungsrat (CONAIE o.J.: 5). Nach einer Schätzung des CODENPE von 2007 sind 804.801 Personen Mitglied in einer der 141 OZG der CONAIE in 16 Provinzen (Azuay, Bolívar, Cañar, Chimborazo, Cotopaxi, Esmeraldas, Imbabura, Loja, Morona Santiago, Napo, Orellana, Pastaza, Pichincha, Sucumbíos, Tungurahua, Zamora Chinchipe) (Ospina 2009: 124; IEE o.J.)[51]. Gerade das Mobilisierungspotential der CONAIE ist ein Alleinstellungsmerkmal auf internationalem Niveau. Zumindest bis 2002 gab es in Lateinamerika keine indigene Organisation mit vergleichbaren Strukturen und Möglichkeiten (Zamosc 2005: 197). Dazu kommt der innovative Diskurs und Forderungskatalog, der die Verbindung von ethnischen und sozialen Aspekten ermöglicht hat (Barrera o.J.: 152).

Politik der CONAIE

Einige der politischen Ideen und Strategien der CONAIE und ihrer Tochterorganisationen stammen aus den internationalen und kontinentalen Organisationsversuchen indigener Bewegungen um den Begriff des Indianismus ab Mitte der 1970er Jahre. Von besonderer Bedeutung ist der I. Kongress der Indio-Bewegungen Südamerikas (*I Congreso de Movimientos Indios de Sudamérica*) in Ollantaytambo,

51 Diese Ziffer war nicht überprüfbar. Auf Nachfrage hat die CODENPE mitgeteilt, keinerlei Daten über die Organisationen der Indigenenbewegung zu erheben – sondern nur über die indigenen Völker und Nationalitäten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Peru, 1980, an dem Vertreter von Organisationen Perus, Ecuadors, Kolumbiens, Venezuelas, Brasiliens, Boliviens, Paraguays, Argentiniens, Chiles und einige Beobachter anderer Länder teilnahmen. Er baute auf dem I. Indioparlament des Cono Sur (*I Parlamento Indio Americano del Cono Sur*) auf, das 1974 in Asunción, Paraguay, stattgefunden hat und zur Gründung des Weltrates der Indio-Völker (*Consejo Mundial de Pueblos Indios*, CMPI) 1975 in Port Alberni, Kanada, geführt hat. Dieser, wie der auf dem I. Kongress der Indio-Bewegungen Südamerikas gegründete Indio-Rat Südamerikas (*Consejo Indio de Sudamérica*, CISA) mit Sitz in La Paz, Bolivien, vertritt die indigenen Organisationen international bis in die 1990er und wirkt bis heute nach (AAVV 1985: 162).

Einige der auf dem Kongress 1980 beschlossenen Positionen spiegeln sich in denen der CONAIE wider. So widmet sie sich – ohne das als Indianismus zu bezeichnen – dem „Wiederfinden und der Identifikation mit unserer historischen Vergangenheit" (AAVV 1985: 163), also dem traditionellen Kommunitarismus der indigenen Völker (AAVV 1985: 163) als Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem und den traditionellen moralischen Prinzipien des „ama swa, ama llulla y ama qhe lla" (AAVV 1985: 164), nicht lügen, nicht stehlen, nicht faul sein. Auch die damals vorgeschlagenen Strategien wurden von der CONAIE und ihren Mitgliedsorganisationen aufgegriffen:

„a) Wenn das Indio-Volk die Mehrheit stellt, wird sein direktes Ziel die Machtergreifung sein. b) Wenn das Indio-Volk in der Minderheit ist, sollte es eine Autonomie erreichen, ohne auf das Recht zu verzichten, mit anderen Gruppen des Volkes Aktionen zu planen, ohne aber seine Unabhängigkeit und kulturelle Identität zu gefährden." (AAVV 1985: 164)

Die CONAIE und die FENOCIN waren bis 1987 Mitglieder der CISA, sie schieden wegen der geringer werdenden externen Finanzierung dieser aus. Ihre letzte Teilnahme in diesen Institutionen war auf der IV. Generalversammlung des CMPI 1992 in Tromsoe, Norwegen. Der CMPI existiert heute nicht mehr[52].

Da die beschriebenen Institutionen vor allem für Peru und Bolivien von Bedeutung sind, während die ecuadorianischen Organisationen andere Strukturen aufzubauen versuchten, überrascht die Übernahme der Positionen von CISA und CMPI durch die CONAIE. So kombinierte sie von Beginn an in ihrer Strategie den sozialen Protest in breiten Bündnissen mit der Schaffung eigener Räume innerhalb des Staates. Über konstante Verhandlungen mit staatlichen Organen erlangte sie Kontrolle über einige der Institutionen, die sich mit indigenen Angelegenheiten beschäftigten, zuerst die der zweisprachigen Erziehung. Auch die Erhebungen von 1990, 1992 und 1994 führten – trotz der weitgehenden Forderungen – zu wenig radikalen

52 Mit Dank an Tomás Condori für die wertvollen Informationen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Verhandlungen der CONAIE mit dem Staat, die ihre Position stärkten ohne dabei durch überzogene Forderungen zum Scheitern verurteilt zu sein (Ospina 2006: 104). Die CONAIE ist also gespalten zwischen sozialer Bewegung und politischem Akteur. Auf der einen Seite dient ihr anti-systemisches, kritisches Programm als Mobilisierungsstrategie und Garant für ihren Erfolg, auf der anderen Seite wird dieser Erfolg durch die realpolitischen Verhandlungen mit dem Staat gefährdet (Ojeda Segovia 2004: 23) – die aber gleichzeitig Gewinne und Kompromisse erlauben, die das Weiterbestehen der Organisation sichern.

Vielleicht ist diese doppelte Strategie der Verhandlung mit dem Staat (innen) bei gleichzeitigem Druck auf dem Staat (von außen) mit der „doppelten Dimension" (Becker 2008b: 45) der Unterdrückung der Indigenen in Verbindung zu bringen, also ihrer Konstituiertheit als Klasse und als Ethnie. „Die Forderungen haben sich […] um zwei Achsen gedreht, die eine verbunden mit dem Wohlergehen der gesamten armen Bevölkerung des Landes und die andere mit Aspekten des spezifischen Wohlergehens der indigenen Völker." (García Serrano 2001: 76) Eine Verbindung beider Strategien, der der Teilhabe und der der Autonomie, kann man im Diskurs der CONAIE finden. Begriffe wie Plurinationalität, kollektive Rechte, Territorialität oder Autonomie „bildeten den Rahmen für ihre Aktionen während der gesamten Dekade [der 1990er, P.A.]" (Minkner-Brünjer 2009: 157) und der daran anschließenden Zeit. Die CONAIE versteht sich als „Regierung der indigenen Völker und Nationalitäten Ecuadors" (CONAIE o.J.: 6), die „den Prozess des Aufbaus des Plurinationalen Staates und der Ausübung der kollektiven Rechte anführt" (CONAIE o.J.: 6). Diese Forderung – zusammen mit den anderen Prinzipien der CONAIE, Plurikulturalität, Interkulturalität, Einheit in der Verschiedenheit, Solidarität (CONAIE o.J.: 7) – hat sich seit 1990 zum Kristallisationspunkt des Kampfes der CONAIE und der Zivilgesellschaft als Ganzes entwickelt (García Serrano 2001: 74f.). Die Indigenenbewegung und die CONAIE schufen „begriffliche Instrumente" (CONAIE 1989: 279), wie indigene Nationalität, Territorien, kulturelle Differenz, selbstbestimmte Entwicklung. Auch dadurch unterscheiden sich die Aktionen der CONAIE von denen der anderen großen indigenen Organisationen – die Einbindung lokaler kultureller Praktiken und Traditionen in die nationale Politik über Begriffe wie Plurinationalität ist etwas völlig neues in Ecuador (Korovkin 1999: 10).

„Diese Symbiose des Ethnisch-Kulturellen mit dem Klassenbegriff und seiner Dimension in Bezug auf das Staats- und Entwicklungsmodell […] bedeutet, dass die indigenen Völker und Nationalitäten einen qualitativen Fortschritt in der doktrinären Entwicklung eines politischen Denkens, das auf die Wirklichkeiten seiner Völker und der Ecuadors heute antworten kann, gemacht haben." (Pacari 2007: 24)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die CONAIE will sich mit dem Kampf um Identität als „Referenzpunkt für den Rest der ecuadorianischen Gesellschaft“ (CONAIE 1992a) behaupten. Ihr Einstehen für Differenz und Andersheit konnten sich mit den Begriffen der traditionellen Linken im Kampf gegen die wirtschaftliche Umgestaltung der letzten 20 Jahre verbinden und so konnte sich „die ecuadorianische Indigenenbewegung in der Avantgarde des gesellschaftlichen Widerstands gegen die neoliberale Politik platzieren“ (Ramírez Gallegos 2009: 65). Dadurch konnte sie sich der Gesamtgesellschaft im Rahmen einer „Strategie der Sichtbarkeit“ (Resina de la Fuente 2011: 114) als attraktiver zivilgesellschaftlicher Akteur mit moralischem Führungsanspruch zu präsentieren. Die Suche nach Allianzen drückt sich auch im Spruch „‚nichts für die Indios, alles für alle‘“ (Resina de la Fuente 2011: 112) aus, der eine kommunitäre Neugründung des Staates für die gesamte Gesellschaft ausdrückt. Die CONAIE sieht den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, sowohl von Seiten des Staates und der Gesellschaft als auch von Seiten transnationaler Unternehmen (CONAIE 2005), als grundlegendes Ziel ihrer Arbeit (CONAIE o.J.: 7f.). So konstituiert sich die CONAIE als „post-marxistisch“ (Black 1999: 4), in dem Sinne, dass sie die klassischen marxistischen Begriffe ablehnt und statt der Machtergreifung einer Klasse eine radikale und inklusive Demokratie anstrebt, in der alle Gruppen gleichermaßen repräsentiert sind. Die Mischung von identitären und klassistischen Sichtweisen erlaubte die Entwicklung „alternativer Pfade zu einem modernen Verständnis der Nationalidentität“ (Black 1999: 4).

Die CONAIE ist eine pluralistische Organisation, die kollektive Forderungen nach sozialen Wandel mit unkonventionellen Taktiken und alternativen politischen Aktionen in einem Kontext sozialer Konfliktivität umsetzen will (Sánchez/Freidenberg 1998: 71). Dem neoliberalen Staat soll eine inklusive Alternative entgegengestellt werden, der anti-neoliberale und globalisierungskritische mit ethnokulturellen Forderungen verbindet: der plurinationale Staat (García Serrano 2005: 4). Als eine solche Alternative wurde er schon früh definiert – etwa auf dem zweiten Kongress der CONAIE 1988 (CONAIE 1988 in Simbaña 2006: 66f.). Die CONAIE sucht – mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Laufe ihrer Entwicklung – Allianzen und Koalitionen mit anderen sozialen Bewegungen und Sektoren wie den Gewerkschaften, politischen Organisationen, Studentenorganisationen etc., die im Rahmen gegenseitigen Respekts und gleichartiger Ziele für die politische und wirtschaftliche Befreiung kämpfen – und in letzter Instanz für den Aufbau des „Neuen Plurinationalen Staates und der Neuen Interkulturellen Gesellschaft“ (CONAIE 2001: 17). Dieser soll sich durch eine partizipative Demokratie und eine Dezentralisierung der Macht und der wirtschaftlichen Ressourcen auszeichnen (CONAIE 2005). Da die CONAIE – im Gegensatz zu den Gewerkschaften und FEI und FENOCIN – nicht unter dem Einfluss einer politischen Partei entstanden ist, konnte sie ihren Diskurs freier entwickeln und sozialistische Elemente mit ethnisch-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kulturellen Elementen verbinden (Salamea 2006: 54f.). Die CONAIE ist also eine kollektive und identitäre Organisation, die der Gesamtgesellschaft die Idee eines plurinationalen Staates anbieten kann (Pacari 2007: 26f.) – und damit auch einen Schwachpunkt hat. Spätestens seit die CONAIE 1990 ins Zentrum der sozialen Bewegungen getreten ist, ist ihre wichtigste Forderung die nach dem Aufbau eines plurinationalen Staates. Diese Beschränkung ist zusammen mit ihrer eingeschränkten Basis – Indigene – und ihrer – zumindest von 1996 bis 2005 – fehlgeleiteten Koalitionspolitik ein Grund für die schwere Krise, die die CONAIE seit 2003 durchlitten hat (Hidalgo 2005: 344).

Die Integration verschiedenster Gruppen und politischer Einstellungen innerhalb der CONAIE ist nicht ohne Konflikte abgelaufen, die immer noch andauern und zu bestimmten Zeiten wieder aufflammen. In den ersten Jahren hat das an den Mitgliedsorganisationen – und nicht den Völkern und Nationalitäten – ausgerichtete Organisationsmodell interne Kritik hervorgerufen, da es die interne Pluralität nur bedingt widerspiegelt (Viteri 1997: 56). Ein Weg, diese Probleme zu reduzieren, war die Umgestaltung der CONAIE von einer Konföderation von Organisationen zu einer Konföderation von Völkern und Nationalitäten, die ab etwa 1996 angestrebt (Viteri 1997: 57), allerdings nur bedingt erreicht wurde. Ein Zeichen dieses versuchten Wandels ist die Namensänderung der Kongresse der CONAIE und ihrer Mitgliedsorganisationen ab 2000, die auch deren Zählweise verändert hat.

Strömungen in der CONAIE

In der Indigenenbewegung Ecuadors gibt es zwei politische Richtungen – der traditionellen Klassenanalyse, wie sie vor allem FEI und FENOCIN betreiben, steht eine eher ethnisch orientierte Position gegenüber, die die sozialen Probleme als Konsequenz der Unterdrückung der Indigenen sieht. Dazu kommt die originäre Position der CONAIE, die beide Perspektiven zu integrieren versucht (CONAIE 1989: 281). Bis in die 1970er Jahre waren die Kategorien ‚Indigene' und ‚Bauern' im Sinne der traditionellen Linken weitgehend identisch – sie wurden als Teile eines entstehenden Landproletariats verstanden, also als Klasse. Auch das sich daran anschließende Verständnis der Indigenen als Ethnie sah sie als Landarbeiter und somit als Teil einer Klasse. Die Strategie, die sich aus diesem Verständnis ableitete, war ein breites Bündnis aller Arbeiter und Bauern als einziger Weg zu einer gerechteren Gesellschaft (Ruiz 1991: 477). Die Krise der politischen Linken in den 1980er und 1990ern führte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Indigenenbewegung zu einer Abkehr von sozialistischen Positionen, wodurch die ethnischen Tendenzen an Bedeutung gewinnen konnten (Simbaña 2009: 163). Der Aufstieg von ECUARUNARI und CONFENIAE etablierte ein Verständnis der Indigenen als qualitativ von den Bauern verschieden – eben durch ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie und die damit verbundene Identität und Geschichte. Daraus leitete sich – in

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einigen Fällen – eine Strategie der Autonomie und ethnischen Eigenständigkeit ab, in dem Sinne, dass die Probleme der Indigenen von den Indigenen selbst gelöst werden müssen. Statt gemeinsam mit anderen Unterdrückten Gleichheit zu fordern, wurde die Verteidigung des Eigenen, des in der Gesellschaft Anderen, angestrebt. Diese teilweise offen rassistische Position wurde nur von einer Minderheit vertreten – die aber internationale Unterstützung bekam, etwa von NRO wie ‚Cultural Survival' (Ruiz 1991: 477). Beide Tendenzen treffen vor allem in der CONAIE, die Organisationen aus beiden Traditionen umfasst, aufeinander (Minkner-Brünjer 2009: 140).

So ist die Entwicklung der CONAIE auch eine Geschichte der Konflikte zwischen diesen beiden Strömungen und dem Versuch, sie in einer Organisation zu integrieren. Eine Strömung, die – über den Aufbau eines plurinationalen Staates – eine größere Teilhabe der Indigenen an staatlichen Entscheidungen erreichen will, steht einer anderen Strömung gegenüber, die sich mehr an sozialer Gerechtigkeit orientiert – und so auch andere soziale Bewegungen leichter einbinden kann (Barrera 2002: 100). Innerhalb dieser Strömungen gibt es jeweils radikale Gruppen, die die jeweiligen Forderungen weiter zuspitzen. Eine Gruppe stellt rein ethnische Forderungen in das Zentrum ihres Handelns und ist teilweise rassistisch in dem Sinne, dass sie die Indigenen den Mestizen gegenüberstellt. Einige Personen dieser Gruppe wollen eine völlige Vertreibung der ‚Invasoren' und eine Rückkehr zu präkolumbischen Verhältnissen[53]. Eine weitere Gruppe ordnet den ethnischen Aspekt dem Klassenaspekt unter und versteht die Indigenen in erster Linie als Bauern. Die dritte Strömung will die beiden vorigen vereinigen und geht davon aus, dass „der indigene Kampf eine doppelte Dimension hat: Klasse und Ethnie" (CONAIE 1989: 281). Sie will im Rahmen eines Kampfes um Respekt alle Formen von Unterdrückung und Diskriminierung abschaffen (Maldonado 2006: 90). Diese Position hat die CONAIE von Beginn an eingenommen und von dort aus nach Allianzen für eine Veränderung der Gesellschaft gesucht. Dennoch bestehen die beiden anderen Strömungen auch innerhalb der CONAIE weiter. Die Bezeichnungen für die Strömungen sind nicht einheitlich. Die ethnische Strömung wird von Beteiligten und Forschern „indigenistisch" (Saltos/Vázquez 2005: 372), „ethnisch oder indianistisch" (Ruiz 1991: 477), „indianistisch-rassistisch" (Barrera o.J.: 160f.), „ethnizistisch" (Simbaña 2007: 22), „kulturalistisch" (Simbaña 2008a: 237), „anthropologisch" (Simbaña 2009: 163), „ethnozentrisch" (Simbaña 2009: 163), „ethnopopulistisch" (Rodríguez/Martínez 2000: 76) genannt, die klassenanalytische Strömung „alternativ" (Saltos/Vázquez 2005: 372), „klassistisch" (Barrera o.J.: 160f.;

53 Eine solche Gruppe ist in Ecuador nicht nachweisbar – ein politischer Gebrauch dieser Bezeichnung, um bestimmte Strömungen innerhalb der CONAIE auszugrenzen, ist wahrscheinlich.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Simbaña 2008a: 237), „historisch“ (Simbaña 2007: 22), „links“ (Simbaña 2007: 23).

Die CONAIE hatte schon früh den Anspruch, beide Strömungen zu integrieren. In diesem Sinne spricht sie von einem „doppelten Charakter unserer Problematik: als Mitglieder einer Klasse und als Teil verschiedener indigener Nationalitäten“ (CONAIE 1989: 261f.). Diese Vorstellung hat ihren Ursprung zu Beginn der 1980er Jahre. Nina Pacari, die den Aufbau von ECUARUNARI und CONAIE eng begleitet hat, formulierte schon 1984:

„Wir sind ein Teil der Ausgebeuteten dieses Landes, aber wir werden auch politisch und kulturell beherrscht, denn wir sind unterdrückte Nationalitäten. Unser Problem ist nicht nur eines des Klassenkampfes, sondern es ist auch ein Volkskampf, als Volk. Wir wollen, dass unsere Existenz anerkannt wird. Das bedeutet nicht, dass wir uns isolieren, im Gegenteil, wir sind in den Kämpfen und mit den Kämpfen.“ (Pacari 1984: 118f.)

Die Unfähigkeit der früheren indigenen Organisationen wie der FEI und der FENOCIN, diesen Komplex angemessen zu erfassen, trug dazu bei, dass die Probleme der Indigenen nicht gelöst werden konnten (CONAIE 1989: 261f.). Also versucht die CONAIE, eine einseitige Sicht zu vermeiden. „Klasse und Ethnizität erschienen zur gleichen Zeit konflikthaft und sich gegenseitig verstärkend.“ (Becker 2008a: 167) Dennoch war meist ein Übergewicht der klassistischen Strömung zu erkennen, was einige Forscher zum Schluss kommen ließ, dass die „CONAIE ethnische Identitäten benutzte, um eine wirtschaftliche Agenda zu befördern“ (Becker 2008: 170). Sie sah sozioökonomische Ungleichheiten – und nicht die Anwesenheit unterschiedlicher ethnischer Gruppen – als Grund für die nationalen Probleme (Becker 2008: 173).

Die Strömungen haben – tendenziell – verschiedene geographische Zentren, abhängig von der Struktur und Geschichte der Indigenen in den jeweiligen Regionen. So fand die wirtschaftliche Integration der Indigenen im Andenhochland viel früher und intensiver statt als in anderen Gebieten Ecuadors. Die ersten Mobilisierungsversuche und Gründungen von Gewerkschaften in den 1920ern, ebenso wie die Bemühungen der befreiungstheologischen Strömungen der katholischen Kirche ab den 1960ern legten die Grundlage für eine eher sozialistische Ausrichtung der heutigen Organisationen dieser Region. Daher war das Ziel dieser „indigenen Bauernströmung“ (Barrera 2001: 142) lange Zeit die Selbstbestimmung der Indigenen, im Sinne einer Stärkung der traditionellen Strukturen in den indigenen Siedlungen (Ramírez Gallegos 2009: 70), bei gleichzeitiger Suche nach Allianzen mit anderen klassistischen Organisationen (Ibarra Illanez 1987: 142). So verbindet sich der Kampf um Land als klassistische Politik mit dem Bezug auf die indigenen Kommunen als ethnischer Hintergrund (Barrera 2001: 143). Typische Aktionsformen dieser

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Strömung entstammen der gewerkschaftlichen und linken Tradition: direkte Aktion, Streik, Märsche, Besetzungen. Viele der Führer dieser Strömung, wie etwa Ricardo Ulcuango, José María Cabascango, Estuardo Remache, Miguel Lluco, Leonidas Iza[54] und Luis Macas haben akademische Bildung und entstammen den OZG des Hochlandes (Barrera 2001: 142).

Ein Sonderfall im Andenhochland ist die „intellektuelle, ethnisch-kulturelle Strömung" (Barrera 2001: 143) in und um Otavalo, die sich in den 1970er Jahren entwickelt. Otavalo ist nicht von Bauern, sondern von Händlern und Handwerkern geprägt, die wenig Interesse an einer Landreform haben, sondern eher ethnische Forderungen aufstellen und mit neuen Organisationsformen erreichen wollen (Ibarra Illanez 1987: 144). Sie legen großen Wert auf die Bildung ihrer Kinder, die sie dank ihrer finanziellen Ressourcen fördern können (Flores 2005: 55f.). Kulturelle Forderungen wie der Kampf gegen Diskriminierung und die Verteidigung historisch bedeutsamer Orte werden in dieser Zeit für die Organisationen Otavalos zentral (Barrera 2001: 143). In Otavalo entstanden in den 1970ern eine Reihe kultureller Organisationen wie *Conjunto Rumiñahui*, *Indo América*, *Ñanda Mañachi* und *Obraje*, die die Traditionen der Kichwa erforschten und versuchten, erneut zu beleben, darunter das Fest des Inti Raymi, der die frühere Bezeichnung San Juan ersetzte (Kowii o.J.: 1). Er wurde 1976 zum ersten Mal wieder gefeiert (Kowii o.J.: 1f.). Zu diesen Organisationen gehörte auch ein Studentenklub in Peguche, der 1976 zur einflussreichen Kulturwerkstatt *Taller Cultural Causanacunchic*[55] wurde. In dieser Werkstatt versuchten ungefähr 50 Schüler und Studenten der urbanen Mittelschicht Otavalos und Cotacachis (Hoy 2001; Ortiz Crespo 2009: 16) die Identität der Kichwa zu stärken und zu verteidigen. Dazu organisierten sie kulturelle Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Unterstützungskomitees für indigene Schüler und Studenten. Weiterhin baute die Kulturwerkstatt 1978 die sozialwissenschaftliche Bibliothek Amauta (Kowii o.J.: 1f.) mit Schwerpunkt auf indigene Themen auf und eine Studiengruppe, die die Beziehungen zwischen Indigenen und Nichtindigenen untersuchte (Huarcaya 2011: 208f.). So begannen die daran teilnehmenden Studenten, ihre indigene Identität über ihre Kleidung, wie Hüte oder Ponchos auszudrücken (Flores 2005: 39) und kamen zum Vorschlag, dass Indigene in der Öffentlichkeit nicht mehr ihre Hüte abnehmen sollen – wie es seit der Kolonie üblich war, wenn ein Indigener einem Weißen begegnete (Huarcaya 2011: 210). Von 1976 bis 1980 leitete Ariruma Kowii (UASB o.J.), von 1980 bis 1985 Nina Pacari die Kulturwerkstatt. Auch Luis Maldonado war von 1976 bis 1982 Mitglied (Cultura Andi-

54 Der sich später als Vertreter der eher ethnisch orientierten Strömung herausstellen sollte (Mayer 2008: 74).

55 Causanacunchic bedeutet: wir haben gelebt, wir leben und wir werden leben (Pacari 1984: 118).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

na o.J.), ebenso Auki Tituaña, Blanca Chancoso (Huarcaya 2010: 312f.) und Mario Conejo (Hoy 2001). Gemeinsam las man Klassiker der lateinamerikanischen Literatur aber auch sozialistische und wissenschaftliche Texte. In diesem Zusammenhang beschlossen einige der Teilnehmer, ihre mestizischen Namen abzulegen. So wurde aus Segundo Antonio mit Bezug auf einen Sohn des Inkas und einen peruanischen Berg Auki Tituaña, aus María Esther Vega Nina Pacari (was Licht des Sonnenaufgangs bedeutet) und aus Jacinto Conejo Ariruma Kowii (nachdenklicher Mann) (Abad o.J.). Im *Taller Cultural Causanacunchic* wurde eine Kritik der sozialistischen und klassistischen Strömungen artikuliert, die die Ethnie nur als einen Nebenwiderspruch oder gar als falsches Bewusstsein verstanden (Huarcaya 2010: 311f.). Diese wirkte mit dem zunehmenden Engagement seiner Mitglieder in den Organisationen der Indigenenbewegung auch auf die OZG der Region, die FICI. Die Mitglieder der Kulturwerkstatt konnten die FICI beim Ausbau ihrer Programme in den Bereichen Land, Bildung, Gesundheit und Kommunikation unterstützen und so die Organisation stärken und ihre eigenen Ideen einbringen (Ortiz Crespo 2009: 18). Wegen der bis zu diesem Zeitpunkt eindeutig klassistischen Ausrichtung der FICI fand diese Integration allerdings nicht ohne Probleme statt (Flores 2005: 39).

Eine vergleichbare wirtschaftliche Integration erlebte das Amazonasgebiet erst in den 1960er Jahren, verbunden vor allem mit der wachsenden Erdölförderung. Die Indigenen des Andenhochlandes waren zu diesem Zeitpunkt schon lange als Bauern in die Nationalgesellschaft integriert – daher auch ihre Forderung nach einer Landverteilung. Im Amazonasgebiet kam es erst in den letzten 50 Jahren zu einer vergleichbaren Integration, die mit einer Verteidigung der ethnischen Identität beantwortet wurde – und nicht mit den klassischen Forderungen der Bauernbewegung (Fontaine 2001: 61). Die ethnische Zugehörigkeit war und ist stärker ausgeprägt als im Andenhochland – weshalb sie die Forderung nach – kulturell definierter – Territorialität der andinen Forderung nach Land zur Bewirtschaftung entgegenstellten (Korovkin 2008: 3). Im Amazonasgebiet spielte die „Wiedergewinnung und Verteidigung der indigenen Territorien" (Ramírez Gallegos 2009: 70) eine wichtige Rolle – etwas, das die Organisationen des Andenhochlandes kaum anstrebten. Daher wurden hier die Begriffe von Territorialität, Nationalität und Autonomie entwickelt, die heute zentral im Diskurs der CONAIE sind (Barrera 2001: 144). Insbesondere die Kichwa des Amazonasgebietes, vor allem die aus Pastaza und der OPIP, haben eine Gruppe von Führungspersönlichkeiten entwickelt, die aus einflussreichen Familien stammen und die Entwicklung der CONAIE lange bestimmen sollten. Dazu gehören Alfredo Viteri, Leonardo Viteri, César Cerda und Antonio Vargas (Barrera 2001: 144).

Auch wenn die geographischen Unterschiede eine wichtige Rolle für das Entstehen der verschiedenen Begriffe und ideologischen Positionen spielen, sollte ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. Tatsächlich ist zu betonen, dass die verschie-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

denen Strömungen – trotz gewisser geographischer Schwerpunkte – in allen Organisationen der CONAIE und teilweise auch den anderen Organisationen der Indigenenbewegung vorhanden sind (Ruiz 1991: 477). So kommt Floresmilo Simbaña zu folgender Einschätzung:

„Mir scheint, es ist nicht richtig zu sagen, dass es eine klassistisch gefärbte und eine andere, ethnisch oder kulturalistisch gefärbte Organisation gibt. Ich habe den Eindruck, dass diese Tendenzen nicht nach Organisationen auftreten, sondern als Tendenzen innerhalb jeder Organisation." (Simbaña 2008a: 237)

Weiterhin sind diese Tendenzen meist eher Neigungen als radikale, nicht verhandelbare Positionen. Es liegen keine Texte vor, die sich eindeutig den radikal klassistischen oder ethnizistischen Strömungen innerhalb der Indigenenbewegung zuordnen lassen. Daher ist zu vermuten, dass diese Bezeichnungen in erster Linie Kampfbegriffe innerhalb (etwa in FENOCIN 1999) oder außerhalb (in einigen Reden von Rafael Correa) der Bewegung sind. Die radikalen Strömungen konnten sich spätestens seit den 1980ern nicht behaupten – ganz im Gegensatz etwa zu Bolivien und dem radikal ethnizistischen Diskurs der Kataristas und von Felipe Quispe. Auch wenn sich einzelne Personen den radikalen Strömungen zuordnen lassen, dient die Beschuldigung, rein klassistisch oder rein ethnizistisch zu argumentieren, vor allem zur Ausgrenzung der gemäßigt klassistischen oder ethnizistischen Strömungen.

Die Wahl Antonio Vargas zum Präsidenten der CONAIE 1996 hat die Konflikte zwischen den beiden Strömungen offensichtlich gemacht. Er und seine Unterstützer konnten die eher klassenanalytisch orientierten Tendenzen aus den meisten Führungsinstanzen verdrängen (Simbaña 2007: 22). Somit gab es ein „Wiederauferstehen einer ethnizistischen und ethnopopulistischen Tendenz, die man als aus der Indigenenbewegung verdrängt betrachtet hatte" (Rodríguez/Martínez 2000: 76) Diese Strömung sollte bis zur Krise der CONAIE 2003/2004 die Politik der Indigenenbewegung bestimmen.

„[D]ie soziopolitischen Konflikte der zweiten Hälfte der 1990er und der ersten Jahre nach 2000 werden als klare politisch-kulturelle Probleme gelesen […]. Es ist kein Zufall, dass in dieser Periode die Mehrzahl der Berater des Führungsstabes indigene und nicht-indigene Anthropologen waren." (Simbaña 2009: 164)

Die Forderung der Plurinationalität wurde nun als Konzept der ethnischen Identität und sozialen Differenz verstanden – und nicht mehr als gesamtgesellschaftlichen Vorschlag, eine auf Ausgrenzung und Ungleichheit basierende Gesellschaft zu verändern, wie sie bis dahin gemeint war (Simbaña 2009: 164). Daher geht das

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Interesse der CONAIE an Allianzen und Kooperationen mit anderen sozialen Bewegungen in dieser Zeit zurück – eine Entwicklung, die von einigen Regierungen gefördert wird (Rodríguez/Martínez 2000: 78). „[D]er politisch-wirtschaftliche Konflikt wird [...] als soziokulturelles Problem gesehen" (Simbaña 2007: 22), durch den Einfluss des neuen Führungspersonals um Vargas wird „der kulturelle Konflikt auf ein ethnisches Problem reduziert" (Simbaña 2007: 22). In der zweiten Hälfte der 1990er stellte die CONAIE die kulturellen Konflikte in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit (Simbaña 2008a: 237). Daher wird das eher wirtschaftlich und politisch ausgerichtete, „antikapitalistische" (Simbaña 2007: 22) Politische Projekt von 1994 1997 und 2001 reformiert, um es weniger radikal zu gestalten und die ethnische Sichtweise – anstelle der sozio-kulturellen – zum Ausgangspunkt für Gesellschaftsanalyse und politische Aktionen zu machen (Simbaña 2007: 22).

Die CONAIE als „identitäre Organisation mit bis jetzt größter Mobilisierungs- und Forderungskapazität Lateinamerikas" (Bretón 2003: 219), bediente sich zunehmend der „Ethnizität als Strategie" (Bretón 2003: 219). Die Neu-Konstruktion der indigenen Identität „als Quelle der Einheit und Stärke in ihrem Kampf" (Crnic 2009: 45) hatte den Aufstieg der CONAIE erst erlaubt. Durch den Bezug auf die indigene Identität konnte sie internationale Ressourcen und Projekte in die indigenen Gemeinden bringen – wodurch die Organisationen allerdings ihrer Charakter als Plattformen für Forderungen und soziale Kämpfe verloren und zu Entwicklungsagenturen wurden. Das Bemühen um Entwicklungsprojekte schwächte die politische Ausrichtung der Organisationen ab, sie akzeptierten den ideologischen Hintergrund der Entwicklungshilfe, um sich mit deren Projekten in ihrem Stammland behaupten zu können (Bretón 2008: 129f.). Die Führer der Epoche der Landreform wurden durch neue Führer ersetzt, die die Sprache der Entwicklungshilfe beherrschten und wussten, wie man Projekte anlocken kann. Ihre Rhetorik wurde ethnizistischer und weniger kompatibel mit den anderen armen Sektoren der Gesellschaft, sie bereiteten den Boden für die „scharfe Repräsentativitätskrise" (Bretón 2008: 130) der CONAIE. Die Organisationen der Indigenenbewegung wurden durch ihre Integration in staatliche und nicht-staatliche Entwicklungsprojekte zu einer „Logik der Ergebnisse auf Kosten der Logik der Beratung" (Fontaine 2001: 65) gezwungen, wodurch sie die Einbindung in ihre Basis und damit ihre Legitimität verloren.

Nichtsdestotrotz bleiben die Forderungen nach Land und Territorium für die CONAIE zentral und entfalteten vor allem zwischen 2000 und 2005 ein hohes Mobilisierungspotential – das zur Überwindung der Krise der CONAIE nach 2003 beitrug (Simbaña 2008a: 239). Ein anderer Faktor beim Wiedererstarken der CONAIE ab 2005 war der Kampf gegen das von der Regierung Gutiérrez geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Er schwächte die ethnische Tendenz, die keinerlei Antworten auf die sozialen Probleme geben konnte, und eröffnete der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

linken Strömung neue Räume. Die indigenen Gemeinden waren von der mangelnden Effektivität der ethnischen Strömung enttäuscht, die weder die Machtstrukturen noch die Einkommensverteilung im Land verändern konnte (Büschges 2009: 58). Der Widerstand gegen die als neoliberal empfundene Politik spielte ab den 1990ern die Rolle, die in den 1970ern der Kampf um Land gespielt hatte (Korovkin 2008: 4). In diesem Prozess wurden die beiden Repräsentanten der soziopolitischen, eher klassistischen Strömung Humberto Cholango und Luis Macas zu den Präsidenten der ECUARUNARI und der CONAIE gewählt. Die Umstrukturierung der CONAIE erlaubte ihr, sich national und international weiter zu vernetzen (Simbaña 2007: 23; Simbaña 2009: 166) und zur traditionellen Politik der Bündnissuche in einer „breiteren Volksbewegung" (CONAIE 1989: 261f.) zurückzukehren. In diesem Kontext konnte sich die traditionelle Verbindung beider Strömungen erneut behaupten, erkennbar etwa in einer neuen Zentralität des Begriffs der Plurinationalität, als ein Begriff, der den sozialen Kampf gegen den Neoliberalismus und den kulturellen Kampf für Selbstbestimmung verbindet (Larrea 2008: 36).

d. MUPP-NP/Pachakutik

Gründung

Seit den 1980er Jahren gab es Initiativen in der Indigenenbewegung, eine indigene Partei zu gründen, um in der Parteipolitik von der traditionellen Bindung an die linken Parteien (Marmon/Kramer 2006: 2) unabhängig zu werden. Für die damaligen Parteien spielten die Themenbereiche Ethnie und Kultur – zentrale Interessenfelder der neuen Indigenenorganisationen der CONAIE – nur selten eine Rolle, weshalb sich die Indigenen von diesen Parteien nicht vertreten fühlten und andere Organisationsformen bevorzugten (Barre 1982: 70). Das kurzzeitige Engagement von CONAIE und FENOC in der linken Sammelbewegung FADI in den 1980ern wurde aus diesem Grund beendet (Huarcaya 2011: 255). Innerhalb der CONAIE wurde im August 1987 in Pujilí der Aufbau einer ‚Indigenen Politischen Front' diskutiert, die allerdings nie umgesetzt wurde (Santana 1992: 200). 1988 unterstützte die CONAIE die Kandidatur des Präsidentschaftskandidaten Rodrigo Borja der sozialdemokratischen Izquierda Democrática (ID) im zweiten Wahlgang (Rodríguez 2008: 157). Die Politik Borjas nach der gewonnenen Wahl entsprach nicht seinen Versprechen oder den Vorstellungen der indigenen Bewegung. Daraufhin rief die CONAIE seit 1990 stets zu einem Wahlboykott auf und erkannte die Wahlen nicht für sich an (Massal 2010: 23f.). Das änderte sich schrittweise ab dem dritten Kongress der CONAIE 1993, auf dem die Teilnahme an der Parteipolitik gründlich diskutiert wurde (Rodríguez 2008: 157). Es wurde die Teilnahme an lokalen Wahlen beschlossen, auch, weil in den mehrheitlich indigen besiedelten Gebieten Wahl-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erfolge erwartet wurden (Sánchez/Freidenberg 1998: 71)56. Seit einer Gesetzesänderung 1994 war es auch unabhängigen Bewegungen möglich, bei Wahlen anzutreten, ohne formal einer Partei angehören zu müssen (Sánchez/Freidenberg 1998: 72; Rodríguez 2008: 167f.).

Die Aktionen gegen die Wirtschaftsreformen der Regierung Durán Ballén, vor allem der Sieg des ‚Nein' bei der Volksabstimmung 1995, erlaubten eine politische Neupositionierung der sozialen Bewegungen (Ramírez Gallegos 2009: 73). Die Indigenenbewegung konnte einen ersten Erfolg feiern bei ihrer neuen Strategie, Druck von außerhalb mit Teilhabe innerhalb der Politik zu verbinden (Santillana/Herrera 2009: 335). Viele der an den Protesten beteiligten Organisationen unterstützten die Gründung einer eigenen Partei – die zu Beginn auch breite Unterstützung von den sozialen Bewegungen erfuhr (Simbaña 2009: 162). Ende 1995 verhandelten die wichtigsten Organisationen, die CONAIE, die CONFEUNASSC, die Gewerkschaft der Ölarbeiter, die Koordination der sozialen Bewegungen (*Coordinadora de Movimientos Sociales*, CMS)[57], die Bürgerbewegung für ein Neues Land (*Movimiento de Ciudadanos por un Nuevo País*) und einige Gruppen der politischen Linken über die Gestalt der zu gründenden Partei (Le Quang 2010: 112f.). Jede Strömung trug bestimmte Inhalte bei, der gemeinsame Nenner war der Aufbau einer Macht von unten in einem Kampf innerhalb und außerhalb der Institutionen (Becker 2008a: 168). Die Machterlangung auf lokaler und regionaler Ebene als langfristiges Ziel war ein zentraler Bestandteil dieser Strategie (García Serrano 2001: 71; Jijón 2006: 48; Büschges 2009: 49). Man kann gerade die Teilhabe indigener Politiker als Strategie der symbolischen Eröffnung einer Möglichkeit einer anderen Art von Macht verstehen, die ohne Indigene nicht mehr auskommt (Santillana/Herrera 2009: 340).

Auf einem Außerordentlichen Kongress der CONAIE im Januar 1996 wurde ihre Teilnahme an Wahlen auf allen Ebenen endgültig beschlossen. Es wurde darüber diskutiert, ob eine rein indigene Partei oder eine Frontbewegung verschiedener sozialer Bewegungen gebildet werden sollte, wobei die Form ‚Bewegung' auf begrifflicher Ebene eine Integration beider Bestrebungen erlaubte (Rodríguez 2008:

56 Dass diese Strategie nicht das Ende alternativer Mobilisierungsstrategien oder gar eine Institutionalisierung der Indigenenbewegung bedeutete, wie Sánchez/Freidenberg (1998: 71) behaupten, dürfte in der Geschichte der CONAIE klar geworden sein.

57 Die CMS wurde im Juni 1995 als Allianz verschiedener sozialer Bewegungen (der Afroecuadorianer, Frauen, Studenten und Bürgervereinigungen) unter der Führung von Marcelo Román gegründet. Ab der Volksabstimmung 1995 kooperierte sie mit der CONAIE (Alcántara/Marenghi o.J.: 9).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

167f.)58. Die amazonischen Organisationen konnten ihre Forderung nach einer rein indigenen Partei nicht durchsetzen (Guerrero/Ospina 2003; Ramírez Gallegos 2009: 74) – eine Quelle für Spannungen bis heute (Sánchez/Freidenberg 1998: 72).

Nur einen Monat später wurde die Bewegung der Plurinationalen Einheit Pachakutik-Neues Land (*Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik-Nuevo País*, MUPP-NP) formal gegründet (Sánchez/Freidenberg 1998: 72). Der Name der Bewegung spiegelt die verschiedenen Interessen wider, die in der MUPP-NP zusammenfließen. Der Bestandteil ‚Plurinationale Einheit' stammt von den andinen Organisationen der CONAIE (Santillana/Herrera 2009: 335), ‚Pachakutik' von den indigenen Organisationen des Amazonasgebietes und ‚Neues Land' von einer urbanen, politisch linken Gruppe aus Cuenca (Albó 2009: 217), die sich für eine ethische Politik einsetzte und ein Wirken der indigenen Forderungen auf nationaler Ebene ermöglichte (Sánchez/Freidenberg 1998: 72; Barrera 2001: 207f.). Zur gleichen Zeit konnte der Präsidentschaftskandidat dieser Gruppe, der Fernsehjournalist Freddy Ehlers, so Rückhalt in den ländlichen Gebieten gewinnen (Sánchez/Freidenberg 1998: 72). Die MUPP-NP stellte sich als neue Partei innerhalb der politischen Linken auf. Die traditionellen linken Parteien sind seit der Rückkehr zur Demokratie 1979 relativ schwach geblieben, wodurch die MUPP-NP mit ihrer inklusiven Ausrichtung und ihrer Kooperation mit urbanen Gruppen und Intellektuellen im Rahmen ihrer Begriffe von Interkulturalität und Plurinationalität großen Einfluss erlangen konnte (García Serrano 2005: 6). Gleichzeitig sollte die MUPP-NP autonom sein und ihre Unabhängigkeit auch von den Organisationen, aus denen sie entstammte, bewahren (Ramírez Gallegos 2009: 73). Sie war –anders als die bisherigen politischen Parteien – mit flachen Strukturen ausgestattet (Lalander/Gustafsson o.J.: 3) und baute auf eine kollegiale Teilhabe sowohl indigener als auch nicht-indigener Mitglieder, ohne charismatische Führer (Ramírez Gallegos 2009: 74). Daher sind die internen Strukturen der MUPP-NP denen einer sozialen Bewegung näher als denen der traditionellen Parteien in Ecuador – ohne dass sie dadurch etwas anderes als eine Partei im weiteren Sinne wäre (Lalander/Gustafsson o.J.: 3).

Die Teilnahme an den Wahlen 1996 war ein Erfolg für die MUPP-NP. Bei den Parlamentswahlen konnte die MUPP-NP 8 Abgeordnete, also 10% aller Abgeordneten, in den Kongress bringen, wodurch sie die viertstärkste Fraktion stellte (Alcántara/Marenghi o.J.: 19f.). Auch wenn der Präsidentschaftskandidat Freddy Ehlers (Sánchez/Freidenberg 1998: 72) mit einem beachtlichen Ergebnis von 20,6% als Drittplatzierter (Alcántara/Marenghi o.J.: 19) scheiterte, konnte die Bewegung eine Reihe ihrer Politiker auf den verschiedenen Ebenen in Ämter bringen, darunter

58 Der begrifflichen Klarheit zuliebe, und um eine Reduktion auf Begriffe wie soziale oder politische Bewegung zu vermeiden, wird die MUPP-NP hier als Partei bezeichnet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

53 Indigene – ein absolutes Novum im Land (García Serrano 2001: 71). Besonders hervorzuheben ist Auki Tituaña, der – mit der Unterstützung der FENOCIN-Filiale UNORCAC und der Sozialistischen Partei – zum Bürgermeister von Cotacachi gewählt wurde (Lalander/Gustafsson o.J.: 2). Dieser Fall ist auch insoweit besonders, als dass die CONAIE keine starke Präsenz vor Ort hat, sich die UNORCAC hingegen mit der MUPP-NP, also einer von der CONAIE dominierten Organisation, identifiziert. Tatsächlich bot die UNORCAC selbst Tituaña das Wahlbündnis an (Lalander/Gustafsson o.J.: 5f.). Die MUPP-NP übernahm also in Cotacachi die Rolle des Vermittlers, der ein erfolgreiches Wahlbündnis mit der Einbindung lokaler Akteure erst möglich machte (Lalander/Gustafsson o.J.: 6). Tituaña übte dieses Amt von 1996 bis 2009 aus.

Auch wenn die MUPP-NP eine klare politische Grundrichtung hat – den Kampf gegen den Neoliberalismus und für eine andere Art der Entwicklung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht (Santillana 2006: 218) – konnte sie sich nicht auf eine einheitliche Strategie einigen. Die Idee eines politischen Instrumentes, um die Souveränität des Volkes und der Völker wiederherzustellen und die Macht von unten nach oben aufzubauen, wurde nicht mit einer Perspektive der Machtübernahme verbunden. Das lag auch an den sehr breiten Allianzen, die der MUPP-NP zugrunde lagen und nicht in erster Linie politische oder ideologische Wurzeln hatten (Cholango in Tamayo 2007: 8). Dadurch wurde das Herausbilden einer politischen Linie jenseits eines grundsätzlichen Anti-Neoliberalismus erschwert (Simbaña 2009: 162).

Pachakutik war von Beginn an besonders im Hochland stark, wo sie die sporadische Kooperation indigener Organisationen mit den linken Parteien Izquierda Democrática und PS-FA weiterführte. Die zunehmende Schwäche dieser Parteien ab Mitte der 1990er Jahre erlaubte der MUPP-NP, deren Basis mit dem Versprechen einer Erneuerung der politischen Linken für sich zu gewinnen (Alcántara/Marenghi o.J.: 20). Die relative Hegemonie in den weniger bevölkerten Hochlandprovinzen führt dazu, dass die nationalen Wahlergebnisse der MUPP-NP meist hinter den Ergebnissen bei den lokalen Wahlen in diesen Provinzen zurückbleibt (Porras 2005: 103). In den ersten Jahren wurde die MUPP-NP auch von den anderen großen Indigenenorganisationen unterstützt, vor allem der FEINE (Porras 2005: 103) und der FENOC-I (FENOCIN 1999: 152). Diese Unterstützung endete mit dem steigenden Einfluss der CONAIE und der Hinwendung dieser Organisationen zu anderen Parteien.

Entwicklung

Nach den Wahlen 1996 verliert Ehlers seine Stellung in der MUPP-NP und wird von CONAIE und CMS verdrängt (Sánchez/Freidenberg 1998: 72) – ein erster Führungsstreit, der sich in den nächsten Jahren wiederholen sollte. Im November

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1997 trennte sich die Bürgerbewegung für ein Neues Land wieder von der MUPP-NP (Massal 2010: 12). Sie war der einzige Bestandteil der MUPP-NP, der keine soziale Bewegung war, sondern eine regionale Partei, die zwar einen kritischen Diskurs pflegte, jedoch deutlich hierarchischer ausgerichtet war. Diese Besonderheit verhinderte ihre Integration in die MUPP-NP (Collins 2006: 222f.).

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Ende 1997 konnte die MUPP-NP 10% der Sitze erringen (Zamosc 2005: 201). In diesem neuen Kontext spielte die neue politische Sprache der MUPP-NP um Begriffe wie Differenz, Autonomie, Plurinationalität oder Biodiversität eine wichtige Rolle. Neue Räume wurden eröffnet und altbekannte Vorstellungen, wie die der Nation, veränderten ihre Bedeutung (Sánchez/Freidenberg 1998: 76). Tatsächlich konnte die MUPP-NP eine Reihe ihrer Forderungen in der neuen Verfassung unterbringen, etwa die Erklärung Ecuadors zum plurikulturellen und pluriethnischen Staat im ersten Artikel und eine Reihe von sozialen und kulturellen Rechten. Die Integration der Territorialität in die Verfassung stellte eine rechtliche Grundlage für eine gewisse Autonomie in den indigenen Gebieten dar (Zamosc 2005: 201).

Die erneute Präsidentschaftskandidatur von Ehlers bei den Wahlen 1998 brachte ihn mit 14,74% der Stimmen auf den vierten Platz. Auch wenn er Kandidat der MUPP-NP war, trat er offiziell für seine eigene Partei Bürgerbewegung für ein Neues Land (*Ciudadanos por un Nuevo País*) an. Bei den Parlamentswahlen 1998 konnte die MUPP-NP auch in Verbindung mit anderen Parteien 9 Abgeordnete stellen, was 6% der Gesamtzahl an Abgeordneten entsprach (Alcántara/Marenghi o.J.: 19f.).

Im August 1999 fand in Quito der erste Kongress der MUPP-NP statt, auf dem zum ersten Mal Statuten der Partei beschlossen wurden. Dies sollte nicht nur die Funktionen innerhalb der Partei klären, sondern vor allem die Unterscheidung zwischen politischer und sozialer Bewegung erleichtern. Der Aufbau einer vergleichsweise traditionellen Struktur mit einem politischen Komitee und einem elfköpfigen Nationalen Exekutivrat sollte die Autonomie der Partei von ihren Gründungsorganisationen garantieren (Guerrero/Ospina 2003).

2000 wurde Mario Conejo für die MUPP-NP zum Bürgermeister von Otavalo gewählt, gründete jedoch 2006 eine eigene Partei, die Minga Intercultural (Lalander/Gustafsson o.J.: 2). Heute ist er Mitglied von Alianza PAÍS und weiterhin Bürgermeister Otavalos.

Die Wahlen 2002, bei denen die MUPP-NP eine Koalition mit der Partei des Ex-Militärs und Protagonisten des 21. Januar 2000, Lucio Gutiérrez, Partei Patriotische Gesellschaft (*Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero*, PSP) anstrebte, brachten ihr Gewinne. Sie konnte zum ersten Mal in Guayas und anderen Küstenprovinzen Kandidaten aufstellen (Collins 2006: 180f.). In der Koalition mit PSP und der postmaoistischen Demokratische Volksbewegung (*Movimiento Popular Democrá-*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tico, MPD) konnte sie 11 von 100 Sitzen im Parlament erobern (Alcántara/Marenghi o.J.: 16). Die MUPP-NP stellte sechs Minister, darunter den Minister für Landwirtschaft (Luis Macas), den Vizestaatsminister (Virgilio Hérnandez), die Minister für Erziehung, Tourismus und Sozialwesen sowie mit Nina Pacari die Außenministerin. Der spätere Bürgermeister von Quito für Alianza PAÍS, Augusto Barrera, war für die MUPP-NP Sonderbeauftragter für Dezentralisierung (Massal 2010: 19f.). Die Koalition zerbrach allerdings noch im August 2003 wegen der unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien über Wirtschaftspolitik. Die MUPP-NP warf Gutiérrez vor, seine Wahlversprechen gebrochen zu haben und der Politik des Internationalen Währungsfonds zu folgen (Alcántara/Marenghi o.J.: 19f.). Dies markierte den Beginn einer tiefen Krise sowohl der MUPP-NP als auch der CONAIE.

Eine Folge der Krise nach der Regierungsbeteiligung unter Lucio Gutiérrez 2003 war eine „Indigenisierung" (Wolff 2008: 126) der MUPP-NP, also eine Distanzierung von der früheren offenen Orientierung. Sie lehnte sich wieder näher an die CONAIE und deren Diskurs an (Alcántara/Marenghi o.J.: 28) und entwickelte sich in Richtung einer rein indigenen Partei (Wolff 2008: 126), die als „politischer Arm der CONAIE" (FENOCIN 2004: 24; Wolff 2010: 19) gesehen wird und sich als alleinige Vertretung der Indigenen versteht. Dennoch ist es übertrieben, die MUPP-NP als „Wahlapparat" (Petras/Veltmeyer 2005: 124) der CONAIE zu bezeichnen, da sie nach wie vor autonom agiert und nicht direkt von der CONAIE abhängig ist. Auch sind weiterhin nicht-indigene Mitglieder in der MUPP-NP aktiv und treten für ihre jeweiligen Interessen ein, etwas, das auf die CONAIE nicht zutrifft, die ausschließlich aus Indigenen besteht[59] und nicht den Anspruch erhebt, für andere Bevölkerungsgruppen zu sprechen (Tibán/García 2006: 11). Das Programm der MUPP-NP von 2006 beinhaltet soziale und wirtschaftliche Themen, jedoch nicht die genuin indigenen Themen wie Interkulturalität und Plurinationalität (MUPP-NP 2006). Diese Umorientierung – und damit der Bruch mit den anderen sozialen Bewegungen – soll eine Stärkung der indigenen Basis erlauben, die sich gerade in der Zeit der Regierungsbeteiligung nicht von der MUPP-NP vertreten fühlten (Wolff 2010: 19). Als Konsequenz verließen viele der urbanen und mestizischen Gruppen die MUPP-NP. Einige dieser Mitglieder der MUPP-NP aus dem Umfeld der Bürgerbewegung für ein Neues Land (NP) waren Mitbegründer der aktuellen Regierungspartei Alianza PAÍS (AP). So sind heute Fernando Cordero, von 1996 bis 2004 Bürgermeister von Cuenca für die NP, und Augusto Barrera und Virgilio Hernández mit ihrem *Foro Urbano* Mitglieder der AP und haben wich-

59 Das wurde bereits widerlegt (siehe Kapitel II.1.b) – entspricht allerdings dem Selbstverständnis der CONAIE.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tige politische Positionen für sie inne (Wolff 2010: 19). Freddy Ehlers ist seit 2010 ist Tourismusminister in der Regierung Correa.

Seit der Gründung der AP im Vorfeld der Wahlen 2006 entstand eine direkte Konkurrenz zwischen AP und MUPP-NP, die sich auch auf die indigenen Stimmen bezog. Die Verhandlungen über eine Koalition der beiden Parteien und eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatur von Correa und Macas 2006 scheiterten aufgrund der Ablehnung der CONAIE und MUPP-NP, die sich nicht dem weitgehend unbekanntem Correa als Präsidentschaftskandidat unterordnen wollten – während Macas Vizepräsidentschaftskandidat geworden wäre (Minkner-Brünjer 2009: 141). Die AP stützte sich deshalb auf die anderen indigenen Organisationen, vor allem die FENOCIN und in geringerem Maße die FEINE, wodurch diese an Einfluss gewinnen und CONAIE und MUPP-NP ihren Alleinvertretungsanspruch streitig machen konnten. Einige der Mitglieder dieser Organisationen schlossen sich auf verschiedenen Ebenen der Regierung und der Regierungspartei an (León Trujillo 2010: 17).

Die Wahlergebnisse für die MUPP-NP bei den Wahlen 2006 und den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2007 waren enttäuschend (Martínez Novo 2009: 2f.; Martínez Novo 2009a: 177). Bei der Verfassungsgebenden Versammlung konnte die MUPP-NP nur 4 Sitze für sich behaupten und wurde daher zusammen mit den traditionellen Parteien als marginalisiert und irrelevant betrachtet (Becker 2011: 50). Auch wenn sich die MUPP-NP bei den folgenden Wahlen stabilisieren konnte, ist ihre Position zur Regierung problematisch. Ähnlich der CONAIE entwickelte sie sich von einer kritischen Unterstützung hin zu einer klareren Opposition, wobei sie manche Vorhaben der Regierung unterstützt, andere wiederum kritisiert. 2009 näherte sie sich wieder der post-maoistischen MPD an, mit der sie eine Kooperation begann (León Trujillo 2010: 18).

Art der Wahl/Jahr	Prozent	Sitze (Gesamtsitze)
1996 Kongresswahlen		8 (80)
1996 Präsidentschaftswahlen (Ehlers)	20,61%	
1998 Kongresswahlen		9 (100)
1998 Präsidentschaftswahlen (Ehlers)	14,74%	
2002 Kongresswahlen		10 (100)
2006 Kongresswahlen		6 (100)
2006 Präsidentschaftswahlen (Macas)	2,19%	
2007 Verfassungsgebende Versammlung		4 (130)

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2009 Nationalversammlung		4 (124)
2013 Nationalversammlung (im Parteienbündnis *Unidad Plurinacional de las Izquierdas*)		5 (137)
2013 Präsidentschaftswahlen (Acosta)	3,26%	

Tabelle 5: Wahlergebnisse MUPP-NP, nach Meléndez (2007), eigene Abbildung

Zu Beginn ihrer Existenz waren die formalen Strukturen der MUPP-NP kaum ausgeprägt und ihre Basis nicht von der der Organisationen, die sie unterstützten, zu trennen. Auch wenn einige Führungsfunktionäre bestimmt wurden, waren „die Diskussions- und Entscheidungsräume zwischen CONAIE, CMS und MUPP-NP unter den Bedingungen der Logik der sozialen Bewegung mit großen Versammlungen völlig ununterscheidbar" (Barrera 2001: 220). Das änderte sich erst mit den Kongressen der MUPP-NP ab 1999, die zu einer Strukturierung der Partei führten. Bis zum zweiten Kongress der MUPP-NP 2001 gab es – wie bei den Indigenenorganisationen – keine Mitgliedschaft von Individuen, sondern nur von Organisationen (Collins 2006: 214).

Die MUPP-NP wird von einem Nationalen Exekutiv-Komitee (*Comité Ejecutivo Nacional*) geführt, vergleichbar mit dem Regierungsrat (*Concejo de Gobierno*) der CONAIE, das sich aus einem Koordinator, zwei Sub-Koordinatoren und jeweils 4 Sprechern aus den drei geographischen Regionen Ecuadors besteht. Früher bestand das Nationale Exekutiv-Komitee aus einem Koordinator, einem Sub-Koordinator, Abgeordneten der Mitgliedsorganisationen (CONAIE und Unterorganisationen, CONFEUNASSC und CMS). Dazu kamen 5 thematische Sprecher, ein Repräsentant der Bürgermeister der MUPP-NP und ein Repräsentant der Fraktion der Partei in der Nationalversammlung (Rodríguez 2008: 117). Es fand also ein Wandel von einer Struktur nach Mitgliedsorganisationen zu einer Struktur nach Regionen statt. Diese Führungsstruktur soll auch die Unabhängigkeit von den Gründungsorganisationen, allen voran der CONAIE, garantieren. Verschiedene Autoren machen darauf aufmerksam, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde und das Nationale Exekutiv-Komitee mehrheitlich von Vertretern der CONAIE kontrolliert wird (Alcántara/Marenghi o.J.: 8).

Jahr	Nummer des Kongresses	Teilnehmer	Ort	Besondere Neuerungen	Gewählter Koordinator
1999	I. Kongress		Quito	Strukturierung der MUPP-NP	Miguel Lluco

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2001	II. Kongress	500			Wieder-wahl
2003	III. Kongress	650	Riobamba	Aufarbeitung der Regierungsbeteiligung, Opposition zu Gutiérrez	Gilberto Talahua
2005	IV. Kongress		Ambato		Wieder-wahl
2007	V. Kongress	342	Quito		Jorge Guamán
2010	VI. Kongress	1200	Sucúa		Rafael Antuní
2013	VII. Kongress		Santo Domingo de los Tsáchilas		Fanny Campos

Tabelle 6: Kongresse der MUPP-NP, eigene Abbildung

Politik

Die politischen Ziele der MUPP-NP spiegeln den Ursprung der Partei wider. Sie steht für eine grundsätzliche Infragestellung des intransparenten politischen Systems und der wenig demokratischen traditionellen Parteien, fordert also sowohl durch ihre offene Gestalt, als auch durch ihr politisches Programm eine Demokratisierung des Staates (Sánchez/Freidenberg 1998: 76; Santillana 2006: 218). Die jeweiligen Regierungen werden kritisch gesehen als „Ent-Regierungen im Dienst der Oligarchie und der transnationalen Unternehmen“ (MUPP-NP 2006: 1), die die von außen vorgegebenen Strukturanpassungsprogramme nur noch umsetzen. Dazu kommt die schon im Namen vertretene Plurinationalität, im Sinne einer Umgestaltung des Staates, damit die verschiedenen Kulturen anerkannt und durch kollektive Rechte geschützt werden (Santillana 2006: 218). Plurinationalität und Interkulturalität bedeuten für die MUPP-NP auch gelebte politische Wirklichkeit durch das Zusammenwirken verschiedener Kulturen in einem inklusiven Kontext (Tibán/García 2006: 11). Dies geht einher mit einer Verteidigung der Umwelt und der Forderung, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sie gerechter wird und dem gesellschaftlichen Wohl dient. Dazu werden Umverteilungsmechanismen angestrebt (Le Quang 2010: 112f.). Die MUPP-NP will also eine „Umverteilung des nationalen Reichtums und des Einkommens bis zum Erreichen der sozialen Gerechtigkeit“ (MUPP-NP 2006: 5). Diese Forderungen stimmen zu einem großen Teil mit denen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der CONAIE, insbesondere ihres politischen Projekts von 1994, überein, die nur über Reformen innerhalb des politischen Systems umsetzbar sind (Ramírez Gallegos 2009: 73).

Die MUPP-NP folgt einer Strategie des Aufbaus der politischen Macht von unten, vor allem in den größtenteils indigen besiedelten Gebieten. So sollen die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft neu definiert (Sánchez/Freidenberg 1998: 73) und gleichzeitig Methoden des Wandels erprobt werden. Diese Strategie hängt auch mit der Nähe zu den lokalen indigenen Organisationen zusammen, die die Basis der Partei bilden (Santillana 2006: 257). Die indigenen Basisorganisationen sind um die Gemeinschaft herum aufgebaut (Santillana 2006: 222) und daher an lokaler Politik besonders interessiert.

Die MUPP-NP verfolgt eine „‚kontra-hegemoniale' und ‚anti-systemische' Machtstrategie" (Santillana 2006: 241f.), die Teilnahme an den Institutionen mit Aktionen außerhalb der Institutionen verbinden will. Über eine Übergangsregierung will sie eine neue Gesellschaft schaffen; das „beinhaltet eine Strategie der Konstruktion einer kontra-hegemonialen Macht, die sich nicht auf die Aktionen im Bereich der öffentlichen Institutionen beschränkt" (MUPP-NP 2006: 1). Auch in diesem Kontext spielt die lokale Machteroberung eine wichtige Rolle; die Regierungen der niederen Ebenen sind nötig, um den plurinationalen Staat aufbauen zu können. Ähnlich der CONAIE sieht die MUPP-NP die wichtigsten Probleme der ecuadorianischen Gesellschaft sowohl im Konflikt zwischen Arm und Reich, als auch im Konflikt zwischen dem „‚Uninationalen bürgerlichen Staat'" (Santillana 2006: 242) und den indigenen Nationalitäten und Völkern.

Die gemischte ethnische Zusammensetzung ist ein charakteristisches Merkmal der MUPP-NP. Sie baut nicht auf einer traditionellen indigenen Identität auf, sondern auf der Mischung ihrer verschiedenen Komponenten. Sowohl ihre politischen Forderungen, als auch ihre interne Organisation und ihre Strategien spiegeln die Einflüsse der indigenen Traditionen, der Kirche, der Gewerkschaften und linken Parteien und des Staates selbst wider (Wolff 2008: 113). Interkulturalität und Plurinationalität werden also schon in der Partei gelebt – was mit Lernprozessen und der Überwindung vieler Vorurteile verbunden war und ist (Jijón 2006: 49). Dennoch ist die indigene Identität und die Erfahrungen der indigenen Bewegung und der CONAIE der zentrale Bestandteil des Zusammengehörigkeitsgefühls der MUPP-NP, das schon mehrfach das Auseinanderbrechen der Partei verhindert hat (Santillana/Herrera 2009: 344). Das ist die andere Funktion der „neuen Sprache" (Sánchez/Freidenberg 1998: 76), die MUPP-NP und CONAIE in der ecuadorianischen Politik etablieren konnten. Begriffe wie Interkulturalität oder Plurinationalität bieten – auch wegen ihrer offenen Definition – ein hohes Identifikationspotenzial.

Die MUPP-NP konnte seit ihrer Gründung über ihre Strategie einer lokalen, partizipativen Demokratie und eines Aufbaus des Staates und der Partei von unten

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nach oben eine Reihe von Erfolgen feiern und beweisen, dass sich der abstrakte Diskurs um die Begriffe Plurinationalität und Interkulturalität praktisch umsetzen lässt (Santillana/Herrera 2009: 341). Dennoch stieß das Modell der MUPP-NP spätestens mit der Regierungsbeteiligung 2003 an seine Grenzen. Eine effektive Verbindung der Strategie der doppelten Teilhabe außerhalb und innerhalb der Institutionen funktionierte nur in wenigen Fällen. Stattdessen wurde die MUPP-NP seit Mitte der 2000er Jahre mehr und mehr zu einer reinen parlamentarischen Vertretung der sozialen Bewegungen und vor allem der Indigenenbewegung, ohne über deren Perspektive hinausgehen zu können (Ramírez Gallegos 2009: 73f.). Dass die Etablierung der MUPP-NP „Teil des Schrittes vom politischen Subjekt zum politischen Akteur" (Santillana 2006: 219) der Indigenenbewegung ist, also einen qualitativen Wandel darstellt, wie in der Politikwissenschaft oft behauptet wird, sollte spätestens mit der Krise der MUPP-NP im Anschluss an ihre Regierungsbeteiligung 2003 widerlegt sein. Ende 2005 zog sich die linke, nicht-ethnische Strömung in der MUPP-NP weitgehend zurück (Maldonado 2006: 132). Die schlechten Wahlergebnisse für die MUPP-NP in den Wahlen 2006 und 2007 verstärkte diese Tendenz einer „Indigenisierung" (Wolff 2008: 126) in dem Sinne, dass die Partei sich jetzt klar als eine indigene Partei begreift und präsentiert – wodurch weitere der urbanen Gruppen die MUPP-NP verließen (Wolff 2008: 126). Die Bevorzugung der sozialen vor der politischen Bewegung führt auch dazu, dass die soziale Bewegung, in Gestalt der CONAIE, von den möglichen Wählern deutlicher als Vertretung ihrer Interessen wahrgenommen wird und schlechthin effektiver ist (Marmon/Kramer 2006: 4).

6. DIE INDIGENENBEWEGUNG ECUADORS AUS DER PERSPEKTIVE DER FORSCHUNG ZU SOZIALEN BEWEGUNGEN

Eine kurze Einführung in die hier angewandten Theorien wurde im Kapitel I.1 gegeben. Zum Verständnis der folgenden Analyse ist es dennoch notwendig, einige Voraussetzungen für das Entstehen sozialer Bewegungen zu wiederholen. Soziale Bewegungen sind kollektive Versuche einer Anzahl von Menschen gesellschaftliche Institutionen und Strukturen zu verändern. Die Motivation liegt dabei in erster Linie in den zu erreichenden Zielen, die von den Mitgliedern geteilt und weitergetragen werden (Zald/Ash 1966: 329). Das bedeutet keinesfalls, dass soziale Bewegungen über diese Ziele definierte einheitliche Akteure sind. Vielmehr sind es „Ansammlungen formeller Organisationen, informeller Netzwerke und selbstständiger Individuen, die sich einem mehr oder weniger kohärenten Kampf für einen Wandel widmen" (Meyer/Whittier 1994: 277). Als Mittel, Veränderung zu errei-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen, sind sie eine vergleichsweise kosten- und zeitintensive Methode. Daher entstehen soziale Bewegungen nur, wenn sie als potentiell effizient wahrgenommen werden. Das bedeutet, dass es auf der einen Seite eine „‚relative Offenheit' staatlicher Strukturen abweichenden Meinungen gegenüber" (Meyer/Staggenborg 1996: 1636) geben muss, sie also toleriert und eventuell aufgegriffen werden. Weiterhin müssen die für eine Mobilisierung notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen oder von außerhalb zur Verfügung gestellt werden (Jenkins/Perrow 1977: 251). Auf der anderen Seite müssen andere Einflusswege versperrt sein. Eine grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, die geforderten Änderungen ohne Druck und von sich aus durchzusetzen (Meyer/Staggenborg 1996: 1630), würde das Entstehen von sozialen Bewegungen bremsen. Verstärkt wird das Entstehen dieser Bewegungen hingegen, wenn die wichtigen politischen Parteien nicht auf die Forderungen reagieren oder die Interessen der jeweiligen Gruppen nicht repräsentieren (Zald 1979: 17).

Diese Faktoren haben auch das Entstehen der ecuadorianischen Indigenenbewegung begünstigt. Der ecuadorianische Staat hat seit der Abschaffung der kolonialen Indio-Gesetze Mitte des 19. Jahrhunderts keine klare Indigenenpolitik gehabt. Daher schwankte seine Politik den Indigenen und ihren Organisationen gegenüber zwischen Repression (etwa beim Indigenenkongress 1931, auf dem eine nationale Organisation gegründet werden sollte, oder zu Zeiten autoritärer Politik wie der Militärdiktatur 1972-1979, die einige Organisationen verfolgte) und Entgegenkommen (der Erlass des Kommunengesetzes von 1937, die Agrarreformen von 1964 und 1973, die Schaffung staatlicher Organe für die Indigenen ab Anfang der 1980er). Das Entgegenkommen des Staates konnte von der Indigenenbewegung als Kompromiss und – wenn auch unzureichende – Erfüllung ihrer Forderungen interpretiert werden, ihre Mobilisierung war also ein erfolgreiches Mittel, den Staat zu einer bestimmten Politik zu zwingen. Die politischen Parteien waren nie ein erfolgversprechender Weg, um die indigenen Forderungen umzusetzen. Auch wenn einige linke und liberale Parteien (vor allem die Sozialistische und Kommunistische Partei, die FADI, in geringerem Maße auch Democracia Popular (DP) und ID als Parteien der Mitte) eine gewisse Nähe zu den Indigenen suchten und zeitweise den Anspruch hatte, sie zu vertreten, so blieb diese Repräsentationspolitik immer nur an einige allgemeine Forderungen, wie die nach einer Landreform, oder bestimmte Personen, wie Ricardo Paredes von der PCE, gebunden. Vor dem Entstehen der Indigenenparteien MUPP-NP und Amauta Jatari gab es keine Partei, die als allgemeine Interessenvertretung der Indigenen anerkannt wurde.

Eine kaum untersuchte Frage ist die, inwieweit die Organisationen der Indigenenbewegung die Interessen der wirtschaftlich Armen vertreten, denen es an den nötigen Ressourcen mangelt, sich aktiv zu beteiligen (Bebbington 2007: 811) – wie also die Sozialstruktur der Indigenenbewegung beschaffen ist. Auf eine mangelnde

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Repräsentation der Armen in der Indigenenbewegung deutet der Fall der Ortschaften – vor allem Otavalo und Cotacachi – hin, in denen die Indigenenbewegung über lange Zeit die Politik bestimmen konnte – ohne jedoch die Armut signifikant zu verringern (Bebbington 2007: 805).

Auch gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den sozialen Bewegungen Lateinamerikas und denen Europas und der USA. Alison Spedding bezieht sich auf David Llanos, einen bolivianischen Soziologen, der die Theorie aufstellt, dass die Beschäftigungsstruktur mit der Bereitschaft zu Protest zusammenhängt. Seine Untersuchungen über die hohe Mobilisierungsfähigkeit in El Alto bei La Paz haben diese weniger auf eine Hegemonie der jeweiligen Organisationen zurückgeführt, sondern auf die Tatsache, dass die meisten Anwohner einer informellen Arbeit nachgehen. Daher haben sie keine festen Arbeitszeiten und kein festes Einkommen, also keine großen Verdienstausfälle durch einige Tage politische Mobilisierung. Das unterscheidet sie von Angestellten oder Arbeitern, bei denen Verspätungen oder ein Fernbleiben vom Arbeitsplatz mit scharfen wirtschaftlichen Sanktionen einhergeht. Da nur wenige der Anwohner El Altos feste Arbeit in diesem Sinne haben, ist die Bevölkerung insgesamt eher zu Protesten und Mobilisierungen bereit (Spedding 2010: 11). Ähnlich könnte es sich bei der Indigenenbewegung Ecuadors verhalten, die sich in erster Linie aus Bauern und Landarbeitern rekrutiert. Diese können abseits der Saat- und Erntezeiten ohne größere Schwierigkeiten einige Tage in Protestmärsche und ähnliches investieren. Es wäre zu überprüfen, ob deshalb viele der Aktionen in den Monaten März bis Juli und nur in besonders kritischen Situationen – etwa der Sturz Bucarams Anfang 1996 oder Mahuads Ende 1999/Anfang 2000 – größere Mobilisierungen außerhalb dieses Zeitraums stattfinden.

Bei den folgenden Ausführungen sollte zudem bedacht werden, dass die ecuadorianische Indigenenbewegung nicht allein eine soziale Bewegung als „andauernde Herausforderung staatlicher Politik“ (Meyer/Whittier 1994: 279) ist, sondern auch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bestandteile hat. Diese haben insbesondere seit den Landreformen an Bedeutung gewonnen, was sich durch die Gründung von Kooperativen und Genossenschaften mit den dazugehörenden kleinen Betrieben ausdrückt. Diese Tendenz ging in den 1980er bis hin zu einer Umwandlung der Basisorganisationen in gemeinschaftliche Betriebe („*empresarialización comunitaria*“ (Almeida/Prieto 1983: 36)). Nach einer Krise dieser Bestrebungen gegen Mitte der 1980er Jahre (Guerrero 2010: 17), ist ab Mitte der 1990er eine Tendenz hin zu einer engen Einbindung der Indigenenorganisationen in Entwicklungsprojekte festzustellen, begünstigt vor allem durch die Kooperation mit PRODEPINE 1998 bis 2003 (Martínez Valle 2006, Bretón 2008). Die Entwicklungsagenturen haben Einfluss auf die Entwicklung der Organisationen gewinnen können, die zur Erhaltung ihrer Strukturen dazu übergegangen sind, selbst kleine

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Entwicklungsprojekte durchzuführen und so Ressourcen zu gewinnen – auf Kosten ihrer politischen Positionen, die von den jeweiligen nationalen Föderationen verteidigt werden (Iturralde 1997: 96).

Struktur und Entwicklung der ecuadorianischen Indigenenbewegung

Im Modell des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes manifestieren sich soziale Bewegungen in formalen Organisationen, den Social Movement Organizations (SMO) (Zald/Ash 1966: 327), in Ecuador etwa die CONAIE oder die CTE. Da soziale Bewegungen zum Funktionieren auf die Mobilisierung von Ressourcen angewiesen sind, hängen sie von diesen relativ festen Strukturen ab, die Aktivitäten koordinieren, Zugang zu Ressourcen sichern, Führungspersonal bereitstellen und die Bewegung nach außen repräsentieren können (Bebbington 2007: 800). SMO mit relativ ähnlichen Zielen bilden eine Social Movement Industry (SMI), etwa die Indigenen- oder die Gewerkschaftsbewegung. SMI ist also die organisatorische Entsprechung der sozialen Bewegung, die ihr angehörenden SMO identifizieren sich mit den Zielen der Bewegung (Zald 1979: 9). Alle SMI einer Gesellschaft bilden den Social Movement Sector (SMS) (Zald/McCarthy 1979: 2), also die Gesamtheit aller sozialer Bewegungen. Dieser spiegelt die allgemeine Mobilisierungsbereitschaft in einer Gesellschaft wider (Zald 1979: 3).

Diese Kategorien sind nicht ohne Probleme auf die Indigenenbewegung Ecuadors zu übertragen. Die oben beschriebenen SMO sind zum einen als Mitglieder der SMI ‚Indigenenbewegung' von anderen, ihnen nahestehenden SMO abzugrenzen. Die CONAIE, die FENOCIN, die FEINE und die FEI sind SMO der SMI ‚Indigenenbewegung'. Die FENACLE, die CONFEUNASSC-CNC und andere kooperieren häufig mit diesen Organisationen oder teilen sich gar Strukturen, sind aber SMO einer anderen SMI, der ‚Bauern- und Landarbeiterbewegung'. Diese zeichnet sich durch andere Ziele und – meist – eine andere Mitgliedschaft aus. Auf einer zweiten Ebene sind die SMI ‚Indigenenbewegung' und die SMI ‚Bauern- und Landarbeiterbewegung' voneinander abzugrenzen. Bestimmte SMO, wie die FENOCIN und die FEI, sind Mitglied in beiden SMI, wie ihre Zugehörigkeit zu den nicht-ethnisch ausgerichteten Plattformen CLOC und Vía Campesina zeigt, die sie etwa mit der ebenfalls nicht-ethnischen CONFEUNASSC-CNC gemein haben. Sie vertreten nicht nur Indigene im Kampf um ethnische Rechte, sondern auch Bauern und Landarbeiter im Kampf um soziale und wirtschaftliche Rechte. Auf einer dritten Ebene sind Partnerorganisationen der SMO der Indigenenbewegung, die anderen SMI angehören, von diesen analytisch zu trennen. Die FEI der Indigenenbewegung ist eine Filiale der CTE der Gewerkschaftsbewegung, die wiederum der politischen Partei PCE nahesteht. Die FENOCIN ist eine Filiale der Gewerkschaft

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

CEDOCUT. FEINE und CONAIE gehören keinen Gewerkschaften an, haben aber Parteien gegründet, die sie zumindest teilweise kontrollieren. Diese Verbindungen erschweren eine klare Trennung der SMI, da es wechselseitige Einflüsse und Abhängigkeiten gibt, die sich oft verschieben und nur schwer nachzuzeichnen sind. Diese Verknüpfungen werden im nachfolgenden Schaubild skizziert.

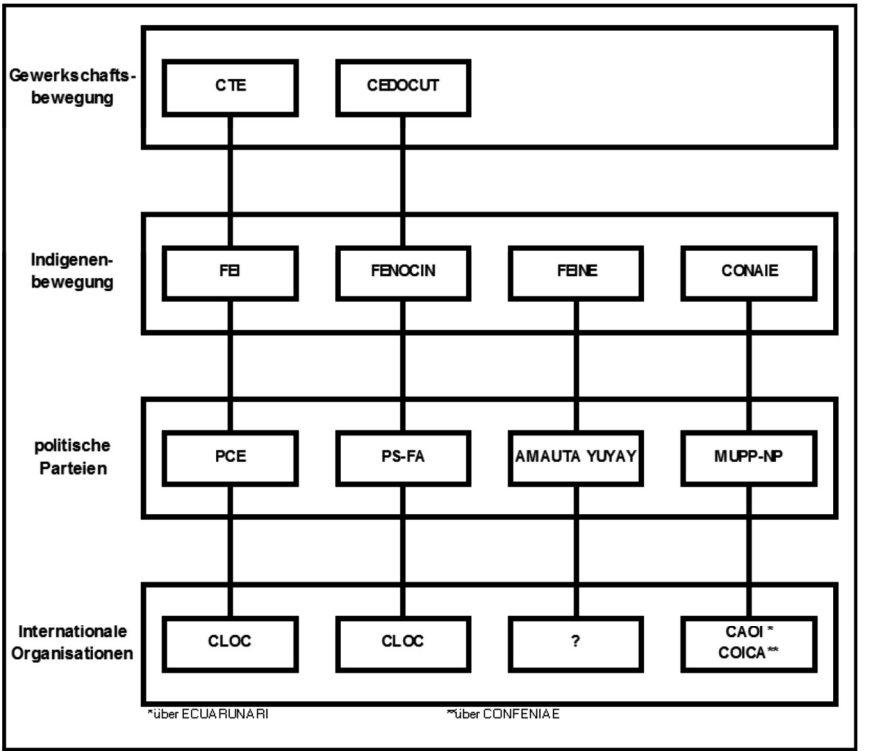

Abbildung 3: Struktur und Verbindungen der sozialen Bewegungen in Ecuador, eigene Abbildung

Eine SMI wird von der Nachfrage nach ihren Produkten, also ihren Forderungen oder Aktionen, den Voraussetzungen zur Bereitstellung dieser Produkte und der ideologischen und organisatorischen Hegemonie ihrer Ziele in der Gesellschaft strukturiert. Sie braucht kleine und lokale Einheiten, die vor Ort die Mitglieder und Unterstützer der Bewegung einbinden können (Zald 1979: 12). Dabei ist eine SMI nur selten einheitlich, sie besteht aus einer Reihe von Organisationen, die mit verschiedenen Teilen der Mitgliedschaft und der Unterstützer verbunden sind und untereinander um Ressourcen und Einfluss innerhalb der Bewegung konkurrieren, kooperieren und sich ergänzen und/oder bekämpfen (Zald/McCarthy 1979: 1). Eine

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SMI ist also eine Gruppe von Organisationen die derselben Gruppe von Interessenten ähnliche Produkte anbieten und dabei miteinander in Konkurrenz stehen – was gelegentliche Kooperation nicht ausschließt (Zald 1979: 3).

In diesem Sinne sind CONAIE, FENOCIN, FEINE, FEI und ihre verschiedenen Unter- und Mitgliedsorganisationen SMO der SMI Indigenenbewegung. Sie alle kämpfen für eine Verbesserung der Lage der Indigenen, setzen dabei aber unterschiedliche Schwerpunkte und sprechen andere Gruppen innerhalb der Indigenenbewegung an. Diese unterschiedlichen Schwerpunkte führen zum Verschwimmen der Grenzen der sozialen Bewegung. Alle der erwähnten SMO kämpfen auch für eine Verbesserung der Lage der Bauern, was sowohl an einer geteilten Basis zwischen Indigenen- und Bauernbewegung – besonders wichtig im Falle von CONAIE und FENOCIN – als auch an der Tatsache liegt, dass viele der organisierten Indigenen Bauern sind. Die FEINE mit ihrer Konzentration auf evangelische, in Kirchengemeinden organisierte, Indigene besitzt die am klarsten definierte Unterstützergruppe. Im Fall der CONAIE wurde in Kapitel II.1.b beschrieben, dass sich ihr Selbstverständnis als ethnische Organisation nicht völlig mit der Zusammensetzung ihrer Basisorganisationen deckt. Die FENOCIN vertritt – wie schon ihr Name sagt – nicht nur Indigene, sondern auch Schwarze und Bauern. Die FEI war lange Zeit hindurch eine SMO, die sowohl der Indigenenbewegung, als auch der Bauernbewegung angehörte. In ihrem aktuellen Namen und ihren ersten Texten vertritt sie explizit sowohl Bauern, als auch Indigene – und konnte in ihrem Einflussbereich die meisten Interessenten mit beiden Kategorien mobilisieren. Alle diese Organisationen zeichnen sich durch ein Netz von Basisorganisationen aus, die die Interessenten in den jeweiligen Verbreitungsgebieten organisieren und ihre konkreten Forderungen vor Ort artikulieren.

Auch die Wechselwirkungen zwischen ganzen SMI ist wichtig, um deren Entwicklung angemessen verstehen zu können. Die allgemeine Krise der SMI ‚Gewerkschaftsbewegung' ab 1982 nach einer Phase hoher Aktivität gegen Mitte der 1970er (Dávila 1995: 56) war ein unterstützender Faktor für die Stärkung der Indigenenbewegung gegen Ende der 1980er, die wiederum zu einer Stärkung urbaner Bewegungen führte (Acosta 2001: 180).

Im Gegensatz zu vielen theorieprägenden sozialen Bewegungen hat die Indigenenbewegung in Ecuador nie eine Gegenbewegung im Sinne von Meyer/Staggenborg (1996) provoziert. Es gab und gibt zwar Widerstände und Kritik an bestimmten Forderungen oder Aktionen – im Umfeld des Inti Raymi 1990 wurde die Indigenenbewegung etwa als Infragestellung der *mestizaje* verstanden (León 1994: 34-37) –, diese wurden jedoch nie zu einer sozialen Bewegung. Es trifft zu, dass die Außenwahrnehmung der Indigenenbewegung oft von kleinen radikalen Gruppen bestimmt wird, die als ihre Sprecher – oder Träger der ‚wahren Ziele' der Bewegung – gesehen werden, obwohl sie die Bewegung selbst nicht repräsentieren

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

können und nicht von den einzelnen SMO kontrolliert werden (Meyer/Staggenborg 1996: 1641). Beispiele hierfür sind die zuerst eigenmächtigen Aktionen in Sarayaku, die zur Unterzeichnung des Vertrags von Sarayaku führten, oder der OPIP mit ihrem Marsch 1992. Die Ablehnung dieser radikalen Ziele führte jedoch nie zum Aufbau einer eigenen sozialen Bewegung. Tatsächlich finden die schärfsten Auseinandersetzungen über Forderungen und Taktiken zwischen Organisationen innerhalb der Indigenenbewegung statt. So gab es statt verschiedenen Arten von Gegenbewegungen (Meyer/Staggenborg 1996: 1639), nur Versuche innerhalb der Indigenenbewegung Gegenorganisationen zu schaffen bzw. zu unterstützen. Diese wurden von anderen sozialen Bewegungen, Parteien und der Regierung betrieben, um so die Bewegung zu spalten und zu schwächen. Viele dieser Gegenorganisationen wurden zwar von den jeweiligen Gruppen und teilweise den Medien (Meyer/Staggenborg 1996: 1642) unterstützt, konnten jedoch nie eine wirkliche Basis entwickeln. Erfolgreiche SMO, die zumindest teilweise als Gegenorganisationen geschaffen wurden, sind die FENOC als konservative und christliche Alternative zur kommunistischen FEI in den 1960ern, die befreiungstheologisch beeinflusste ECUARUNARI als ethnische Alternative zu den gewerkschaftlichen FEI und FENOC Anfang der 1970er und schließlich die protestantische FEINE als Alternative zu den katholisch geprägten Organisationen der CONAIE Ende der 1970er. Andere Versuche, Gegenorganisationen aufzubauen, blieben erfolglos. Gegenorganisationen verhalten sich in mancher Hinsicht wie Gegenbewegungen, wenn man davon absieht, dass sie nicht monothematisch sind. So erfuhr jede der erwähnten erfolgreichen Gegenorganisationen Unterstützung der Elite (Meyer/Staggenborg 1996: 1642), das waren in allen Fällen Teile der Kirchen und im Falle der FENOC und – in geringerem Maße – der ECUARUNARI bestimmte Parteien. Daher führten Richtungsänderungen dieser Organisationen zu einem Ende der jeweiligen Unterstützung, verbunden mit einer Krise der SMO (Meyer/Staggenborg 1996: 1643). Während etwa der Übergang der FENOC von einer konservativen zu einer christdemokratischen Linie 1973 ohne größere Folgen blieb, da die neue Linie auch international unterstützt wurde, führte der Übergang zum Sozialismus als Leitlinie 1977 zu einer Krise und organisatorischen Umorientierung. Auch die Distanzierung der ECUARUNARI von den kirchlichen Kreisen, die an ihrer Gründung mitgewirkt hatten, führte Mitte der 1970er zu einer Krise, die mit einem erheblichen Verlust an Mitgliedern und Einfluss verbunden war. Die Vermutung von Meyer und Staggenborg, dass sich Bewegung und Gegenbewegung in denselben politischen Bereichen betätigen, die eine Bewegung die andere zu einer Aktivität im selben Bereich geradezu zwingt (Meyer/Staggenborg 1996: 1649), trifft auf die ecuadorianische Indigenenbewegung und die Gegenorganisationen in ihr zu. So ist es kein Zufall, dass in den 1970er Jahren alle bedeutenden Organisationen sozialistisch geprägt waren, in den 1980ern ethnische Forderungen aufstellten und sich in den 1990ern gesamt-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

staatliche Vorschläge zu eigen machten, die auf ein Zusammenleben verschiedener Gruppen ohne Diskriminierung oder erzwungene Integration ausgerichtet sind. Die Gründung von Amauta Jatari als Partei der FEINE Ende der 1990er ist eine auch Reaktion auf den Erfolg der MUPP-NP als der CONAIE nahestehende Partei, ebenso wie das verstärkte Engagement der FENOC-I/FENOCIN in der Sozialistischen Partei. In einem weiteren Punkt funktionieren die Gegenorganisationen innerhalb der Indigenenbewegung wie Gegenbewegungen: Erfolge einzelner Organisationen – etwa die Aktionen 1990, 1992 und 1994, die weitgehend von der CONAIE gesteuert wurden – können zur Schwächung des Mobilisierungspotentials führen, weil bestimmte Forderungen – etwa die Anerkennung kollektiver Rechte in der Verfassungsänderung 1996 und der Verfassung 1998 – erfüllt werden. Das kann gleichzeitig zu einer Schwächung der Gegenorganisationen führen, auf die sie mit höherer Aktivität reagieren (Meyer/Staggenborg 1996: 1652). So lässt sich die Restrukturierung und anschließende Stärkung der FENOC-I/FENOCIN ab 1995 erklären – in einer Zeit, in der die CONAIE die bei weitem wichtigste SMO der Indigenenbewegung war. Auch trifft zu, dass die internen Konflikte über bestimmte Weltsichten oder Forderungen von den Konflikten mit Gegenorganisationen verstärkt wird (Meyer/Staggenborg 1996: 1653). Die Auseinandersetzungen zwischen ethnizistischen und klassistischen Akteuren in der CONAIE wurden von den Konflikten mit der eindeutig klassistischen FENOCIN verstärkt. Andere Besonderheiten der Beziehung Bewegung-Gegenbewegung treffen auf die ecuadorianischen Gegenorganisationen allerdings nicht zu. Es kann keine Rede davon sein, dass SMO die Vorteile nach errungenen Siegen nicht nutzen konnten (Meyer/Staggenborg 1996: 1652). Die CONAIE konnte ihre Position und ihren Einfluss in den 1990ern – der Zeit ihrer großen Erfolge – beständig erweitern.

Soziale Bewegungen verändern immer die Bedingungen für ihre Nachfolger und Gegner, politisch handeln und Ressourcen mobilisieren zu können (Meyer/Whittier 1994: 282; Meyer/Staggenborg 1996: 1635). Neben direkten, eindeutig artikulierten Zielen versuchen sie auch, weniger eindeutige Strukturen, wie die Kultur oder Weltsicht der Gesamtgesellschaft, zu ändern. Das führt zu einem *spill over*-Effekt von Einstellungen, Praktiken und Ideen auf andere Organisationen und soziale Bewegungen (Meyer/Whittier 1994: 277f.). Die Theorie politischer Prozesse sieht den Aufbau von *abeyance structures* als eine andere Möglichkeit für soziale Bewegungen, ihre Umgebung auch zu Zeiten geringer Mobilisierung zu beeinflussen. Das sind formale Organisationen sozialer Bewegungen, in denen die Kultur und Praxis der sozialen Bewegung, sowie ein Teil ihres Führungspersonals bis zur nächsten Mobilisierung aufgehoben sind (Meyer/Whittier 1994: 279). In ihnen werden Erfahrungen über die Erfolge und Misserfolge bisheriger Strategien und über die Kosten und Nutzen von Mobilisierungen weitergegeben, was die Entwicklung neuer Mobilisierungsmechanismen ermöglicht. So erlauben sie den Erhalt der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Identität der sozialen Bewegung bei der gleichzeitigen Möglichkeit, ihre Ziele zu verändern (Meyer/Whittier 1994: 280).

Da die ecuadorianische Indigenenbewegung in einem hohe Maße auf langfristig bestehende, in den jeweiligen Gemeinden verankerte Organisationen baut und spontane Mobilisierung eher außerhalb der Indigenenbewegung stattfindet, ist der Begriff der *abeyance structures* von wenig Nutzen. Wichtiger kann der *spill over*-Effekt sein, der die Übernahme bestimmter Mobilisierungsformen der Indigenenbewegung – etwa Märsche oder Besetzungen – durch andere soziale Bewegungen erklären kann. Das langjährige Eintreten der Indigenenbewegung für ein neues Modell der ethnischen Beziehungen in Staat und Gesellschaft, etwa unter den Begriffen Interkulturalität und Plurinationalität, hat spürbar auf Staat und Zivilgesellschaft ausgestrahlt, wie die Verwendung dieser Begriffe durch Ministerien und Parteien, die sich nur wenig mit den Zielen der Indigenenbewegung identifizieren, deutlich macht.

Struktur und Entwicklung der SMO der Indigenenbewegung

Die Theorien des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes zur Entwicklung der Organisationen einer sozialen Bewegung erwarten in Anlehnung an das Weber-Michels-Modell, dass das Erlangen einer wirtschaftlichen und sozialen Basis in der Gesellschaft zu einer Ersetzung der ursprünglichen charismatischen durch eine bürokratische Führung und einer relativen Anpassung der sozialen Bewegung an die Gesellschaft führt. Die Teilnehmer an der Organisationsbürokratie haben ein Interesse an der Erhaltung der Organisation, unabhängig von ihrer Möglichkeit, ihre Ziele zu erreichen. Dazu ist eine relativ konfliktfreie Beziehung zur Gesellschaft von Vorteil, was zu Veränderungen der SMO führen kann (Zald/Ash 1966: 332). Zald und Ash sprechen von drei möglichen Veränderungen innerhalb der SMO: eine Veränderung der Ziele, in dem Sinne, dass bereits erreichte oder nicht mehr erreichbare Ziele durch neue Ziele ersetzt werden, die Konzentration auf Erhaltung der Organisation, ohne weiter an der ursprünglich angestrebten Veränderung zu arbeiten (Zald/Ash 1966: 334), und die Ausbildung einer Oligarchie innerhalb der Organisation (Zald/Ash 1966: 327). Da die Mobilisierungsfähigkeit einer SMO über ihr Weiterbestehen entscheidet, ist sie von externen Faktoren abhängig, die das allgemeine Interesse der Teilnehmer an einer Mobilisierung oder an bestimmten Zielen der SMO beeinflussen, und der Entwicklung anderer SMO, die zu Konkurrenz oder Allianzen führen kann (Zald/Ash 1966: 330). Auch die Art und Weise, wie die Gesamtgesellschaft die soziale Bewegung und ihre Ziele sieht, ob sie sie unterstützt oder ablehnt, beeinflusst über die daraus folgende Veränderung der Anzahl der Interessenten entscheidend die Entwicklung einer SMO (Zald/Ash 1966: 330). Eine exklusive Mitgliedschaft mit hohen Eintrittskriterien und eine damit einhergehende

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Isolation der SMO führt zu einer geringeren Anfälligkeit der Organisation für Druck hin zu einer Verschiebung der Ziele oder zum bloßen Aufrechterhalten der SMO (Zald/Ash 1966: 332).

Die offenen Strukturen der Organisationen der Indigenenbewegung – oft werden alle Anwohner einer Gemeinde als passive Mitglieder gesehen, die je nach individuellem Interesse aktiv werden können (León 1991: 402) – führen zu einer breiten und relativ stabilen Basis. Die Tatsache, dass die meisten SMO fast ausschließlich auf dem Land über eine organisierte Basis verfügen, könnte jedoch ein Indiz für eine relativ kohärente Interessenlage sein, die den Effekten einer exklusiven Mitgliedschaft entspricht. Zumindest seit den 1980er Jahren zeichnen sich die SMO der Indigenenbewegung durch eine hohe Fluktuation ihres Führungspersonals aus, das zudem von der jeweiligen Basisorganisation legitimiert sein muss (Collins 2006: 226). Das verhindert zumindest teilweise die Ausbildung einer Oligarchie. Die zum Teil konsensuellen Wahlmechanismen innerhalb der CONAIE führen zudem zu einem beständigen Wechsel zwischen Führungspersonen aus den beiden wichtigsten Regionen Ecuadors, bei gleichzeitiger bedeutender Repräsentation der anderen Regionen. Daher sind die Effekte der Organisationsbürokratie andere. Auch in den anderen SMO ist und war der Einfluss der Basis entscheidend, so dass sich in ihnen nur in Zeiten der Krise – und der damit verbundenen Schwäche der Basis – eine oligarchische Führung herausbilden konnte, die außerdem zu anderen Reaktionen führte. Eine Konzentration auf den Erhalt der Organisation passiert nur selten. In den meisten Fällen – etwa die Krise der FEI in den 1960ern oder die der FENOC in den 1980ern – wechseln die Mitgliedsorganisationen ihre Mutterorganisation oder lösen sich auf. Häufiger ist eine Zielverschiebung zu beobachten, die von externen Faktoren – in den 1960er und 1970er Jahren der Kampf für eine Agrarreform und ihr Scheitern – und internen Faktoren – Stärke oder Schwäche bestimmter Strömungen in der Muttergewerkschaft im Falle der FENOC und CEDOC, die Nähe zu bestimmten Organisationen oder Parteien außerhalb der Indigenenbewegung – beeinflusst wird. So kann die Ablösung einer konservativen durch eine christdemokratische und dieser durch eine sozialistische Führung in der FENOC der 1970er Jahre, die jeweils auch von externen Akteuren unterstützt wurden, als Zielverschiebung und Austausch des Führungspersonals gewertet werden. Dem folgen zwar jeweils Aktionen der organisatorischen Stärkung, aus denen aber immer eine neue Politik mit neuen Forderungen erwächst.

Die Zielverschiebung der jeweiligen SMO hängt auch von den Interessen und Sympathien der Basis für bestimmte Ziele oder Taktiken zusammen. Daher spielt der Wettbewerb der verschiedenen SMO innerhalb einer sozialen Bewegung bei der Veränderung der Ziele und Taktiken eine entscheidende Rolle (Zald/Ash 1966: 332f.). Ein allgemeines Interesse an einer Landreform führt dazu, dass sich die SMO der Indigenenbewegung Ecuadors in den 1960ern und 1970ern auf dieses Ziel

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einigen können, in ihren Taktiken (etwa Landbesetzungen oder legale Strategien) aber voneinander abweichen. Ähnliches trifft auf das allgemeine Interesse der Indigenenbewegung am Aufbau eines offenen und pluralistischen Landes in den 1990ern zu, das von CONAIE und FENOCIN mit verschiedenen Vorschlägen verarbeitet wird. Die Tatsache, dass die Organisationen der Indigenenbewegung stets spezifische Ziele – etwa die Lösung bestimmter Landkonflikte oder die Veränderung bestimmter Gesetze – mit allgemeineren Zielen – der Landreform oder dem Aufbau eines plurinationalen und interkulturellen Staates – kombinierten, ist der Grund, dass sie nicht nach einem Erfolg aufhörten zu existieren (Zald/Ash 1966: 334) – es gab, zumindest mit Bezug auf die allgemeinen Ziele, aus der Sicht der Indigenenbewegung keinen Erfolg.

Organisationen sozialer Bewegungen, die einige institutionelle Macht erlangen und einige ihrer Ziele umsetzen konnten, aber nicht mehr weiter wachsen und vom Erreichen ihrer Ziele weit entfernt sind, neigen dazu, sich in eine „beruhigte Bewegung" (*becalmed movement*) (Zald/Ash 1966: 334) zu verwandeln. Eine solche SMO wird von der Basis und der Gesellschaft als relevant angesehen und kann so weiterbestehen. Sie folgt mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Weber-Michels-Modell und bildet eine an der Erhaltung der SMO interessierte Oligarchie heraus (Zald/Ash 1966: 334). Beispiele für diese Entwicklung sind die FEI nach der ersten Agrarreform 1964, die nur einen Teil ihrer Basis weiter mobilisieren konnte und sich nun eher auf die Verteidigung der errungenen Erfolge konzentrierte (Becker/Tutillo 2009: 225) oder die FENOC in den 1980ern, die nach dem Scheitern ihrer Strategie der Kooperation mit den großen Gewerkschaften erheblich an Mobilisierungspotential einbüßte, die Krise aber überleben konnte. Beide Fälle sind durch lange Präsidentschaften einer bestimmten Person und unregelmäßige Kongresse – und daher mangelnde demokratische Kontrolle – gekennzeichnet. Die FENOC etwa führte im Zeitraum von 1977 bis 1995 unter ihrem Präsidenten Mesías Tatamuez nur drei Kongresse durch.

Für die Entwicklung der Indigenenorganisationen sind auch Freiräume (*free spaces*), die der direkten Kontrolle und dem ideologischen Einfluss (Fantasia/Hirsch 1995: 156f.) der herrschenden Gruppen entzogen sind, von entscheidender Bedeutung. Diese Freiräume sind relativ kleine, lang bestehende Institutionen in den Gemeinschaften, die über freiwillige Beteiligung die Erzeugung kultureller Herausforderungen erlauben, die politische Mobilisierungen begleiten. In Lateinamerika können sie die ungleiche Entwicklung des Staates ausnutzen, der den Bürgern in vielen Belangen fern ist (Davis 1999: 598/601). Insbesondere die geographische und die institutionelle Entfernung (Davis 1999: 603) vom Staat trägt zur Entwicklung von Freiräumen bei – die nicht selten Aufgaben des Staates übernehmen. In ihnen werden die hegemonialen Glaubensinhalte in Frage gestellt, Alternativen entwickelt, interne Differenzen behoben, traditionelle kulturelle Bedeu-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tungen verändert und neue kulturelle Manifestationen geschaffen (Fantasia/Hirsch 1995: 145f.). „Freiräume scheinen den institutionellen Anker für die kulturelle Herausforderung zu bieten, die die strukturellen Gegebenheiten sprengt." (Polletta 1999a: 1) Außerdem wird in ihnen die soziale Wirklichkeit analysiert und Strategien entwickelt, um sie zu verändern. Freiräume versorgen die Aktivisten bei der Mobilisierung einer sozialen Bewegung mit Verbindungen, Fortbildung und Solidarität. In ihnen kann sich ohne Einfluss von außen eine gemeinsame Wahrnehmung von Problemen und Unterdrückung und damit eine kollektive Identität ausbilden (Fantasia/Hirsch 1995: 145f.). Vor allem bieten sie Möglichkeiten zur Analyse der gesellschaftlichen Diskurse und ihrer Begriffe und sind so „entscheidend in der Ausbildung von Identitäten und Interessen, die Mobilisierung vorbereiten" (Polletta 1999a: 3). In den Freiräumen vor Ort kann ebenso die Erfahrung vorheriger Mobilisierungen weiterbestehen. In ihnen können die kulturellen Praktiken der unterdrückten Gruppen als politisch verstanden werden (Polletta 1999a: 4f.), so erlauben sie den Aufbau „einer kollektiven Aufzeichnung des Widerstandes" (Polletta 1999a: 6) auf die Aktivisten zurückgreifen können. Sie sind also die Verknüpfung der lokalen Wirklichkeit mit den Erfahrungen früherer sozialer Bewegungen und erlauben damit den Aufbau neuer Identitäten und liefern zur gleichen Zeit die Motivation zu einer aktiven Beteiligung (Polletta 1999a: 7f.). Bei ethnischen Gruppen erlauben Freiräume den Aufbau von „unberührbarem Kapital" (Bonfil Batalla 1981: 27):

„traditionelles Wissen, Kampf- und Widerstandsstrategien, Erfahrungen, ausprobierte Haltungen; ein ganzes Arsenal, das nur schwer enteignet werden kann, eine wachsende Grundlage von unterscheidenden Elementen die die Identität erlauben und untermauern" (Bonfil Batalla 1981: 27).

Zu diesen Freiräumen gehören Klubs, Mieter- und Anwohnerorganisationen, Bars, Gewerkschaftsräume, Familien und Kirchen (Polletta 1999a: 3). Diese Institutionen bauen auf „institutionalisierte normative Prinzipien" (Polletta 1999a: 13), die ihnen eine gewisse Autonomie erlauben. Dieselben Prinzipien können einer Mobilisierung allerdings auch entgegenstehen. Daher ist die reine Existenz von Freiräumen noch keine Erklärung für ihre Funktion in besonderen Fällen (Polletta 1999a: 13). Sie sind eher stabile Elemente, die zu Zeiten hoher sozialer Konfliktivität eine innovative Rolle annehmen können (Fantasia/Hirsch 1995: 158) – die Wirkung von Freiräumen hängt also von ihrer Funktion innerhalb sozialer Bewegungen ab.

Für die ecuadorianische Indigenenbewegung sind Kirchengemeinden, (Groß-)Familien und Produktionsgenossenschaften wichtige Freiräume. Ihre Tradition und relativ unpolitische Ausrichtung erlaubt ihnen einen gewissen Grad an Autonomie, der die Möglichkeit zur Reflexion und zum Bewahren von früheren Erfahrungen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eröffnet. So ist es keine Überraschung, dass viele der Organisationen wie FENOCIN und ECUARUNARI mit Unterstützung und Anfangs unter Kontrolle der katholischen Kirchen gegründet wurden. Diese konnte durch ihre langjähriges Engagement nicht nur die nötigen Freiräume für die Entwicklung eigener Forderungen und schließlich Organisationen bereitstellen, sondern diese auch teilweise beeinflussen – wodurch sich die kirchlich geförderten Organisationen zumindest anfangs stark von den klassenbasierten Konkurrenzorganisationen unterschieden (Bebbington 2007: 804). Die Indigenenbewegung selbst hat spätestens in den 1980er Jahren damit begonnen, sich staatlichen Institutionen vor allem der Entwicklungs- und Bildungspolitik zu öffnen und konnte so neue Freiräume aufbauen. Die Institutionen der zweisprachigen interkulturellen Erziehung dienen so neben der allgemeinen Schulbildung indigener Kinder auch der Weiterbildung und der wirtschaftlichen Absicherung eines Teils des Führungspersonals der Indigenenorganisationen. In diesem Sinne handelt es sich um Freiräume (*free spaces*) im Sinne von Poletta und Fantasia/Hirsch.

Zumindest in manchen Gegenden ist die Rolle von Großfamilien als Freiräume der Indigenenbewegung zentral. So ist es kein Zufall, dass einer relativ kleinen Anzahl von Familien eine Reihe der wichtigen Führungspersonen der verschiedenen Organisationen entstammt. Dazu gehören die Familien Conejo Maldonado und Tituaña um Quinchuquí, Imbabura, im Norden Ecuadors, und die Viteri Gualinga und Villamil um Sarayacu, Pastaza, im Amazonasgebiet. Diese Ortschaften sind wirtschaftliche und handwerkliche Zentren, wodurch den jeweiligen Familien die nötigen Ressourcen zur Verfügung standen, ihren Kindern eine gute Ausbildung zukommen zu lassen – von denen einige die zentralen Figuren der Indigenenbewegung der letzten 30 Jahre werden sollten (Hoy 2001).

Wettbewerb und Konflikte der SMO

Die Tatsache, dass SMO auf begrenzte Ressourcen – wirtschaftliche Mittel, Mitglieder bzw. Unterstützer und Infrastruktur – angewiesen sind, führt dazu, dass verschiedene SMO innerhalb einer SMI und verschiedene SMI miteinander um den Zugang zu diesen Ressourcen konkurrieren. Die Konkurrenz dreht sich um die „symbolische Dominanz“ (Zald/McCarthy 1979: 3), also die Fähigkeit der SMO, über Programme, Taktiken und charismatische Führungspersonen Sympathisanten zu gewinnen. Eine Verringerung der vorhandenen Ressourcen lässt eine stärkere Konkurrenz erwarten (Zald/McCarthy 1979: 6), genauso wie exklusivere Organisationen mit einer stark engagierten Mitgliedschaft zu einer stärkeren Konkurrenz neigen als inklusivere Organisationen mit einer weniger stark engagierten Mitgliedschaft (Zald/McCarthy 1979: 7). Letztere neigen stattdessen dazu, ihrer Ziele und Taktiken leicht zu verschieben (Zald/McCarthy 1979: 7f.). Da die inklusiveren

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SMO sich über eine heterogene Mitgliedschaft definieren, entwickeln sie meist auch eine größere Bandbreite an zur Verfügung stehenden Zielen und Taktiken. Eine heterogene Basis erlaubt eine Vielzahl von Definitionen einer bestimmten Situation (Zald/McCarthy 1979: 8). Gerade für diese Art der SMO ist Produktdifferenzierung bzw. das Ausbilden origineller und eindeutig mit der Organisation identifizierbarer Ziele und Taktiken entscheidend (Zald/McCarthy 1979: 9).

Die Organisationen der Indigenenbewegung Ecuadors konkurrieren um Mitglieder und Unterstützer vor allem in den indigenen Gemeinden und um wirtschaftliche Förderung durch staatliche und nicht-staatliche Akteure auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Mobilisierung der Mitglieder und Unterstützer hängt auch von der Vertretung ihrer Interessen durch die SMO ab – weswegen die Organisationen ersten und zweiten Grades die Regional- oder Nationalorganisation vor allem dann wechseln, wenn sie sich nicht ausreichend repräsentiert fühlen. Beispiele hierfür sind die politischen Richtungswechsel in der FENOC Mitte der 1970er (FENOCIN 1999: 39) und in der ECUARUNARI Anfang der 1980er (Santana 1983: 166), bei denen sich sozialistische Strömungen durchsetzen konnten und die oppositionellen Mitgliedsorganisationen ersten und zweiten Grades mit einem Wechsel hin zur anderen nationalen Organisation reagierten. Auch die Erwartung, dass die jeweilige SMO langfristig ihre Ziele erreichen kann, führte in der Geschichte der Indigenenbewegung Ecuadors zum Wechsel von Organisationen ersten und zweiten Grades von einer nationalen Organisation zu einer anderen. Dieser Wechsel findet weniger spektakulär statt und manifestiert sich meist als eine allmähliche Entwicklung. Das Sichabschwächen bestimmter nationaler Organisationen und die Stärkung anderer sind die Folge. Beispiele für diese Entwicklung ist der langsame Verlust von Mobilisierungsfähigkeit der FEI, deren Mitgliedsorganisationen in den 1960ern und 1970ern zur FENOC und vor allem zur ECUARUNARI – die in den Verbreitungsgebieten der FEI stärker war – übertraten (Perreault/Bebbington/Carroll 1998: 8). Auch die Krise der FENOC in den 1970ern führte zum Übertritt einiger Organisationen zur ECUARUNARI (Ibarra Illanez 1987: 95) und zum Austritt zwei wichtiger Organisationen zweiten Grades – FOIN und FICSHA – , die kurz darauf die CONFENIAE gründen sollten, die am Aufbau der CONAIE großen Anteil hatte. Die Unterscheidung zwischen exklusiver und inklusiver Organisation trifft auf die Organisationen der Indigenenbewegung in Ecuador nicht zu, da sie in der Regel keine individuelle Mitgliedschaft kennen. Es ist meist die gesamte Gemeinde Mitglied, wobei sich Einzelpersonen bei Interesse stärker engagieren und aktiv werden können. Zur gleichen Zeit ist der Kreis des Führungspersonals relativ geschlossen und wird durch Lehrgänge und Fortbildungen gezielt auf weitere Aufgaben innerhalb der Organisationen vorbereitet (León 1991: 402). Daher ist die Konkurrenz zwischen den nationalen Organisationen – vor allem CONAIE, FENOCIN und FEINE – in der Regel größer als die Konkurrenz der Organisationen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ersten und zweiten Grades vor Ort. Während auf nationaler Ebene das Herausstellen der inhaltlichen und personellen Unterschiede wichtig für die Mobilisierungskraft der Organisationen ist, ist auf lokaler Ebene eine pragmatische und zielgerichtete Politik, die auf breite Allianzen baut, von größerem Interesse. Die Krise der FEI in den 1960ern (Albornoz 1983: 63), der FENOC in den 1980ern (FENOCIN 2004: 18f.) und der CONAIE nach 2003 (Martínez Novo 2009a: 177) ist auch der Vernachlässigung dieser lokalen Ebene geschuldet.

Alle nationalen Organisationen versuchen, über originelle, tief mit der Organisation selbst verwurzelte Ziele und Inhalte symbolische Dominanz innerhalb der Indigenenbewegung zu erlangen. Ein wichtiger Teil dieses Versuches sind die politischen Begriffe, denen sich die vorliegende Arbeit widmet. So ist die Forderung nach einem plurinationalen Staat mit selbstverwalteten indigenen Territorien eindeutig mit der CONAIE, die Forderung nach Interkulturalität und Mechanismen der Verständigung zwischen den Kulturen eindeutig mit der FENOCIN verbunden. Das Verständnis der indigenen Völker als Nationalitäten – ebenfalls eindeutig mit der CONAIE verbunden – konnte von bestimmten indigenen Eliten des Hochlandes und des Amazonasgebietes ausgehend in der gesamten ecuadorianischen Gesellschaft verankert werden (Lucero 2008: 151). Diese Begriffe und ihre Definitionen sind „Schlüsselsymbole“ (Zald 1979: 13f.), die zur Artikulation der Ideen der jeweiligen SMO beitragen und so Unterstützung mobilisieren können. Die Forderung der CONAIE nach Plurinationalität ab den 1980er Jahren hat in diesem Sinne die Antwort der FENOCIN mit dem Begriff der Interkulturalität ab 1995 (FENOCIN 1999: 53) geradezu herausgefordert. Die FENOCIN musste die symbolische Dominanz und die Schlüsselsymbole der CONAIE in Frage stellen, um ihre Position innerhalb der Indigenenbewegung halten zu können (Zald 1979: 13f.). Auch das Aufkommen des Begriffs des Guten Lebens ab 2003 durch die Basisorganisation in Sarayacu (Sarayaku 2003) ist ein Versuch, über die Etablierung eines neuen Schlüsselsymbols die Kräfteverhältnisse innerhalb der CONAIE zu verändern.

Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung werden nicht selten von externen Akteuren befördert, die ein Interesse daran haben, dass ein bestimmter Diskurs dominant wird oder schlichtweg die Bewegung als Ganzes schwächen wollen. Das können Wirtschaftsunternehmen, Entwicklungsagenturen oder der Staat selbst sein. Wenn es keine einheitliche, starke Führung gibt, kann es schwer sein, die so zerstrittene Bewegung zusammenzuhalten – wodurch sie an Bedeutung verliert (Bebbington 2007: 812). Der Einfluss staatlicher und internationaler Organisationen auf die Entwicklung und Verbreitung der beiden Begriffe Interkulturalität und Gutes Leben wird in den folgenden Kapiteln näher untersucht.

Gerade im Zusammenhang mit den Begriffen der Indigenenbewegung spielt die Mobilisierung wirtschaftlicher Ressourcen eine wichtige Rolle. Die SMO stellen die Legitimität der jeweiligen Konkurrenzorganisation in Frage, indem sie ihr vor-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werfen, die Indigenen nicht oder nur wenig zu repräsentieren. Dadurch, dass die CONAIE der FEI vorwirft, von außen gesteuert zu sein (CONAIE 1989: 276), und die FENOCIN der CONAIE, unter der Kontrolle radikaler Ethnizisten zu stehen (FENOCIN 1999: 153), erhoffen sich beide Organisationen nicht nur die Mobilisierung von Unterstützern, sondern gerade auch wirtschaftliche Förderung durch die verschiedenen Entwicklungsorganisationen. So lässt sich die Politik der FENOCIN als Reaktion auf die weitgehende Vereinnahmung staatlicher und internationaler Mittel durch die CONAIE erklären (Zald/McCarthy 1979: 11) – was zumindest teilweise stimmt, wenn man die Rolle der zweisprachigen interkulturellen Erziehung bei der Aus- und Fortbildung des Führungspersonals gerade der CONAIE bedenkt (Maldonado 2006: 91).

Neben den Auseinandersetzungen über die Begriffe und den Diskurs, spielen die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Indigenenorganisationen über die anzuwendenden Strategien eine wichtige Rolle. Die Frage, wer mit welchen Mitteln bekämpft oder beeinflusst werden soll, kann die Konflikte in einer sozialen Bewegung verschärfen (Bebbington 2007: 812). Dabei werden Strategien und Taktiken von externen Faktoren, wie etwa dem Vorhandensein von Ressourcen oder politischen Gelegenheiten und der erwarteten Reaktion des Staates, und von internen Faktoren, wie etwa der Ideologie der jeweiligen Organisation und dem zu erwartenden Gewinn der Aktion, beeinflusst (Ennis 1987: 521). Politische Aktionen haben nicht nur direkte politische, sondern auch indirekte symbolische Folgen, die Wahl einer bestimmten Taktik oder Strategie beeinflusst nicht nur die Erfolgschancen, sondern auch die Bedeutung einer Aktion. Daher ist die Wahl einer bestimmten Taktik auch eine symbolische (Ennis 1987: 523). Soziale Bewegungen können mit bestimmten Aktionen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihre Probleme lenken (Meyer/Staggenborg 1996: 1638) – und so Druck auf den Staat ausüben.

Ein Beispiel für diese Art strategischer Konflikte sind die Auseinandersetzungen zwischen FEI und FENOC in den Jahren nach der ersten Agrarreform 1964. Während die FEI zu eher militanten Aktionen neigte, die nur wenig Erfolg brachten, konnte die FENOC mit rechtlicher Unterstützung und direkten Verhandlungen mit den betroffenen Behörden größere Erfolge verbuchen – die zu ihrem schnellen Wachstum beitrugen (Perreault/Bebbington/Carroll 1998: 8). Auf nationalem Niveau spielt die Strategie der CONAIE, mit nationalen Erhebungen und groß angelegten Märschen und Demonstrationen ihre Ziele durchzusetzen, seit dem Inti Raymi 1990 eine besondere Rolle. Diese Mobilisierungsformen werden als erfolgversprechendster Weg gesehen, Forderungen umzusetzen und eine direkte Repräsentation innerhalb des Staates zu erlangen – somit „eine eigene Macht aufzubauen, die zur Gegenmacht der etablierten Macht wird“ (Maldonado 2006: 91). Die zahlenmäßige Überlegenheit der CONAIE hat seit diesem Zeitpunkt bis zu ihrer Regierungsbeteiligung 2003 strategische Konflikte auf die Frage reduziert, ob sich die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

anderen Organisationen den von der CONAIE und ihren Mitgliedsorganisationen geplanten und durchgeführten Aktionen anschließen oder nicht. Diese großen nationalen Aktionen integrieren lokale, regionale und nationale Forderungen der verschiedenen Organisationen, die sich gegenseitig verstärken und in einem konfliktthaften Prozess integriert werden müssen (Barrera 2001: 153).

Die Entwicklung der verschiedenen Organisationen innerhalb der ecuadorianischen Indigenenbewegung war seit ihren Anfängen in den 1930ern bis zur Regierungsbeteiligung der CONAIE 2003 von der weitgehenden Hegemonie jeweils einer Organisation geprägt, die eine symbolische Dominanz in der Bewegung hatte und ihre Forderungen und Aktionsformen zu einem großen Teil bestimmten konnte.

	1930-1965	1965-1980	1980-2003	2003-heute
FEI	X	-	-	-
FENOCIN		X	-	X
FEINE		-	-	X
CONAIE		-	X	X

Tabelle 7: Organisatorische Hegemonie und symbolische Dominanz in der Indigenenbewegung[60], eigene Abbildung

Seit Anfang des neuen Jahrtausends und bedingt durch die zunehmende Stärke von FEINE und FENOCIN gibt es zum ersten Mal seit dem Bestehen einer formal strukturierten Indigenenbewegung in Ecuador eine Situation, in der verschiedene Organisationen großen Einfluss erlangen konnten. Das ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit einer Schwächung der CONAIE, sondern als Entwicklung weg von einer weitgehenden Hegemonie und hin zu einer polyzentrischen Struktur zu verstehen. Die Folge ist, dass die Indigenenbewegung nicht mehr als einheitlicher Akteur wahrgenommen wird, der von einer Organisation repräsentiert wird und mit einer Stimme spricht – wie es bis vor wenigen Jahren auch viele Wissenschaftler taten (etwa Santillana 2006). Verschiedene Diskurse und Begriffe konkurrieren miteinander, gleichzeitig gewinnt die traditionelle Politik der Indigenenorganisationen, nach breiten Bündnisse zu suchen, weiter an Bedeutung. Vor allem im Zuge der Konflikte der Indigenenbewegung mit der Regierung Correa ist eine Annäherung der verschiedenen Organisationen zu beobachten, deren Folgen sich erst in einigen Jahren zeigen werden.

60 ‚X'– weitgehende Hegemonie/Dominanz, ‚-' – gewisser Einfluss, , '– kein Einfluss/nicht existent; es werden auch die jeweiligen Mitglieds- und Vorläuferorganisationen miteinbezogen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Koalitionen

Die Politik der Organisationen sozialer Bewegungen ist nicht nur von Konkurrenz um Ressourcen, sondern auch von Interaktion geprägt. Diese tritt in drei Idealtypen auf: eine punktuelle Kooperation in besonderen Fällen, in denen spezielle Fähigkeiten nötig sind, über die nur eine der SMO verfügt; die Zusammenlegung von Ressourcen und Infrastruktur – unter Beibehaltung der Organisationsidentitäten – im Rahmen einer Koalition, insbesondere, wenn diese Strategie die Erreichung eines Ziels erleichtern kann; und die Verschmelzung der SMO (Zald/Ash 1966: 335).

Kooperation erfolgt meist über Gebietsvereinbarungen (*domain agreements*), in denen SMO mit verschiedenen aber nicht widersprüchlichen Stärken und Strategien kooperieren. Sie kann durch eine gestiegene Repression des Staates erzwungen werden, um die Existenz der sozialen Bewegung und ihrer Organisationen zu verteidigen. Im Kontext eines repressiven Umfeldes kooperieren SMO auch über die Grenzen ihrer SMI hinweg (Zald/McCarthy 1979: 16). Kooperation kann ebenfalls durch eine strukturelle oder personelle Verzahnung zwischen den jeweiligen SMO befördert werden (Zald/McCarthy 1979: 18).

Eine intensivere Kooperation etwa in Allianzen lässt sich meist beobachten, wenn die Erreichung der Ziele aus der Perspektive der SMO unmittelbar bevor steht. Zielerreichung wird dann – anstelle von Organisationserhaltung – zur Priorität, Ressourcen lassen sich leicht und schnell mobilisieren und in einer einheitlichen Organisation besser verwalten, so dass die Aufrechterhaltung der verschiedenen Einzelorganisationen kein unmittelbares Problem ist (Zald/McCarthy 1979: 23). Engere Allianzen von SMO treten in besonderen Umständen auf, etwa zu bestimmten Ereignissen wie Massendemonstrationen oder Märschen, die von verschiedenen Organisationen gemeinsam organisiert werden. Die größte Organisation der Bewegung trägt dann in der Regel mehr als ihren proportionalen Anteil an Ressourcen bei (Zald/McCarthy 1979: 22). Dieses Phänomen ist im Fall der ecuadorianischen Indigenenbewegung bei den meisten größeren Aktionen (die Erhebungen von 1990 und 1994, der Marsch von 1992, die Aktionen gegen die Regierungen Bucaram und Mahuad, die Proteste gegen das Freihandelsabkommen 2005) zu beobachten, die neben der CONAIE als dominierende SMO – die dementsprechend höhere Investitionen in die jeweilige Aktion tätigte und die erste Nutznießerin der Erfolge war – FENOCIN, FEINE und FEI ebenso wie einige Organisationen anderer sozialer Bewegungen, wie die CONFEUNASSC-CNC der Bauernbewegung, vereinigen konnten. Jedoch waren diese gemeinsamen Bemühungen in allen Fällen nur kurzfristig. Für einige Wochen oder Monate koordiniert eine gemeinsam gebildete formelle oder informelle Instanz die Aktionen und löst sich nach Ende der jeweiligen Mobilisierung wieder auf oder wird bedeutungslos. Das ist der Fall bei der Koordination der Landkonflikte (*Coordinadora de Conflictos Agrarios*) (Guerrero/Ospina

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2003) und der Volkskoordination (*Coordinadora Popular*), die beim Aufstand 1990 eine wichtige Rolle spielten, sowie bei der Nationalen Agrar-Koordination (*Coordinadora Agraria Nacional*), die an der Organisation des Aufstands 1994 beteiligt war (Buendía 2000: 60; Agualsaca o.J.: 3). Der Umweg über Koordinationsinstanzen, die außerhalb der eigentlichen SMO stehen, erlaubt es allen SMO, sich an den Aktionen zu beteiligen, ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Die Tatsache, dass diese Koordinationsinstanzen tatsächlich von der CONAIE kontrolliert wurden (Koordination der Landkonflikte: Maldonado 2006: 93; Nationale Agrar-Koordination: Negreiros 2009: 136), führt aber dazu, dass die Aktion von der Öffentlichkeit als eine Aktion der CONAIE gesehen wird, diese also einen überproportionalen Gewinn hat.

Auch auf niedrigerem Niveau neigen die lokalen Organisationen der Indigenenbewegung nicht zu einer Verschmelzung mit anderen SMO. So sind alle großen Organisationen Föderationen bzw. Konföderationen. Die Einzelorganisationen „behalten ihre Identität aber geben gewisse Entscheidungsrechte an die neue Organisation ab“ (Zald/McCarthy 1979: 21). Daraus resultiert ein hoher Grad an Autonomie, den die lokalen und Provinzorganisationen, wie etwa die OPIP, innerhalb der nationalen Organisationen, wie etwa der CONAIE, haben.

Transnationalisierung der ecuadorianischen Indigenenbewegung

Um die Entwicklung der ecuadorianischen Indigenenbewegung verstehen zu können, ist es wichtig, auch ihre inter- und transnationalen Aspekte ins Auge zu fassen. Trotz seiner Beschränkung auf internationale Kampagnen von Aktivistennetzwerken gegen Staaten und internationale Akteure oder Institutionen, kann der Ansatz der transnationalen kollektiven Handlung (*transnational collective action*) (Della Porta/Tarrow 2005: 2f./7) in einigen Punkten zum Verständnis der ecuadorianischen Indigenenbewegung beitragen. Nach diesem Ansatz gibt es drei wichtige Transnationalisierungsprozesse: die Verbreitung (*diffusion*) von Taktiken, Praktiken und Ideen sozialer Bewegungen von einem Land zum anderen, die Austragung von Konflikten externen Ursprungs im eigenen Land im Sinne einer Domestizierung (*domestication*) und die Externalisierung (*externalization*) nationaler oder lokaler Konflikte auf supranationale Institutionen (Della Porta/Tarrow 2005: 2). Die Verbreitung von Ideen und Praktiken von einem Land in ein anderes ist ein bekanntes und häufiges Phänomen. Dazu sind nicht unbedingt Verbindungen zwischen den sozialen Bewegungen nötig, sondern nur eine Annahme und Anpassung der Ideen oder Praktiken einer sozialen Bewegung eines anderen Landes. In einigen Fällen findet diese Vermittlung über eine Person statt (*brokerage*), die mit beiden Bewegungen in Kontakt steht (Della Porta/Tarrow 2005: 3). Eine genauere Untersuchung dieser Transnationalisierungsprozesse im Fall der ecuadorianischen Indigenenbe-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wegung steht noch aus. Bestimmte Einflüsse – die Beschäftigung mit der Indigenenbewegung Kolumbiens in der Kulturwerkstatt *Causanacunchic* (Flores 2005: 37), eine teilweise Übernahme von Empfehlungen kontinentaler Organisationen wie des CISA – wurden bereits herausgestellt, ihr genauer Charakter sollte noch näher untersucht werden.

Als Variante der Externalisierungsthese stufen Della Porta und Tarrow den Aufbau transnationaler Koalitionen internationaler Nichtregierungsorganisationen ein, die soziale Bewegungen des globalen Südens in internationalen Institutionen unterstützen (Della Porta/Tarrow 2005: 5). Dabei hilft die Kooperation hoch spezialisierter NRO mit Institutionen wie der UNO (Della Porta/Tarrow 2005: 6) bei einer Präsentation spezifischer Forderungen auf internationaler Ebene. Gerade die UNO selbst wurde in diesem Kontext zu einer Bühne der Artikulierung von Forderungen, die sie durch die Festsetzung internationaler Normen stärkt und legitimiert (Della Porta/Tarrow 2005: 5f.). Diese Art der Transnationalisierung ist auch bei der ecuadorianischen Indigenenbewegung zu beobachten. Internationale Verbünde sozialer Bewegungen wie Vía Campesina (FENOCIN 2004: 25), die Andine Koordination der indigenen Organisationen (*Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas*, CAOI) (Simbaña 2007: 23) und die Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (*Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica,* COICA) (GTZ 2004: 33) dienen nicht nur als Basis für die Mobilisierung übernationaler Ressourcen und Strategien oder Möglichkeiten zum internationalen Austausch und Zusammenarbeit (Della Porta/Tarrow 2005: 10), sie sind auch institutionell in die Apparate supranationaler Organisationen integriert, etwa in der Andengemeinschaft CAN oder der UNO. Diese transnationalen Organisationen sind auch als Antwort auf transnationale Probleme zu begreifen. Viele der Indigenenorganisationen Lateinamerikas sind von Vertreibung und Enteignung im Rahmen von Freihandelsabkommen und Rohstoffförderung betroffen und suchen deshalb verstärkt nach Allianzen auf lokalem, nationalem und internationalem Niveau (Bebbington 2007: 802).

Kultur und soziale Bewegungen

Eine für die Indigenenbewegung Ecuadors besonders wichtige Ressource ist die Kultur im Sinne von Ethnie und Identität auf der einen und von Diskurs oder gesellschaftlich konstituiertem Sinn auf der anderen Seite. Diese Bedeutung ergibt sich aus den identitären Aspekten der Bewegung und den daraus folgenden Fragen nach ihrer Kulturpolitik im Sinne von *cultural politics*. *Cultural politics* meint dabei die von verschiedenen kulturellen Bedeutungen und Praktiken geprägten Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Akteuren. Kultur im Sinne von Bedeutungen und Praktiken kann also die Quelle für politische Prozesse sein. Aus diesen Bedeutun-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen und Praktiken entstehen Diskurse, die sich durch ihre Unterschiede zu den dominanten Kulturen auszeichnen (Escobar 1998: 64).

„Kultur ist politisch, denn Bedeutungen sind grundlegend für Prozesse, die, implizit oder explizit, anstreben, soziale Macht neu zu definieren. Wenn Bewegungen alternative Vorstellungen von Frau, Natur, Entwicklung, Wirtschaft, Demokratie oder Bürgerschaft aufstellen, die dominante kulturelle Bedeutungen erschüttern, üben sie Kulturpolitik aus." (Escobar 1998: 64)

Durch ihre zentrale Rolle prägen die SMO den Diskurs, die Politik und das Weltbild der sozialen Bewegung, die sie über Vorträge, Publikationen und andere Aktionen der Öffentlichkeit präsentieren. Sie „neigen dazu, die Quellen von Gegendiskursen und der generativen Ideen, auf denen diese erbaut wurden, zu sein" (Bebbington 2007: 800). Daher ist die Kultur, im Sinne von Bedeutungen und Praktiken, einer der zentralen Bereiche, in denen soziale Bewegungen aktiv sind und den sie verändern wollen. Kultur ist nicht nur eine Ansammlung möglicher Ziele sozialer Bewegungen, sondern „das Vokabular von Bedeutungen, die ausdrucksvollen Symbole und das emotionale Repertoire, mit dem sie überhaupt etwas anstreben können" (Swindler 1995: 27). Somit ist ein Großteil der Erfahrungen sozialer Bewegungen im Bereich der Kultur zu finden. Es geht ihnen nicht nur um politische oder wirtschaftliche Ungleichheit, „gesellschaftlich geteilte Bedeutungen" (Diani 1992: 10), die auf verschiedenen Ebenen die Interpretation der Wirklichkeit steuern, sind ebenfalls ein zentrales Ziel sozialer Bewegungen (Escobar 1992a: 412). Sie beantworten Initiativen des Staates oder anderer Akteure nicht nur mit Gegenvorschlägen, sondern sie kritisieren die Bedeutung, die hinter den Debatten liegt und machen Alternativen deutlich. Somit sind „soziale Bewegungen am besten zu verstehen als Vektoren besonderer Diskurse und Arten, die Welt zu hinterfragen" (Bebbington 2007: 800). Diese gegenhegemonialen Ideen sind allerdings von der Entwicklung ihrer sozialen Bewegung abhängig – wenn diese in eine Krise tritt und an Unterstützung oder Legitimität verliert, verliert auch der Gegendiskurs an Einfluss (Bebbington 2007: 813).

Kultur im Sinne von Bedeutungen ist durch den Kontext, in den „ein Text oder Ritual eingebettet ist" (Swindler 1995: 28) bestimmt; erst so wird dieser Text im kulturwissenschaftlichen Sinne für alle Beteiligte sinnvoll. Die Einbettung führt dazu, dass die Kultur sozialer Bewegungen über eine Analyse ihrer öffentlichen Äußerungen und Aktionen greifbar ist (Swindler 1995: 28) – und nicht in erster Linie der persönlichen Überzeugungen ihrer Akteure (Swindler 1995: 36). Der schwierige Zugang zu formellen Entscheidungsprozesses macht die Veränderung von Kultur und Bedeutungen zu einer erfolgversprechenderen Strategie – über eine Veränderung bestimmter Bedeutungen kann eher die gewünschte Veränderung der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesellschaft erreicht werden, als über eine Teilnahme an politischen Strukturen. Daher ist der „Kampf um symbolische Kodierung" (Swindler 1995: 34) und damit nicht nur die mobilisierende Wirkung, sondern auch die Sichtbarkeit der Aktionen sozialer Bewegungen von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit (Swindler 1995: 34). Diese Fokussierung auf eine Veränderung von Bedeutungen führt dazu, dass gesellschaftliche Institutionen als verfestigte Bedeutungskomplexe zu einem zentralen Ziel sozialer Bewegungen werden. Sie sind die Träger der Regeln, die das Verhalten der Individuen lenken und erzeugen damit Einschränkungen und Möglichkeiten für Individuen und soziale Bewegungen (Swindler 1995: 36). Somit beeinflussen die Institutionen einer Gesellschaft entscheidend Kultur und Strategie sozialer Bewegungen (Swindler 1995: 37); eine Dominanz bestimmter Diskurse innerhalb der Institutionen kann dazu führen, dass soziale Bewegungen ihre Forderungen in den Termini dieser Diskurse ausdrücken. Wenn Institutionen etwa auf Recht oder ethnische Identität reagieren, werden soziale Bewegungen mit höherer Wahrscheinlichkeit ihre Forderungen in diesen Begriffen formulieren (Swindler 1995: 37).

„Bedeutungsarbeit" (Benford/Snow 2000: 613) als Kampf um Ideen und Bedeutungen ist also ein zentraler Bestandteil sozialer Bewegungen. Sie sind Agenten einer Bedeutungskonstitution, die in Konflikten und Kooperationen mit anderen Akteuren, wie dem Staat, den Medien oder der Zivilgesellschaft geschieht (Benford/Snow 2000: 613). Diese diskursive Sinngebung wird von manchen Forschern sozialer Bewegungen als *framing* umschrieben. Damit soll die aktive Rolle, die die Bewegungen in diesem Prozess spielen, hervorgehoben werden. Im Prozess des *framing* werden aus vorhandenem „kulturellem Material" (Benford/Snow 2000: 629), wie Ideologien, Glaubensinhalten, Praktiken oder Mythen, neue kulturelle Elemente geschaffen und Interpretationsweisen angeboten (Benford/Snow 2000: 629). Das Ergebnis des *framing* sind kollektive Handlungsrahmen (*collective action frames*), die die Aktionen einer bestimmten Organisation oder Bewegung inspirieren und legitimieren und ihren Diskursivierung steuern. Diese Handlungsrahmen erlauben den Mitgliedern der Bewegung, ein geteiltes Verständnis einer Situation zu entwickeln (Benford/Snow 2000: 614f.). *framing* ist dabei ein andauernder Prozess, der von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden kann und beständig neue Handlungsrahmen erzeugt (Benford/Snow 2000: 628).

Die Aufgaben des framing sind die Definition und Diagnose einer problematischen Situation, wer für sie verantwortlich ist und wie sie verändert werden kann, die Prognose der möglichen Aktionen, um diese Situation zu verändern, und die Motivation der Mitglieder, damit sie die entwickelten Aktionen unterstützen (Benford/Snow 2000: 616f.). Die ersten beiden Aufgaben können zu Konflikten zwischen verschiedenen SMO oder sozialen Bewegungen führen. So kann es etwa zu Auseinandersetzungen über die Frage kommen, wer oder was für die problematische Situation verantwortlich ist (Benford/Snow 2000: 616) – im Falle der Indige-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nenbewegung Ecuadors ist eine der zentralen Auseinandersetzungen die Frage, ob die Indigenen in erster Linie als Ethnie unterdrückt oder als Klasse ausgebeutet werden. Das hat zu Konflikten zwischen den gewerkschaftlich ausgerichteten Organisationen wie der FENOCIN und den eher ethnischen Organisationen der CONAIE geführt (CONAIE 1989: 281) und gleichzeitig zu Konflikten zwischen den beiden Positionen innerhalb der CONAIE (Simbaña 2007). Die Frage, wie die einmal als problematisch definierte Situation behoben werden kann, führt meist dazu, dass bestimmte SMO explizit die Strategien ihrer Konkurrenten ablehnen (Benford/Snow 2000: 616f.) – wie im Fall der Konflikte zwischen CONAIE und FENOCIN und innerhalb der CONAIE selbst. So wurde der CONAIE vorgeworfen, sich mit einem korporativen Modell der Integration zufrieden zu geben, statt eine völlige Veränderung des Staates im Sinne der Plurinationalität anzustreben (Viteri 1997: 55; FENOCIN 1999).

Die kollektiven Handlungsrahmen werden mit zwei interaktiven, diskursiven Prozessen verändert: *frame articulation*, die Integration verschiedener Ereignisse und Ideen in den bestehenden Rahmen, der damit neue Blickwinkel erlaubt, und *frame amplification*, die Hervorhebung bestimmter Themen oder Ideen, die den gesamten Rahmen repräsentieren sollen (Benford/Snow 2000: 623). Dazu wird versucht, diese Themen oder Ideen mit bereits bestehenden Werten oder Glaubensinhalten zu verbinden. Dieser Prozess ist besonders relevant, wenn die betreffende Bewegung für Personen kämpft, die nicht in ihr vertreten sind oder die Werte der Bewegung den Hauptwerten der vorherrschenden Kultur widersprechen (Benford/Snow 2000: 624). Zu diesen hervorgehobenen Ideen gehören im Fall der ecuadorianischen Indigenenbewegung mit Sicherheit die hier behandelten Begriffe, die auf komplexe Programme verweisen und Teile älterer Programme einbinden – wie im anschließenden Teil dieser Arbeit näher untersucht wird.

Weiterhin finden Rahmenanpassungsprozesse (*frame alignment processes*) statt, mit denen die kollektiven Handlungsrahmen der SMO an die Interessen und Erwartungen ihrer Mitglieder und Sympathisanten sowie der möglichen Ressourcengeber angepasst werden sollen. Zu diesen Anpassungsprozessen gehört neben dem *frame amplification* das *frame bridging*, also die Verbindung verschiedener, aber ideologisch übereinstimmender *frames* in Bezug auf ein bestimmtes Problem, das *frame extension*, das die *frames* und Interessen einer SMO erweitert, um so mögliche Unterstützer ansprechen zu können, und das *frame transformation*, das alte Bedeutungen verändern und neue erzeugen will (Benford/Snow 2000: 624f.). *frame bridging* wird bei gemeinsamen Aktionen der verschiedenen SMO der Indigenenbewegung in Ecuador deutlich. Bei den Erhebungen 1990 und 1994 haben sich mit FENOCIN, FEINE und FEI Organisationen beteiligt, die mit dem Diskurs der CONAIE nicht übereinstimmten – aber bestimmte Ziele, wie die Verbesserung der Situation der Landbevölkerungen, sehr wohl unterstützen. Eine ähnliche Situation

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kann bei den Protesten gegen die Regierung Correa in den letzten Jahren beobachtet werden. Als *frame extension* kann die Betonung umweltpolitischer Aspekte im Diskurs vor allem der CONAIE seit den 1990ern gesehen werden, mit der neue Verbündete und – gerade auf internationalem Niveau – Geldgeber mobilisiert werden können. In diesem Zusammenhang ist das Auftauchen des Begriffs *Sumak Kawsay* oder Gutes Leben interessant, der das bereits seit den 1980ern (etwa Pacari 1984) anzutreffende Selbstverständnis der Indigenen und Indigenenbewegung als ökologisch und auf Harmonie mit der Umwelt bedacht weiter konkretisiert. Ein Fall von *frame transformation* ist die Umwidmung der FENOCIN in eine interkulturelle Organisation ab 1995 (FENOCIN 1999: 53) – und damit eine teilweise Abkehr von der vorherigen klassistischen Politik.

Bestehende kollektive Handlungsrahmen können auf mindestens drei verschiedene Arten herausgefordert werden: durch Gegner der sozialen Bewegung, die *counterframing*, also Umdeutung der *framing*-Inhalte der Bewegung, betreiben, durch Auseinandersetzungen über die *frames* innerhalb der sozialen Bewegungen, und durch die Beziehung zwischen *frames* und Ereignissen (Benford/Snow 2000: 625). Im Fall der ecuadorianischen Indigenenbewegung kann der Vorwurf, der um die Begriffe indigene Nationalitäten und Plurinationalität gebaute Diskurs der CONAIE wolle den ecuadorianischen Staat teilen und Indigenenrepubliken schaffen (Walsh 2009b: 233) – meist von Seiten der Medien (siehe León 1994: 35ff.) oder der Armee vorgebracht – als *counterframing* gesehen werden. Der Angriff auf dieselben Begriffe vor allem durch die FENOCIN ab 1995 mit dem Begriff Interkulturalität, wobei diese der CONAIE und ihrem Diskurs vorwirft, radikal indigen ausgerichtet zu sein (FENOCIN 1999; Ayala Mora 2011: 53), ist eine der internen Auseinandersetzungen über *frames* in der Indigenenbewegung. Die eindeutige Definition der Begriffe Nationalität und Plurinationalität im Politischen Projekt der CONAIE 1994 ist auch den Schwierigkeiten bei der Vermittlung dieser Begriffe in der Gesamtgesellschaft bei den Massenaktionen 1990 und 1992 geschuldet, die der CONAIE die Anklage einbrachte, nur die indigenen Interessen zu vertreten (Walsh 2008: 17) – also eine Wirkung von externen Ereignissen.

Diese Rahmenanpassungsprozesse werden durch intentionale Prozesse ergänzt. Das sind *strategic selection*, die Auswahl und Integration bestimmter Elemente anderer sozialer Bewegungen in die Bewegung vor Ort durch bestimmte Personen, und *strategic fitting*, die aktive Propagierung bestimmter Elemente durch andere soziale Bewegungen, einschließlich ihrer Anpassung an die jeweilige Kultur (Benford/Snow 2000: 627). Der folgende Teil wird zeigen, dass im Fall der ecuadorianischen Indigenenbewegung eine klare Zuordnung nicht möglich ist. Zu den wenigen Ausnahmen gehören die eindeutigen Strategieempfehlungen des Indio-Rates Südamerikas CISA (AAVV 1985: 162).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese hier nur kurz angerissene Analyse des Diskurses der Indigenenbewegung in Ecuador wird im folgenden Teil unter methodisch anderen Gesichtspunkten systematisiert. Auch wenn der Ansatz des *framing* die Analyse von Diskursen oder Diskursbereichen in sozialen Bewegungen erleichtert, so bleibt sie den Inhalten des Diskurses doch fern. Sie erlaubt es, seine strategische Verwendung innerhalb und außerhalb der Bewegung zu erfassen, geht jedoch nicht über eine Umfeldanalyse hinaus und greift so nicht auf die tatsächlichen Inhalte des jeweiligen Diskurses zu. Man kann mit *framing* feststellen, welche Aufgaben ein Diskurs in einer sozialen Bewegung zu erfüllen hat und – teilweise – warum er zu bestimmten Phänomenen neigt – im Sinne des *framing* wäre es jedoch unnütz, bestimmte Inhalte eines Diskurses näher zu untersuchen. Diese Inhalte erfüllen ihre Funktion – oder eben nicht. Woher sie kommen und welche Bedeutung ihnen zugrunde liegt, ist uninteressant.

Identität und soziale Bewegungen

Die Untersuchung der Indigenenbewegung in Ecuador zwingt zu einer grundlegenden Unterscheidung, die auch methodologische Auswirkungen hat: die Unterscheidung zwischen Bewegungsidentität (Polletta/Jasper 2001: 289) und ethnischer Identität. Dieser Unterscheidung wird in der Forschung zu sozialen Bewegungen nicht immer Rechnung getragen. Der Fokus auf kollektive Identität sozialer Bewegungen ist dabei keine rein kulturelle Herangehensweise. Es sollen im gleichen Maße auch „strukturelle“ (Polletta/Jasper 2001: 285) Prozesse untersucht werden, die die Beziehungen zwischen Identität und Strategie, Politik oder den geteilten Interessen prägen.

So sieht eine einflussreiche Schule innerhalb der Theorien zu sozialen Bewegungen eine geteilte kollektive Identität als einer der entscheidenden Faktoren sozialer Bewegungen (Diani 1992: 13). Diese kollektive Identität ist sowohl eine Selbst- als auch eine Fremdzuschreibung als Mitglied der Bewegung bzw. Gruppe (Polletta/Jasper 2001: 285). Mitglieder der Indigenenbewegung etwa müssen sich selbst also nicht nur als solche verstehen, sondern auch von Außenstehenden als solche gesehen werden. Das Selbstverständnis als Mitglied einer sozialen Bewegung meint vor allem, dass die grundlegenden Ideen und Ziele dieser Bewegung geteilt werden und es ein Gefühl der Zugehörigkeit gibt. Durch die Interaktionen der verschiedenen Individuen oder SMO, die sich einer bestimmten Bewegung zugehörig fühlen, wird die Grenze dieser Bewegung definiert (Diani 1992: 8f.). In diesem Sinne können auch Mitglieder der öffentlichen Verwaltung oder politische Parteien einer sozialen Bewegung angehören (Diani 1992: 14f.) – somit lässt sich die Position der MUPP-NP als Mitglied der Indigenenbewegung eindeutig klären, ebenso die Zugehörigkeit einiger nicht-indigener Intellektueller als Sympathisanten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Soziale Bewegungen versuchen, bereits bestehende und fest institutionalisierte kollektive Identitäten in ihre Bewegungsidentität zu integrieren und über ihre Diskurse neue kollektive Identitäten zu erzeugen, um so Mitglieder und Unterstützer zu gewinnen. Dabei ist vor allem die Abgrenzung der eigenen Gruppe von einer zu konstituierenden Gruppe der Gegner wichtig, die das Verständnis der eigenen Situation als ‚ungerecht' erlaubt. Diese Bewegungsidentität muss die verschiedenen kollektiven Identitäten ihre Mitglieder aufgreifen und in ihrer Verschiedenheit respektieren. Zudem muss die Identifikation der Mitglieder mit der sozialen Bewegung durch gewisse Rituale oder andere Bestätigungen der Bewegungsidentität bestärkt werden. Wenn die Bewegungsidentität geschwächt wird, etwa weil die soziale Bewegung nicht mehr als Repräsentant der eigenen Interessen wahrgenommen wird oder andere Institutionen diese Funktion besser erfüllen, gerät die soziale Bewegung in eine Krise (Polletta/Jasper 2001: 289-292). Die Aktivisten der sozialen Bewegungen können dabei ihre Identitäten je nach strategischer Situation umdefinieren, um so die Einheit der Bewegung zu verstärken (Polletta/Jasper 2001: 294). Die Integration der Indigenen in die Indigenenbewegung Ecuadors hat je nach allgemeiner politischer Situation nach anderen Regeln funktioniert. So wurde auf die kollektive Identität als Landarbeiter und Kleinbauern verwiesen, als die Indigenenbewegung in erster Linie gewerkschaftlich geprägt war und auf die kollektive Identität als Indigene oder Indios, als die Gewerkschaften und PCE und PSE in eine Schwächephase eintraten und statt dessen ethnisch geprägte Organisationen an Bedeutung gewannen.

Die Besonderheiten ethnischer kollektiver Identität (Escobar 1998: 66) – im Gegensatz zu etwa lokaler oder sozialer bzw. Klassenidentität – ist die Hervorhebung systematischer Diskriminierung, die kulturell oder politisch sein kann (Bebbington 2007: 796f.). Auch der historisch bedingte Einfluss kirchlicher und Erziehungsorganisationen hat zu einem Fokus auf Anerkennung, Partizipation und ethnische Rechte geführt (Bebbington 2007: 804), der den gewerkschaftlichen Bewegungen meist fremd blieb. In Ecuador konnte sich ethnische Identität als wichtiger Grund für politische Mobilisierung etablieren (Selverston 1992: 1). Ethnische Identität wird damit zu einer politischen Ressource, die von sozialen Bewegungen mobilisiert werden kann (Selverston 1992: 2). So lässt sich das Aufkommen des Begriffes der indigenen Nationalitäten auch daraus erklären, dass die CONAIE und ihre Mitgliedsorganisationen „fähig waren, mit diesem Diskurs zu mobilisieren" (Becker 2008: 173).

Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung von Identitäten spielt die Namensgebung der verschiedenen Völker. Dabei geht es nicht nur darum, einen Namen zu finden, der zur Suche nach Anerkennung beiträgt, sondern auch um die Beziehung, die das jeweilige Volk zum Staat, in dem es lebt, haben soll (Jenson 1995: 107). Die Namensgebung der jeweiligen Gemeinschaft bezieht sich dabei notwendigerweise

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf ihre Vergangenheit, die zu diesem Zweck neu imaginiert werden muss. Diese Vergangenheit ist eine der wichtigsten Begründungen für aktuelle Forderungen an den Staat und die Gesellschaft (Jenson 1995: 107f.). Der Aufbau einer kollektiven Identität über die Konstruktion einer Vergangenheit und eine daraus abgeleitete Namensgebung ist ein politischer Prozess, mit dem in bestimmten Situationen Druck ausgeübt werden kann. Die Repräsentation „einer Gemeinschaft durch einen Namen hat reale, materielle Konsequenzen; es ist nicht nur ein Kampf um Wörter" (Jenson 1995: 108). Die Namenspolitik ist Bestandteil eines diskursiven Wandels, der – etwa im Fall Kanadas, den Jenson untersucht – zur Verdrängung von Forderungen nach einer poli-ethnischen Politik durch nationalistische Forderungen nach neuen Rechten und Einflussmöglichkeiten für bestimmte Gruppen geführt hat (Jenson 1995: 108). In diesem Sinne haben die Indigenen Kanadas mit einem nationalistischen Diskurs und einem antikolonialen Selbstverständnis die Unterstützung verschiedener Völker in verschiedenen Gegenden Kanadas mobilisieren können (Jenson 1995: 112). Dazu bedienen sie sich einem Diskursstil, der die indigenen Völker als gleichberechtigte Nationen begreift, die mit der Nation Kanada verhandeln können – ein Stil, den es bereits im 19. Jahrhundert gegeben hatte (Jenson 1995: 113). Dieses neue, antikolonial geprägte (Jenson 1995: 112), Selbstverständnis führte zu Forderungen nach Autonomie, die sich auf das internationale Recht beriefen, und eine Neuordnung des Staates und eigenständige Institutionen der Indigenen beinhielten (Jenson 1995: 113).

Die Namenswahl für eine bestimmte Gruppe hat vier strategische Aspekte:

„Erstens, ein Name erzeugt strategische Ressourcen. Grenzen um eine Gemeinschaft zu ziehen macht die Ressourcen dieser Gemeinschaft für die Bewegung verfügbar und schafft die notwendige Solidarität für erfolgreiches Handeln. Zweitens, einen Namen über einen anderen auszuwählen setzt diskursive Grenzen, so dass manche Forderungen sinnvoll werden und andere weniger relevant sind. Drittens, jede Definition der eigenen Gemeinschaft verortet sie in Bezug zu anderen. Daher ergibt sie Möglichkeiten für Allianzen und für die Identifizierung von Gegnern. Wahrscheinliche Konflikte und Kooperationsmuster folgen den Grenzen, die die Gemeinschaft abgrenzt. Viertens, jeder Name hat Konsequenzen für das Führen von Forderungen durch staatliche Institutionen. Wege zur Repräsentation werden in Übereinstimmung mit dem ausgewählten Namen verfügbar." (Jenson 1995: 116)

Namenspolitik hat die Indigenenorganisationen Ecuadors seit ihrem Entstehen begleitet. So ist sowohl die Namensgebung der Konferenz der Cabecillas Indígenas 1934, als auch die der 1944 daraus entstehenden FEI (Ecuadorianischen Indio-Föderation) als Versuch der Erzeugung oder Verstärkung einer kollektiven Identität als Indigene bzw. Indios – also nicht nur als Bauern oder Landarbeiter – zu verstehen. Gleichzeitig ist mit der Anspielung auf den kolonialen Marker ‚Indio' hier

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schon das antikoloniale Element zu finden, das Jenson (1995: 112) bei den kanadischen Indigenen in den 1970ern zu entdecken glaubt. Es sei an das Motto erinnert, das in den 1970ern in Ecuador wieder geläufig wurde: „mit dem Wort *indio* wurden wir erobert und mit dem Wort *indio* werden wir uns befreien" (Yumbay 2008: 234).

Ein zweites Moment der strategischen Namenspolitik ist die systematische Bekämpfung von oft diskriminierenden Fremdbezeichnungen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Organisationen der Shuar, die 1961 noch unter dem Namen ‚Lokale Assoziation der Jíbaro-Zentren' (*Asociación Local de Centros Jíbaros*), also unter der Fremdbezeichnung ‚Jíbaro' gegründet, schon 1962 aber als als ‚Shuar-Assoziation Sucuas' (*Asociación de Centros Shuar de Sucúa*), also unter der Selbstbezeichnung der Shuar, rechtlich anerkannt wurden (Federación de Centros Shuar 1976: 115). Auch spätere Organisationsgründungen behielten die Selbstbezeichnung bei, etwa die auch heute noch größte Organisation Indigene Föderation der Shuar-Zentren (*Federación Interprovincial de Centros Shuar*, FICSH) (León 1991: 389).

Ein drittes Moment der Namensgebung ist das Wiederaufkommen der Bezeichnung ‚indigene Nationalitäten' in den Namen der Organisationen ab 1980. Dieser Begriff ist ein „Organisationswerkzeug" (Becker 2008: 173), das von den 1930er bis zu den 1950ern verwendet wurde, dann aber bis in die 1970er an Bedeutung verlor. Die ersten Organisationen, die sich schon in ihrem Namen auf indigene Nationalitäten beriefen wurden im selben Jahr gegründet: die Konföderation der indigenen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebietes (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana*, CONFENIAE) und der Koordinationsrat der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Consejo de Coordinación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONACNIE) (CONAIE 1989: 50).

Die Indigenenbewegung Ecuadors als soziale Bewegung

Die Indigenenbewegung in Ecuador besteht aus einer Reihe von fest strukturierten Organisationen, deren Konkurrenz und Kooperation die Entwicklung der gesamten Bewegung und ihre Beziehungen zu anderen sozialen Bewegungen beeinflussen. Die zentralen Faktoren in der Beziehung zwischen den verschiedenen Organisationen der Bewegung sind ihre Aktionsformen und ihre Diskurse, wobei bis in die 1970er die Aktionsformen als Unterscheidungsmerkmal wichtiger zu sein scheinen und seit den 1980ern die Diskurse. Die zunehmende Distanzierung der Organisationen von externen Akteuren, wie Parteien oder Gewerkschaften, und die wachsende strukturelle Bedeutung ihrer lokaler Organisationen können Gründe für diesen Wandel sein. So wird ein konsensorientierter Politikstil befördert, der die Umsetzung lokaler Forderungen über Verhandlungen und Kompromisse beinhaltet.

Neben dem konsequenten Aufbau von unten nach oben im Rahmen fester, föderaler Strukturen, unterscheiden sich die Organisationen der ecuadorianischen Indi-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genenbewegung von den Organisationen und Bewegungen, die die Theorien sozialer Bewegungen inspiriert haben, vor allem durch ihre Mehrdimensionalität. Tatsächlich sind sie nicht nur soziale Bewegungen, sondern übernehmen auch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Funktionen, agieren als parteipolitische Akteure und sind in staatlichen und quasi-staatlichen Institutionen der Bildung, der Erziehung und der Entwicklung tätig. Diese Mehrdimensionalität führt zu einer auch institutionellen Verankerung der Organisationen vor Ort, die wiederum zur Entwicklung eines eigenständigen und für die lokale Bevölkerung relevanten Diskurses beiträgt und gleichzeitig Grundlage für Mobilisierung ist.

Alle Indigenenorganisationen haben die ethnische Identität der Indigenen in ihr Denken und Handeln integriert, aber in ihren spezifischen Ideologien als Landproletariat, Bauern oder Völker und Nationalitäten je anders definiert. Daher ist es wenig verwunderlich, dass erst die von Gewerkschaften weitgehend unabhängigen Organisationen des Amazonasgebietes und ECUARUNARI im Andenhochland einen eigenständigen Diskurs entwickeln konnten, in dem das Identitäre nicht eine Funktion des Klassenkampfes oder anderer, externer Faktoren ist, sondern ein Mobilisierungsgrund, der für sich spricht. Erst in diesem Zusammenhang konnten verschiedene Begriffe entwickelt und etabliert werden, die den Schwerpunkt auf verschiedene Bereiche der ethnischen Identität legen und so als Instrumente der Mobilisierung und Unterscheidungsmerkmale zwischen den Organisationen dienen. Damit prägte sich ein eindeutiger und distinktiver Diskurs der Indigenenbewegung heraus, der so nur von der Bewegung selbst vertreten wird, ihr also als Alleinstellungsmerkmal dient.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425701.55 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -